

AOK-BUNDESVERBAND, BONN

BUNDESVERBAND DER BETRIEBSKRANKENKASSEN, ESSEN

IKK-BUNDESVERBAND, BERGISCH GLADBACH

SEE-KRANKENKASSE, HAMBURG

BUNDESVERBAND DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN KRANKENKASSEN, KASSEL

BUNDESKNAPPSCHAFT, BOCHUM

VERBAND DER ANGESTELLTEN-KRANKENKASSEN E. V., SIEGBURG

AEV-ARBEITER-ERSATZKASSEN-VERBAND E. V., SIEGBURG

VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER, FRANKFURT

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE, BERLIN

21. März 2002

Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Rentner zum 1. April 2002

Seit dem 1. Januar 2000 sind eine Reihe von Rechtsänderungen wirksam geworden, die Auswirkungen auf die Krankenversicherung und Pflegeversicherung der Rentner haben.

Durch das am 1. Januar 2001 in Kraft getretene Gesetz zur Rechtsangleichung in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2657) ist eine Vereinheitlichung des Beitragssatzes sowie der Rechengrößen für das Beitritts- und das bisherige Bundesgebiet vorgenommen worden.

Die Einführung des § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze vom 13. Juni 2001 (BGBl. I S. 1027) zum 1. Juli 2001 schafft für selbständig tätige Künstler und Publizisten eine ergänzende Zugangsvoraussetzung zur KVdR, wenn dieser Personenkreis nicht die Vorversicherungszeit des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V bereits erfüllt.

Durch das Gesetz zur Verbesserung des Hinterbliebenenrentenrechts vom 17. Juli 2001 (BGBl. I S. 1598) ist § 140 SGB VI mit Wirkung ab dem 1. Januar 2002 dahingehend geändert worden, dass die Bundesknappschaft für die Feststellung von Leistungen zuständig ist, wenn ein Beitrag aufgrund einer Beschäftigung zur knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt worden ist. Insoweit ist die knappschaftliche Krankenkassenzuständigkeit kraft Gesetzes nach § 177 Absatz 2 SGB V vermehrt gegeben.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Krankenkassenwahlrechte vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1946) wurde das Krankenkassenwahlrecht vom 1. Januar 2002 an umgestaltet. Die Krankenkassenwahlrechte der Versicherten wurden mit dem Ziel geändert, eine Verstetigung der Krankenkassenwechsel im Jahresverlauf zu erreichen und die Wahlrechte der Versicherungspflichtigen und der freiwilligen Mitglieder anzugleichen. Wesentliche Änderungen bestehen darin, dass ein Statuswechsel kein neues Wahlrecht mehr eröffnet, die Bindungswirkung an die gewählte Krankenkasse von 12 auf 18 Monate angehoben wurde und nunmehr einheitlich für Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder gilt sowie für Mitglieder eine generelle Kündigungsfrist von zwei vollen Kalendermonaten, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt, gilt.

Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 15. März 2000 (BGBl. I S. 1300) festgestellt, dass die Regelung des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V i.d.F. des Gesundheits-Strukturgesetzes - GSG - hinsichtlich der Erfüllung der Vorversicherungszeit für den Zugang zur KVdR ausschließlich durch Pflichtmitgliedschaftszeiten verfassungswidrig ist, weil sie gegen Art. 3 Absatz 1 des GG verstößt. Die bisher geltende Regelung des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V i.d.F. des GSG konnte bis zu einer gesetzlichen Neuregelung bzw. längstens bis zum 31. März 2002 weiterhin angewandt werden. Infolge einer fehlenden gesetzlichen Neuregelung tritt ab dem 1. April 2002 § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V i.d.F. des Gesundheits-Reformgesetzes – GRG - wieder in Kraft, so dass zur Erfüllung der Vorversicherungszeit für die KVdR auch wieder Zeiten einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang wurde durch das 10. SGB V – Änderungsgesetz vom 23. März 2002 (BGBl. I 2002 S. 1169) den bisher freiwillig versicherten Rentnern unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eröffnet, sich für einen Verbleib in der freiwilligen Krankenversicherung zu entscheiden. Sofern von diesem Optionsrecht Gebrauch gemacht wird, verbleibt es auch für den familienversicherten Angehörigen, der selbst eine Rente bezieht, bei der Familienversicherung.

Familienversicherte Rentner, deren Familienversicherung nicht von einem Optionsberechtigten abgeleitet wird, bleiben kraft Gesetzes nach § 10 SGB V bzw. § 7 KVLG 1989 familienversichert, solange die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen, der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte haben diese und weitere Änderungen zum Anlass genommen, das bisherige Rundschreiben zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner zu überarbeiten und dabei weitere zwischenzeitlich erzielte Besprechungsergebnisse einfließen zu lassen.

Dieses Rundschreiben löst vom 1. April 2002 an das gemeinsame Rundschreiben zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner vom 16. Dezember 1999 ab. Die Übergangsregelungen des Gesundheits-Reformgesetzes - GRG - und des Gesundheitsstrukturgesetzes - GSG - sind weiterhin zu beachten.

Inhalt	Seite
A KRANKENVERSICHERUNG DER RENTNER	8
I Versicherungspflicht	8
1 Allgemeines	14
2 Personenkreis	15
3 Voraussetzungen	15
3.1 Rentenanspruch	16
3.2 Rentenanspruch	18
3.3 Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V	18
3.3.1 Rahmenfrist	19
3.3.2 Neun-Zehntel-Belegung	21
3.3.3 Anrechenbare Versicherungszeiten	23
3.3.4 Über- und zwischenstaatliches Recht	25
3.3.5 Überschneidung mehrerer anrechenbarer Zeiten	27
3.4 Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V	29
3.4.1 Rahmenfrist	30
3.4.2 Neun-Zehntel-Belegung	30
3.4.3 Anrechenbare Versicherungszeiten	32
3.5 Personen nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V	32
3.6 Weiterer Rentenanspruch	33
3.6.1 Wechsel der Leistungsart	33
3.6.2 Antrag auf Weiterzahlung einer befristeten Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	33
3.6.3 Antrag auf Weiterzahlung oder Wiedergewährung einer Waisenrente	33
3.6.4 Hinzutritt einer Rente	34
3.6.5 Wechsel von Teilrente in Vollrente	34
3.7 Übergangsregelungen/Besitzstandsregelungen nach dem Gesundheits-Reformgesetz und dem Gesundheitsstrukturgesetz	34
3.8 Auswirkungen durch das 10. SGB V - Änderungsgesetz	35
3.8.1 Optionsrecht für freiwillig versicherte Rentner	35
3.8.2 Auswirkungen des Optionsrechts auf den familienversicherten Rentner	35
4 Ausschluss der Versicherungspflicht	36
4.1 Allgemeines	36
4.2 Hauptberufliche selbständige Erwerbstätigkeit	37
4.3 Anderweitige Versicherungspflicht	37
4.4 Freiwillige Mitgliedschaft nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V	38
4.5 Private Krankenversicherung	38
4.6 Auslandsaufenthalt	38
4.7 Rückkehr aus dem Ausland	39
II Versicherungsfreiheit	39
1 Allgemeines	41
2 Personenkreis	41
3 Ende der Versicherungsfreiheit	43
III Befreiung von der Versicherungspflicht	43
1 Allgemeines	44
2 Antragstellung	44
3 Befreiungsbescheid	45
4 Wirkung der Befreiung	45
IV Freiwillige Versicherung/Familienversicherung	46
1 Allgemeines	50
2 Vorversicherungszeit	50
3 Anzeigefrist	50
4 Optionsrecht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V	51
V Krankenkassenwahlrecht/-zuständigkeit	51
1 Allgemeines	55
2 Krankenkassenzuständigkeit kraft Wahl	56
2.1 Allgemeines	56
2.2 AOK des Wohnortes	56

2.3	Ersatzkassen	56
2.4	Betriebskrankenkassen	56
2.5	Innungskrankenkassen	57
2.6	"Letzte" Krankenkasse	57
2.7	Krankenkasse des Ehegatten	57
2.8	Krankenkasse, bei der ein Elternteil versichert ist	57
3	Krankenkassenzuständigkeit der See-Krankenkasse, der Bundesknappschaft und der landwirtschaftlichen Krankenkassen	57
3.1	See-Krankenkasse	57
3.2	Bundesknappschaft	58
3.3	Landwirtschaftliche Krankenkassen	58
4	Ausübung der Krankenkassenwahl, Bindungswirkung und Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels	58
4.1	Allgemeines	58
4.2	Kündigungsbestätigung und Mitgliedsbescheinigung	59
4.3	Ausübung der Krankenkassenwahl	59
4.4	Bindungswirkung und Kündigung der Mitgliedschaft	60
4.4.1	Bindungswirkung	60
4.4.2	Kündigung der Mitgliedschaft	61
4.5	Sonderkündigungsrecht bei Beitragssatzerhöhungen	63
4.6	Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels	63
4.7	Übergangsrecht	63
4.7.1	Kündigungen bis zum 9. Mai 2001	63
4.7.2	Kündigungen bis 31. Dezember 2001	63
4.7.3	Mitgliedschaften bis 31. Dezember 2001 – Kündigungen ab 1. Januar 2002	64
5	Abgabe des Rentenantrags/der Rentenzahlung an die Bundesknappschaft oder umgekehrt	66
VI	Mitgliedschaft	67
1	Allgemeines	69
2	Mitgliedschaft als Rentner	69
2.1	Beginn der Mitgliedschaft	69
2.2	Ende der Mitgliedschaft	70
2.2.1	Allgemeines	70
2.2.2	Wegfall der Rente	70
2.2.3	Entzug der Rente	71
2.2.4	Rente für zurückliegende Zeiträume	72
2.2.5	Fortbestand der Mitgliedschaft	72
3	Mitgliedschaft als Rentenantragsteller	72
3.1	Voraussetzungen	73
3.2	Unbegründeter Rentenantrag	73
3.3	Fehlende Mitwirkung des Rentenantragstellers	74
3.4	Beginn der Mitgliedschaft	74
3.5	Ende der Mitgliedschaft	74
3.6	Befreiung von der Mitgliedschaft	76
4	Mitgliedschaft bei Wehr- oder Zivildienst	76
VII	Meldungen	76
1	Allgemeines	78
2	Meldepflichten bei Rentenantragstellung und -bezug	79
2.1	Meldungen der Versicherten	79
2.1.1	Rentenantragstellung	79
2.1.2	Zuständigkeit für die Bearbeitung der Meldung nach § 201 Absatz 1 SGB V	79
2.1.3	Rentenbezug	80
2.2	Meldungen der Krankenkasse	80
2.2.1	Wahl einer Krankenkasse	80
2.2.2	Beginn und Ende einer Vorrangversicherung bei in der KVdR versicherten Rentnern	80
2.2.3	Beginn und Ende einer Pflichtversicherung bei nicht in der KVdR versicherten Rentnern	81
2.2.4	Beginn und Ende von Ausschlussgründen für die KVdR	81
2.2.5	Besonderheiten in der Pflegeversicherung	81
2.3	Meldungen des Rentenversicherungsträgers	81
2.3.1	Allgemeines	81
2.3.2	Beginn und Höhe der Rente sowie der laufenden Rentenzahlung	81
2.3.3	Ablehnung oder Rücknahme des Rentenantrags	82
2.3.4	Beginn, Ende und Rücknahme eines Widerspruchs- / Sozialgerichtsverfahrens	82

2.3.5	Ende, Entzug, Wegfall und sonstige Nichtleistung	82
2.3.6	Beginn und Ende der Beitragszahlung aus der Rente	82
2.3.7	Abgabe des Rentenantrags an einen anderen Rentenversicherungsträger oder Rentenzahlung durch einen anderen Rentenversicherungsträger	82
3	Meldepflichten bei Versorgungsbezügen	83
3.1	Allgemeines	83
3.2	Meldungen der Zahlstelle der Versorgungsbezüge	83
3.3	Meldungen der Krankenkasse	83
3.4	Abweichende Vereinbarungen und Altenteiler-Meldeverfahren	84
4	Meldepflichten bestimmter Versicherungspflichtiger	84
4.1	Allgemeines	84
4.2	Beginn und Höhe der Rente	84
4.3	Beginn, Höhe, Veränderungen und die Zahlstelle der Versorgungsbezüge	84
4.4	Beginn, Höhe und Veränderungen des Arbeitseinkommens	84
VIII	Beiträge der Rentenantragsteller	85
1	Allgemeines	87
2	Beitragsbemessung bei Rentenantragstellern und gleichgestellten Rentnern	87
2.1	Personenkreis	87
2.2	Beitragsbemessung und Beitragssatz	88
2.3	Tragung der Beiträge und Rückzahlung von Beiträgen	88
3	Beitragsfreiheit	88
3.1	Personenkreis	88
3.1.1	Hinterbliebene Ehegatten und Waisen eines Rentners	88
3.1.2	Familienversicherte	89
3.2	Ausschluss der Beitragsfreiheit	90
IX	Beiträge der Rentner	91
1.	Beitragspflichtige Einnahmen	97
1.1	Allgemeines	97
1.2	Rente	98
1.2.1	Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, andere Renten	98
1.2.2	Rentennachzahlungen	98
1.3	Versorgungsbezüge	99
1.3.1	Allgemeines	99
1.3.2	Pensionen	100
1.3.3	Versorgung der Abgeordneten, Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre	101
1.3.4	Berufsständische Versorgungsleistungen	101
1.3.5	Renten nach dem ALG	102
1.3.6	Renten der betrieblichen Altersversorgung	102
1.3.7	Versorgungsbezüge aus dem Ausland	103
1.3.8	Kapitalabfindungen	103
1.4	Arbeitseinkommen	104
2	Berechnung der Beiträge	105
2.1	Rangfolge der Einnahmearten	105
2.1.1	Versicherungspflichtige in der KVdR	105
2.1.2	Versicherungspflichtige außerhalb der KVdR	105
2.1.3	Freiwillig versicherte Rentner	108
2.2	Beitragssätze	109
2.2.1	Beitragssatz aus der Rente	109
2.2.2	Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen	109
2.2.3	Beitrag für Wehr- und Zivildienstleistende	110
2.2.4	Studenten, Praktikanten ohne Arbeitsentgelt, zur Berufsausbildung Beschäftigte ohne Arbeitsentgelt und Auszubildende des Zweiten Bildungswegs	110
2.2.5	Freiwillig versicherte Rentner	111
2.2.6	Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung	111
3	Berechnung des Beitrags aus der Rente	111
4	Tragung der Beiträge	112
5	Beitragsuntergrenze	112
6	Beitragsfreiheit in der sozialen Pflegeversicherung	112
X	Einzug der Beiträge	113
1	Beitragszahlung aus der Rente	115
1.1	Allgemeines	115

1.2	Nachträglicher Einbehalt	115
2	Beitragszahlung aus Versorgungsbezügen	116
2.1	Allgemeines	116
2.2	Zahlstellen mit weniger als 30 beitragspflichtigen Versorgungsempfängern	116
2.3	Nachträglicher Einbehalt	116
2.4	Beitragszahlung durch den Versicherten	117
2.5	Mehrere Versorgungsbezüge	117
2.6	Beitragszahlung aus Rente aus der Alterssicherung der Landwirte, Produktionsaufgaberechte und Ausgleichsgeld	118
2.7	Fälligkeit der Beiträge	118
2.8	Beitragsüberwachung	119
3	Arbeitseinkommen	119
XI	Beitragserstattungen	119
1	Erstattung von Beiträgen aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen	120
1.1	Allgemeines	120
1.2	Erstattungsfähiger Beitrag	120
2	Erstattung von Beiträgen aus der Rente	121
2.1	Allgemeines	121
2.2	Erstattungsfähiger Beitrag	121
2.3	Beitragsersatzung bei Beginn oder Ende des Arbeitsentgelts oder der Rente im laufenden Kalenderjahr	123
2.4	Ermittlung des Erstattungsbetrages der Pflegeversicherungsbeiträge bei Bezug von Krankengeld	125
2.5	Satzungsbestimmung	125
3	Antrag	125
4	Zuständige Krankenkasse	125
5	Verjährung	125
B	ABGRENZUNG DER KASSENZUSTÄNDIGKEIT ZWISCHEN ALLGEMEINER/KNAPPSCHAFTLICHER UND LANDWIRTSCHAFTLICHER KRANKENVERSICHERUNG	126
I.	Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung	126
1	Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte	129
1.1	Grundsatz	129
1.2	Ausschluss der Versicherungspflicht	129
1.3	Versicherungsfreiheit	129
1.4	Übergangsregelung	130
2	Sonstige Personen über 65 Jahre	130
2.1	Grundsätzliches	130
2.2	Abweichung für das Beitrittsgebiet	130
2.3	Ausschluss der Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit	130
II	Verhältnis der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung zur Versicherungspflicht nach anderen Gesetzen	131
1	Vorrang der allgemeinen/knappschaftlichen Krankenversicherung	132
2	Vorrang der landwirtschaftlichen Krankenversicherung im Hinblick auf Antragsteller und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung einerseits und Antragsteller und Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte andererseits	133
2.1	Grundsatz "Aktiv vor Passiv"	133
2.2	Zusammentreffen von KVdR und Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989/§ 23 KVLG 1989	133
2.2.1	Rahmenfrist, Vorversicherungszeit	133
2.2.2	Verfahren nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 Fallgruppe 2 KVLG 1989	134
2.2.2.1	Rentantragstellung bei bestehender KVdR oder Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989	134
2.2.2.2	Zusammentreffen von Mitgliedschaften nach § 189 SGB V und § 23 KVLG 1989	134
2.2.3	Hinzutritt einer weiteren Rente	134
2.2.4	Wirkung einer freiwilligen Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V	135
2.3	Zusammentreffen von KVdR und Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 im Beitrittsgebiet	135
2.3.1	Gesetzliche Abgrenzung der Kassenzuständigkeit	135
2.3.2	Verfahrensregelungen	135

2.3.3	Hinzutritt einer weiteren KVdR-Rente	136
2.3.4	Wirkung einer freiwilligen Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V	136
2.4	Ausschluss der landwirtschaftlichen Krankenversicherung	136
2.4.1	Auswirkung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der allgemeinen/knappschaftlichen Krankenversicherung	136
2.4.2	Auswirkung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung	136
III	Mitgliedschaft von Antragstellern auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte	137
1	Personenkreis	137
1.1	Grundsatz	137
2	Beginn und Ende der Mitgliedschaft	138
3	Hinausschieben der Mitgliedschaft	138
4	Ausschluss der Versicherung als Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte	138
4.1	Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften	138
4.2	Hauptberufliche selbständige außerland- oder außerforstwirtschaftliche Tätigkeit	138
4.3	Krankenversicherungsfreiheit	138
4.4	Von der Krankenversicherungspflicht befreite Personen	138
4.5	Zusammentreffen einer Mitgliedschaft als Rentenantragsteller und als Rentenantragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte	139
5	Meldeverfahren	139
IV	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	139
1	Personenkreis	139
2	Anwendung der Vorschriften für Altenteiler	140
C	KRANKENKASSENZUSTÄNDIGKEIT DER BUNDESKNAPPSCHAFT FÜR RENTNER UND RENTENANTRAGSTELLER	141
I.	Krankenkassenzuständigkeit für Rentner und Rentenantragsteller	141
1	Allgemeines	141
2	Rentenantragstellung bei einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger	141
3	Rentenantragstellung bei der Bundesknappschaft	142
4	Krankenkassenzuständigkeit nach Beendigung einer Vorrangversicherung	142
5	Krankenkassenzuständigkeit bei Doppelrentenantragstellern bzw. -beziehern	144
5.1	Doppelrentenantragsteller	144
5.2	Doppelrentenbezieher	145
6	Änderung der Zuständigkeit des Rentenversicherungsträgers vor oder nach Feststellung der Rente	146
6.1	Änderung vor Feststellung der Rente	146
6.2	Änderung nach Feststellung der Rente	147
II	Krankenkassenwahlrechte für Rentner	148
1.1	Allgemeines	148
1.2	Wahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V	148
1.3	Wahl der Krankenkasse, bei der der Ehegatte versichert ist (§ 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V)	150
2	Wahlmöglichkeit für Rentner, deren Rente von einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger festgestellt wird	150
3	Wahlmöglichkeit für Rentner der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung, die eine weitere knappschaftliche Rente beantragen	151
4	Zeitpunkt der Wahl und des Krankenkassenwechsels	151
4.1	Allgemeines	151
4.2	Rentner der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung, die eine weitere knappschaftliche Rente beantragen	153
4.3	Ehegattenwahlrecht	154
5	Wirkung der Wahlerklärung	154
Anhang		156
	Tabelle zur Ermittlung der Neun-Zehntel-Belegung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V	156

A Krankenversicherung der Rentner

I Versicherungspflicht

§ 5 SGB V

Versicherungspflicht

- (1) Versicherungspflichtig sind
1. Arbeiter, Angestellte und zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind,
 2. Personen in der Zeit, für die sie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld nach dem Dritten Buch beziehen oder nur deshalb nicht beziehen, weil der Anspruch ab Beginn des zweiten Monats bis zur zwölften Woche einer Sperrzeit (§ 144 des Dritten Buches) oder ab Beginn des zweiten Monats wegen einer Urlaubsabgeltung (§ 143 Absatz 2 des Dritten Buches) ruht; dies gilt auch, wenn die Entscheidung, die zum Bezug der Leistung geführt hat, rückwirkend aufgehoben oder die Leistung zurückgefordert oder zurückgezahlt worden ist,
 3. Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler nach näherer Bestimmung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte,
 4. Künstler und Publizisten nach näherer Bestimmung des Künstlersozialversicherungsgesetzes,
 5. Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen,
 6. Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung, es sei denn, die Maßnahmen werden nach den Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes erbracht,
 7. behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder in nach dem Blindenwarenvertriebsgesetz anerkannten Blindenwerkstätten oder für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind,
 8. behinderte Menschen, die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine Leistung erbringen, die einem Fünftel der Leistung eines voll erwerbsfähigen Beschäftigten in gleichartiger Beschäftigung entspricht; hierzu zählen auch Dienstleistungen für den Träger der Einrichtung,
 9. Studenten, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen eingeschrieben sind, unabhängig davon, ob sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, wenn für sie auf Grund über- oder zwischenstaatlichen Rechts kein Anspruch auf Sachleistungen besteht, bis zum Abschluss des vierzehnten Fachsemesters, längstens bis zur Vollendung des dreißigsten Lebensjahres; Studenten nach Abschluss des vierzehnten Fachsemesters oder nach Vollendung des dreißigsten Lebensjahres sind nur versicherungspflichtig, wenn die Art der Ausbildung oder familiäre sowie persönliche Gründe, insbesondere der Erwerb der Zugangsvoraussetzungen in einer Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungswegs, die Überschreitung der Altersgrenze oder eine längere Fachstudienzeit rechtfertigen,

10. Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit ohne Arbeitsentgelt verrichten sowie zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigte; Auszubildende des Zweiten Bildungswegs, die sich in einem förderungsfähigen Teil eines Ausbildungsabschnitts nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz befinden, sind Praktikanten gleichgestellt,
- 11.¹ Personen, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte des Zeitraums Mitglied oder nach § 10 versichert waren,
 - 11a. Personen, die eine selbständige künstlerische oder publizistische Tätigkeit vor dem 1. Januar 1983 aufgenommen haben, die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie mindestens neun Zehntel des Zeitraums zwischen dem 1. Januar 1985 und der Stellung des Rentenanspruchs nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren; für Personen, die am 3. Oktober 1990 ihren Wohnsitz im Beitrittsgebiet hatten, ist anstelle des 1. Januar 1985 der 1. Januar 1992 maßgebend,
12. Personen, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie zu den in § 1 oder § 17 a des Fremdrentengesetzes oder zu den in § 20 des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung genannten Personen gehören und ihren Wohnsitz innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Stellung des Rentenanspruchs in den Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs verlegt haben.
 - (2) Der nach Absatz 1 Nr. 11 erforderlichen Mitgliedszeit steht bis zum 31. Dezember 1988 die Zeit der Ehe mit einem Mitglied gleich, wenn die mit dem Mitglied verheiratete Person nicht mehr als nur geringfügig beschäftigt oder geringfügig selbständig tätig war. Bei Personen, die ihren Rentenanspruch aus der Versicherung einer anderen Person ableiten, gelten die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 11 oder 12 als erfüllt, wenn die andere Person diese Voraussetzungen erfüllt hatte.
 - (3) Als gegen Arbeitsentgelt beschäftigte Arbeiter und Angestellte in Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 gelten Bezieher von Vorruhestandsgeld, wenn sie unmittelbar vor Bezug des Vorruhestandsgeldes versicherungspflichtig waren und das Vorruhestandsgeld mindestens in Höhe von 65 vom Hundert des Bruttoarbeitsentgelts im Sinne des § 3 Absatz 2 des Vorruhestandsgesetzes gezahlt wird.
 - (4) Als Bezieher von Vorruhestandsgeld ist nicht versicherungspflichtig, wer im Ausland seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Staat hat, mit dem für Arbeitnehmer mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in diesem Staat keine über- oder zwischenstaatlichen Regelungen über Sachleistungen bei Krankheit bestehen.

¹ In der ab 1. April geltenden Fassung des GRG aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000. § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V hatte bis zum 31.03.2002 folgende Fassung: Personen, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte des Zeitraums auf Grund einer Pflichtversicherung Mitglied oder aufgrund einer Pflichtversicherung nach § 10 versichert waren; als Zeiten der Pflichtversicherung gelten auch Zeiten, in denen wegen des Bezuges von Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus (§ 38 Nr. 2 des Sechsten Buches) oder des Bezuges von Überbrückungsgeld aus der Seemannskasse (§ 143 des Siebten Buches) eine freiwillige Versicherung bestand,

(4a) Auszubildende, die im Rahmen eines Berufsausbildungsvertrages nach dem Berufsausbildungsgesetz (BBiG) in einer außerbetrieblichen Einrichtung ausgebildet werden, stehen den Beschäftigten zur Berufsausbildung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 gleich. Als zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 gelten Personen, die als nicht satzungsmäßige Mitglieder geistlicher Genossenschaften oder ähnlicher religiöser Gemeinschaften für den Dienst in einer solchen Genossenschaft oder ähnlichen religiösen Gemeinschaft außerschulisch ausgebildet werden.

(5) Nach Absatz 1 Nr. 1 oder 5 bis 12 ist nicht versicherungspflichtig, wer hauptberuflich selbstständig erwerbstätig ist.

(6) Nach Absatz 1 Nr. 5 bis 7 oder 8 ist nicht versicherungspflichtig, wer nach Absatz 1 Nr. 1 versicherungspflichtig ist. Trifft eine Versicherungspflicht nach Absatz 1 Nr. 6 mit einer Versicherungspflicht nach Absatz 1 Nr. 7 oder 8 zusammen, geht die Versicherungspflicht vor, nach der die höheren Beiträge zu zahlen sind.

(7) Nach Absatz 1 Nr. 9 oder 10 ist nicht versicherungspflichtig, wer nach Absatz 1 Nr. 1 bis 8, 11 oder 12 versicherungspflichtig oder nach § 10 versichert ist, es sei denn der Ehegatte, der Lebenspartner oder das Kind des Studenten oder Praktikanten ist nicht versichert. Die Versicherungspflicht nach Absatz 1 Nr. 9 geht der Versicherungspflicht nach Absatz 1 Nr. 10 vor.

(8) Nach Absatz 1 Nr. 11 oder 12 ist nicht versicherungspflichtig, wer nach Absatz 1 Nr. 1 bis 7 oder 8 versicherungspflichtig ist. Satz 1 gilt für die in § 190 Absatz 11a genannten Personen entsprechend. Bei Beziehern einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, die nach dem 31. März 2002 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 versicherungspflichtig geworden sind, deren Anspruch auf Rente schon an diesem Tag bestand und die bis zu diesem Zeitpunkt nach § 10 oder § 7 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte versichert waren, aber nicht die Vorversicherungszeit des § 5 Absatz 1 Nr. 11 in der seit 1. Januar 1993 geltenden Fassung erfüllt hatten und deren Versicherung nach § 10 oder § 7 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte nicht von einer der in § 9 Absatz 1 Nr. 6 genannten Person abgeleitet worden ist, geht die Versicherung nach § 10 oder § 7 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte der Versicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 vor.

(9) Wer versicherungspflichtig wird und bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert ist, kann den Versicherungsvertrag mit Wirkung vom Eintritt der Versicherungspflicht an kündigen. Dies gilt auch, wenn eine Versicherung nach § 10 eintritt.

(10) Kommt eine Versicherung nach den §§ 5, 9 oder 10 nach Kündigung des Versicherungsvertrages nicht zustande oder endet eine Versicherung nach den §§ 5 oder 10 vor Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 9, ist das private Krankenversicherungsunternehmen zum erneuten Abschluss eines Versicherungsvertrages verpflichtet, wenn der vorherige Vertrag für mindestens fünf Jahre vor seiner Kündigung ununterbrochen bestanden hat. Der Abschluss erfolgt ohne Risikoprüfung zu gleichen Tarifbedingungen, die zum Zeitpunkt der Kündigung bestanden haben; die bis zum Ausscheiden erworbenen Altersrückstellungen sind dem Vertrag zuzuschreiben. Wird eine gesetzliche Krankenversicherung nach Satz 1 nicht begründet, tritt der neue Versicherungsvertrag am Tag nach der Beendigung des vorhergehenden Versicherungsvertrages in Kraft. Endet die gesetzliche Krankenversicherung nach Satz 1 vor Erfüllung der Vorversicherungszeit, tritt der neue Versicherungsvertrag am Tag nach Beendigung der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft. Die Verpflichtung nach Satz 1 endet drei Monate nach der Beendigung des Versicherungsvertrages, wenn eine Versicherung nach den §§ 5, 9 oder 10 nicht begründet wurde. Bei Beendigung der Versicherung nach den §§ 5 oder 10 vor Erfüllung der Vorversicherungszeiten nach § 9 endet

die Verpflichtung nach Satz 1 längstens zwölf Monate nach der Beendigung des privaten Versicherungsvertrages.

§ 309 SGB V

Versicherter Personenkreis

(1) Soweit Vorschriften dieses Buches

1. an die Bezugsgröße anknüpfen, gilt vom 1. Januar 2001 an die Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV auch in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet,
2. an die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten anknüpfen, gilt von dem nach Nummer 1 maßgeblichen Zeitpunkt an die Beitragsbemessungsgrenze nach § 159 SGB IV auch in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet.

(2) - (4) aufgehoben

(5) Zeiten der Versicherung, die in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bis zum 31. Dezember 1990 in der Sozialversicherung oder in der Freiwilligen Krankheitskostenversicherung der ehemaligen Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik oder in einem Sondersversorgungssystem (§ 1 Absatz 3 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes) zurückgelegt wurden, gelten als Zeiten einer Pflichtversicherung bei einer Krankenkasse im Sinne dieses Buches. ²Für die Anwendung des § 5 Absatz 1 Nr. 11 gilt Satz 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1991 an entsprechend für Personen, die ihren Wohnsitz und ihre Versicherung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 haben und in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet beschäftigt waren, wenn sie nur wegen Überschreitung der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei waren und die Jahresarbeitsentgeltgrenze nach § 6 Absatz 1 Nr. 1 nicht überschritten wurde.

§ 20 SGB XI

Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung

(1) Versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung sind die versicherungspflichtigen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies sind:

1. - 10. ...

11. Personen, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, soweit sie nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 des Fünften Buches der Krankenversicherungspflicht unterliegen.

(2) - (4) ...

² Satz 2 der Vorschrift ist ab dem 1. April 2002 obsolet.

§ 1 FRG

Dieses Gesetz findet unbeschadet des § 5 Absatz 4 und des § 17 Anwendung auf

- a) Vertriebene im Sinne des § 1 des Bundesvertriebenengesetzes sowie Spätaussiedler im Sinne des § 4 des Bundesvertriebenengesetzes, die als solche in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt sind,
- b) - e) ...

§ 17 a FRG

Die für die gesetzliche Rentenversicherung maßgebenden Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung auch auf

- a) Personen, die bis zu dem Zeitpunkt, in dem der nationalsozialistische Einflussbereich sich auf ihr jeweiliges Heimatgebiet erstreckt hat,
 - 1. dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört haben,
 - 2. das 16. Lebensjahr bereits vollendet hatten oder im Zeitpunkt des Verlassens des Vertriebungsgebietes dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört haben und
 - 3. sich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht zum deutschen Volkstum bekannt hattenund die Vertriebungsgebiete nach § 1 Absatz 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes verlassen haben,
- b) Hinterbliebene der in Buchstabe a genannten Personen bezüglich der Gewährung von Leistungen an Hinterbliebene.

§ 20 WGSVG

Gleichstellung vertriebener Verfolgter mit Vertriebenen

(1) Bei Anwendung des Fremdrentengesetzes stehen den anerkannten Vertriebenen im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes vertriebene Verfolgte gleich, die lediglich deswegen nicht als Vertriebene anerkannt sind oder anerkannt werden können, weil sie sich nicht ausdrücklich zum deutschen Volkstum bekannt haben. § 19 Absatz 2 Buchstabe a zweiter Halbsatz gilt entsprechend.

(2) - (3) ...

§ 1 BVFG

Vertriebener

(1) Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom

31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat. Bei mehrfachem Wohnsitz muss derjenige Wohnsitz verlorengegangen sein, der für die persönlichen Lebensverhältnisse des Betroffenen bestimmend war. Als bestimmender Wohnsitz im Sinne des Satzes 2 ist insbesondere der Wohnsitz anzusehen, an welchem die Familienangehörigen gewohnt haben.

(2) Vertriebener ist auch, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger

1. nach dem 30. Januar 1933 die in Absatz 1 genannten Gebiete verlassen und seinen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches genommen hat, weil aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen gegen ihn verübt worden sind oder ihm drohten,
2. auf Grund der während des zweiten Weltkrieges geschlossenen zwischenstaatlichen Verträge aus außerdeutschen Gebieten oder während des gleichen Zeitraumes auf Grund von Maßnahmen deutscher Dienststellen aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten umgesiedelt worden ist (Umsiedler),
3. nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen vor dem 1. Juli 1990 oder danach im Wege des Aufnahmeverfahrens vor dem 1. Januar 1993 die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verlässt, es sei denn, dass er ohne aus diesen Gebieten vertrieben und bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat (Aussiedler),
4. ohne einen Wohnsitz gehabt zu haben, sein Gewerbe oder seinen Beruf ständig in den in Absatz 1 genannten Gebieten ausgeübt hat und diese Tätigkeit infolge Vertreibung aufgeben musste,
5. seinen Wohnsitz in den in Absatz 1 genannten Gebieten gemäß § 10 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Eheschließung verloren, aber seinen ständigen Aufenthalt dort beibehalten hatte und diesen infolge Vertreibung aufgeben musste,
6. in den in Absatz 1 genannten Gebieten als Kind einer unter Nummer 5 fallenden Ehefrau gemäß § 11 des Bürgerlichen Gesetzbuches keinen Wohnsitz, aber einen ständigen Aufenthalt hatte und diesen infolge Vertreibung aufgeben musste.

(3) Als Vertriebener gilt auch, wer, ohne selbst deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger zu sein, als Ehegatte eines Vertriebenen seinen Wohnsitz oder in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 5 als Ehegatte eines deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen den zuständigen Aufenthalt in den in Absatz 1 genannten Gebieten verloren hat.

(4) Wer infolge von Kriegseinwirkungen Aufenthalt in den in Absatz 1 genannten Gebieten genommen hat, ist jedoch nur dann Vertriebener, wenn es aus den Umständen hervorgeht, dass er sich auch nach dem Kriege in diesen Gebieten ständig niederlassen wollte oder wenn er diese Gebiete nach dem 31. Dezember 1989 verlassen hat.

§ 4 BVFG

Spätaussiedler

(1) Spätaussiedler ist in der Regel ein deutscher Volkszugehöriger, der die Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Estland, Lettland oder Litauen nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten im Geltungsbereich des Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt genommen hat, wenn er zuvor

1. seit dem 8. Mai 1945 oder
2. nach seiner Vertreibung oder der Vertreibung eines Elternteils seit dem 31. März 1952 oder
3. seit seiner Geburt, wenn er vor dem 1. Januar 1993 geboren ist und von einer Person abstammt, die die Stichtagsvoraussetzung des 8. Mai 1945 nach Nummer 1 oder des 31. März 1952 nach Nummer 2 erfüllt, es sei denn, dass Eltern oder Voreltern ihren Wohnsitz erst nach dem 31. März 1952 in die Aussiedlungsgebiete verlegt haben,

seinen Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten hatte.

(2) Spätaussiedler ist auch ein deutscher Volkszugehöriger aus den Aussiedlungsgebieten des § 1 Absatz 2 Nr. 3 außer den in Absatz 1 genannten Staaten, der die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt und glaubhaft macht, dass er am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit unterlag.

(3) ...

1 Allgemeines

Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. März 2000 hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der im § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V geregelten Zugangsvoraussetzungen zur KVdR richtet sich der Zugang zur KVdR ab dem 1. April 2002 wieder nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V i. d. F. des GRG vom 20. Dezember 1988.

Die Versicherungspflicht in der KVdR tritt nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V nur dann ein, wenn seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte des Zeitraums eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung oder eine Familienversicherung nach § 10 SGB V oder § 7 KVLG 1989 bestand (hinsichtlich bestehender Übergangs- und Besitzstandsregelungen vgl. A I 3.7).

Ergänzend hierzu regelt § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V, dass Versicherungspflicht in der KVdR für selbständige Künstler und Publizisten selbst bei Nichterfüllung der Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V dann eintritt, wenn diese Tätigkeit vor dem 1. Januar 1983 aufgenommen wurde und neun Zehntel des Zeitraums zwischen dem 1. Januar 1985 und der Stellung des Rentenanspruchs mit einer Versicherung nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz belegt sind. Für Personen, die am 3. Oktober 1990 ihren Wohnsitz im Beitrittsgebiet hatten, ist anstelle des 1. Januar 1985 der 1. Januar 1992 maßgebend.

Eine Vorversicherungszeit wird nicht für die in §§ 1 oder 17a FRG oder § 20 WGSVG genannten Personen gefordert, sofern sie ihren Wohnsitz in den letzten zehn Jahren vor Rentenanspruchstellung ins Inland verlegt haben (§ 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V).

Für Rentner und Rentenantragsteller im Beitrittsgebiet gilt seit dem 1. Januar 1991 das in der bisherigen Bundesrepublik schon bestehende Krankenversicherungsrecht. Personen, die am 31. Dezember 1990 Rente bezogen, unterliegen seit dem 1. Januar 1991 für die Dauer des Rentenbezuges der Versicherungspflicht in der KVdR.

Bei Empfängern von Hinterbliebenenrente gelten die Voraussetzungen für die KVdR grundsätzlich als erfüllt, wenn der Verstorbene bereits eine Rente bezog und in der KVdR oder nur wegen eines Auschlussstatbestandes oder einer Vorrangversicherung nicht in der KVdR, aber in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert war. In diesen Fällen erübrigt sich die Prüfung der Vorversicherungszeit.

Rentner, die nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V der Krankenversicherungspflicht unterliegen, sind nach § 20 Absatz 1 Satz 2 Nr. 11 SGB XI versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung. Rentenantragsteller gelten wie in der gesetzlichen Krankenversicherung auch in der sozialen Pflegeversicherung als Mitglieder (§ 49 Absatz 2 SGB XI i.V.m. § 189 SGB V).

Ein Antrag auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der alleinige Bezug einer solchen Rente können keine Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung begründen. Dagegen kann durch die Stellung eines solchen Antrages oder durch den Bezug einer solchen Rente die Kassenzuständigkeit (Versicherungskonkurrenz) beeinflusst werden (vgl. B II). Auch haben aufgrund eines anderen Tatbestandes pflichtversicherte Personen Beiträge aus einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung an die landwirtschaftliche Krankenkasse zu zahlen, bei der die Mitgliedschaft besteht (vgl. A IX 2.1.2). Dies gilt sowohl für die Krankenversicherung als auch für die Pflegeversicherung.

Zu den Auswirkungen eines Auslandsaufenthaltes auf die KVdR vgl. A I 4.5.

2 Personenkreis

Nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a und 12 SGB V sind Personen krankenversicherungspflichtig, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine Rente wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit oder um eine Rente wegen Todes handelt.

Von der Versicherungspflicht ausgenommen sind Bezieher einer Rente, die nur auf Höherversicherungsbeiträgen beruht (vgl. Urteil des BSG vom 14. Juli 1977 - 3 RK 66/76 -, USK 7790).

3 Voraussetzungen

Die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 11a SGB V setzt voraus, dass

- ein Rentenanspruch gegeben ist
- die Rente beantragt wurde und
- eine bestimmte Vorversicherungszeit erfüllt ist.

Zusätzlich zu den vorgenannten Tatbeständen setzt die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V voraus, dass eine selbständige künstlerische oder publizistische Tätigkeit vor dem 1. Januar 1983 aufgenommen wurde. Eine selbständige künstlerische oder publizistische Tätigkeit im Sinne dieser Vorschrift ist jede Tätigkeit, die bei Geltung des KSVG zur Versicherungspflicht geführt hätte bzw. hat.

Bei Personen nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V wird eine Vorversicherungszeit nicht gefordert (vgl. A I 3.5).

Eine Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V kommt nicht zustande, wenn eine Vorrangversicherung, ein Ausschlussstatbestand oder Versicherungsfreiheit besteht (vgl. A I 4).

3.1 Rentenanspruch

Der Rentenanspruch ist gegeben, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt sind. Nach § 33 SGB VI werden Renten geleistet wegen Alters, wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Todes.

Altersrenten (Voll- oder Teilrenten) sind

- Regelaltersrenten
- Altersrenten für langjährige Versicherte
- Altersrenten für schwerbehinderte Menschen
- Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit
- Altersrenten für Frauen
- Altersrenten für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind

- Renten wegen voller Erwerbsminderung
- Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung
- Renten wegen Berufsunfähigkeit
- Renten wegen Erwerbsunfähigkeit
- Renten für Bergleute.

Renten wegen Todes sind

- Witwenrenten oder Witwerrenten,
- Waisenrenten,
- Erziehungsrenten.

Renten im Sinne des § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a und 12 SGB V sind auch die Knappschaftsausgleichsleistung sowie die Witwenrente und Witwerrente an geschiedene Ehegatten.

Als Renten der gesetzlichen Rentenversicherung gelten auch die nach Artikel 2 RÜG zu leistenden Renten wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit oder Todes.

Renten wegen Alters werden gezahlt als

- Altersrenten und Zusatzaltersrenten
- Bergmannsaltersrenten und Zusatzbergmannsaltersrenten
- Bergmannsvollrenten.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden geleistet als

- Invalidenrenten und Zusatzinvalidenrenten
- Bergmannsinvalidenrenten und Zusatzbergmannsinvalidenrenten
- Bergmannsrenten
- Invalidenrenten für Behinderte.

Renten wegen Todes werden geleistet als

- Witwen- oder Witwerrenten und Zusatzwitwen- oder -witwerrenten
- Bergmannswitwen- oder Bergmannswitwerrenten und Zusatzbergmannswitwen- oder -witwerrenten
- Übergangshinterbliebenenrenten und Zusatzübergangshinterbliebenenrenten
- Unterhaltsrenten
- Waisenrenten und Zusatzwaisenrenten.

Keine Renten im Sinne des § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a und 12 SGB V sind

- Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 bzw. im Beitrittsgebiet an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1927 (vgl. §§ 294 ff. SGB VI)
- Kriegsbeschädigtenrenten, die nach Artikel 25 RÜG vom Rentenversicherungsträger als Abschlag oder Ausgleichszahlung weiter zu leisten sind
- Entschädigungsrenten nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet und deren Hinterbliebenen vom 22. April 1992 (BGBl. I 1992 S. 906)
- Leistungen aus Sonderversorgungssystemen nach § 9 AAÜG, die nicht in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden.

Für den Eintritt der Versicherungspflicht ist nicht erforderlich, dass die Rente tatsächlich ausgezahlt wird; es genügt, dass der Anspruch auf die Rente dem Grunde nach besteht. Die KVdR wird demnach auch durchgeführt, wenn die Rente wegen fehlender Mitwirkung versagt oder wegen Zusammentreffens mit einer anderen Rente oder Einkommen tatsächlich nicht gezahlt wird; die KVdR wird dagegen nicht begründet, wenn der Rentenberechtigte auf die ganze Rente verzichtet.

Die Feststellung über das Vorliegen der Voraussetzungen für den Bezug der Rente trifft der zuständige Rentenversicherungsträger mit Erteilung des Rentenbescheides oder mit Aufnahme einer laufenden Vorschusszahlung. Die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers ist für die Krankenkasse verbindlich.

Bei Vorschusszahlungen des Rentenversicherungsträgers auf die zu erwartenden Rentenleistungen ist davon auszugehen, dass der Rentenanspruch dem Grunde nach bereits anerkannt ist und lediglich die Höhe des Rentenanspruchs noch nicht feststeht. Der Erhalt eines Rentenvorschusses steht versicherungsrechtlich dem Bezug einer Rente gleich. Somit ist ab Beginn der Vorschusszahlung die KVdR durchzuführen, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind. Eine zuvor durchgeführte Mitgliedschaft als Rentenantragsteller ist zugunsten der KVdR umzustellen.

In Fällen, in denen im Rahmen einer Überprüfung nach § 44 SGB X ein Rentenanspruch festgestellt wird, ergibt sich für die KVdR folgendes:

Allein der Tatbestand, dass der Rentenversicherungsträger - sei es von Amts wegen oder auf Veranlassung des Versicherten - seine Entscheidung überprüft, bewirkt keine Mitgliedschaft in der KVdR. In diesen Fällen beginnt die Mitgliedschaft in der KVdR erst aufgrund des Rentenbezugs - auch bei rückwirkender Rentenbewilligung - mit der Bekanntgabe des Rücknahme- oder Bewilligungsbescheides an den Versicherten (Urteil des BSG vom 25. Februar 1997 - 12 RK 4/96 - USK 97121). Wird nach Überprüfung auf einen in der Vergangenheit zunächst bindend abgelehnten Rentenantrag hin eine Rentenleistung bewilligt, ist im Hinblick auf die KVdR-Voraussetzungen auf die rechtlichen Gegebenheiten am Tag der ursprünglichen Rentenantragstellung abzustellen. Die für die Vorversicherungszeit in der KVdR maßgebliche Rahmenfrist endet ebenfalls mit diesem Zeitpunkt und nicht mit der Stellung des Überprüfungsantrags.

Beispiel:

Rentantrag und Beginn der Rentenantragstellermemberschaft am	13.1.1998
Rentenablehnung mit Bescheid vom	20.5.1998
Ende der Rentenantragstellermemberschaft mit Bindung des Ablehnungsbescheides am	23.6.1998
Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X wird gestellt am	11.2.2002
Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides am	24.8.2002
- Rentenbeginn 1.2.1998 -	

Ergebnis:

Die Versicherungspflicht als Rentner nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V beginnt am 24.8.2002. Die Rahmenfrist zur Prüfung der KVdR-Vorversicherungszeit endet am 13.1.1998. Zur Prüfung der weiteren KVdR-Voraussetzungen sind die Vorschriften zu beachten, die am 13.1.1998 Gültigkeit hatten.

3.2 Rentenantrag

Die Versicherungspflicht in der KVdR setzt voraus, dass die Rente beantragt ist oder als beantragt gilt (Umdeutung eines Antrages auf medizinische Rehabilitation oder auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in einen Rentenantrag). In welcher Form der Rentenantrag gestellt wird, ist unbeachtlich; er kann schriftlich oder mündlich (zur Niederschrift) gestellt werden. Im Allgemeinen wird der Antrag formularmäßig aufgenommen.

Als Tag der Rentenantragstellung ist auch der Tag des Antrags auf Weiterzahlung einer befristeten Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, Wiedergewährung einer Waisenrente (vgl. A I 3.3.6, 3.3.7) sowie auf Witwen- oder Witwerrentenvorschuss (§ 115 Absatz 2 SGB VI) anzusehen.

3.3 Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V

Das Bundesverfassungsgericht hat durch Beschluss vom 15. März 2000 festgestellt, dass die durch das GSG veränderte Regelung des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V (Verschärfung der Voraussetzungen für die Versicherungspflicht als Rentner) mit dem Grundgesetz unvereinbar ist und nur noch bis zu einer gesetzlichen Neuregelung, längstens bis zum 31. März 2002, angewandt werden kann. Kommt es innerhalb der gesetzten Frist nicht zu einer gesetzlichen Neuregelung, richtet sich vom 1. April 2002 an der Zugang zur Versicherungspflicht als Rentner nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V in der Fassung des GRG, der bis zum 31. Dezember 1992 galt. Da es zu einer gesetzlichen Neuregelung nicht gekommen ist, findet vom 1. April 2002 an § 5 Absatz 1 Nr. 11 in der Fassung des GRG Anwendung.

Hiernach tritt bei Rentenantragstellungen ab 1. April 2002 die Versicherungspflicht in der KVdR nur ein, wenn in der Zeit von der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Rentenantragstellung (Rahmenfrist) mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte dieses Zeitraums eine Mitgliedschaft oder eine Familienversicherung bei einer Krankenkasse (§ 4 Absatz 2 SGB V) bestanden hat. Den Mitgliedschaftszeiten stehen nach § 5 Absatz 2 Satz 1 SGB V unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 31. Dezember 1988 die Zeiten einer Ehe mit einem Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung gleich.



Bei Hinterbliebenen, die ihren Rentenanspruch aus der Versicherung des Verstorbenen ableiten, gilt die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V oder die Voraussetzung nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V auch dann als erfüllt, wenn der Verstorbene diese erfüllt hatte.

Für die Feststellung, ob der Rentenantragsteller die Vorversicherungszeit erfüllt, sieht der KVdR-Meldevordruck nach § 201 Absatz 1 SGB V entsprechende Angaben vor. Der Prüfung können diese Angaben zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus sollten grundsätzlich keine besonderen Nachweise über Mitgliedszeiten gefordert werden.

3.3.1 Rahmenfrist

Die Rahmenfrist, innerhalb der Versicherungszeiten anrechenbar sind, beginnt mit dem Tag der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit; sie endet mit dem Tag der Rentenantragstellung, und zwar auch dann, wenn die KVdR zunächst nicht wirksam wird (z. B. wegen einer Vorrangversicherung).

Als Erwerbstätigkeit gilt jede auf Erwerb gerichtete oder zur Berufsausbildung ausgeübte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, und zwar auch im Ausland (Urteil des BSG vom 8. November 1983 - 12 RK 12/83 -, USK 83202). Nach der Begründung zum vorgenannten Urteil des BSG kommt es für den Beginn der Rahmenfrist nicht darauf an, ob die Erwerbstätigkeit den Zugang zur Krankenversicherung eröffnete. Deshalb löst auch die Aufnahme einer Tätigkeit, die nicht zur Versicherungspflicht führte oder kein Recht zum freiwilligen Beitritt eröffnete, den Beginn der Rahmenfrist aus.

Die Rahmenfrist beginnt auch dann, wenn ein Student ein vorgeschriebenes Praktikum gegen Entgelt ableistete (Urteil des BSG vom 22. Februar 1996 - 12 RK 33/94 -, USK 9647).

Nicht als erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gelten

- Grundwehrdienst und Zivildienst
- Tätigkeiten nach dem Entwicklungshelfergesetz
- Beschäftigungen nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres oder nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres
- Beschäftigungen oder Tätigkeiten, die wegen ihrer Geringfügigkeit krankenversicherungsfrei waren oder bei Anwendbarkeit der Vorschriften über die Krankenversicherungsfreiheit von geringfügigen Beschäftigungen oder Tätigkeiten versicherungsfrei beurteilt worden wären
- Unentgeltliche Beschäftigungen oder selbständige Tätigkeiten, die zu oder während der wissenschaftlichen Ausbildung ausgeübt worden sind
- Beschäftigungen, die wegen ihrer Gemeinnützigkeit krankenversicherungsfrei waren (§ 6 Absatz 1 Nr. 7 SGB V).

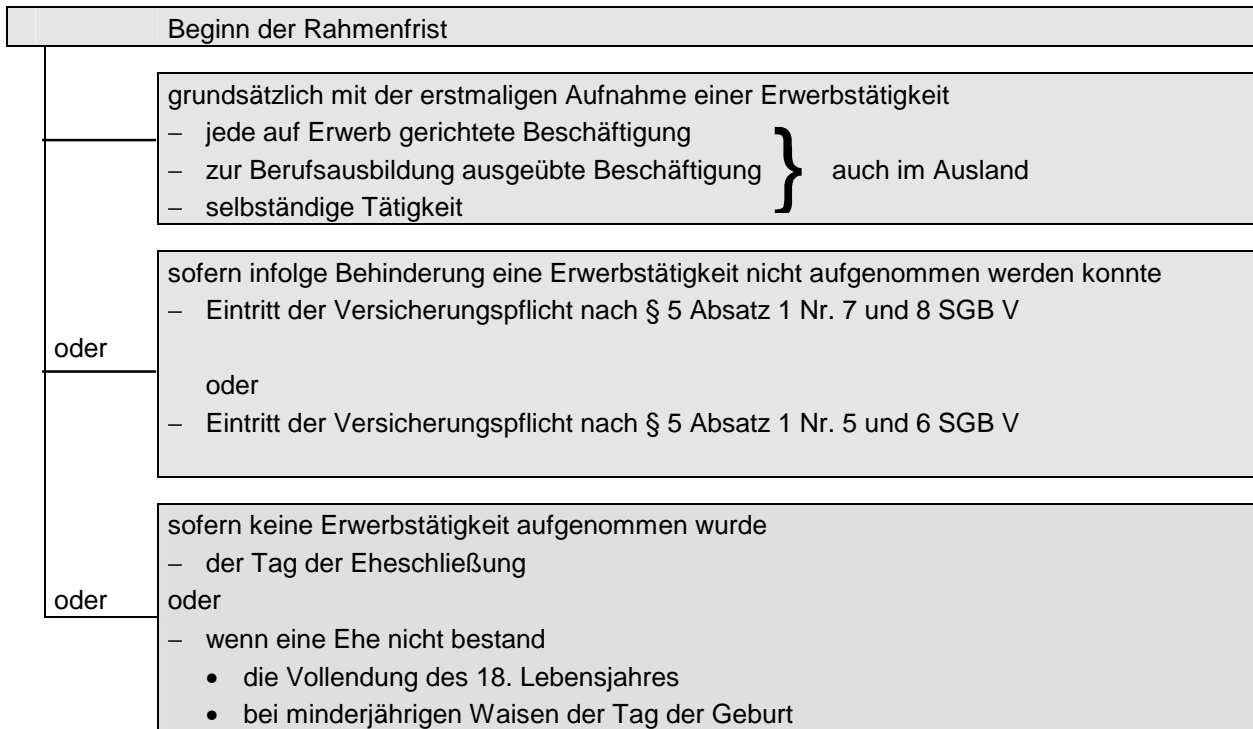
Bei Personen, die wegen ihrer Behinderung eine Erwerbstätigkeit nicht ausüben konnten, gilt der Eintritt der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 7 und 8 SGB V als erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Gleiches gilt für die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 5 und 6 SGB V.

Wurde eine Erwerbstätigkeit nicht aufgenommen, so gilt als Beginn der Rahmenfrist

- der Tag der Eheschließung

oder

- wenn eine Ehe nicht bestand, die Vollendung des 18. Lebensjahres, bei minderjährigen Waisen der Tag der Geburt.



Beispiel 1:

Rentantragstellung am	19.7.2002
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am	1.3.1960
Rahmenfrist beginnt am	1.3.1960
und endet am	19.7.2002

Beispiel 2:

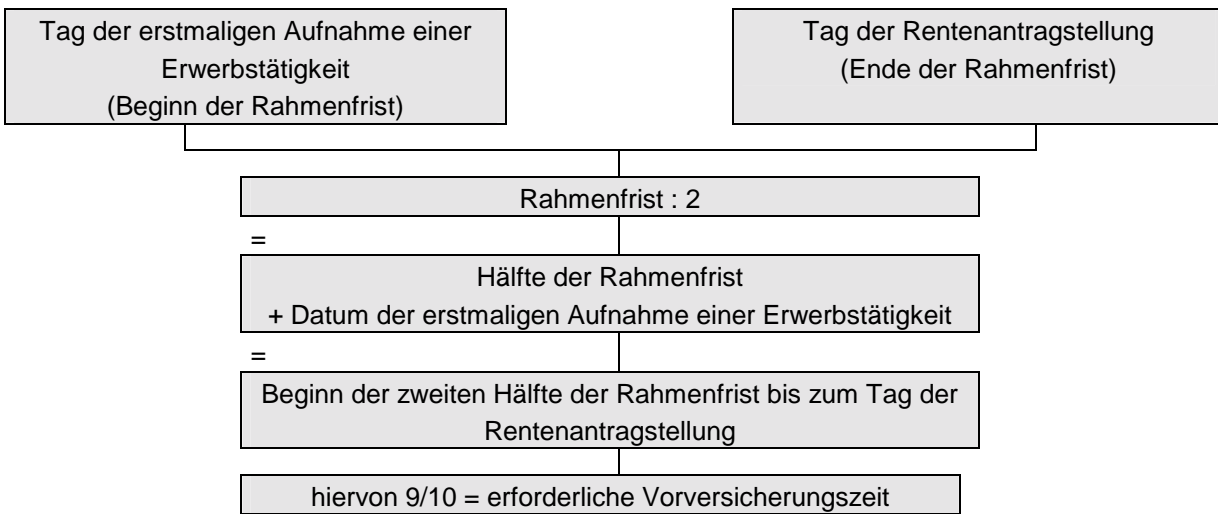
Rentantragstellung am	13.9.2002
Eheschließung am	18.5.1958
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am	1.4.1958
Rahmenfrist beginnt am	1.4.1958
und endet am	13.9.2002

Personen, die dem Grunde nach unter § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V fallen, aber zum Zeitpunkt der Rentenantragstellung bereits länger als 10 Jahre ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, müssen die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V nachweisen. Dabei ist fiktiv davon auszugehen, dass die Vorversicherungszeit bis zum Zeitpunkt der Verlegung des Wohnsitzes ins Bundesgebiet erfüllt ist. Für die Prüfung der Voraussetzung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V ist insoweit nur noch die Zeit seit der Umsiedlung heranzuziehen. Die Rahmenfrist beginnt also in diesen Fällen mit dem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland.

3.3.2 Neun-Zehntel-Belegung

Nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V wird für die zweite Hälfte der Rahmenfrist eine Neun-Zehntel-Belegung mit Mitgliedschaftszeiten bzw. mit Zeiten einer Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung verlangt.

Die zweite Hälfte der Rahmenfrist ist in entsprechender Anwendung von § 26 Absatz 1 SGB X i.V.m. § 191 BGB in Jahre, Monate und Tage umzurechnen; hierbei werden volle Kalendermonate zu 30 und das Kalenderjahr zu 365 Tagen gerechnet. Der Ermittlung der Neun-Zehntel-Belegung dient die als Anhang beigefügte Tabelle. Die zweite Hälfte der Rahmenfrist sowie die Neun-Zehntel-Belegung sind wie folgt zu ermitteln:



Beispiel 1:

Rentenanspruch am 24.5.2002
 Erstmals Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am 1.3.1960

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.3.1960 bis 24.5.2002

Ermittlung des Beginns der zweiten Hälfte der Rahmenfrist:

	Tage	Monate	Jahre	
	24.	05.	2002	
./.	01.	03.	1960	
=	24 (23+01)	02	42	: 2
=	12	01	21	
+	01.	03.	1960	(Datum der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit)
=	13.	04.	1981	Beginn der zweiten Hälfte der Rahmenfrist

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

	Tage	Monate	Jahre
	24.	05.	2002
./.	13.	04.	1981
=	12 (11+01)	01	21

Hiervon 9/10 lt. Tabelle (Anhang):

21 Jahre	=	18 Jahre	10 Monate	29 Tage
01 Monate	=	- Jahre	- Monate	27 Tage
12 Tage	=	- Jahre	- Monate	11 Tage
		18 Jahre	10 Monate	67 Tage
		19 Jahre	- Monate	7 Tage (Umwandlung)

Erforderliche Vorversicherungszeit = 19 Jahre - Monat 7 Tage

Der Rentenantragsteller muss in der Zeit vom 13.4.1981 bis 24.5.2002 mindestens 19 Jahre, 0 Monat, 7 Tage anrechenbare Versicherungszeiten nachweisen.

Beispiel 2:

Rentenantrag am 21.10.2002
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am 1.2.1959

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.2.1959 bis 21.10.2002

Ermittlung des Beginns der zweiten Hälfte der Rahmenfrist:

	Tage	Monate	Jahre	
	21.	10.	2002	
./.	01.	2.	1959	
=	21 (20+01)	08	43	
=	21	20	42 : 2 (Umwandlung)	
=	11 *)	10	21	
+	01.	02.	1959	(Datum der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit)
=	12.	12.	1980	Beginn der zweiten Hälfte der Rahmenfrist

*) Rundung zu Gunsten des Versicherten

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

	Tage	Monate	Jahre	
	21.	10.	02	
	21.	22.	01 (Umwandlung)	
./.	12.	12.	80	
=	10 (09+01)	10	21	

Hiervon 9/10 lt. Tabelle (Anhang):

21 Jahre	=	18 Jahre	10 Monate	29 Tage
10 Monat	=	- Jahre	9 Monate	- Tage
10 Tage	=	- Jahre	- Monate	9 Tage
		18 Jahre	19 Monate	38 Tage
		19 Jahre	8 Monate	8 Tage

Erforderliche Vorversicherungszeit = 19 Jahre 8 Monate 8 Tage

Der Rentenantragsteller muss in der Zeit vom 12.12.1980 bis 21.10.2002 mindestens 19 Jahre, 8 Monate, 8 Tage anrechenbare Versicherungszeiten nachweisen.

3.3.3 Anrechenbare Versicherungszeiten

Als Vorversicherungszeit sind alle Zeiten der Versicherung bei einer Krankenkasse innerhalb der zweiten Hälfte der Rahmenfrist zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob eine Pflichtversicherung, eine freiwillige Versicherung oder eine Familienversicherung (§ 10 SGB V, § 7 KVLG 1989) bestand.

Bei der Prüfung der Vorversicherungszeit sind die beim Träger der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet (bis 31. Dezember 1990) zurückgelegten Versicherungszeiten den Zeiten einer Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung gleichgestellt. Dies gilt gleichermaßen für Zeiten in der Freiwilligen Krankheitskostenversicherung der ehemaligen Staatlichen Versicherung der DDR oder in einem Sonderversorgungssystem (§ 309 Absatz 5 Satz 1 SGB V).

Den Mitgliedszeiten werden bis zum 31. Dezember 1988 Zeiten der Ehe mit einem Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung gleichgestellt. Allerdings sind Ehezeiten nicht zu berücksichtigen, in denen der Rentenantragsteller mehr als nur geringfügig beschäftigt oder selbständig tätig war (§ 5 Absatz 2 SGB V). Eine nicht wegen Geringfügigkeit, sondern aus anderen Gründen von der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung ausgenommene Beschäftigung oder Tätigkeit schließt für diese Zeit die Anrechnung der Ehezeit auf die Vorversicherungszeit aus.

Anrechenbare Zeiten zur Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V sind*:

- Pflichtmitgliedschaftszeiten als versicherungspflichtiger Arbeitnehmer nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V (§ 165 Absatz 1 Nr. 1 und 2 RVO),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Leistungsbezieher nach dem SGB III bzw. Mitgliedschaftszeiten wegen des Bezuges von Kurzarbeitergeld oder Schlechtwettergeld/Winterausfallgeld nach § 5 Absatz 1 Nr. 2 SGB V (§§ 155, 162 AFG),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse nach § 5 Absatz 1 Nr. 3 SGB V i. V. m. §§ 2 ff. KVLG 1989 (§§ 2 ff. KVLG),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Künstler oder Publizist nach § 5 Absatz 1 Nr. 4 SGB V i. V. m. § 1 KSVG (§ 1 KSVG),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Person in einer Einrichtung der Jugendhilfe nach § 5 Absatz 1 Nr. 5 SGB V (§ 165 Absatz 1 Nr. 2 Buchst. a RVO),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung nach § 5 Absatz 1 Nr. 6 SGB V (§ 165 Absatz 1 Nr. 2a Buchst. b und Nr. 4 RVO),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als behinderter Mensch in geschützten Einrichtungen für behinderte Menschen nach § 5 Absatz 1 Nr. 7 und 8 SGB V (§§ 1 und 2 SVBG),
- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Student, Praktikant ohne Arbeitsentgelt sowie zur Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigter und Auszubildender des Zweiten Bildungsweges nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 und 10 SGB V (§ 165 Absatz 1 Nr. 5 und 6 RVO),

- Pflichtmitgliedschaftszeiten als Rentner nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V (§ 165 Absatz 1 Nr. 3 RVO, § 19 RKG),
- Zeiten, in denen die Mitgliedschaft nach §§ 192, 193 SGB V, § 7 Absatz 3 Satz 1 SGB IV oder § 25 KVLG 1989 (§ 311 RVO, § 48 KVLG) erhalten bleibt,
- Zeiten als Wehr-/Zivildienstleistender nach § 193 SGB V (§ 209a RVO),
- Mitgliedschaftszeiten als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V, § 23 KVLG 1989 (§ 315a RVO, § 49 KVLG),
- Zeiten einer formalen Mitgliedschaft (§ 315 RVO),
- Zeiten einer freiwilligen Mitgliedschaft nach § 9 SGB V (§§ 176 ff., 313 RVO),
- Zeiten einer freiwilligen Mitgliedschaft bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse nach § 6 KVLG 1989 (§§ 5, 6, 96 KVLG),
- Zeiten einer Familienversicherung (ab 1. Januar 1989) nach § 10 SGB V, § 7 KVLG 1989,
- Ehezeiten mit einem Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung (bis 31. Dezember 1988) (§ 205 RVO, § 32 KVLG),
- Zeiten eines Waisenrentenbezuges als Minderjähriger, wenn deren Familienhilfeberechtigung (bis 31. Dezember 1988) auf einer Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung beruhte (§ 205 RVO, § 32 KVLG).

Demgegenüber sind folgende Zeiten nicht anrechenbar zur Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V*:

- Zeiten, in denen eine Familienhilfeberechtigung (bis 31. Dezember 1988) bestand (§ 205 RVO, § 32 KVLG),
- Zeiten eines nachgehenden Leistungsanspruchs nach § 19 SGB V (§ 183 Absatz 1 Satz 2 und § 214 RVO, § 41 KVLG),
- Zeiten einer formalen Versicherung (§ 213 RVO, § 40 KVLG),
- Zeiten in denen eine Betreuung nach dem BVG bei einer gesetzlichen Krankenkasse nach § 18c BVG vorlag,
- Zeiten einer privaten Krankenversicherung außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung.

*) Vorher geltende Rechtsvorschriften sind als Klammerhinweis wiedergegeben.

Bei der Feststellung der Vorversicherungszeiten werden volle Kalendermonate zu 30 und das Kalenderjahr zu 365 Tagen angesetzt (§ 26 Absatz 1 SGB X i. V. m. § 191 BGB).

3.3.4 Über- und zwischenstaatliches Recht

Eine Berücksichtigung ausländischer Versicherungszeiten im Rahmen des

- § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V kommt in Betracht, soweit diese Zeiten durch überstaatliches Recht oder durch ein zwischenstaatliches Sozialversicherungsabkommen gleichgestellt sind.

Eine solche Gleichstellung enthalten die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und einige Sozialversicherungsabkommen sowie das Rheinschiffer-Übereinkommen.

- § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V kommt nicht in Betracht, weil diese Vorschrift ausdrücklich nur Zeiten in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund des Künstlersozialversicherungsgesetzes erfasst und das über- und zwischenstaatliche Recht keine Gleichstellungsnorm hierfür enthält (vgl. auch Tz. 3.4.3).

a) EWG-Verordnung Nr. 1408/71

Das Recht der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 gilt außer in Deutschland in folgenden Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz³ und Spanien.

Bei Staatsangehörigen dieser Staaten, Flüchtlingen und Staatenlosen sowie Hinterbliebenen der zuvor genannten Personen können die in der gesetzlichen Krankenversicherung der vorgenannten Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten bei Prüfung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V berücksichtigt werden, wobei in mehreren dieser Staaten (z.B. Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien) zurückgelegte Versicherungszeiten insgesamt zusammengerechnet werden können.

Wohnzeiten in Mitgliedstaaten, die ein nicht von Versicherungs- oder Beschäftigungsbedingungen abhängiges Krankenversicherungssystem besitzen (Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Norwegen, Portugal und Schweden) sind ebenfalls zu berücksichtigen.

b) Abkommen über soziale Sicherheit

Folgende Sozialversicherungsabkommen enthalten zur Vorversicherungszeit des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V Regelungen über die Zusammenrechnung von deutschen mit ausländischen Zeiten: Kroatien, Schweiz³, Slowenien, Tschechien⁴, Tunesien, Türkei, Ungarn.

Die in diesen Abkommen enthaltenen Gleichstellungsregelungen ausländischer Krankenversicherungszeiten mit deutschen Krankenversicherungszeiten gelten (ausgenommen Tunesien und Türkei) unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Rentners.

Zu beachten ist, dass eine multilaterale Vertragsanwendung (d.h. die Zusammenrechnung insgesamt von deutschen mit Versicherungszeiten verschiedener ausländischer Vertragsstaaten) nicht zulässig ist.

³ Ab In-Kraft-Treten des Abkommens zwischen der europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (sogenanntes Freizügigkeitsabkommen), womit noch im Jahr 2002 gerechnet wird, gilt im Verhältnis zur Schweiz die VO (EWG) Nr. 1408/71. Bis zum In-Kraft-Treten gilt weiterhin das deutsch-schweizerische SV-Abkommen.

⁴ Ab In-Kraft-Treten des deutsch-tschechischen SV-Abkommens, mit dessen In-Kraft-Treten noch im Jahr 2002 gerechnet wird

Beispiel:

Der Rentenberechtigte/-antragsteller ist Deutscher und wohnt in Deutschland. Er hat neben Versicherungszeiten in Deutschland (120 Monate) auch solche in Ungarn (60 Monate) und Kroatien (60 Monate) zurückgelegt. Damit kommt es sowohl zur Anwendung des deutsch-kroatischen als auch des deutsch-ungarischen Sozialversicherungsabkommens.

Ergebnis:

Beide Abkommen sehen zwar die Zusammenrechnung mit deutschen Versicherungszeiten für die Erfüllung der Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V vor. Dies führt jedoch nicht dazu, dass hierbei insgesamt die deutschen, kroatischen und ungarischen Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind.

Es ist nur folgende Zusammenrechnung zulässig:

Deutsch-ungarisches SV-Abkommen

Für die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V dürfen nur deutsche und ungarische Versicherungszeiten zusammengerechnet werden.

oder

Deutsch-kroatisches SV-Abkommen

Für die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V dürfen nur deutsche und kroatische Versicherungszeiten zusammengerechnet werden.

Durch das Verbot der multilateralen Vertragsanwendung können insgesamt nur 180 Monate berücksichtigt werden.

c) Mehrseitige Abkommen über soziale Sicherheit

Das Rheinschiffer-Abkommen von 1979 enthält für den besonderen Personenkreis der Rheinschiffer Regelungen über die Berücksichtigung bestimmter ausländischer Krankenversicherungszeiten. Einzelheiten ergeben sich aus dem Rundschreiben Nr. 50/1988 der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland.

d) Sozialversicherungsabkommen der früheren DDR

Für die Prüfung der Vorversicherungszeit können in Bulgarien, Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion, der früheren Tschechoslowakei und Ungarn zurückgelegte Versicherungszeiten nicht berücksichtigt werden, da die Sozialversicherungsabkommen der früheren DDR mit diesen Staaten keine entsprechenden Regelungen enthalten.

Rentner, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den neuen Bundesländern haben und aufgrund eines Rentenanspruchs, der bis zum 31. Dezember 1995 entstanden ist, eine Rente nach der Verordnung vom 3. April 1991 i.V.m. einem Sozialversicherungsvertrag der früheren DDR mit Bulgarien, Polen, Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion, der früheren Tschechoslowakei und Ungarn beziehen, sind für die Dauer dieses Rentenbezuges und für Nachfolgerrenten unabhängig von ihren Vorversicherungszeiten Pflichtmitglied der Krankenversicherung der Rentner und der sozialen Pflegeversicherung.

3.3.5 Überschneidung mehrerer anrechenbarer Zeiten

Eigene Mitgliedschaftszeiten und bis zum 31. Dezember 1988 gleichgestellte Ehezeiten sind nur insoweit zusammenzurechnen, als sie sich nicht zeitlich überschneiden.

Beispiel:

Antrag auf Rente aus der eigenen Versicherung am	15.4.2002
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am	1.3.1960
Eigene Mitgliedschaft vom	1.4.1960 bis 31.10.1972
Tag der Eheschließung am	15.7.1970
Mitgliedschaft des Ehegatten vom	1.2.1959 bis lfd. *)
Familienversicherung vom	1.1.1989 bis lfd.

*) In dieser Zeit war der Rentenantragsteller nicht mehr als nur geringfügig beschäftigt.

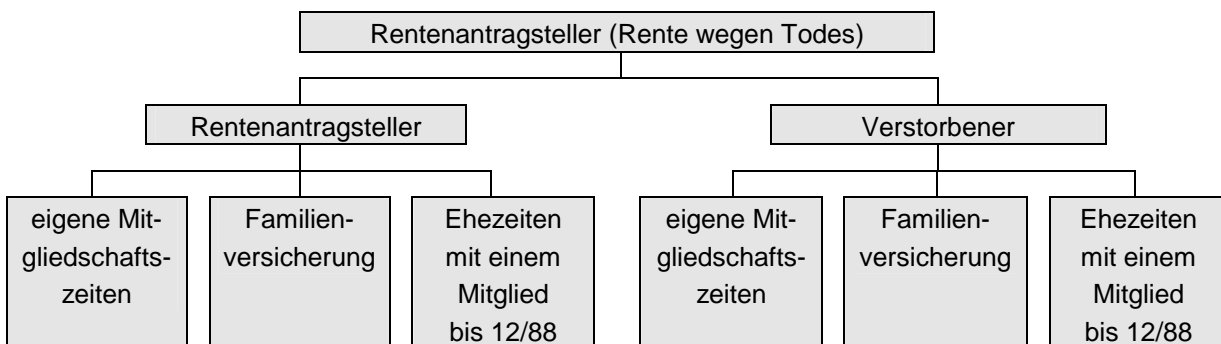
Beurteilung:

Rahmenfrist vom 1.3.1960 bis 15.4.2002
Beginn der zweiten Hälfte der Rahmenfrist am 24.3.1981

Anrechenbare Zeiten:

Ehezeiten mit einem Mitglied vom	24.3.1981 bis 31.12.1988
Familienversicherung vom	1.1.1989 bis 15.4.2002

Bei Hinterbliebenen können eigene anrechenbare Zeiten (Mitgliedszeiten und Zeiten der Ehe mit einem Mitglied) und anrechenbare Zeiten des Verstorbenen, aus dessen Versicherung der Rentenanspruch abgeleitet wird, nicht zusammengerechnet werden. Vielmehr muss entweder in der Person des Rentners bzw. Rentenantragstellers (§ 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V) oder in der Person des Verstorbenen (§ 5 Absatz 2 Satz 2 SGB V) die Vorversicherungszeit erfüllt sein.



Beispiel:

Antrag auf Rente wegen Todes am	5.12.2002
Tod des Ehegatten am	26.11.2002
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des Hinterbliebenen am	1.3.1971
Mitgliedschaft des Hinterbliebenen vom	1.3.1971 bis 31.5.1975 1.9.1978 bis 30.6.1981 1.10.1985 bis 31.3.1993
Tag der Eheschließung am	9.9.1973
Erstmalige Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des verstorbenen Ehegatten am	1.3.1965
Mitgliedschaft des verstorbenen Ehegatten vom	1.3.1965 bis 26.11.2002

Die Hinterbliebene war vom 1.5.1999 bis 30.9.2002 aufgrund einer selbständigen Tätigkeit privat kranken-
versichert.

Beurteilung:

a) Vorversicherungszeit des Hinterbliebenen

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.3.1971 bis 5.12.2002

Ermittlung des Beginns der zweiten Hälfte der Rahmenfrist:

	Tage	Monate	Jahre	
	05.	12.	2002	
<u>./.</u>	<u>01.</u>	<u>03.</u>	<u>1971</u>	
=	05 (04+01)	09	31	
	35	20	30	: 2 (Umwandlung)
=	18 *)	10	15	
<u>+</u>	<u>01.</u>	<u>03.</u>	<u>1971</u>	(Datum der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit)
=	19	13	86	
=	19.	01.	1987	Beginn der zweiten Hälfte der Rahmenfrist (Umwandlung)

*) Rundung zu Gunsten des Versicherten

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

	Tage	Monate	Jahre	
	05.	12.	2002	
	35.	23.	2001(Umwandlung)	
<u>./.</u>	<u>19.</u>	<u>01.</u>	<u>1987</u>	
=	17 (16+01)	22	14	
=	17	10	15	hiervon 9/10:

Erforderliche Vorversicherungszeit = 14 Jahre 3 Monate 19 Tage

Anrechenbare Zeiten:

	Tage	Monate	Jahre	
Eigene Mitgliedschaft vom 19.1.1987 bis 31.3.1993	13	02	06	
Zeiten einer Familienversicherung				
vom 1.4.1993 bis 30.4.1999	-	01	06	
vom 1.10.2002 bis 26.11.2002	26	01	-	
insgesamt =	09	05	12	(Umwandlung)

Die erforderliche Vorversicherungszeit ist nicht erfüllt.

b) Vorversicherungszeit des verstorbenen Ehegatten

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.3.1965 bis 26.11.2002 (Todestag)

Ermittlung des Beginns der zweiten Hälfte der Rahmenfrist:

	Tage	Monate	Jahre	
	26.	11.	2002	
./.	01.	03.	1965	
=	26 (25+01)	08	37	
=	26	20	36	: 2 (Umwandlung)
=	13	10	18	
+	01.	03.	1965	(Datum der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit)
=	14.	13.	83	
=	14.	01.	1984	Beginn der zweiten Hälfte der Rahmenfrist (Umwandlung)

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

	Tage	Monate	Jahre	
	26.	11.	02	
./.	14.	01.	84	
=	13 (12+01)	10	18	hiervon 9/10:

Erforderliche Vorversicherungszeit = 16 Jahre 11 Monate 25 Tage

Anrechenbare Zeiten:

	Tage	Monate	Jahre
Eigene Mitgliedschaft vom 14.1.1984 bis 26.11.2002	13	10	18

Die erforderliche Vorversicherungszeit ist erfüllt.

3.4 Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V

Die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V tritt ein, wenn eine selbständige künstlerische oder publizistische Tätigkeit vor dem 1. Januar 1983 aufgenommen wurde und mindestens neun Zehntel

des Zeitraums zwischen dem 1. Januar 1985 bzw. 1. Januar 1992 und der Stellung des Rentenanspruches in der gesetzlichen Krankenversicherung eine Versicherung nach dem KSVG bestand.

Die Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V für Hinterbliebene ist nur dann möglich, wenn die Voraussetzungen in der eigenen Person des Hinterbliebenen erfüllt werden. Dies gilt selbst dann, wenn der Verstorbene bereits über § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V versichert war. § 5 Absatz 2 SGB V findet hier keine Anwendung.

Eine Prüfung der KVdR nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V kommt nur in Frage, wenn der Versicherte die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V nicht erfüllt.

Für die Feststellung, inwieweit die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V eintritt, sieht auch hier der KVdR-Meldevordruck nach § 201 Absatz 1 SGB V entsprechende Angaben vor.

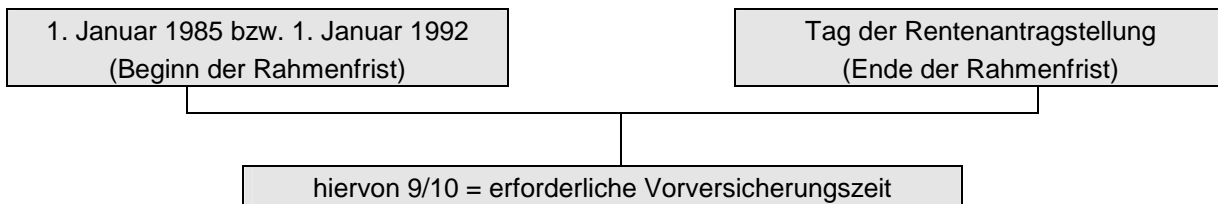
3.4.1 Rahmenfrist

Die Rahmenfrist für Personen, die nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V versicherungspflichtig in der KVdR werden, beginnt am 1. Januar 1985 und endet mit dem Tag der Rentenantragstellung. Für Personen, die am 3. Oktober 1990 ihren Wohnsitz im Beitrittsgebiet hatten, ist als Beginn der Rahmenfrist der 1. Januar 1992 maßgebend.

3.4.2 Neun-Zehntel-Belegung

Nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V wird für die gesamte Rahmenfrist eine Neun-Zehntel-Belegung mit Pflichtmitgliedschaftszeiten nach dem KSVG in der gesetzlichen Krankenversicherung verlangt.

Die Rahmenfrist ist in entsprechender Anwendung von § 26 Absatz 1 SGB X i.V.m. § 191 BGB in Jahre, Monate und Tage umzurechnen; hierbei werden volle Kalendermonate zu 30 und das Kalenderjahr zu 365 Tagen gerechnet. Der Ermittlung der Neun-Zehntel-Belegung dient die als Anhang beigefügte Tabelle. Die Rahmenfrist sowie die Neun-Zehntel-Belegung sind wie folgt zu ermitteln:



Beispiel 1:

Rentenantrag am	24.5.2002
Aufnahme der selbständigen künstlerischen Tätigkeit am	1.3.1982
- Wohnsitz am 3.10.1990 in den alten Bundesländern -	

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.1.1985 bis 24.5.2002

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

Tage	Monate	Jahre	
24.	05.	2002	
<u>./.</u>	<u>1.</u>	<u>01.</u>	1985
=	24 (23+01)	04	17

Hiervon 9/10 lt. Tabelle (Anhang):

17 Jahre	=	15 Jahre	3 Monate	20 Tage	
04 Monate	=	- Jahre	3 Monate	18 Tage	
<u>24 Tage</u>	=	- Jahre	- Monate	<u>22 Tage</u>	
		15 Jahre	6 Monate	60 Tage	
		15 Jahre	8 Monate	0 Tage	(Umwandlung)

Erforderliche Vorversicherungszeit = 15 Jahre 8 Monat 0 Tage

Der Rentenantragsteller muss in der Zeit vom 1.1.1985 bis 24.5.2002 mindestens 15 Jahre, 8 Monat, 0 Tage anrechenbare Versicherungszeiten nachweisen.

Beispiel 2:

Rentenantrag am 21.10.2002
Aufnahme der selbständigen künstlerischen Tätigkeit am 1.3.1981
- Wohnsitz am 3. 10.1990 im Beitrittsgebiet -

Ermittlung der Rahmenfrist:

Vom 1.1.1992 bis 21.10.2002

Ermittlung der erforderlichen Vorversicherungszeit:

Tage	Monate	Jahre	
21.	10.	02	
<u>./.</u>	<u>1.</u>	<u>01.</u>	92
=	21 (20+01)	9	10

Hiervon 9/10 lt. Tabelle (Anhang):

10 Jahre	=	9 Jahre	- Monate	- Tage
9 Monate	=	- Jahre	7 Monate	6 Tage
<u>21 Tage</u>	=	- Jahre	- Monate	<u>19 Tage</u>
		9 Jahre	7 Monate	25 Tage

Erforderliche Vorversicherungszeit = 9 Jahre 7 Monate 25 Tage

Der Rentenantragsteller muss in der Zeit vom 1.1.1992 bis 21.10.2002 mindestens 9 Jahre, 7 Monate, 25 Tage anrechenbare Versicherungszeiten nachweisen.

3.4.3 Anrechenbare Versicherungszeiten

Für den Personenkreis des § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V sind (im Gegensatz zu § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V) ausschließlich Pflichtmitgliedschaftszeiten nach § 1 KSVG (bis 31. Dezember 1988) bzw. nach § 5 Absatz 1 Nr. 4 SGB V i. V. m. § 1 KSVG (ab 1. Januar 1989) für die Erfüllung der Vorversicherungszeit anrechenbar. Zeiten, für die eine Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 7 KSVG ausgesprochen wurde, werden nicht berücksichtigt, wenn statt dessen eine freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung bestand.

3.5 Personen nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V

Die Vorversicherungszeit wird für Rentner nicht gefordert, die selbst oder bei denen die Person, aus deren Versicherung sie den Rentenanspruch ableiten, zu den in § 1, § 17a FRG oder § 20 WGSVG Genannten gehören und dies nachweisen. Hierzu zählen

- anerkannte Vertriebene bzw. Spätaussiedler (§ 1 Buchst. a FRG)
- sonstige "FRG-Begünstigte" (§ 1 Buchst. b - d FRG)
- deutschsprachige Angehörige des Judentums (§ 17a FRG)
- vertriebene Verfolgte (§ 20 WGSVG).

Weitere Voraussetzung ist die Wohnsitzverlegung innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Rentenantragstellung in den Geltungsbereich des SGB V. Wird der Wohnsitz nicht vor der Rentenantragstellung ins Inland verlegt, gehört der Betroffene nicht zum Personenkreis des § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V (Urteil des BSG vom 29. September 1994 - 12 RK 86/92 -, USK 94101). Beim Antrag auf Hinterbliebenenrente gelten die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V als erfüllt, wenn die Voraussetzungen beim Verstorbenen vorlagen (§ 5 Absatz 2 SGB V).

§ 1 Buchst. a FRG verweist u.a. auf § 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG); hierunter fallen anerkannte Vertriebene.

Die Vertriebeneneigenschaft wird durch den Vertriebenenausweis A oder B nachgewiesen. Zu beachten ist allerdings, dass nur noch die Personen einen Vertriebenenausweis erhalten, die bis zum 31. Dezember 1992 in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind und bis zu diesem Zeitpunkt die Ausstellung des Vertriebenenausweises beantragt haben. Bei einem Zuzug in das Beitrittsgebiet bis zum 31. Dezember 1992 konnte auch dann ein Vertriebenenausweis ausgestellt werden, wenn dieser bis zum 31. Dezember 1993 beantragt wurde. Personen, die nach dem 31. Dezember 1992 ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland begründen, erhalten eine Bescheinigung nach § 15 BVFG.

Das Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgen (Kriegsfolgenbereinigungsgesetz - KfbG -) vom 21. Dezember 1992 änderte u.a. auch das Fremdentengesetz und das Bundesvertriebenengesetz. Nach § 4 BVFG werden nur berechtigte Personen, die nach dem 31. Dezember 1992 zugezogen sind bzw. zuziehen werden, als Spätaussiedler bezeichnet. Durch die Ergänzung des § 1 Buchst. a FRG um den Personenkreis der Spätaussiedler im Sinne des § 4 BVFG gilt auch für Spätaussiedler die Regelung des § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V zur Krankenversicherung der Rentner. Spätaussiedler erhalten allerdings keinen Vertriebenenausweis. Nach § 15 Absatz 1 BVFG wird zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt.

Ehegatten eines Spätaussiedlers (§ 7 Absatz 2 BVFG), die nicht selbst als Spätaussiedler gelten, erhalten eine Bescheinigung nach § 15 Absatz 2 BVFG. Eine Anwendung des § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V ist für diese Personen nicht möglich (BSG-Urteil vom 16.5.2001 - B 8 KN 2/00 - USK 2001-24)

Hinsichtlich der Feststellung der Zugehörigkeit von Rentnern zu den weiteren Personenkreisen des § 1 (deutsche und frühere deutsche Staatsangehörige) und § 17a FRG (deutschsprachige Angehörige des Judentums) oder § 20 WGSVG (vertriebene Verfolgte) ist Rückfrage beim Rentenversicherungsträger zu halten.

3.6 Weiterer Rentenantrag

Stellt der Rentner einen weiteren Rentenantrag, ist grundsätzlich eine erneute Prüfung der KVdR-Vorversicherungszeit nicht erforderlich. Dies gilt insbesondere dann, wenn bereits aufgrund des ersten Rentenbezugs die KVdR-Voraussetzungen erfüllt waren. Personen nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V bleiben auch bei Stellung eines weiteren Rentenantrages freiwillig versichert (vgl. A IV 3.8.1).

3.6.1 Wechsel der Leistungsart

Bei einem Wechsel von einer Leistungsart in eine andere ist eine erneute Prüfung der Versicherungspflicht in der KVdR nicht vorzunehmen, wenn bereits Versicherungspflicht vorliegt. Dagegen ist eine erneute Prüfung der Versicherungspflicht erforderlich, wenn aufgrund des früheren Rentenantrags oder -bezugs Versicherungspflicht in der KVdR nicht bestand.

3.6.2 Antrag auf Weiterzahlung einer befristeten Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Ein Antrag auf Weiterzahlung einer befristeten Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit gilt grundsätzlich als neuer Rentenantrag. Eine erneute Prüfung der Vorversicherungszeit ist jedoch nur dann erforderlich, wenn aufgrund des bisherigen Rentenbezugs Versicherungspflicht in der KVdR nicht bestand. Kommt es zur Zahlungseinstellung der befristeten Rente, ist vom Tage nach Ablauf der befristeten Rente - frühestens jedoch ab Antragstellung - ggf. zunächst eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller (§ 189 SGB V) zu führen. Wird dem Antrag auf Weiterzahlung entsprochen, so dass die Rente (rückschauend betrachtet) nicht entfallen ist, wird auch die bisherige KVdR (rückwirkend) fortgeführt, selbst wenn der Antrag auf Weiterzahlung erst nach Wegfall der befristeten Rente gestellt wurde. Waren die KVdR-Voraussetzungen dagegen bislang nicht erfüllt, beginnt diese frühestens mit dem Tage, an dem der Antrag auf Weiterzahlung gestellt wurde.

3.6.3 Antrag auf Weiterzahlung oder Wiedergewährung einer Waisenrente

Ein Antrag auf Weiterzahlung einer Waisenrente gilt nicht als neuer Rentenantrag. Daher ist keine erneute Prüfung der KVdR-Vorversicherungszeit vorzunehmen, und zwar unabhängig davon, ob die Vorversicherungszeit bislang erfüllt war oder nicht. Eine Weiterzahlung liegt vor, wenn es nicht zur Zahlungseinstellung der Waisenrente kommt oder sich der erneute Beginn der Waisenrente - ggf. rückwirkend - unmittelbar an das Ende der bisherigen Rentenzahlung anschließt. Eine wegen Zahlungseinstellung beendete KVdR lebt bei Weiterzahlung der Waisenrente wieder auf, so dass eine ggf. nach Zahlungseinstellung geführte Familienversicherung, studentische oder freiwillige Krankenversicherung rückwirkend wieder verdrängt wird.

Ein Antrag auf Wiedergewährung einer Waisenrente ist dagegen stets als neuer Rentenantrag zu werten, so dass eine erneute Prüfung der KVdR-Vorversicherungszeit vorzunehmen ist, unabhängig davon, ob diese bislang erfüllt war oder nicht. Eine Wiedergewährung liegt vor, wenn sich zwischen dem Wegfallzeitpunkt und dem Zeitpunkt des erneuten Beginns der Waisenrente eine zeitliche Lücke ergibt. Vom Tag der Antragstellung auf Wiedergewährung einer Waisenrente bis zur Entscheidung über den Rentenantrag ist ggf. zunächst eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller (§ 189 SGB V) zu führen.

3.6.4 Hinzutritt einer Rente

Sind die Voraussetzungen zur Durchführung einer Pflichtversicherung in der KVdR bisher nicht erfüllt, erst durch den Hinzutritt einer weiteren Rente erfüllt, beginnt die KVdR bereits mit dem Tag der Rentenanstellung.

Beispiel:

Rente aus eigener Versicherung seit	15.7.1999
- Vorversicherungszeit nicht erfüllt -	
Antrag auf Hinterbliebenenrente am	23.10.2002
- Vorversicherungszeit durch Verstorbenen erfüllt -	

Ergebnis:

Die Pflichtversicherung in der KVdR beginnt am 23.10.2002. Ab diesem Zeitpunkt sind aus der bereits bewilligten Rente Pflichtbeiträge nach § 237 SGB V zu erheben.

3.6.5 Wechsel von Teilrente in Vollrente

Bei einem Wechsel von einer Teilrente in eine Vollrente und umgekehrt handelt es sich nicht um einen neuen Rentenanspruch, wenn sich dieser Wechsel innerhalb der selben Leistungsart vollzieht. In diesen Fällen ist daher keine erneute Prüfung der Versicherungspflicht in der KVdR vorzunehmen, unabhängig davon, ob eine Versicherungspflicht bislang vorlag oder nicht.

3.7 Übergangsregelungen/Besitzstandsregelungen nach dem Gesundheits-Reformgesetz und dem Gesundheitsstrukturgesetz

Sowohl das Gesundheits-Reformgesetz - GRG - vom 20. Dezember 1988 als auch das Gesundheitsstrukturgesetz - GSG - vom 21. Dezember 1992 sehen für Rentner und Rentenanspruchsteller bestimmte Besitzstandsregelungen vor.

Rentner und Rentenanspruchsteller, die am 31. Dezember 1988 die Voraussetzungen für die KVdR nach dem ab 1. Januar 1989 geltenden Recht nicht erfüllten, bleiben nach Artikel 56 Absatz 2 GRG für die Dauer des Rentenbezuges oder bis zu dem Tag, an dem sie den Rentenanspruch zurücknehmen oder die Ablehnung des Antrages unanfechtbar wird, versicherungspflichtig. Diese Personen werden so gestellt, als hätten sie die Voraussetzungen für die KVdR nach dem Recht ab 1. Januar 1989 erfüllt.

Eine am 31. Dezember 1988 bestehende KVdR-Versicherungspflicht wird nicht auf Grund der Regelung über die Versicherungsfreiheit in § 6 Absatz 3 SGB V beseitigt. So bleiben z. B. Beamte, die am 31. Dezember 1988 eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen, weiterhin als Rentner pflichtversichert. Dies gilt auch dann, wenn die Eigenschaft als Beamter oder Ruhestandsbeamter nach dem 31. Dezember 1988 hinzugetreten ist bzw. hinzutritt.

Bei am 31. Dezember 1988 in der KVdR versicherungspflichtigen Rentnern, die seither gleichzeitig eine hauptberuflich selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, kommt der Ausschluss nach § 5 Absatz 5 SGB V nicht zur Anwendung. Für sie besteht auch über diesen Zeitpunkt hinaus eine KVdR-Versicherungspflicht.

Personen, die in der Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1993 einen Rentenanspruch gestellt haben und die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V nicht erfüllten, wurden unter den Voraussetzungen des Artikels 56 Absatz 1 GRG versichert.

Artikel 33 § 14 GSG beinhaltet eine Übergangsregelung für Rentner und Rentenantragsteller, bei denen am 31. Dezember 1992 eine KVdR-Versicherungspflicht bzw. eine Rentenantragstellermemberschaft bestand oder wegen besonderer Tatbestände ausgeschlossen war. Diese Personen werden so gestellt, als hätten sie die Vorversicherungszeit nach dem Recht seit 1. Januar 1993 erfüllt.

Die Besitzstandswahrung nach Artikel 33 § 14 GSG ist darüber hinaus bei den Personen anzuwenden, die den Rentenanspruch vor dem 1. Januar 1993 gestellt und die Vorversicherungszeit nach dem Recht bis 31. Dezember 1992 erfüllt haben, aber die KVdR-Versicherungspflicht bzw. die Mitgliedschaft als Rentenantragsteller (am 31. Dezember 1992) nach § 5 Absatz 5 und 8 SGB V ausgeschlossen war (z. B. auf Grund einer vorrangigen Versicherungspflicht oder einer hauptberuflich selbständigen Erwerbstätigkeit) oder Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 3 SGB V bestand. Die Besitzstandswahrung gilt auch bei den Rentnern, die bis zum 31. Dezember 1992 nur deshalb nicht in der KVdR versichert waren, weil sie sich gewöhnlich im Ausland aufhielten, danach aber ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland genommen haben bzw. nehmen.

Hinterbliebene sind auch ohne Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V in der KVdR versichert, wenn der Verstorbene, aus dessen Versicherung der Rentenanspruch abgeleitet wird, bereits eine Rente bezogen hat und nach einer der Besitzstandsregelungen ab 1. Januar 1989 bzw. 1. Januar 1993 als versicherungspflichtig galt (vgl. A II 2, 6. Absatz).

3.8 Auswirkungen durch das 10. SGB V - Änderungsgesetz

3.8.1 Optionsrecht für freiwillig versicherte Rentner

Bezieher einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, die nach dem 31. März 2002 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V in der Fassung des GRG in Verbindung mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000 versicherungspflichtig werden, erhalten nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V die Möglichkeit, der gesetzlichen Krankenversicherung als freiwilliges Mitglied beizutreten. Durch die Ausübung des Optionsrechts können die betroffenen Bestandsrentner ihren bisherigen Versichertenstatus über den 31. März 2002 hinaus beibehalten. Unter welchen Voraussetzungen das Optionsrecht ausgeübt werden kann, haben die Spitzenverbände der Kranken- und Rentenversicherungsträger in ihrer gemeinsamen Verlautbarung vom 11. März 2002 zur Umsetzung des 10. SGB V - Änderungsgesetzes unter Beachtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000 beschrieben.

Hat der Rentner von seinem Optionsrecht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V Gebrauch gemacht, ist der Eintritt der Versicherungspflicht in der KVdR auf Dauer ausgeschlossen, selbst wenn eine weitere Rente hinzutritt. Dies ergibt sich unmittelbar aus § 5 Absatz 8 Satz 2 SGB V.

Die Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften verdrängt dagegen die freiwillige Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V. Nach dem Wegfall des Versicherungspflichttatbestandes kommt aufgrund des einmal ausgeübten Optionsrechts keine Versicherungspflicht in der KVdR in Betracht.

Das einmal ausgeübte Optionsrecht wirkt auch bei einem Krankenkassenwechsel fort. Wird das Optionsrecht erst nach einem Krankenkassenwechsel ausgeübt, gilt dies auch gegenüber der bisherigen Krankenkasse.

3.8.2 Auswirkungen des Optionsrechts auf den familienversicherten Rentner

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat zur Folge, dass auch bisher familienversicherte Rentner, die die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V in der Fassung des GRG erfüllen, vom 1. April 2002 an grundsätzlich versicherungspflichtig werden. Handelt es sich bei dem familienversi-

cherten Rentner allerdings um den Angehörigen eines nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V Optionsberechtigten, hat die Entscheidung des Mitglieds auch Auswirkung auf das Versicherungsverhältnis des Familienangehörigen. Übt der Rentner das Optionsrecht aus, kommt die KVdR-Mitgliedschaft des familienversicherten Rentners entsprechend § 190 Absatz 11a SGB V zum 1. April 2002 nicht zustande.

Das einmal ausgeübte Optionsrecht des Optionsberechtigten verliert nach § 5 Absatz 8 Satz 2 SGB V in Verbindung mit § 190 Absatz 11a SGB V für den familienversicherten Rentner auch dann nicht seine Wirkung, wenn

- der Stammversicherte, aus dessen Versicherung die Familienversicherung abgeleitet wird, verstirbt,
- die Ehe mit dem Stammversicherten geschieden wird,
- der familienversicherte Rentner nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V wegen Überschreitens der Einkommensgrenze aus der Familienversicherung ausscheidet,
- der familienversicherte Rentner die Altersgrenze für die Familienversicherung überschreitet,
- der Stammversicherte nach § 191 Nr. 3 SGB V wegen Zahlungsverzuges aus der freiwilligen Versicherung ausscheidet oder
- der Stammversicherte in die PKV wechselt.

In allen vorgenannten Fällen ist für den bisher Familienversicherten auf Antrag eine freiwillige Versicherung gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 2 SGB V zu begründen. Die Versicherungspflicht in der KVdR nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V ist auf Dauer ausgeschlossen; dies gilt auch bei Hinzutritt einer weiteren Rente. Sofern der familienversicherte Rentner eines nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V versicherten Rentners wegen Überschreitens der Einkommensgrenze aus der Familienversicherung ausscheidet, aber in Folge die Einkommensgrenze wieder unterschreitet, ist bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen die Familienversicherung nach § 10 SGB V in Verbindung mit § 190 Absatz 11a SGB V und unter Berücksichtigung des § 191 Nr. 4 SGB V erneut zu begründen.

4 Ausschluss der Versicherungspflicht

4.1 Allgemeines

Nach § 5 Absatz 5 und 8 SGB V wird in der KVdR nicht pflichtversichert, wer

- hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist,
- nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 bis 7 oder 8 SGB V versicherungspflichtig ist,
- zu den in § 190 Absatz 11a SGB V genannten freiwillig versicherten oder familienversicherten Rentner gehört oder
- nach § 5 Absatz 8 Satz 3 SGB V kraft Gesetzes familienversichert ist.

Der Ausschluss gilt auch für versicherungspflichtige Rentner nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V, obwohl eine ausdrückliche Nennung im Gesetz fehlt.

Im Übrigen schließen auch eine Versicherungsfreiheit (§ 6 Absatz 1 SGB V) oder eine Befreiung von der Versicherungspflicht die KVdR aus (vgl. A II und III).

Dagegen ist die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a und 12 SGB V vorrangig gegenüber einer Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 oder 10 SGB V (Student/Praktikant/zur Berufsausbildung

Beschäftigter ohne Arbeitsentgelt/Auszubildender des Zweiten Bildungsweges), einer nicht aus § 5 Absatz 8 Satz 3 resultierenden Familienversicherung nach § 10 SGB V bzw. § 7 KVLG 1989 oder einer nicht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V bestehenden freiwilligen Versicherung.

4.2 Hauptberufliche selbständige Erwerbstätigkeit

Hauptberuflich ist eine selbständige Erwerbstätigkeit dann, wenn sie von der wirtschaftlichen Bedeutung und dem zeitlichen Aufwand her den Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit darstellt. Zur Beurteilung ist auf die tatsächlichen Verhältnisse im jeweiligen Einzelfall abzustellen.

Merkmale für eine hauptberuflich ausgeübte selbständige Tätigkeit können die Anzeige bzw. Genehmigung eines Gewerbes (§§ 14 ff. GewO), die Beschäftigung von Arbeitnehmern im Betrieb oder der zeitliche Umfang der selbständigen Tätigkeit sein. Vom zeitlichen Umfang her ist eine selbständige Tätigkeit dann als hauptberuflich anzusehen, wenn sie mindestens 18 Stunden in der Woche umfasst. Dabei ist neben dem reinen Zeitaufwand für die eigentliche Ausübung der selbständigen Tätigkeit auch der zeitliche Umfang für eventuell erforderliche Vor- und Nacharbeiten zu berücksichtigen. Bei geringerem Zeitaufwand als wöchentlich 18 Stunden ist die Annahme einer hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit dann nicht ausgeschlossen, wenn die daraus erzielten Einnahmen die Hauptquelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts bilden. In diese Beurteilung sind selbständige Tätigkeiten als land- oder forstwirtschaftlicher Unternehmer oder als Künstler oder Publizist miteinzubeziehen. § 5 Absatz 5 SGB V wirkt sich bei diesen Personengruppen praktisch nicht aus; sie sind nach den geltenden Sondervorschriften (§ 2 KVLG 1989, § 1 KSVG) versicherungspflichtig.

Für die Prüfung der Hauptberuflichkeit bei Rentnern und Rentenantragstellern ist das Arbeitseinkommen im Sinne des § 15 SGB IV maßgebend.

4.3 Anderweitige Versicherungspflicht

Versicherungspflicht in der KVdR tritt nach § 5 Absatz 8 SGB V nicht ein, wenn Rentner versicherungspflichtig sind als

- Arbeiter, Angestellte oder zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte (§ 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V)
- Leistungsbezieher nach dem SGB III (§ 5 Absatz 1 Nr. 2 SGB V)
- Landwirte, mitarbeitende Familienangehörige oder Altenteiler (§ 5 Absatz 1 Nr. 3 SGB V), soweit sich aus dem KVLG 1989 nichts anderes ergibt (vgl. B)
- Künstler oder Publizisten (§ 5 Absatz 1 Nr. 4 SGB V)
- Jugendliche, die in einer Einrichtung der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen (§ 5 Absatz 1 Nr. 5 SGB V)
- Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung, es sei denn, die Maßnahmen werden nach den Vorschriften des BVG erbracht (§ 5 Absatz 1 Nr. 6 SGB V)
- Behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder in nach dem Blindenwarenvertriebsgesetz anerkannten Blindenwerkstätten oder für diese Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind (§ 5 Absatz 1 Nr. 7 SGB V)

- Behinderte Menschen, die in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen in gewisser Regelmäßigkeit eine Leistung erbringen, die einem Fünftel der Leistung eines voll erwerbsfähigen Beschäftigten in gleichartiger Beschäftigung entspricht; hierzu zählen auch Dienstleistungen für den Träger der Einrichtung (§ 5 Absatz 1 Nr. 8 SGB V)

oder die Mitgliedschaft aufgrund der §§ 192 Absatz 1, 193 SGB V bzw. § 7 Absatz 3 Satz 1 SGB IV fortbesteht.

Die mitgliedschaftserhaltende Wirkung des Krankengeldbezugs (§ 192 Absatz 1 Nr. 2 SGB V), durch die die KVdR verdrängt wird, wird nicht dadurch beeinträchtigt, dass z. B. der Krankengeldanspruch nach § 50 Absatz 1 Nr. 1 SGB V infolge der Zubilligung von Vollrente wegen Alters, Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Rente wegen Erwerbsunfähigkeit rückwirkend entfällt oder um eine der in § 50 Absatz 2 SGB V genannten Leistungen gekürzt wird. Das gilt auch dann, wenn dem Versicherten nach der Erstattung der Rente an die Krankenkasse (§ 103 SGB X) kein Spitzbetrag verbleibt. Maßgebend für die Erhaltung der Mitgliedschaft nach § 192 Absatz 1 Nr. 2 SGB V ist, dass Krankengeld tatsächlich gezahlt wurde.

Die Versicherungspflicht von Leistungsbeziehern nach dem SGB III, welche die KVdR verdrängt, wird ebenfalls nicht im Nachhinein dadurch berührt, dass der Anspruch z.B. auf Arbeitslosengeld nach § 142 SGB III in Folge der Zubilligung einer Rentenleistung rückwirkend entfällt und insoweit ein Erstattungsanspruch des Arbeitsamtes gegenüber dem Rentenversicherungsträger entsteht (§ 5 Absatz 1 Nr. 2 2. Halbsatz SGB V). Vielmehr ergibt sich hier hinsichtlich der Krankenversicherungsbeiträge ein finanzieller Ausgleich zwischen dem Arbeitsamt und dem Träger der Rentenversicherung nach § 335 Absatz 2 SGB III.

4.4 Freiwillige Mitgliedschaft nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V

Die Versicherungspflicht in der KVdR tritt nach § 5 Absatz 8 Satz 2 SGB V nicht ein, wenn der Rentner bzw. der familienversicherte Rentner zum Personenkreis des § 190 Absatz 11a SGB V gehört (vgl. A I 3.8).

4.5 Private Krankenversicherung

Eine private Krankenversicherung ist keine die Versicherungspflicht in der KVdR ausschließende Versicherung. Allerdings können versicherungspflichtig werdende Rentner bzw. Rentenantragsteller, die bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind, den Versicherungsvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Wirkung vom Eintritt der Versicherungspflicht in der KVdR an kündigen (§ 5 Absatz 9 SGB V). Gleiches gilt für Familienangehörige, für die durch die KVdR eine Familienversicherung entsteht.

§ 5 Absatz 9 SGB V wird durch die Regelungen von § 178h Absatz 2 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ergänzt. Danach kann eine versicherte Person, die kraft Gesetzes kranken- oder pflegeversicherungspflichtig wird, binnen zwei Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht den Versicherungsvertrag rückwirkend zum Eintritt der Versicherungspflicht kündigen. Macht der Versicherte von seinem Kündigungsrecht Gebrauch, stehen dem Versicherer die Beiträge nur bis zu diesem Zeitpunkt zu. Versäumt der Versicherte diese Frist, kann er das Versicherungsverhältnis zum Ende des Monats kündigen, in dem er den Eintritt der Versicherungspflicht nachweist. Diese Regelung gilt auch hinsichtlich der Familienversicherung.

4.6 Auslandsaufenthalt

Nach § 3 Nr. 2 SGB IV kann es zur Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V nur für solche Personen kommen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Bezieher von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die sich gewöhnlich im Ausland aufhalten,

unterliegen damit grundsätzlich nicht der Versicherungspflicht in der KVdR. Dies gilt ebenso für die Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung.

Ein nur vorübergehender Auslandsaufenthalt berührt die Versicherungspflicht in der KVdR und der sozialen Pflegeversicherung nicht. Andererseits wird eine Versicherungspflicht in der KVdR/sozialen Pflegeversicherung nicht begründet, wenn ein Rentner, der gewöhnlich im Ausland lebt, sich vorübergehend im Inland aufhält.

Ausnahmen von dem Grundsatz, dass es bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland nicht zur Versicherungspflicht in der KVdR/sozialen Pflegeversicherung kommt, können sich aufgrund des § 6 SGB IV im Rahmen des über- und zwischenstaatlichen Rechts ergeben.

Infolgedessen kann es für Personen, die sich gewöhnlich aufhalten in

- einem Staat, der die VO (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden hat, aufgrund der deutschen Rente/des deutschen Rentenanspruchs sowohl zur Versicherungspflicht in der deutschen KVdR als auch in der sozialen Pflegeversicherung kommen, wenn kein Anspruch auf Sachleistungen nach dem Recht des ausländischen Wohnstaates besteht. Staaten, die die VO (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden haben, sind neben Deutschland: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz⁵ und Spanien;
- Bosnien-Herzegowina, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien, Slowenien, der Türkei, Tunesien oder Ungarn und allein eine deutsche Rente beziehen bzw. beantragt haben, zur Versicherungspflicht in der deutschen KVdR kommen (nicht hingegen in der sozialen Pflegeversicherung). Voraussetzung hierfür ist insbesondere, dass nach den Rechtsvorschriften des Wohnstaates keine Rente bezogen wird.

4.7 Rückkehr aus dem Ausland

Für Rentner, die nur deshalb nicht in der deutschen KVdR/sozialen Pflegeversicherung versichert waren, weil sie sich gewöhnlich im Ausland aufhielten, kommt es bei Rückwanderung nach Deutschland zu den vorgenannten Pflichtversicherungen.

Ob ohne gewöhnlichen Auslandsaufenthalt eine deutsche KVdR bestanden hätte, ist unter Beachtung der Ausführungen unter A I 3 zu prüfen (ggf. A I 3.7 Übergangsregelung/Besitzstandsregelung beachten). Maßgebend sind die Rechtsvorschriften, die zum Zeitpunkt der Rentenanspruchstellung gegolten haben.

II Versicherungsfreiheit

§ 6 SGB V

Versicherungsfreiheit

(1) Versicherungsfrei sind

1. Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt 75 vom Hundert der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (Jahresar-

⁵ Ab In-Kraft-Treten des Freizügigkeitsabkommens, womit noch im Jahr 2002 gerechnet wird, gilt im Verhältnis zur Schweiz die VO (EWG) Nr. 1408/71. Bis zum In-Kraft-Treten gilt weiterhin das deutsch-schweizerische SV-Abkommen. Nach diesem Abkommen kommt es bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz nicht zu einer deutschen KVdR.

beitsentgeltgrenze) übersteigt, dies gilt nicht für Seeleute; Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden, bleiben unberücksichtigt,

2. Beamte, Richter, Soldaten auf Zeit sowie Berufssoldaten der Bundeswehr und sonstige Beschäftigte des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde, von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder Verbänden öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder deren Spitzenverbänden, wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben,
3. Personen, die während der Dauer ihres Studiums als ordentliche Studierende einer Hochschule oder einer der fachlichen Ausbildung dienenden Schule gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind,
4. Geistliche der als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannten Religionsgesellschaften, wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe haben,
5. Lehrer, die an privaten genehmigten Ersatzschulen hauptamtlich beschäftigt sind, wenn sie nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge und auf Beihilfe haben,
6. die in den Nummern 2, 4 und 5 genannten Personen, wenn ihnen ein Anspruch auf Ruhegehalt oder ähnliche Bezüge zuerkannt ist und sie Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfalle nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen haben,
7. satzungsmäßige Mitglieder geistlicher Genossenschaften, Diakonissen und ähnliche Personen, wenn sie sich aus überwiegend religiösen oder sittlichen Beweggründen mit Krankenpflege, Unterricht oder anderen gemeinnützigen Tätigkeiten beschäftigen und nicht mehr als freien Unterhalt oder ein geringes Entgelt beziehen, das nur zur Beschaffung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse an Wohnung, Verpflegung, Kleidung und dergleichen ausreicht,
8. Personen, die nach dem Krankheitsfürsorgesystem der Europäischen Gemeinschaften bei Krankheit geschützt sind.

(2) Nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 versicherungspflichtige Hinterbliebene der in Absatz 1 Nr. 2 und 4 bis 6 genannten Personen sind versicherungsfrei, wenn sie ihren Rentenanspruch nur aus der Versicherung dieser Personen ableiten und nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Beihilfe haben.

(3) Die nach Absatz 1 oder anderen gesetzlichen Vorschriften mit Ausnahme von Absatz 2 und § 7 versicherungsfreien oder von der Versicherungspflicht befreiten Personen bleiben auch dann versicherungsfrei, wenn sie eine der in § 5 Absatz 1 Nr. 1 oder 5 bis 12 genannten Voraussetzungen erfüllen. Dies gilt nicht für die in Absatz 1 Nr. 3 genannten Personen, solange sie während ihrer Beschäftigung versicherungsfrei sind.

(3a) Personen, die nach Vollendung des 55. Lebensjahres versicherungspflichtig werden, sind versicherungsfrei, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Versicherungspflicht nicht gesetzlich versichert waren. Weitere Voraussetzung ist, dass diese Personen mindestens die Hälfte dieser Zeit versicherungsfrei, von der Versicherungspflicht befreit oder nach § 5 Absatz 5 nicht versicherungspflichtig waren. Der Voraussetzung nach Satz 2 stehen die Ehe oder die Lebenspartnerschaft mit einer in Satz 2 genannten Person gleich.

(4) - (5) ...

1 Allgemeines

Durch die Versicherungsfreiheit in der KVdR sollen Missbräuche und die ungewollte Einbeziehung von an sich nicht schutzbedürftigen Personen in die KVdR verhindert werden.

2 Personenkreis

Versicherungsfrei kraft Gesetzes sind Rentner oder Rentenantragsteller, die die Voraussetzungen für eine Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V erfüllen und gleichzeitig zu den in § 6 Absatz 1 Nr. 1 und 2 sowie 4 bis 8 SGB V genannten versicherungsfreien oder von der Versicherungspflicht befreiten Personen gehören.

Versicherungsfrei sind auch die Hinterbliebenen von Beamten, beamtenähnlichen Personen und Pensionären, wenn sie ihren Rentenanspruch nur von dem Verstorbenen ableiten und nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit Anspruch auf Beihilfe haben (vgl. § 6 Absatz 2 SGB V). Beziehen sie eine Rente aus eigener Rentenversicherung oder haben sie eine solche beantragt, kommt Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 2 SGB V für sie nicht in Betracht; ggf. können aber die Voraussetzungen für eine Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 1 Nr. 1, 2 und 4 bis 8 SGB V gegeben sein.

Bei Personen, die am 31. Dezember 1988 bereits Rente bezogen und bei denen ein Tatbestand nach § 6 Absatz 1 Nr. 2 oder 4 bis 8 SGB V hinzutritt, sind die Übergangsregelungen des Artikels 56 Absatz 2 und 3 GRG zu beachten (vgl. A I 3.7).

Durch § 6 Absatz 3a SGB V wird Personen, die nach dem 55. Lebensjahr versicherungspflichtig werden, ab dem 1. Juli 2000 der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung versperrt, wenn sie unmittelbar zuvor keinen ausreichenden Bezug zur gesetzlichen Krankenversicherung nachweisen können. Die Versicherungsfreiheit tritt kraft Gesetzes ein, wenn in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Versicherungspflicht kein gesetzlicher Krankenversicherungsschutz (Pflichtversicherung, freiwillige Versicherung, Familienversicherung) bestand. Zeiten der "Nichtversicherung" in der gesetzlichen Krankenversicherung innerhalb des Fünfjahreszeitraums führen aber nicht generell zur Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 3a SGB V bei Begründung eines Versicherungspflichttatbestandes. Weitere Voraussetzung ist, dass diese Personen in dem Fünfjahreszeitraum mindestens die Hälfte dieser Zeit (zwei Jahre und sechs Monate) versicherungsfrei, von der Versicherungspflicht befreit oder wegen § 5 Absatz 5 SGB V nicht versicherungspflichtig waren oder mit einer Person verheiratet waren, die diese Voraussetzung erfüllt.

Für Hinterbliebene, die seit Jahren privat krankenversichert sind, weil sie die KVdR-Voraussetzungen bei einem eigenen Rentenbezug nicht erfüllt haben, gilt § 6 Absatz 3a SGB V auch dann, wenn sie bei Beantragung einer Hinterbliebenenrente nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 i.V.m. Absatz 2 Satz 2 SGB V Mitglied in der KVdR werden könnten, weil die KVdR-Vorversicherungszeit über den Verstorbenen erfüllt ist.

Beispiel 1:

Hinterbliebenenrentenantrag am	19.7.2002
- KVdR-Vorversicherungszeit ist über den Verstorbenen erfüllt -	
Die 1942 geborene Hinterbliebene war aufgrund einer hauptberuflich selbständigen Tätigkeit privat krankenversichert seit	1.4.1993

Ergebnis:

Durch den Rentenanspruch tritt ab dem 19.7.2002 grundsätzlich eine Pflichtmitgliedschaft in der KVdR ein. Da die Hinterbliebene jedoch das 55. Lebensjahr vollendet hat, innerhalb der letzten fünf Jahre vor Beginn der Versicherungspflicht (19.7.1997 bis 18.7.2002) nicht gesetzlich krankenversichert war und wenigstens die Hälfte dieser Zeit nach § 5 Absatz 5 SGB V nicht versicherungspflichtig war, besteht Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 3a SGB V.

Beispiel 2

Eigener Rentenbezug seit	1.3.1996
Hinterbliebenenrentenantrag am	22.7.2002

- KVdR-Vorversicherungszeit ist über den Verstorbenen erfüllt -

Die am 16.2.1931 geborene Hinterbliebene war wegen Nichterfüllung der KVdR-Vorversicherungszeit seit dem 1.3.1996 privat krankenversichert

Ergebnis

Bei wörtlicher Auslegung des § 6 Absatz 3a SGB V müsste die Rentnerin in die KVdR aufgenommen werden, da sie in den letzten 5 Jahren weder versicherungsfrei, noch von der Versicherungspflicht befreit, noch hauptberuflich selbständig war, sondern wegen Nichterfüllung der KVdR-Vorversicherungszeit nicht versicherungspflichtig war.

Eine Mitgliedschaft in der KVdR wird aufgrund der Hinterbliebenenrente nicht begründet, da der Gesetzgeber mit der Einführung des § 6 Absatz 3a SGB V eine klare Abgrenzung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung verfolgte. Die Aufnahme langjährig privat versicherter Personen über die Regelung des § 5 Absatz 1 Nr. 11 i. V. m. Absatz 2 Satz 2 SGB V liefe dem Abgrenzungsgedanken zuwider.

Beispiel 3:

Zuzug eines anerkannten Spätaussiedlers am	15.3.1998
Ausübung einer hauptberuflich selbständigen Tätigkeit vom	1.11.1998 bis 15.9.2002
Antrag auf Regelaltersrente am	16.9.2002

Ergebnis:

Ab dem 16.9.2002 tritt nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V Versicherungspflicht in der KVdR ein. Zwar bestand innerhalb der letzten fünf Jahre (16.9.1997 bis 15.9.2002) keine gesetzliche Krankenversicherung und auch in der Hälfte dieses Zeitraums nach § 5 Absatz 5 SGB V keine Versicherungspflicht, jedoch werden die Zeiten der "Nichtversicherung" im Herkunftsland vom 16.9.1997 bis 14.3.1998 nicht auf die Fünf-Jahres-Frist angerechnet. Somit ist nur eine der Voraussetzungen des § 6 Absatz 3a SGB V erfüllt.

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, die am 1. Juli 2000 bereits 55 Jahre alt und versicherungspflichtig waren, bleiben weiterhin versicherungspflichtig. Wegen der Vorbehaltsklausel in § 20 Absatz 1 Satz 1 SGB XI wirkt sich die Versicherungsfreiheit nach § 6 Absatz 3a SGB V auch auf die Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung aus.

Personen, die von der Versicherungspflicht nach dem KVLG 1989 befreit sind, bleiben auch in der KVdR versicherungsfrei.

3 Ende der Versicherungsfreiheit

Die Versicherungsfreiheit in der KVdR endet, wenn die nach § 6 Absatz 1 oder 2 SGB V oder nach anderen gesetzlichen Vorschriften gegebene Versicherungsfreiheit bzw. Befreiung von der Versicherungspflicht nicht mehr vorliegt. Mithin tritt Versicherungspflicht in der KVdR ein, wenn ein Arbeiter oder Angestellter, der bislang wegen Überschreitung der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei war, die versicherungsfreie Beschäftigung aufgibt und die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V erfüllt.

III Befreiung von der Versicherungspflicht

§ 8 SGB V

Befreiung von der Versicherungspflicht

- (1) Auf Antrag wird von der Versicherungspflicht befreit, wer versicherungspflichtig wird
 1. wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze,
 - 1a. durch den Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld (§ 5 Absatz 1 Nr. 2) und in den letzten fünf Jahren vor dem Leistungsbezug nicht gesetzlich krankenversichert war, wenn er bei einem Krankenversicherungsunternehmen versichert ist und Vertragsleistungen erhält, die der Art und dem Umfang nach den Leistungen dieses Buches entsprechen,
 2. durch Aufnahme einer nicht vollen Erwerbstätigkeit nach § 2 des Bundeserziehungsgeldgesetzes während der Elternzeit; die Befreiung erstreckt sich nur auf die Zeit der Elternzeit,
 3. weil seine Arbeitszeit auf die Hälfte oder weniger als die Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit vergleichbarer Vollbeschäftigter des Betriebes herabgesetzt wird; dies gilt auch für Beschäftigte, die im Anschluss an ihr bisheriges Beschäftigungsverhältnis bei einem anderen Arbeitgeber ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen, das die Voraussetzungen des vorstehenden Halbsatzes erfüllt; Voraussetzung ist ferner, dass der Beschäftigte seit mindestens fünf Jahren wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei ist,
 4. durch den Antrag auf Rente oder den Bezug von Rente oder die Teilnahme an einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 5 Absatz 1 Nr. 6, 11 oder 12),
 5. durch die Einschreibung als Student oder die berufspraktische Tätigkeit (§ 5 Absatz 1 Nr. 9 oder 10),
 6. durch die Beschäftigung als Arzt im Praktikum,
 7. durch die Tätigkeit in einer Einrichtung für behinderte Menschen (§ 5 Absatz 1 Nr. 7 oder 8).
- (2) Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht bei der Krankenkasse zu stellen. Die Befreiung wirkt vom Beginn der Versicherungspflicht an, wenn seit diesem Zeitpunkt noch keine Leistungen in Anspruch genommen wurden, sonst vom Beginn des Kalendermonats an, der auf die Antragstellung folgt. Die Befreiung kann nicht widerrufen werden.

1 Allgemeines

Auf Antrag wird von der Versicherungspflicht befreit, wer u. a. durch den Antrag auf Rente oder den Bezug von Rente nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V versicherungspflichtig würde. Die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht bewirkt, dass auch keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung eintritt.

Rentner oder Rentenantragsteller, deren Versicherungspflicht in der KVdR durch eine Vorrangversicherung verdrängt war, können sich von der Versicherungspflicht in der KVdR nach § 8 Absatz 1 Nr. 4 und Absatz 2 SGB V befreien lassen, wenn die Vorrangversicherung entfällt.

2 Antragstellung

Der Antrag auf Befreiung ist innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Versicherungspflicht zu stellen. Für die Berechnung der Drei-Monats-Frist gelten nach § 26 Absatz 1 SGB X die Vorschriften des BGB entsprechend. Da der Beginn der Frist von einem Ereignis abhängt, das in den Lauf eines Tages fällt (Beginn der Versicherungspflicht), ist für die Berechnung der Frist § 187 Absatz 1 BGB i. V. m. § 188 Absatz 2 BGB maßgebend. Das bedeutet, dass der Tag des Beginns der Versicherungspflicht nicht in die Frist einzubeziehen ist; die Frist endet demnach mit dem Ablauf des Tages des Folgemonats, der seiner Zahl nach dem Ereignistag entspricht.

Beispiel:

Rentantrag am	18.6.2002
Beginn der Versicherungspflicht am	18.6.2002
Beginn der Antragsfrist am	19.6.2002
Ende der Antragsfrist am	18.9.2002

In den Fällen, in denen ein Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 116 Absatz 2 SGB VI in einen Rentenantrag umgedeutet wird, gilt als Tag der Rentenantragstellung zwar der Tag, an dem der Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben gestellt worden ist, die Frist für die Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 8 Absatz 2 SGB V beginnt in diesen Fällen aber frühestens mit dem Tag, an dem der Antragsteller von der Umdeutung Kenntnis erhält.

Fällt der letzte Tag der Antragsfrist auf einen Samstag, Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag, endet die Frist nach § 26 Absatz 3 Satz 1 SGB X mit dem Ablauf des nächstfolgenden Werktags.

Die in § 8 Absatz 2 SGB V genannte Frist ist eine von Amts wegen zu beachtende Ausschlussfrist, die eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand selbst dann nicht zulässt, wenn der Berechtigte ohne sein Verschulden an der Einhaltung der Frist gehindert war. Abweichend hiervon können sich Künstler und Publizisten, die ab dem 1. Juli 2001 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V versicherungspflichtig werden, innerhalb von drei Monaten nach Kenntnis über den Eintritt der Versicherungspflicht befreien lassen. Gleiches gilt ab 1. April 2002 für nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Bestandsrentner, wenn sie aufgrund des 10. SGB V - Änderungsgesetzes in Verbindung mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000 ab diesem Zeitpunkt versicherungspflichtig in der KVdR werden.

Der Befreiungsantrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Zuständig ist die Krankenkasse, bei der zur Zeit der Rentenantragstellung eine Krankenversicherung besteht. Besteht im Zeitpunkt der Rentenantragstellung keine Krankenversicherung, ist der Befreiungsantrag an die Krankenkasse zu richten,

die zuletzt eine Versicherung durchgeführt hat. Ergibt sich hiernach keine Zuständigkeit, ist die vom Rentenantragsteller/Rentner für die Bearbeitung des Befreiungsantrags gewählte Krankenkasse zuständig.

Im Übrigen gilt der Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht auch dann als fristgerecht gestellt, wenn er innerhalb der Drei-Monats-Frist bei einer unzuständigen Stelle - z. B. beim Rentenversicherungsträger - eingeht (§ 16 SGB I).

3 Befreiungsbescheid

Über den Befreiungsantrag entscheidet die zuständige Krankenkasse. Die Entscheidung ist dem Rentner schriftlich mitzuteilen.

4 Wirkung der Befreiung

Die Befreiung wirkt nur dann vom Beginn der KVdR an, wenn seit ihrem Beginn noch keine Leistungen gewährt worden sind. Hat der Befreiungsberechtigte für sich oder haben seine familienversicherten Angehörigen schon Leistungen in Anspruch genommen, wirkt die Befreiung vom Beginn des Kalendermonats an, der auf die Antragstellung folgt.

Beispiel 1:

Rentenantrag und Beginn der Rentenantragstellermemberschaft am	8.4.2002
Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht am	15.4.2002
Beginn der Antragsfrist am	9.4.2002
Ende der Antragsfrist am	8.7.2002
Die Befreiung wirkt vom	8.4.2002

Beispiel 2:

Rentenantrag und Beginn der Rentenantragstellermemberschaft am	15.4.2002
Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht am	6.5.2002
Der Versicherte ist am 4.5. noch von seinem Hausarzt für Rechnung der Krankenkasse behandelt worden.	
Beginn der Antragsfrist am	16.4.2002
Ende der Antragsfrist am	15.7.2002
Die Befreiung wirkt vom	1.6.2002

Beispiel 3:

Rentenantrag und Beginn der Rentenantragstellermemberschaft am	8.4.2002
Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht am	4.7.2002
Der bisher familienversicherte Sohn hat am 26.6. eine Brille für Rechnung der Krankenkasse erhalten.	
Beginn der Antragsfrist am	9.4.2002
Ende der Antragsfrist am	8.7.2002
Die Befreiung wirkt vom	1.8.2002

Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der KVdR kann nicht widerrufen werden (§ 8 Absatz 2 SGB V).

Die Befreiung gilt für die Dauer des Rentenverfahrens bzw. des Rentenbezugs. Sie wirkt auch weiter, wenn z. B. im Anschluss an eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eine Altersrente gezahlt wird.

Beantragt ein von der Versicherungspflicht in der KVdR befreiter Rentner eine weitere Rente, dann gilt die zu der ersten Rente ausgesprochene Befreiung auch für die zweite Rente (z. B. zu einer Altersrente tritt eine Witwenrente). Unterbrechungen in der Rentenzahlung haben keine Auswirkung auf diesen Befreiungstatbestand. Insoweit ist auch nicht zu unterscheiden, ob im Anschluss an die Unterbrechung die selbe Rente weitergezahlt oder wiedergewährt wird.

Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der KVdR bewirkt auch, dass eine Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung aufgrund einer Beantragung oder des Bezugs einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte oder als sonstige über 65-jährige Person ausgeschlossen ist.

Die Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften wird durch die Befreiung von der Versicherungspflicht in der KVdR ebenfalls ausgeschlossen. Wenn beispielsweise ein von der Versicherungspflicht befreiter Rentner eine Beschäftigung ausübt, tritt die Versicherungspflicht aufgrund der Beschäftigung erst nach Wegfall der Rente ein. Dies gilt nicht für eine Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 2, 3 und 4 SGB V.

IV Freiwillige Versicherung/Familienversicherung

§ 9 SGB V

Freiwillige Versicherung

(1) Der Versicherung können beitreten

1. Personen, die als Mitglieder aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind und in den letzten fünf Jahren vor dem Ausscheiden mindestens vierundzwanzig Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens zwölf Monate versichert waren; Zeiten der Mitgliedschaft nach § 189 werden nicht berücksichtigt,
2. Personen, deren Versicherung nach § 10 erlischt oder nur deswegen nicht besteht, weil die Voraussetzungen des § 10 Absatz 3 vorliegen, wenn sie oder der Elternteil, aus dessen Versicherung die Familienversicherung abgeleitet wurde, die in Nummer 1 genannte Vorversicherungszeit erfüllen,
3. - 5. ...
6. innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt der Versicherungspflicht Bezieher einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, die nach dem 31. März 2002 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 versicherungspflichtig geworden sind, deren Anspruch auf Rente schon an diesem Tag bestand, die aber nicht die Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 in der seit dem 1. Januar 1993 geltenden Fassung erfüllt hatten und die deswegen bis zum 31. März 2002 freiwillige Mitglieder waren.

(2) Der Beitritt ist der Krankenkasse innerhalb von drei Monaten anzuzeigen,

1. im Falle des Absatzes 1 Nr. 1 nach Beendigung der Mitgliedschaft,
2. im Falle des Absatzes 1 Nr. 2 nach Beendigung der Versicherung oder nach Geburt des Kindes,
3. - 5. ...

§ 10 SGB V

Familienversicherung

(1) Versichert sind der Ehegatte, der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern, wenn diese Familienangehörigen

1.-4. ...

5. kein Gesamteinkommen haben, das regelmäßig im Monat ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches überschreitet; bei Renten wird der Zahlbetrag ohne den auf Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten entfallenden Teil berücksichtigt. ...

(2) - (6) ...

§ 188 SGB V

Beginn der freiwilligen Mitgliedschaft

(1) ...

(2) Die Mitgliedschaft der in § 9 Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Versicherungsberechtigten beginnt mit dem Tag nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht oder mit dem Tag nach dem Ende der Versicherung nach § 10. Die Mitgliedschaft der in § 9 Absatz 1 Nr. 6 genannten Versicherungsberechtigten beginnt mit dem Eintritt der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11.

(3) Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.

§ 309 SGB V

Versicherter Personenkreis

(1) Soweit Vorschriften dieses Buches

1. an die Bezugsgröße anknüpfen, gilt vom 1. Januar 2001 an die Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV auch in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet,
2. an die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten anknüpfen, gilt von dem nach Nummer 1 maßgeblichen Zeitpunkt an die Beitragsbemessungsgrenze nach § 159 SGB VI auch in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet.

(2) - (4) aufgehoben

(5) ...

(6) aufgehoben

§ 6 KVLG 1989

Freiwillige Versicherung

- (1) Der Versicherung können beitreten
1. Personen, die aus der Versicherungspflicht nach diesem Gesetz ausgeschieden sind und in den letzten fünf Jahren vor dem Ausscheiden mindestens vierundzwanzig Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens zwölf Monate versichert waren; Zeiten der Mitgliedschaft nach § 23 werden nicht berücksichtigt,
 2. Personen, deren Versicherung nach § 7 erlischt oder nur deswegen nicht besteht, weil die Voraussetzungen des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 oder Absatz 3 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch vorliegen, wenn sie oder der Elternteil, aus dessen Versicherung die Familienversicherung abgeleitet wurde, die in Nummer 1 genannte Vorversicherungszeit erfüllen.
- (2) ...

§ 7 KVLG 1989

Familienversicherung

- (1) Für die Familienversicherung gilt § 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch entsprechend. Die Familienversicherung besteht auch für den im landwirtschaftlichen Unternehmen tätigen Ehegatten oder Lebenspartner des landwirtschaftlichen Unternehmers oder eines mitarbeitenden Familienangehörigen, sofern er nur wegen der Vorschriften des § 2 Absatz 3 oder 4 nicht versicherungspflichtig wird. Bei der Feststellung des Gesamteinkommens des Ehegatten oder Lebenspartners bleibt das Einkommen außer Betracht, das die Ehegatten oder Lebenspartner aus dem von ihnen gegenwärtig oder früher gemeinsam betriebenen landwirtschaftlichen Unternehmen oder aus der gemeinsamen Beschäftigung als mitarbeitende Familienangehörige erzielen. Das Einkommen eines Kindes aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen, in dem es Mitunternehmer ist, ohne als landwirtschaftlicher Unternehmer zu gelten, bleibt außer Betracht.
- (2) Die Satzung kann die Familienversicherung auf sonstige Angehörige erstrecken, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden, sich gewöhnlich im Inland aufhalten und kein Gesamteinkommen haben, das regelmäßig im Monat ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch überschreitet.

§ 20 SGB XI

Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung

- (1) - (2) ...
- (3) Freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung.
- (4) ...

§ 25 SGB XI

Familienversicherung

(1) Versichert sind der Ehegatte, der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern, wenn diese Familienangehörigen

1.-4. ...

5. kein Gesamteinkommen haben, das regelmäßig im Monat ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches, mindestens jedoch 325 Euro, überschreitet; bei Renten wird der Zahlbetrag ohne den auf Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten entfallenden Teil berücksichtigt. ...

(2) - (4) ...

§ 26a SGB XI

Beitrittsrecht

(1) Personen mit Wohnsitz im Inland, die nicht pflegeversichert sind, weil sie zum Zeitpunkt der Einführung der Pflegeversicherung am 1. Januar 1995 trotz Wohnsitz im Inland keinen Tatbestand der Versicherungspflicht oder der Mitversicherung in der sozialen oder privaten Pflegeversicherung erfüllten, sind berechtigt, die freiwillige Mitgliedschaft bei einer der nach § 48 Absatz 2 wählbaren sozialen Pflegekasse zu beantragen oder einen Pflegeversicherungsvertrag mit einem privaten Versicherungsunternehmen abzuschließen. Ausgenommen sind Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz beziehen sowie Personen, die nicht selbst in der Lage sind, einen Beitrag zu zahlen. Der Beitritt ist gegenüber der gewählten Pflegekasse oder dem gewählten privaten Versicherungsunternehmen bis zum 30. Juni 2002 schriftlich zu erklären; er bewirkt einen Versicherungsbeginn rückwirkend zum 1. April 2001. Die Vorversicherungszeiten nach § 33 Absatz 2 gelten als erfüllt. Auf den privaten Versicherungsvertrag findet § 110 Absatz 1 Anwendung.

(2) Personen mit Wohnsitz im Inland, die erst ab einem Zeitpunkt nach dem 1. Januar 1995 bis zum In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nicht pflegeversichert sind und keinen Tatbestand der Versicherungspflicht nach diesem Buch erfüllen, sind berechtigt, die freiwillige Mitgliedschaft bei einer der nach § 48 Absatz 2 wählbaren sozialen Pflegekassen zu beantragen oder einen Pflegeversicherungsvertrag mit einem privaten Versicherungsunternehmen abzuschließen. Vom Beitrittsrecht ausgenommen sind die in Absatz 1 Satz 2 genannten Personen sowie Personen, die nur deswegen nicht pflegeversichert sind, weil sie nach dem 1. Januar 1995 ohne zwingenden Grund eine private Kranken- und Pflegeversicherung aufgegeben oder von einer möglichen Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder in der sozialen Pflegeversicherung keinen Gebrauch gemacht haben. Der Beitritt ist gegenüber der gewählten Pflegekasse oder dem gewählten privaten Versicherungsunternehmen bis zum 30. Juni 2002 schriftlich zu erklären. Er bewirkt einen Versicherungsbeginn zum 1. Januar 2002. Auf den privaten Versicherungsvertrag findet § 110 Absatz 3 Anwendung.

(3) Ab dem 1. Juli 2002 besteht ein Beitrittsrecht zur sozialen oder privaten Pflegeversicherung nur für nicht pflegeversicherte Personen, die als Zuwanderer oder Auslandsrückkehrer bei Wohnsitznahme im Inland keinen Tatbestand der Versicherungspflicht nach diesem Buch erfüllen und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie für nicht versicherungspflichtige Personen mit Wohnsitz im Inland, bei denen die Ausschlussgründe nach Absatz 1 Satz 2 entfallen sind. Der

Beitritt ist gegenüber der nach § 48 Absatz 2 gewählten Pflegekasse oder dem gewählten privaten Versicherungsunternehmen schriftlich innerhalb von drei Monaten nach Wohnsitznahme im Inland oder nach Wegfall der Ausschlussgründe nach Absatz 1 Satz 2 mit Wirkung vom 1. des Monats zu erklären, der auf die Beitrittserklärung folgt. Auf den privaten Versicherungsvertrag findet § 110 Absatz 3 Anwendung. Das Beitrittsrecht nach Satz 1 ist nicht gegeben in Fällen, in denen ohne zwingenden Grund von den in Absatz 1 und 2 geregelten Beitrittsrechten kein Gebrauch gemacht worden ist oder in denen die in Absatz 2 Satz 2 aufgeführten Ausschlussgründe vorliegen.

1 Allgemeines

Familienversicherte, die einen Rentenantrag stellen und die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht in der KVdR nicht erfüllen, bleiben bis zum Beginn des Monats, für den die Rente erstmalig laufend gezahlt wird, beitragsfrei in der Familienversicherung versichert. Der weitere Anspruch auf eine Familienversicherung ist - unter Berücksichtigung der sonstigen in § 10 SGB V und § 25 SGB XI geforderten Voraussetzungen - davon abhängig, dass das Gesamteinkommen des Rentners unter Berücksichtigung des Zahlbetrags der Rente regelmäßig im Monat ein Siebtel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV nicht überschreitet. Dabei gilt vom 1. Januar 2001 an ein einheitlicher Grenzwert für das Beitrittsgebiet und das bisherige Bundesgebiet. Bei der Prüfung der Einkommensgrenze ist - im Gegensatz zum Beitragsrecht - zu beachten, dass bei Renten der gesetzlichen Rentenversicherung der Zahlbetrag ohne den auf Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten entfallenden Teil Berücksichtigung findet.

Rentner, die die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht in der KVdR nicht erfüllen oder als Mitglieder aus der KVdR bzw. aus der Familienversicherung ausscheiden, können sich im Rahmen des § 9 SGB V freiwillig versichern. Dafür sind die in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen zu erfüllen.

Freiwillig krankenversicherte Rentner sind nach § 20 Absatz 3 SGB XI versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung.

Ein Ausscheiden aus der Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V berechtigt allerdings nicht ohne weiteres zum freiwilligen Beitritt; das Recht zur freiwilligen Versicherung besteht vielmehr nur dann, wenn bis zum Beginn der Mitgliedschaft nach § 189 SGB V die Vorversicherungszeit nach § 9 Absatz 1 Nr. 1 SGB V erfüllt war bzw. bis dahin eine freiwillige Versicherung bestanden hat oder ohne die Rentenantragstellermemberschaft eine Familienversicherung bestanden hätte. Eine Weiterversicherung in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist nur bei Erfüllen der Vorversicherungszeit des § 6 Absatz 1 Nr. 1 KVLG 1989 möglich.

2 Vorversicherungszeit

Der aus der Pflichtversicherung oder Familienversicherung ausgeschiedene Rentner kann sich nur dann freiwillig versichern, wenn er eine gewisse Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Krankenversicherung zurückgelegt hat. Gefordert wird - abgestellt auf das Ausscheiden aus der KVdR - eine Versicherung von

- mindestens vierundzwanzig Monaten in den letzten fünf Jahren vor dem Ausscheiden oder
- mindestens zwölf Monaten ununterbrochen unmittelbar vor dem Ausscheiden.

Zu beachten ist, dass für die Vorversicherungszeit nach § 9 SGB V oder § 6 KVLG 1989 Zeiten der Mitgliedschaft nach § 189 SGB V nur dann berücksichtigt werden können, wenn ohne die Rentenantragstellermemberschaft eine Familienversicherung bestanden hätte.

3 Anzeigefrist

Der Beitritt zur gesetzlichen Krankenversicherung muss der Krankenkasse innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Mitgliedschaft in der KVdR angezeigt werden. Die Anzeigefrist berechnet sich nach § 26 Absatz 1 SGB X i. V. m. §§ 187, 188, 193 BGB. Da der Rentenanspruch und damit auch die Mitgliedschaft in der KVdR regelmäßig mit dem Ablauf eines Monats endet, beginnt die Anzeigefrist in diesen Fällen stets mit dem Ersten des Folgemonats; sie dauert bis zum Ablauf des letzten Tages des dritten Monats. Bei der Anzeigefrist handelt es sich um eine Ausschlussfrist.

4 Optionsrecht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V

Der freiwilligen Krankenversicherung können nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V auch freiwillig versicherte Rentner beitreten, die aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000 ab dem 1. April 2002 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V versicherungspflichtig in der KVdR werden, wenn die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Das Optionsrecht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V setzt voraus, dass am 31. März 2002

- eine freiwillige Mitgliedschaft als Rentner wegen Nichterfüllung der Vorversicherungszeit nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V in der Fassung des GSG besteht und
- der Rentenanspruch ausgehend vom Rentenbeginn (im Sinne von §§ 99 ff SGB VI) gegeben ist.

Der Verbleib in der freiwilligen Krankenversicherung ist innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Versicherungspflicht in der KVdR schriftlich gegenüber der aktuell zuständigen Krankenkasse zu erklären. Die Frist beginnt in der Regel am 1. April 2002 und endet somit am 30. September 2002. Hierbei handelt es sich um eine Ausschlussfrist, nach deren Ablauf der Beitritt und damit die Fortführung der freiwilligen Mitgliedschaft nicht mehr möglich ist.

Ergänzend hierzu wird auf die Ausführungen unter A I 3.8 verwiesen.

V Krankenkassenwahlrecht/-zuständigkeit

§ 173 SGB V

Allgemeine Wahlrechte

(1) Versicherungspflichtige (§ 5) und Versicherungsberechtigte (§ 9) sind Mitglieder der von ihnen gewählten Krankenkasse, soweit in den nachfolgenden Vorschriften, im Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte oder im Künstlersozialversicherungsgesetz nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte können wählen

1. die Ortskrankenkasse des Beschäftigungs- oder Wohnorts,
2. jede Ersatzkasse, deren Zuständigkeit sich nach der Satzung auf den Beschäftigungs- oder Wohnort erstreckt,
3. die Betriebs- oder Innungskrankenkasse, wenn sie in dem Betrieb beschäftigt sind, für den die Betriebs- oder die Innungskrankenkasse besteht,
4. die Betriebs- oder Innungskrankenkasse, wenn die Satzung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse dies vorsieht,

5. die Krankenkasse, bei der vor Beginn der Versicherungspflicht oder Versicherungsbe-
rechtigung zuletzt eine Mitgliedschaft oder eine Versicherung nach § 10 bestanden hat,
6. die Krankenkasse, bei der der Ehegatte versichert ist.

Falls die Satzung eine Regelung nach Nummer 4 enthält, gilt diese für abgegrenzte Regionen im Sinne des § 143 Absatz 1, in denen Betriebe oder Innungsbetriebe bestehen und die Zuständigkeit für diese Betriebe sich aus der Satzung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse ergibt; die Sat-
zung darf das Wahlrecht nicht auf bestimmte Personen beschränken oder von Bedingungen ab-
hängig machen.

(3) ...

(4) Nach § 5 Absatz 1 Nr. 5 bis 8 versicherungspflichtige Jugendliche, Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, behinderte Menschen und nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 12 oder nach § 9 versicherte Rentner sowie nach § 9 Absatz 1 Nr. 4 versicherte behinderte Menschen können zusätzlich die Krankenkasse wählen, bei der ein Elternteil versichert ist.

(5) Versicherte Rentner können zusätzlich die Betriebs- oder Innungskrankenkasse wählen, wenn sie in dem Betrieb beschäftigt gewesen sind, für den die Betriebs- oder Innungskrankenkasse besteht.

(6) Für nach § 10 Versicherte gilt die Wahlentscheidung des Mitglieds.

§ 174 SGB V

Besondere Wahlrechte

(1) Für versicherte Rentner, bei denen die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zu-
ständig ist, gilt § 173 nur, wenn sie in den letzten zehn Jahren vor Rentenantragstellung zu keinem
Zeitpunkt Mitglied der knappschaftlichen Krankenversicherung gewesen sind; § 5 Absatz 2 gilt
nicht.

(2) Für Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte, die bei einer Betriebs- oder In-
nungskrankenkasse beschäftigt sind oder vor dem Rentenbezug beschäftigt waren, gilt § 173 Ab-
satz 2 Satz 1 Nr. 3 entsprechend.

(3) Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte, die bei einem Verband der Betriebs-
oder Innungskrankenkassen beschäftigt sind oder vor dem Rentenbezug beschäftigt waren, kön-
nen eine Betriebs- oder Innungskrankenkasse am Wohn- oder Beschäftigungsort wählen.

(4) ...

§ 175 SGB V

Ausübung des Wahlrechts

(1) Die Ausübung des Wahlrechts ist gegenüber der gewählten Krankenkasse zu erklären. Diese
darf die Mitgliedschaft nicht ablehnen. Das Wahlrecht kann nach Vollendung des
15. Lebensjahres ausgeübt werden.

(2) Die gewählte Krankenkasse hat nach Ausübung des Wahlrechts unverzüglich eine Mitgliedsbescheinigung auszustellen. Hat innerhalb der letzten 18 Monate vor Beginn der Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse bestanden, kann die Mitgliedsbescheinigung nur ausgestellt werden, wenn die Kündigungsbestätigung nach Absatz 4 Satz 3 vorgelegt wird. Eine Mitgliedsbescheinigung ist zum Zweck der Vorlage bei der zur Meldung verpflichteten Stelle auch bei Eintritt einer Versicherungspflicht unverzüglich auszustellen.

(3) Versicherungspflichtige haben der zur Meldung verpflichteten Stelle unverzüglich eine Mitgliedsbescheinigung vorzulegen. Wird die Mitgliedsbescheinigung nicht spätestens zwei Wochen nach Eintritt der Versicherungspflicht vorgelegt, hat die zur Meldung verpflichtete Stelle den Versicherungspflichtigen ab Eintritt der Versicherungspflicht bei der Krankenkasse anzumelden, bei der zuletzt eine Versicherung bestand; bestand vor Eintritt der Versicherungspflicht keine Versicherung, hat die zur Meldung verpflichtete Stelle den Versicherungspflichtigen ab Eintritt der Versicherungspflicht bei einer nach § 173 wählbaren Krankenkasse anzumelden und den Versicherungspflichtigen unverzüglich über die gewählte Krankenkasse zu unterrichten. Für die Fälle, in denen eine Mitgliedsbescheinigung nach Satz 1 nicht vorgelegt wird und keine Meldung nach Satz 2 erfolgt, vereinbaren die Spitzenverbände der Orts-, Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen gemeinsam und einheitlich Regeln über die Zuständigkeit.

(4) Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte sind an die Wahl der Krankenkasse mindestens 18 Monate gebunden, wenn sie das Wahlrecht ab dem 1. Januar 2002 ausüben. Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt. Die Krankenkasse hat dem Mitglied unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Kündigung eine Kündigungsbestätigung auszustellen. Die Kündigung wird wirksam, wenn das Mitglied innerhalb der Kündigungsfrist eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse durch eine Mitgliedsbescheinigung nachweist. Satz 1 gilt nicht, wenn die Krankenkasse ihren Beitragssatz erhöht. Die Sätze 1 und 4 gelten nicht, wenn die Kündigung eines Versicherungsberechtigten erfolgt, weil die Voraussetzungen einer Versicherung nach § 10 erfüllt sind oder weil keine Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse begründet werden soll. Die Krankenkassen können in ihrer Satzung vorsehen, dass die Frist nach Satz 1 nicht gilt, wenn eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse der gleichen Kassenart begründet werden soll.

(5) Absatz 4 gilt nicht für Versicherungspflichtige, die durch die Errichtung oder Ausdehnung einer Betriebs- oder Innungskrankenkasse oder durch betriebliche Veränderungen Mitglieder einer Betriebs- oder Innungskrankenkasse werden können, wenn sie die Wahl innerhalb von zwei Wochen nach dem Zeitpunkt der Errichtung, Ausdehnung oder betrieblichen Veränderung ausüben.

(6) Die Spitzenverbände vereinbaren für die Meldungen und Mitgliedsbescheinigungen nach dieser Vorschrift einheitliche Verfahren und Vordrucke.

§ 176 SGB V

Zuständigkeit der See-Krankenkasse

(1) ...

(2) Die in § 5 Absatz 1 Nr. 2 oder 5 bis 12 genannten Versicherungspflichtigen und die in § 189 genannten Rentenantragsteller gehören der See-Krankenkasse an, wenn sie zuletzt bei der See-Krankenkasse versichert waren; § 173 gilt.

§ 177 SGB V

Zuständigkeit der Bundesknappschaft

(1) ...

(2) Die in § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 12 genannten Versicherungspflichtigen und die in § 189 genannten Rentenantragsteller gehören der Bundesknappschaft an, wenn sie zuletzt bei der Bundesknappschaft versichert waren oder die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist; § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 und § 174 Absatz 1 gelten.

(3) ...

§ 186 SGB V

Beginn der Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger

(1) – (9) ...

(10) Wird die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger zu einer Krankenkasse gekündigt (§ 175), beginnt die Mitgliedschaft bei der neu gewählten Krankenkasse abweichend von den Absätzen 1 bis 9 mit dem Tag nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Kündigung.

§ 191 SGB V

Ende der freiwilligen Mitgliedschaft

Die freiwillige Mitgliedschaft endet

1. ...
2. mit Beginn einer Pflichtmitgliedschaft
3. ...
4. mit dem Wirksamwerden der Kündigung (§ 175 Absatz 4); die Satzung kann einen früheren Zeitpunkt bestimmen, wenn das Mitglied die Voraussetzungen einer Versicherung nach § 10 erfüllt.

§ 24 KVLG 1989

Ende der Mitgliedschaft

(1) ...

(2) Für das Ende der Mitgliedschaft freiwilliger Mitglieder gilt § 191 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch

§ 48 SGB XI

Zuständigkeit für Versicherte einer Krankenkasse und sonstige Versicherte

(1) Für die Durchführung der Pflegeversicherung ist jeweils die Pflegekasse zuständig, die bei der Krankenkasse errichtet ist, bei der eine Pflichtmitgliedschaft oder freiwillige Mitgliedschaft besteht. Für Familienversicherte nach § 25 ist die Pflegekasse des Mitglieds zuständig.

(2) - (3) ...

1 Allgemeines

Die Spitzenverbände der Krankenkassen haben in ihrer gemeinsamen Verlautbarung zum Krankenkassenwahlrecht für Beschäftigte vom 22. November 2001 die Auswirkungen der Neuregelungen bei den Krankenkassenwahlrechten ab 1. Januar 2002 dargestellt und hierzu Grundsätze festgelegt. Die nachfolgenden Ausführungen zum Wahlrecht für Rentner und Rentenantragsteller ergänzen die bereits dort getroffenen Regelungen, wobei Abweichungen hiervon im Folgenden beschrieben sind.

Grundsätzlich können alle in der KVdR versicherungspflichtigen Rentner und Rentenantragsteller, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, zwischen den in § 173 und § 174 SGB V genannten Krankenkassen wählen. Abgesehen von den Sonderzuständigkeiten der See-Krankenkasse, der Bundesknappschaft und der landwirtschaftlichen Krankenkasse (§§ 176 und 177 SGB V, KVLG 1989) ist damit eine Krankenkassenzuständigkeit kraft Gesetzes nicht vorgesehen.

Die Möglichkeit, eine gesetzliche Krankenkasse zu wählen, haben nur die Rentner und Rentenantragsteller, die die Voraussetzungen für die KVdR erfüllen. Unabhängig davon richtet sich die Zuständigkeit für die Bearbeitung der nach § 201 Absatz 1 SGB V abzugebenden Meldung nach den §§ 173 ff. SGB V.

Für die Durchführung der Pflegeversicherung der versicherungspflichtigen Rentner oder Rentenantragsteller ist jeweils die Pflegekasse zuständig, die bei der Krankenkasse errichtet ist, bei der eine Mitgliedschaft besteht.

Die §§ 173 bis 177 SGB V gelten nicht für die landwirtschaftlichen Krankenkassen; ein Antrag auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung allein oder der alleinige Bezug einer solchen Rente kann eine Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nicht begründen. Für die Fälle, in denen die Voraussetzungen

sowohl

- für eine Mitgliedschaft als Antragsteller auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung

oder

- für die Versicherungspflicht als Rentenbezieher nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V

als auch

- für eine Versicherungspflicht nach dem KVLG 1989 (einschließlich der Versicherungspflicht als Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte)

oder

- für eine Mitgliedschaft als Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte

erfüllt sind, enthält Abschnitt B nähere Ausführungen; insbesondere die §§ 3 und 23 KVLG 1989 sind zu beachten.

2 Krankenkassenzuständigkeit kraft Wahl

2.1 Allgemeines

Für die in der KVdR versicherten Rentner und Rentenantragsteller gelten grundsätzlich die allgemeinen Wahlrechte nach § 173 SGB V sowie die besonderen Wahlrechte nach § 174 Absatz 2 und 3 SGB V. Bei versicherungspflichtigen Rentnern und Rentenantragstellern, bei denen die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist, gilt ein eingeschränktes Wahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V.

Die Ausübung des Krankenkassenwahlrechts und die dabei einzuhaltenden Fristen sind im § 175 SGB V geregelt.

Zur Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft bei Rentnern und Rentenantragstellern wird auf Abschnitt C hingewiesen.

2.2 AOK des Wohnortes

Rentner und Rentenantragsteller können nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 SGB V beantragen, Mitglied der AOK ihres Wohnortes zu werden. Als Wohnort gilt dabei der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt im Sinne des § 30 Absatz 3 SGB I.

2.3 Ersatzkassen

Rentner und Rentenantragsteller können nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 SGB V für die Durchführung der KVdR jede Ersatzkasse wählen, deren Zuständigkeitsbereich sich nach der Satzung auf den Wohnort des Versicherten erstreckt.

2.4 Betriebskrankenkassen

Rentner und Rentenantragsteller können nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 SGB V die Betriebskrankenkasse wählen, wenn die Satzung der Betriebskrankenkasse dies vorsieht. Die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse ist daher nur möglich, wenn diese geöffnet ist und der Rentner/Rentenantragsteller im Krankenkassenbezirk der jeweiligen Betriebskrankenkasse wohnt.

Zusätzlich können versicherungspflichtige Rentner und Rentenantragsteller eine Betriebskrankenkasse wählen, wenn sie in dem Betrieb beschäftigt gewesen sind, für den diese Betriebskrankenkasse besteht (§ 173 Absatz 5 SGB V). Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie während des Beschäftigungsverhältnisses tatsächlich bei der Betriebskrankenkasse versichert waren. Außerdem muss es sich nicht um eine zuletzt ausgeübte Beschäftigung handeln.

Versicherungspflichtige Rentner und Rentenantragsteller, die vor dem Rentenbezug bei einer Betriebskrankenkasse beschäftigt waren, können diese Betriebskrankenkasse wählen; ferner können die vor dem Rentenbezug bei einem Verband der Betriebskrankenkassen Beschäftigten jede Betriebskrankenkasse am Wohnort wählen (§ 174 Absatz 2 und 3 SGB V).

2.5 Innungskrankenkassen

Rentner und Rentenantragsteller können nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 SGB V die Innungskrankenkasse wählen, wenn die Satzung der Innungskrankenkasse dies vorsieht. Die Mitgliedschaft bei einer Innungskrankenkasse ist daher nur möglich, wenn diese geöffnet ist und der Rentner/Rentenantragsteller im Krankenkassenbezirk der jeweiligen Innungskrankenkasse wohnt.

Zusätzlich können versicherungspflichtige Rentner und Rentenantragsteller eine Innungskrankenkasse wählen, wenn sie in dem Betrieb beschäftigt gewesen sind, für den diese Innungskrankenkasse besteht (§ 173 Absatz 5 SGB V). Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie während des Beschäftigungsverhältnisses tatsächlich bei der Innungskrankenkasse versichert waren. Außerdem muss es sich nicht um eine zuletzt ausgeübte Beschäftigung handeln.

Versicherungspflichtige Rentner und Rentenantragsteller, die vor dem Rentenbezug bei einer Innungskrankenkasse beschäftigt waren, können diese Innungskrankenkasse wählen; ferner können die vor dem Rentenbezug bei einem Verband der Innungskrankenkassen Beschäftigten jede Innungskrankenkasse am Wohnort wählen (§ 174 Absatz 2 und 3 SGB V).

2.6 "Letzte" Krankenkasse

Nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 SGB V können Rentner und Rentenantragsteller Mitglied der Krankenkasse werden, bei der vor Beginn der KVdR zuletzt eine Mitgliedschaft oder eine Versicherung nach § 10 SGB V bestanden hat. Unerheblich dabei ist, wie lange die letzte Versicherung zurückliegt. Eine Mitgliedschaft bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse wird in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt.

2.7 Krankenkasse des Ehegatten

Ein Rentner oder Rentenantragsteller kann nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V beantragen, Mitglied der Krankenkasse zu werden, bei der sein Ehegatte versichert ist. Auf die Art der Versicherung kommt es nicht an. Ausgenommen hiervon sind jedoch die landwirtschaftlichen Krankenkassen. Das Wahlrecht steht nur Ehegatten zu, nicht aber anderen Angehörigen.

Immer dann, wenn beide Ehegatten Mitglieder verschiedener Krankenkassen sind, kann die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse des anderen Ehegatten gewählt werden. Wechselt der Ehegatte die Krankenkasse, kann der Rentner/Rentenantragsteller ihm folgen.

2.8 Krankenkasse, bei der ein Elternteil versichert ist

Die versicherungspflichtigen Rentner und Rentenantragsteller können zusätzlich die Krankenkasse wählen, bei der ein Elternteil versichert ist (§ 173 Absatz 4 SGB V). Auf die Art der Versicherung kommt es nicht an.

3 Krankenkassenzuständigkeit der See-Krankenkasse, der Bundesknappschaft und der landwirtschaftlichen Krankenkassen

3.1 See-Krankenkasse

Versicherungspflichtige Rentner und Rentenantragsteller gehören der See-Krankenkasse an, wenn sie zuletzt bei der See-Krankenkasse versichert waren (§ 176 Absatz 2 SGB V). Die allgemeinen Wahlrechte nach § 173 SGB V gelten jedoch. Die See-Krankenkasse kann gewählt werden, wenn der Rentner oder Rentenantragsteller zu einem früheren Zeitpunkt bei der See-Krankenkasse versichert war oder der Ehegatte bzw. ein Elternteil Mitglied der See-Krankenkasse ist.

Die Zuständigkeit der See-Krankenkasse für Rentner oder Rentenantragsteller endet, sofern eine vorrangige Pflichtversicherung eintritt, für die die See-Krankenkasse nicht zuständig ist oder nicht gewählt werden kann.

3.2 Bundesknappschaft

Rentner und Rentenantragsteller gehören der Bundesknappschaft an, wenn sie zuletzt bei der Bundesknappschaft versichert waren oder die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist (§ 177 Absatz 2 SGB V).

Die allgemeinen Wahlrechte nach § 173 SGB V gelten nach § 174 Absatz 1 SGB V nur, wenn die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist, und in den letzten zehn Jahren vor der Rentenantragstellung - im Beitrittsgebiet frühestens vom 1. Januar 1991 an - zu keinem Zeitpunkt eine Mitgliedschaft in der knappschaftlichen Krankenversicherung bestanden hat.

Die Bundesknappschaft kann gewählt werden, wenn der Rentner oder Rentenantragsteller zu einem früheren Zeitpunkt bei der Bundesknappschaft versichert war oder der Ehegatte bzw. ein Elternteil Mitglied der Bundesknappschaft ist.

Die Zuständigkeit der Bundesknappschaft für Rentner oder Rentenantragsteller endet, sofern eine vorrangige Pflichtversicherung eintritt, für die die Bundesknappschaft nicht zuständig ist oder nicht gewählt werden kann.

3.3 Landwirtschaftliche Krankenkassen

Die bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen Pflichtversicherten, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt haben oder eine solche Rente beziehen, werden (weiterhin) kraft Gesetzes bei diesen Krankenkassen versichert. Diese Personen haben kein Wahlrecht zu einer nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse. Das hat zur Folge, dass eine vorrangige Pflichtversicherung nach dem KVLG 1989 in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung durchzuführen ist, unabhängig von dem Bestehen einer achtzehnmonatigen Bindungsfrist auf Grund des ausgeübten Wahlrechts in der allgemeinen Krankenversicherung. Die landwirtschaftliche Krankenkasse unterrichtet den Versicherten über Beginn und Ende einer Pflichtversicherung bei ihr. Endet die Pflichtversicherung bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse, unterrichtet diese im maschinellen KVdR-Meldeverfahren KV-KV die Krankenkasse, die vor ihr die Mitgliedschaft durchgeführt hat. Das Ausstellen einer Kündigungsbestätigung oder einer Mitgliedsbescheinigung auf der Grundlage des § 175 SGB V durch die landwirtschaftliche Krankenkasse kommt für die Pflichtversicherten nicht in Betracht. Im Übrigen enthält Abschnitt B nähere Ausführungen; insbesondere die §§ 3 und 23 KVLG 1989 sind zu beachten.

4 Ausübung der Krankenkassenwahl, Bindungswirkung und Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels

4.1 Allgemeines

§ 173 Absatz 1 SGB V regelt, dass die Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse grundsätzlich nur durch Ausübung der Wahl zustande kommt. Die Ausübung des Krankenkassenwahlrechts, die dabei einzuhaltenden Fristen und die zu erstellenden Mitgliedsbescheinigungen oder Kündigungsbestätigungen werden in § 175 SGB V beschrieben.

Der Eintritt der KVdR-Versicherungspflicht oder der Beginn der Rentenantragstellermemberschaft begründet - mit Ausnahme der Sonderzuständigkeiten nach §§ 176, 177 SGB V und dem KVLG 1989 - keine Zuweisung zu einer bestimmten Krankenkasse.

Die in § 175 SGB V beschriebenen Grundsätze zur Ausübung der Krankenkassenwahl gelten für Rentnantragsteller (§ 189 Absatz 1 SGB V), pflichtversicherte Rentner (§ 5 Absatz 1 Nrn. 11, 11a und 12 SGB V) und freiwillig versicherte Rentner (§ 9 SGB V), so dass für alle Personengruppen die gleichen Voraussetzungen für einen Krankenkassenwechsel maßgebend sind.

4.2 Kündigungsbestätigung und Mitgliedsbescheinigung

Von den Krankenkassen sind im Zusammenhang mit den Wahl- und Kündigungsmöglichkeiten den Rentnern und Rentnantragstellern Mitgliedsbescheinigungen und Kündigungsbestätigungen auszustellen. Hierzu zählt:

- einerseits die Kündigungsbestätigung nach § 175 Absatz 4 Satz 3 SGB V,
- andererseits die Mitgliedsbescheinigung nach Ausübung des Wahlrechts oder nach Eintritt einer Versicherungspflicht (§ 175 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 3 SGB V).

Die Mitgliedsbescheinigungen und Kündigungsbestätigungen sind unverzüglich auszustellen, damit der Krankenkassenwechsel nicht unnötig erschwert wird und der Rentenversicherungsträger rechtzeitig Klarheit über die zuständige Krankenkasse erhält. Für die Kündigungsbestätigung bestimmt § 175 Absatz 4 Satz 3 SGB V ausdrücklich, dass sie spätestens innerhalb von 14 Tagen nach Eingang der Kündigung ausgestellt werden muss.

Die Krankenkasse hat nach Ausübung des Wahlrechts oder bei Eintritt einer Versicherungspflicht dem Rentner/Rentnantragsteller unverzüglich eine Mitgliedsbescheinigung auszustellen. Da die Mitgliedsbescheinigung dem Rentenversicherungsträger nicht vorzulegen ist, wird davon abgesehen, eine einheitliche Form vorzugeben. Der Rentenversicherungsträger als zur Meldung verpflichtete Stelle wird über den Krankenkassenwechsel bereits durch die neu gewählte Krankenkasse informiert. Dies ist bei Rentnern durch die unverzügliche bis zum Ende der Kündigungsfrist abzugebende Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V sichergestellt; Entsprechendes gilt bei Rentnantragstellern.

4.3 Ausübung der Krankenkassenwahl

Nach § 175 Absatz 1 SGB V ist das Krankenkassenwahlrecht vom Rentner/Rentnantragsteller selbst gegenüber der von ihm gewählten Krankenkasse zu erklären. Diese darf die Mitgliedschaft nicht ablehnen.

Das Wahlrecht kann bis zum Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit der Kündigung ausgeübt werden. Hierdurch ist in den Fällen des § 175 Absatz 4 Sätze 1 und 2 SGB V noch bis zum Ende der Kündigungsfrist eine „Korrektur“ der Wahl oder des Aufnahmeantrages möglich. Ein Widerruf der Kündigung oder Krankenkassenwahl nach diesem Zeitpunkt ist ausgeschlossen.

Ein Wechsel des Versicherungsgrundes (z. B. vom Beschäftigten zum Rentner) eröffnet für sich allein kein neues Wahlrecht.

Für Rentner und Rentnantragsteller ist ein Wahlrecht nach § 175 Absatz 5 SGB V ausgeschlossen, weil sie nicht (mehr) im Betrieb beschäftigt sind und somit nicht zu den unmittelbar beitragsberechtigten Versicherungspflichtigen im Sinne der vorgenannten Rechtsvorschrift gehören. Sie können die errichtete Krankenkasse nur im Rahmen des § 175 Absatz 4 Sätze 2 und 3 SGB V wählen.

Familienversicherte haben kein eigenes Wahlrecht; für sie gilt die Wahlentscheidung des Mitglieds (§ 173 Absatz 6 SGB V).

4.4 Bindungswirkung und Kündigung der Mitgliedschaft

4.4.1 Bindungswirkung

Bei Ausübung des Wahlrechts ab 1. Januar 2002 ist der Rentenantragsteller oder Rentner an die Wahl der Krankenkasse mindestens 18 Monate gebunden (§ 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V).

Die 18-Monats-Frist des § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V ist auch bei Rentenantragstellern und Rentnern der See-Krankenkasse und der Bundesknappschaft zu beachten, wenn die dortige Mitgliedschaft aufgrund einer Krankenkassenwahl begründet worden ist.

Ist bei Eintritt der KVdR-Versicherungspflicht oder der Rentenantragstellermemberschaft die Bindungsfrist bei der derzeitigen Krankenkasse noch nicht erfüllt, kann der Rentner/Rentenantragsteller erst zum Ablauf der Bindungsfrist - vgl. aber auch 4.5 - die Mitgliedschaft kündigen und eine andere Krankenkasse für die Durchführung seiner Mitgliedschaft wählen. Dementsprechend löst der Eintritt der KVdR-Versicherungspflicht bzw. der Beginn der Rentenantragstellermemberschaft auch keine neue Bindungsfrist aus.

Beispiel:

Krankenkassenwechsel als freiwilliges Mitglied zur Krankenkasse A zum	1.2.2002
Rentenantrag und gleichzeitige Wahl der Krankenkasse B am	11.7.2002
Beschäftigungsverhältnis endet am	31.8.2002
Rentenbeginn am	1.9.2002

Ergebnis:

Ein Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse B ab 1.9.2002 ist nicht möglich, da die achtzehnmonatige Bindungsfrist zur Krankenkasse A (bis 31.7.2003) noch nicht erfüllt ist.

Die Bindungsfrist ist ein Zeitraum von 18 zusammenhängenden Zeitmonaten. Unterbrechungen der Mitgliedschaft führen nicht zu einem erneuten Beginn der 18-Monats-Frist bei der gleichen Krankenkasse. Vielmehr wird die Gesamtdauer der Mitgliedschaft einschließlich der Unterbrechungszeiträume berücksichtigt.

Beispiel:

Pflichtmitgliedschaft als Beschäftigter bei Krankenkasse A vom	1.4.2002 bis 31.8.2002
Familienversicherung bei Krankenkasse A vom	1.9.2002 bis 31.1.2003
Pflichtmitgliedschaft als Beschäftigter bei Krankenkasse A vom	1.2.2003 bis lfd.
Rentenantragstellung und Wahl der Krankenkasse B am	4.8.2003
Rentenbeginn am	1.10.2003

Ergebnis:

Ein Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse B könnte sich ab 1.10.2003 vollziehen, sofern die Mitgliedschaft bei Krankenkasse A spätestens am 31.7.2003 gekündigt worden ist. Die achtzehnmonatige Bindungsfrist ist am 30.9.2003 erfüllt.

Sofern vor Beginn der KVdR-Versicherungspflicht oder der Rentenantragstellermemberschaft eine Unterbrechung der Mitgliedschaft von mehr als 18 Monaten – z. B. wegen einer Familienversicherung – bestanden hat, ist die Wahl einer anderen Krankenkasse unabhängig von der Dauer der Mitgliedschaft bei der früheren Krankenkasse möglich. In diesen Fällen kann die gewählte Krankenkasse ohne Vorlage einer Kündigungsbestätigung die Mitgliedschaft begründen und ihre Zuständigkeit gegenüber dem Rentenversicherungsträger anzeigen.

Beispiel:

Pflichtversicherung bei Krankenkasse A bis	31.7.2002
Familienversicherung bei der Krankenkasse A vom	1.8.2002 bis 4.8.2004
Rentenantragstellung am	5.8.2004
Wahl der Krankenkasse B am	5.8.2004
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides (Rentenbeginn 1.9.2004) am	13.11.2004

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich zum 5.8.2004, da der Unterbrechungszeitraum mehr als 18 Monate beträgt.

Demgegenüber besteht bei Beginn der KVdR-Versicherungspflicht oder der Rentenantragstellermemberschaft zunächst kein Wahlrecht, wenn vor diesem Zeitpunkt eine Unterbrechung der Mitgliedschaft (z. B. eine Familienversicherung) von 18 Monaten oder kürzer bestand. In diesen Fällen wird für den Rentner/Rentenantragsteller wieder die Krankenkasse zuständig, bei der zuletzt die (ungekündigte) Mitgliedschaft durchgeführt wurde. Eine Kündigung der Mitgliedschaft bei dieser Krankenkasse ist unter Beachtung des § 175 Absatz 4 Sätze 1 und 2 SGB V möglich.

Beispiel:

Mitgliedschaft aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bei Krankenkasse A seit	1.2.2002
Familienversicherung bei der Krankenkasse B seit	1.5.2002
Rentenantragstellung am	3.2.2003
Wahl der Krankenkasse B am	5.2.2003
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides (Rentenbeginn 1.2.2003) am	21.3.2003

Ergebnis:

Ein neues Wahlrecht besteht für den Rentenantragsteller nicht, da der Unterbrechungszeitraum nicht mehr als 18 Monate umfasst. Die Rentenantragstellermemberschaft ist somit zunächst ab dem 3.2.2003 bei Krankenkasse A durchzuführen. Ein Krankenkassenwechsel kann sich nur nach Ablauf der Bindungsfrist zu Krankenkasse A (bis 31.7.2003) vollziehen.

4.4.2 Kündigung der Mitgliedschaft

Die Krankenkasse kann nur gewechselt werden, wenn der Rentner oder Rentenantragsteller die Mitgliedschaft bei seiner bisherigen Krankenkasse wirksam gekündigt hat. Als Nachweis dient die von der bisherigen Krankenkasse innerhalb von 14 Tagen nach Eingang der Kündigung auszustellende Kündigungsbestätigung.

Die Kündigungsfrist ist auch bei Rentenantragstellern und Rentnern der See-Krankenkasse und der Bundesknappschaft zu beachten, unabhängig davon, ob die dortige Mitgliedschaft kraft Gesetzes oder aufgrund einer Krankenkassenwahl entstanden ist.

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nach § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt. Maßgebend ist das Datum des Eingangs der Kündigung bei der bisherigen Krankenkasse.

Beispiel:

Kündigung der seit 1.1.2002 bestehenden Mitgliedschaft am	7.7.2003
Kündigung zum	30.9.2003
Ende der Bindungsfrist am	30.6.2003
Ausstellung der Kündigungsbestätigung am	9.7.2003

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich zum 1.10.2003, da die Mitgliedschaft fristgerecht gekündigt wurde und die achtzehnmonatige Bindungsfrist bereits am 30.6.2003 erfüllt war.

Wird vom Rentner oder Rentenantragsteller eine Kündigung für einen Zeitpunkt ausgesprochen, zu dem ein Krankenkassenwechsel noch nicht möglich ist, weil z. B. die Bindungsfrist noch nicht abgelaufen ist, hat die Krankenkasse die Kündigung entsprechend den Grundsätzen des § 140 BGB in eine Kündigung zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzudeuten.

Beispiel:

Kündigung der seit 1.1.2002 bestehenden Mitgliedschaft am	9.12.2002
Kündigung zum	28.2.2003
Ende der Bindungsfrist am	30.6.2003

Ergebnis:

Ein Krankenkassenwechsel vollzieht sich nicht zum 1.3.2003, da die achtzehnmonatige Bindungsfrist noch nicht erfüllt ist und die Kündigung nicht fristgerecht erklärt wurde. Gleichwohl ist die Kündigung so umzudeuten, als wenn sie im Monat April 2003 ausgesprochen worden wäre, damit sich zum 1.7.2003 ein Krankenkassenwechsel vollziehen kann.

Die Kündigung wird zum Ablauf der Kündigungsfrist wirksam. Sie ist damit zunächst nur schwebend wirksam mit der Folge, dass, sofern keine neue Krankenkasse bis zum Ende der Kündigungsfrist gewählt wird, die Kündigung keine Bestandskraft erlangt. Die Mitgliedschaft wird in diesen Fällen bei der bisherigen Krankenkasse fortgesetzt.

Eine schriftliche Kündigung durch das Mitglied ist in jedem Falle erforderlich. Die Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V der gewählten Krankenkasse ersetzt die Kündigung nicht.

Im Falle des Widerrufs einer Kündigung/Kassenwählerklärung besteht in jedem Fall die Notwendigkeit der Information unter den Krankenkassen. Die „zunächst abgewählte“ Krankenkasse hat deshalb unverzüglich nach bekannt werden des Widerrufs der Kündigung die „zunächst gewählte“ Krankenkasse hierüber in Kenntnis zu setzen. Die Information ist schriftlich abzugeben.

4.5 Sonderkündigungsrecht bei Beitragssatzerhöhungen

Erhöht eine Krankenkasse ihren allgemeinen Beitragssatz, kann die Mitgliedschaft ohne Einhaltung der Bindungsfrist gekündigt werden. Die Kündigung muss bis zum Ablauf des Kalendermonats, in dem die Beitragssatzerhöhung wirksam wird, der Krankenkasse zugegangen sein. Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich dann mit Ablauf des übernächsten Kalendermonats.

Beispiel:

Beitragssatzerhöhung zum	1.5.2002
Die Kündigung muss der Krankenkasse spätestens vorliegen bis zum	31.5.2002
Die Mitgliedschaft endet am	31.7.2002
Neue Mitgliedschaft ist nachzuweisen bis zum Ende der Kündigungsfrist am	31.7.2002

Vom Sonderkündigungsrecht kann immer dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Krankenkasse ihren allgemeinen Beitragssatz erhöht. Dies gilt unabhängig davon, ob der einzelne Versicherte direkt von der Erhöhung betroffen ist. Eine entsprechende Entscheidung zugunsten einer anderen Krankenkasse kann allerdings nur dann getroffen werden, wenn das Mitglied grundsätzlich berechtigt ist, das Krankenkassenwahlrecht auszuüben. Im Hinblick auf die Kündigungsfrist gilt bei Rentnern nicht der Zeitpunkt der Erhöhung der Beiträge aus Renten nach § 247 SGB V (1. Juli eines jeden Jahres), sondern der Zeitpunkt der Beitragssatzerhöhung der Krankenkasse. Für versicherungspflichtige Mitglieder der Bundesknappschaft gilt das Sonderkündigungsrecht nur insoweit, als sie ein Krankenkassenwahlrecht nach § 177 Absatz 2 SGB V haben.

Das Sonderkündigungsrecht hebt die Bindungswirkung nach § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V auf, löst aber gleichzeitig bei der neu gewählten Krankenkasse eine neue Bindungswirkung aus. Wird das Sonderkündigungsrecht hingegen nicht genutzt, ist dies nicht mit einer passiven Ausübung des Wahlrechts gleichzusetzen. Die achtzehnmonatige Bindungsfrist beginnt also nicht erneut, so dass der Betroffene die Mitgliedschaft zu einem späteren Zeitpunkt unter den Voraussetzungen des § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V kündigen kann.

4.6 Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels

Wird die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger zu einer Krankenkasse gekündigt, beginnt die Mitgliedschaft bei der neu gewählten Krankenkasse mit dem Tag nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Kündigung (§ 186 Absatz 10 SGB V), wenn die unter 4.1 bis 4.5 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt sind.

4.7 Übergangsrecht

4.7.1 Kündigungen bis zum 9. Mai 2001

Bei Rentnern, die ihre Mitgliedschaft vor dem 10. Mai 2001 gekündigt haben, wird die Kündigung zum Jahresende 2001 wirksam, wenn die zwölfmonatige Bindungsfrist nach dem bisherigen Recht bis zu diesem Zeitpunkt erfüllt ist. Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich zum 1. Januar 2002.

4.7.2 Kündigungen bis 31. Dezember 2001

Kündigungen, die in der Zeit vom 10. Mai 2001 bis 31. Dezember 2001 bei den Krankenkassen eingegangen sind, werden von den Krankenkassen entsprechend § 140 BGB als Kündigung zum 31. März 2002 umgedeutet, so dass ein Wechsel der Krankenkasse zum 1. April 2002 erfolgt.

Die Bindungsfrist von zwölf Monaten (§ 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V in der Fassung bis 31. Dezember 2001) ist ab 1. Januar 2002 ersatzlos entfallen. Eine Übergangsvorschrift, die die Fortwirkung der Zwölf-Monats-Bindung vorschreibt, sieht das Gesetz nicht vor. Für Rentner und Rentenantragsteller, deren Mitgliedschaft bereits bis zum 31. Dezember 2001 begründet wurde, ist bei erstmaliger Ausübung des Krankenkassenwahlrechtes ab dem 1. Januar 2002 somit eine Kündigung ohne Einhaltung einer Bindungsfrist mit Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich.

Beispiel:

Pflichtversicherung in der KVdR bei Krankenkasse A ab	1.7.2001
Kündigung der Mitgliedschaft bei Krankenkasse A am	28.9.2001

Ergebnis:

Die Kündigung ist zunächst unwirksam, muss jedoch nach § 140 BGB als am 1.1.2002 ausgesprochen umgedeutet werden. Ein Krankenkassenwechsel würde sich zum 1.4.2002 vollziehen.

4.7.3 Mitgliedschaften bis 31. Dezember 2001 – Kündigungen ab 1. Januar 2002

Sofern eine Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2002 begründet wurde und diese Mitgliedschaft über den 31. Dezember 2001 hinaus durchgehend fortbesteht, ist bei erstmaliger Kündigung dieser Mitgliedschaft ab dem 1. Januar 2002 keine Bindungswirkung zur bisherigen Krankenkasse zu berücksichtigen.

Beispiel:

Pflichtversicherung in der KVdR bei Krankenkasse A ab	1.12.2001
Kündigung der Mitgliedschaft bei Krankenkasse A am	8.5.2002
Ausstellung der Kündigungsbestätigung von Krankenkasse A	14.5.2002
Wahl der Krankenkasse B am	17.5.2002
Eingang der Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V der Krankenkasse B bei Krankenkasse A	31.5.2002

Ergebnis:

Ein Krankenkassenwechsel vollzieht sich zum 1.8.2002, da die bereits vor dem 1. Januar 2002 bestehende Mitgliedschaft fristgerecht gekündigt worden ist (§ 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V). Die Bindungswirkung von zwölf Monaten ist bei erstmaliger Ausübung des Wahlrechts nach dem 31.12.2001 nicht zu erfüllen, da diese ersatzlos gestrichen wurde. Mit Beginn der Mitgliedschaft bei Krankenkasse B setzt die achtzehnmonatige Bindungswirkung des § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V ein.

Bei allen erstmals ab 1. Januar 2002 neu begründeten Mitgliedschaften ist der Rentenantragsteller/Rentner, sofern in den letzten 18 Monaten eine Mitgliedschaft bestand, zunächst an die bisherige Krankenkasse zu verweisen. Die Mitgliedschaft zu dieser Krankenkasse kann allerdings unter Einhaltung der Kündigungsfrist zum nächstmöglichen Termin ohne Berücksichtigung einer Bindungsfrist gekündigt werden.

Beispiel:

Mitgliedschaft aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bei Krankenkasse A vom	1.10.2001 bis 30.11.2001
Familienversicherung bei der Krankenkasse B vom	1.12.2001 bis 27.3.2002
Rentantragstellung am	27.3.2002
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides (Rentenbeginn 1.4.2002) am	22.4.2002

Ergebnis:

Innerhalb der letzten 18 Monate bestand eine Mitgliedschaft bei der Krankenkasse A. Diese Krankenkasse wird daher zunächst auch für die Durchführung der Rentenantragstellermemberschaft ab dem 27.3.2002 zuständig. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Mitgliedschaft bei dieser Krankenkasse frühestens zum 31.5.2002 zu kündigen. Da es sich um das erstmalige Ausüben des Wahlrechts ab dem 1.1.2002 handelt, ist dies ohne Einhaltung einer Bindungsfrist möglich. Die 18-monatige Bindungsfrist beginnt mit Aufnahme der neuen Mitgliedschaft am 1.6.2002.

Bestand jedoch in den letzten 18 Monaten vor Rentenantragstellung keine Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse, kann der Rentenantragsteller von seinem Krankenkassenwahlrecht Gebrauch machen und ab Rentenantragstellung Mitglied der von ihm gewählten Krankenkasse werden. Mit Beginn der Mitgliedschaft bei der neu gewählten Krankenkasse gilt eine neue achtzehnmonatige Bindungsfrist.

Beispiel 1:

Familienversicherung bei der Krankenkasse A vom	1.1.2001 bis 4.8.2002
Rentantragstellung am	5.8.2002
Wahl der Krankenkasse B am	5.8.2002
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides (Rentenbeginn 1.9.2002) am	13.11.2002

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich zum 5.8.2002, da der Unterbrechungszeitraum sich auf mehr als 18 Monate beläuft.

Beispiel 2:

Mitglied bei der Krankenkasse A aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bis	31.5.2002
Rentantragstellung am	3.1.2002
Zustellung des Rentenbescheides am (Rentenbeginn 1.6.2002)	19.4.2002
Kündigung der Mitgliedschaft bei Krankenkasse A (Gleichzeitig Kündigungseingang)	22.4.2002
KVdR-Versicherungspflicht ab	1.6.2002
Wahl der Krankenkasse B am	5.6.2002
Eingang der Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V bei Krankenkasse A am	9.6.2002

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel vollzieht sich erst nach Ablauf der Kündigungsfrist zum 1.7.2002, da der Statuswechsel kein neues Wahlrecht auslöst und sich ein Krankenkassenwechsel erst nach ordnungsgemäßer Kündigung vollzieht. Die Bindungswirkung des § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V ist bei erstmaliger Ausübung des Wahlrechtes nach dem 31.12.2001 ohne Bedeutung, da die bisherige zwölfmonatige Bindungsfrist ersatzlos gestrichen wurde. Der Versicherte ist an die Wahl der Krankenkasse B für 18 Monate gebunden (§ 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V).

Beispiel 3:

- Fortführung von Beispiel 2 -

Kündigung der Mitgliedschaft bei der Krankenkasse B am 4.6.2003	zum 31.8.2003
Wahl der Krankenkasse C am	5.6.2003

Ergebnis:

Die Kündigung des Versicherten ist nach § 140 BGB umzudeuten. Als Kündigungstermin ist der Ablauf der achtzehnmonatigen Bindungsfrist (hier der 31.12.2003) anzusehen. Krankenkasse C kann eine Mitgliedschaft erst zum 1.1.2004 begründen, wenn die sonstigen Voraussetzungen des § 175 SGB V erfüllt sind.

5 Abgabe des Rentenantrags/der Rentenzahlung an die Bundesknappschaft oder umgekehrt

Wird der Rentenantrag von einem Träger der Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten an die Bundesknappschaft als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung abgegeben, so führt die Bundesknappschaft als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung die Mitgliedschaft nach § 189 SGB V mit Ablauf des auf die Abgabe des Rentenantrags (Abgabedatum des bisherigen Rentenversicherungsträgers) folgenden Monats durch. Dies gilt auch bei Vertriebenen bzw. Spätaussiedlern, deren Rentenantrag an die Bundesknappschaft abgegeben wird; eine Abwahl der Bundesknappschaft ist unter Beachtung des § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V möglich.

Im umgekehrten Fall wird die Rentenantragstellermemberschaft entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V von der "letzten Krankenkasse" vor Rentenantragstellung durchgeführt. Für die Durchführung der KVdR kann nach den §§ 173, 174 SGB V auch eine andere Krankenkasse gewählt werden.

Übernimmt die Bundesknappschaft die Zahlung einer von einem Träger der Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten festgestellten Rente, so führt sie die KVdR mit Ablauf des auf die Übernahme der Rentenzahlung folgenden Monats durch. Entsprechendes gilt, wenn die laufende Rentenzahlung an einen Träger der Arbeiterrentenversicherung oder Angestelltenrentenversicherung übergeht. Die KVdR-Mitgliedschaft ist entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V von der "letzten" Krankenkasse vor Rentenantragstellung durchzuführen, es sei denn, für die Durchführung der KVdR wird nach den §§ 173, 174 SGB V eine andere Krankenkasse gewählt.

Die vorgenannte Regelung findet auch dann Anwendung, wenn ein Rentenbezieher der Arbeiter-/Angestelltenrentenversicherung aufgrund der neuen Zuständigkeitsregelung der Bundesknappschaft durch

§ 140 SGB VI einen weitergehenden Rentenantrag direkt bei der Bundesknappschaft stellt und von dieser bereits im eigenen Rentenfeststellungsverfahren die laufende Rentenzahlung der Arbeiter-/Angestelltenrentenversicherung übernommen wird.

Die Bundesknappschaft wird dann nicht mit der Rentenantragstellung sondern erst mit Ablauf des Monats, der auf die Übernahme der Rentenzahlung folgt, kraft Gesetzes nach § 177 Absatz 2 SGB V für die Durchführung der KVdR zuständig. Der Rentner kann innerhalb von 14 Tagen nach Beginn der knappschaftlichen KVdR von seinem ihm unter Umständen nach §§ 174 Absatz 1 und 173 Absatz 2 Nr. 6 SGB V zustehendem Wahlrecht Gebrauch machen. Wird vom Wahlrecht kein Gebrauch gemacht, löst die Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft kraft Gesetzes keine Bindungsfrist zur Bundesknappschaft aus. Ein erneuter Krankenkassenwechsel kann nur unter der Voraussetzung des § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V (Kündigungsfrist) erfolgen (vgl. C 6.2).

VI Mitgliedschaft

§ 186 SGB V

Beginn der Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger

(1) - (8) ...

(9) Die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Rentner beginnt mit dem Tag der Stellung des Rentenantrags.

(10) Wird die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger zu einer Krankenkasse gekündigt (§ 175), beginnt die Mitgliedschaft bei einer neugewählten Krankenkasse abweichend von den Absätzen 1 bis 9 mit dem Tag nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Kündigung.

§ 187 SGB V

Beginn der Mitgliedschaft bei einer neu errichteten Krankenkasse

Die Mitgliedschaft bei einer neu errichteten Krankenkasse beginnt für Versicherungspflichtige, für die diese Krankenkasse zuständig ist, mit dem Zeitpunkt, an dem die Errichtung der Krankenkasse wirksam wird.

§ 188 SGB V

Beginn der freiwilligen Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft Versicherungsberechtigter beginnt mit dem Tag ihres Beitritts zur Krankenkasse.

(2) Die Mitgliedschaft der in § 9 Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Versicherungsberechtigten beginnt mit dem Tag nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht oder mit dem Tag nach dem Ende der Versicherung nach § 10. Die Mitgliedschaft der in § 9 Absatz 1 Nr. 6 genannten Versicherungsberechtigten beginnt mit dem Eintritt der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11.

(3) Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.

§ 189 SGB V

Mitgliedschaft von Rentenantragstellern

- (1) Als Mitglieder gelten Personen, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt haben und die Voraussetzungen nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 12 und Absatz 2, jedoch nicht die Voraussetzungen für den Bezug der Rente erfüllen. Satz 1 gilt nicht für Personen, die nach anderen Vorschriften versicherungspflichtig oder nach § 6 Absatz 1 versicherungsfrei sind.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Stellung des Rentenanspruchs. Sie endet mit dem Tod oder mit dem Tag, an dem der Antrag zurückgenommen oder die Ablehnung des Antrags unanfechtbar wird.

§ 190 SGB V

Ende der Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger

(1) - (2) ...

(3) Die Mitgliedschaft von Personen, deren Versicherungspflicht nach § 6 Absatz 4 erlischt, endet zu dem in dieser Vorschrift vorgesehenen Zeitpunkt nur, wenn das Mitglied innerhalb von zwei Wochen nach Hinweis der Krankenkasse über die Austrittsmöglichkeit seinen Austritt erklärt. Wird der Austritt nicht erklärt, setzt sich die Mitgliedschaft als freiwillige Mitgliedschaft fort, es sei denn, die Voraussetzungen der freiwilligen Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 1 sind nicht erfüllt.

(4) - (10) ...

(11) Die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Rentner endet

1. mit Ablauf des Monats, in dem der Anspruch auf Rente wegfällt oder die Entscheidung über den Wegfall oder den Entzug der Rente unanfechtbar geworden ist, frühestens mit Ablauf des Monats, für den letztmalig Rente zu zahlen ist,
2. bei Gewährung einer Rente für zurückliegende Zeiträume mit Ablauf des Monats, in dem die Entscheidung unanfechtbar wird.

(11a) Die Mitgliedschaft der in § 9 Absatz 1 Nr. 6 genannten Personen, die das Beitrittsrecht ausgeübt haben, sowie ihrer Familienangehörigen, die nach dem 31. März 2002 nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 versicherungspflichtig geworden sind, deren Anspruch auf Rente schon an diesem Tag bestand, die aber nicht die Vorversicherungszeit des § 5 Absatz 1 Nr. 11 in der seit dem 1. Januar 1993 geltenden Fassung erfüllt hatten und die bis zum 31. März 2002 nach § 10 oder nach § 7 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte versichert waren, endet mit dem Eintritt der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11.

(12)...

§ 49 SGB XI

Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft bei einer Pflegekasse beginnt mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen des § 20 oder des § 21 vorliegen. Sie endet mit dem Tod des Mitglieds oder mit Ablauf des Tages, an dem die Voraussetzungen des § 20 oder des § 21 entfallen, sofern nicht das Recht zur Weiterversicherung nach § 26 ausgeübt wird.

(2) Für das Fortbestehen der Mitgliedschaft gelten die §§ 189, 192 des Fünften Buches sowie § 25 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte entsprechend.

(3) ...

1 Allgemeines

Beginn und Ende der Mitgliedschaft für Rentner sind in den §§ 186 Absatz 9, 188 Absatz 2 Satz 2 und 190 Absatz 11 und 11a SGB V, für Rentenantragsteller in § 189 SGB V geregelt.

Der Beginn der Mitgliedschaft in der sozialen Pflegeversicherung bei nach § 20 Absatz 1 Satz 2 Nr. 11 SGB XI versicherungspflichtigen Rentnern richtet sich nach den Regelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Rentenantragsteller gelten auch in der sozialen Pflegeversicherung als Mitglieder.

2 Mitgliedschaft als Rentner

2.1 Beginn der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Rentner beginnt mit dem Tag der Stellung des Rentenanspruchs, und zwar mit dem Beginn des Tages, also um 0.00 Uhr. Maßgebend ist die Stellung des Rentenanspruchs nach dem Recht der Rentenversicherung. Der Tag der Rentenanspruchstellung bleibt maßgebend, auch wenn die Rente vor der Antragstellung beginnt.

Beispiel:

Rentenanspruch am	15.5.2002
Rentenbeginn am	1.4.2002
Beginn der Mitgliedschaft am	15.5.2002

Als Tag der Rentenanspruchstellung ist auch der Antrag auf Witwen- oder Witwerrentenvorschuss anzusehen (§ 115 Absatz 2 SGB VI).

In den Fällen, in denen ein Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 116 Absatz 2 SGB VI als Rentenanspruch umgedeutet wird, gilt als Tag der Rentenanspruchstellung der Tag, an dem der Antrag auf Leistungen gestellt worden ist.

Die Mitgliedschaft in der KVdR beginnt nicht mit dem Tag der Rentenanspruchstellung, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Rentenantragsteller noch nach anderen gesetzlichen Vorschriften (z. B. nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V) vorrangig pflichtversichert ist.

Beispiel:

Rentenantrag am	4.2.2002
Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bis	30.4.2002
Bescheid über die Bewilligung der Rente zugestellt am (Rentenbeginn 1.2.2002)	25.4.2002

Ergebnis:

Die KVdR-Mitgliedschaft nach § 186 Absatz 9 SGB V wird durch die versicherungspflichtige Beschäftigung bis 30.4.2002 ausgeschlossen. Ab 1.5.2002 besteht eine Rentnermitgliedschaft.

Des Weiteren beginnt die KVdR-Mitgliedschaft auch dann zu einem späteren Zeitpunkt als dem Tag der Rentenantragstellung, wenn noch Ausschlussstatbestände im Sinne des § 5 Absatz 5, § 6 Absatz 1 bis 3 SGB V wirken.

Wird die KVdR-Mitgliedschaft zu einer Krankenkasse gekündigt (§ 175 SGB V), beginnt die Mitgliedschaft bei der neugewählten Krankenkasse mit dem Tag nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Kündigung.

Beispiel:

Kündigung bei alter Krankenkasse eingereicht am	18.9.2002
Rechtswirksamkeit der Kündigung zum	30.11.2002
Neue Mitgliedschaft bei neuer Krankenkasse ab	1.12.2002

2.2 Ende der Mitgliedschaft

2.2.1 Allgemeines

Die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Rentner endet mit dem Tod des Mitglieds sowie grundsätzlich mit Ablauf des Monats, in dem der Anspruch auf Rente wegfällt oder die Entscheidung über den Wegfall oder den Entzug der Rente unanfechtbar geworden ist, frühestens jedoch mit Ablauf des Monats, für den letztmalig Rente zu zahlen ist.

Die Mitgliedschaft der in § 190 Absatz 11a SGB V genannten freiwilligen und familienversicherten Rentner endet mit dem Eintritt der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V.

2.2.2 Wegfall der Rente

Eine Rente fällt kraft Gesetzes beim Vorliegen bestimmter Tatbestände weg, z. B. wenn die Witwe oder der Witwer heiratet, die Waise das 18. Lebensjahr vollendet, der Bezieher einer Altersrente eine rentenschädliche Beschäftigung ausübt oder die befristete Rente endet. Zum Ende der Mitgliedschaft bei befristeten Renten oder Waisenrenten vgl. A I 3.6.2 und 3.6.3.

Über den Wegfall der Rente erteilt der Rentenversicherungsträger im allgemeinen keinen förmlichen Bescheid; dem Rentner wird lediglich die Einstellung der Rentenzahlung mitgeteilt. Die Mitgliedschaft endet in diesen Fällen mit Ablauf des Monats, für den letztmalig Rente zu zahlen ist. Dies gilt auch dann, wenn die Rente irrtümlich über den Tag, an dem die Voraussetzungen für den Wegfall erfüllt waren, weitergezahlt worden ist (z. B. wegen verspäteter Kenntnis einer rentenschädlichen Beschäftigung). Wird der Wegfall der Rente angefochten, so endet die Mitgliedschaft erst mit Ablauf des Monats, in dem der Bescheid des

Rentenversicherungsträgers unanfechtbar wird, frühestens mit Ablauf des Monats, für den die Rente letztmalig gezahlt wird.

Bei rückwirkender Zubilligung einer Zeitrente endet die Mitgliedschaft in der KVdR mit Ablauf des Monats, in dem der Rentenbescheid unanfechtbar wird, frühestens jedoch mit dem Ende der Rentenzahlung. Die Mitgliedschaft bleibt über den letzten Tag der Rentenzahlung hinaus bestehen, wenn der Bescheid über die Zeitrente wegen des eingelegten Rechtsbehelfs zunächst nicht bindend wird.

Beispiel 1:

Zubilligung einer Zeitrente am	8.2.2002
Wegfall der Zeitrente am	30.4.2002
Sozialgerichtsverfahren bestätigt den Wegfall der Rente	
Zustellung des Urteils am	16.9.2002
Rechtskraft des Urteils am	16.10.2002
Ende der Mitgliedschaft am	31.10.2002

Beispiel 2:

Zubilligung der Rente am	8.2.2002
Wegfall der Zeitrente am	30.6.2002
Sozialgerichtsverfahren führt zur Weitergewährung der Rente bis zum	31.12.2002
Zustellung des Urteils am	24.9.2002
Rechtskraft des Urteils am	24.10.2002
Ende der Mitgliedschaft am	31.12.2002

2.2.3 Entzug der Rente

Die Rente wird durch einen Verwaltungsakt des Rentenversicherungsträgers entzogen. Über die Entscheidung erhält der Rentner einen förmlichen Bescheid, den er anfechten kann.

Die Mitgliedschaft in der KVdR endet mit Ablauf des Monats, in dem der Bescheid des Rentenversicherungsträgers über den Entzug der Rente unanfechtbar wird. Der Bescheid ist rechtskräftig, wenn gegen ihn kein Rechtsbehelf (Widerspruch, Klage) oder Rechtsmittel (Berufung, Revision) mehr zulässig ist.

Beispiel:

Entzug der Rente zum	30.9.2002
Zustellung des Bescheides am	17.8.2002
- kein Rechtsbehelf eingelegt-	
Bescheid unanfechtbar am	18.9.2002
Ende der Mitgliedschaft am	30.9.2002

Wenn der Rentner gegen den Bescheid über den Entzug der Rente einen Rechtsbehelf oder ein Rechtsmittel einlegt, gibt es je nach Ausgang des Widerspruchs- bzw. sozialgerichtlichen Verfahrens unterschiedliche Lösungen. Folgende Fallgestaltungen sind denkbar:

- Ergibt das Verfahren einen weiteren unbefristeten Rentenbezug, so bleibt die Mitgliedschaft weiterhin bestehen.

- Ergibt das Verfahren einen weiteren befristeten Rentenbezug, bleibt die Mitgliedschaft bis zum Ende des Monats erhalten, in dem der Widerspruchsbescheid unanfechtbar wird oder das Urteil Rechtskraft erlangt bzw. die Rente letztmalig gezahlt wird.
- Bestätigt das Verfahren den Entziehungsbescheid, so endet die Mitgliedschaft mit Ablauf des Monats, in dem die Entscheidung unanfechtbar wird.
- Endet das Verfahren durch Vergleich, so endet die Mitgliedschaft mit Ablauf des Monats, in dem der Vergleich verbindlich wird oder eine eventuelle Widerrufsfrist abläuft, soweit die Rente nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gewährt wird. Andernfalls endet sie mit Ablauf des Monats, für den letztmalig Rente zu zahlen ist.
- Wird das Verfahren durch Rücknahme des Rechtsbehelfs bzw. Rechtsmittels beendet, so endet die Mitgliedschaft mit Ablauf des Monats der Rücknahme.

2.2.4 Rente für zurückliegende Zeiträume

Bei Zubilligung einer Rente für zurückliegende Zeiträume endet nach § 190 Absatz 11 Nr. 2 SGB V die Mitgliedschaft in der KVdR mit Ablauf des Monats, in dem die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers unanfechtbar wird.

Beispiel:

Zeitrente bis	30.6.2002
Bekanntgabe des Rentenbescheides am	2.8.2002
Bescheid wird bindend am	2.9.2002
Ende der Mitgliedschaft am	30.9.2002

2.2.5 Fortbestand der Mitgliedschaft

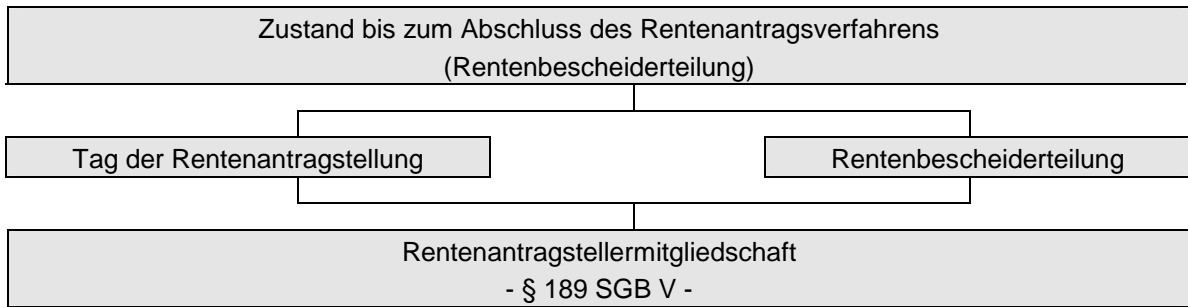
Die Mitgliedschaft in der KVdR wird nicht dadurch berührt, dass die Rente wegen Zusammentreffens mit einer Unfallrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung nicht gezahlt wird (§§ 93, 311 SGB VI). Gleiches gilt, wenn die Rente wegen Zusammentreffens mit einer anderen Rente oder Einkommen nach §§ 89 ff. SGB VI nicht zu leisten ist.

Nach § 66 SGB I sowie nach § 104 SGB VI kann die Rente unter bestimmten Voraussetzungen ganz oder teilweise versagt werden. Für die Zeit des Versagens der Rente besteht die Mitgliedschaft in der KVdR fort.

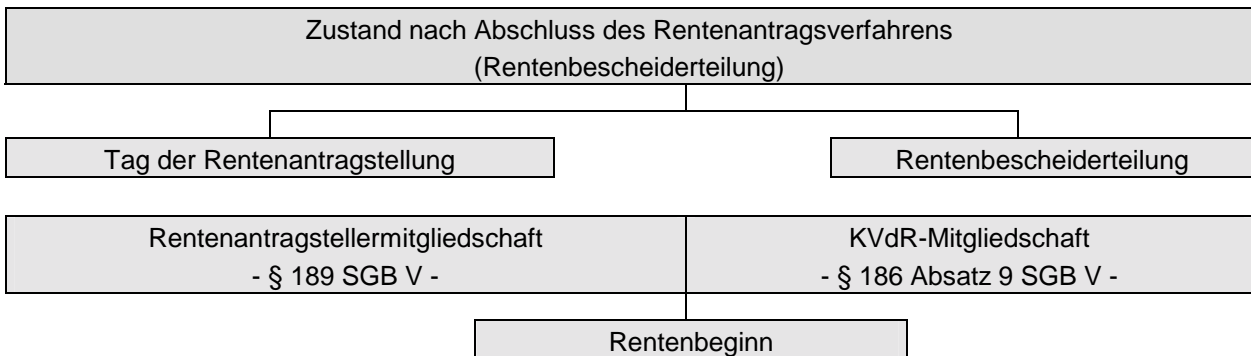
Die KVdR ist ausgeschlossen, wenn und solange auf die ganze Rente verzichtet wird (§ 46 SGB I). Entsprechendes gilt für Personen, bei denen der Rentenanspruch nach dem Versorgungsruhengesetz (Artikel 4 RÜG) zum Ruhen gebracht worden ist.

3 Mitgliedschaft als Rentenantragsteller

Die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a, 12 SGB V und damit die Mitgliedschaft als Rentner nach § 186 Absatz 9 SGB V tritt u.a. ein, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente erfüllt sind. Solange über den Rentenanspruch noch nicht entschieden ist, sieht § 189 Absatz 1 SGB V vor, dass ein Rentenbewerber für die Zeit vom Rentenanspruch bis zur Entscheidung über diesen Anspruch als Mitglied zu gelten hat. § 189 SGB V findet auch bei Künstlern und Publizisten Anwendung, obwohl dies nicht ausdrücklich im Gesetz genannt ist.



Erkennt der Rentenversicherungsträger den Rentenanspruch an, besteht - in der Regel vom Rentenbeginn an - Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a, 12 SGB V; die Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V wird dann durch eine Mitgliedschaft nach § 186 Absatz 9 SGB V abgelöst. Wird der Rentenanspruch abgelehnt, verbleibt es bei der Rentenantragstellermitgliedschaft (§ 189 SGB V).



Eine Rentenantragstellermitgliedschaft ist auch dann zu begründen, wenn an der Rentenberechtigung praktisch keine Zweifel bestehen - z. B. bei Witwenrentenanträgen aus Anlass des Todes eines nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 12 SGB V versicherten Rentners; dies gilt nicht bei Witwenrentenanträgen aus Anlass des Todes eines nach § 5 Absatz 1 Nr. 11a SGB V versicherten Rentners - (vgl. A I 3.4).

3.1 Voraussetzungen

Als Mitglieder gelten nach § 189 SGB V Personen, die

- eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt haben
- die Voraussetzungen für den Bezug der Rente aber (noch) nicht erfüllen
- die sonstigen Voraussetzungen für die Versicherungspflicht in der KVdR erfüllen.

Es sind die gleichen Voraussetzungen, wie sie § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V (vgl. A I 3) für den Eintritt der Versicherungspflicht in der KVdR erfordert, allerdings mit der Ausnahme, dass für Mitglieder nach § 189 SGB V kein Rentenanspruch vorliegen muss. Mithin gelten für Rentenantragsteller die Ausführungen zum Rentenanspruch und zu den Vorversicherungszeiten entsprechend.

3.2 Unbegründeter Rentenanspruch

Eine Mitgliedschaft nach § 189 SGB V entsteht nicht, wenn der Rentenanspruch offensichtlich nicht gegeben ist und Grund zu der Annahme besteht, dass der Rentenanspruch allein in der Absicht gestellt wurde, eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erlangen (vgl. Urteile des BSG vom 27. April 1966 - 3 RK 10/62 -, USK 6610 sowie vom 19. Februar 1987 - 12 RK 31/84 -, USK 8721).

3.3 Fehlende Mitwirkung des Rentenantragstellers

Wird bei einem mündlich gestellten Rentenantrag der dem Rentenantragsteller ausgehändigte Vordruck nicht innerhalb einer angemessenen Frist zurückgereicht, so kann hieraus noch nicht ohne weiteres geschlossen werden, dass der Rentenantragsteller auf seinen Rentenantrag verzichtet oder ihn zurückgenommen hat; mithin ist eine Mitgliedschaft nach § 189 SGB V durchzuführen (vgl. Urteil des BSG vom 27. Februar 1980 - 1 RJ 124/78 -, USK 8050). Die Rentenantragstellermitgliedschaft endet jedoch, wenn der Rentenversicherungsträger durch bindenden Bescheid festgestellt hat, dass das Rentenverfahren wegen fehlender Mitwirkung eingestellt wird.

3.4 Beginn der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft beginnt nach § 189 Absatz 2 Satz 1 SGB V mit dem Tag der Stellung des Rentenantrags, und zwar um 0.00 Uhr.

Die Mitgliedschaft nach § 189 SGB V beginnt dann nicht mit dem Tag der Rentenantragstellung, wenn zu diesem Zeitpunkt eine Vorrangversicherung besteht (vgl. A I 4.3) oder die KVdR aufgrund des § 5 Absatz 5 oder § 6 Absatz 1 bis 3 SGB V ausgeschlossen ist. In diesen Fällen beginnt die Mitgliedschaft erst nach Beendigung der Vorrangversicherung, der hauptberuflich selbständigen Erwerbstätigkeit bzw. der Versicherungsfreiheit.

Anders als bei versicherungspflichtigen Rentnern (vgl. A VI 2.1) ist die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 und 10 SGB V vorrangig gegenüber der Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V.

3.5 Ende der Mitgliedschaft

Erkennt der Rentenversicherungsträger den Rentenanspruch an, besteht grundsätzlich vom Rentenbeginn an Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nrn. 11, 11a oder 12 SGB V. Die Rentenantragstellermitgliedschaft endet dann mit dem Tage vor Rentenbeginn. Entsprechendes gilt bei Bewilligung eines laufend gezahlten Vorschusses.

Beispiel:

Rentantrag am	12.4.2002
Bekanntgabe des Bescheides über die Rentenbewilligung/Vorschusszahlung am	26.6.2002
Rentenbeginn/Beginn der Vorschusszahlung am	1.5.2002

Ergebnis:

Die Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V beginnt am 12.4.2002; sie endet mit dem Tage vor Rentenbeginn am 30.4.2002. Vom 1.5.2002 an ist eine Mitgliedschaft als Rentner nach § 186 Absatz 9 SGB V zu begründen.

Beginnt die Rente vor der Rentenantragstellung (§ 99 SGB VI), wird die Rentenantragstellermitgliedschaft rückwirkend ab Rentenantragstellung durch eine Mitgliedschaft nach § 186 Absatz 9 SGB V ersetzt.

Beispiel:

Rentenantrag am	8.4.2002
Bekanntgabe des Bescheides über die Rentenbewilligung am	26.6.2002
Rentenbeginn am	1.4.2002

Ergebnis:

Vom 8.4.2002 an ist zunächst eine Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V zu begründen. Durch die Gewährung der Rente besteht grundsätzlich vom Rentenbeginn an Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V. Da der Rentenantrag aber erst am 8.4.2002 gestellt worden ist, kann die Rentnermitgliedschaft entsprechend § 189 Absatz 9 SGB V auch erst von diesem Zeitpunkt an beginnen. Für eine Rentenantragstellermitgliedschaft bleibt im Nachhinein kein Raum mehr.

Die Mitgliedschaft nach § 189 SGB V endet darüber hinaus mit dem Tod des Rentenantragstellers oder mit dem Tag, an dem der Rentenantrag zurückgenommen oder seine Ablehnung durch den Rentenversicherungsträger unanfechtbar wird. Bei Rücknahme des Rentenantrags kommt es darauf an, wann die entsprechende Erklärung des Rentenantragstellers beim Rentenversicherungsträger eingeht. Kommt es zur Antragsrücknahme während eines Sozialgerichtsverfahrens, wirkt sie mit der Annahme der Erklärung durch das Gericht.

Der Bescheid über die Ablehnung eines Rentenantrags wird unanfechtbar, wenn ein Rechtsbehelf oder Rechtsmittel nicht mehr zulässig ist. Ablehnungsbescheide gelten mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, es sei denn, sie sind nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen. Da die Meldung des Rentenversicherungsträgers jedoch keine Angaben über die Art der Absendung des Bescheides bzw. das tatsächliche Datum der Zustellung beinhaltet (vgl. A VII 2.3.3), sondern nur das Datum des Ablehnungsbescheides, ist davon auszugehen, dass der Bescheid auch an diesem Tag aufgegeben wurde. Wird gegen eine Rentenablehnung kein Rechtsmittel eingelegt, endet die Mitgliedschaft einen Monat nach Bekanntgabe des Ablehnungsbescheides.

Die Mitgliedschaft besteht auch für die Dauer des Streitverfahrens. Bei Eingang einer entsprechenden Meldung des Rentenversicherungsträgers über die Einlegung eines Rechtsbehelfs (vgl. A VII 2.3.4) unterstellt die Krankenkasse, dass der Widerspruch fristgerecht eingelegt wurde und führt die Mitgliedschaft zunächst fort. Wird der Widerspruch als unbegründet oder unzulässig zurückgewiesen, endet die Rentenantragstellermitgliedschaft einen Monat nach Bekanntgabe des Widerspruchsbescheides, wenn kein weiteres Rechtsmittel eingelegt wird.

Beispiel:

Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V ab	11.3.2002
Ablehnung des Rentenantrags mit Bescheid vom	21.5.2002
Eingang des Widerspruchs beim Rentenversicherungsträger am	28.6.2002
Zurückweisung des Widerspruchs mit Bescheid vom	12.7.2002

Ergebnis:

Die Rentenantragstellermitgliedschaft besteht während des Widerspruchsverfahrens fort. Sie endet mit der Unanfechtbarkeit des Widerspruchsbescheides:
Da dieser am 15.7.2002 als bekannt gegeben gilt, endet die Mitgliedschaft nach § 189 Absatz 2 Satz 2 SGB V einen Monat nach der Bekanntgabe am 15.8.2002.

Nimmt der Rentenantragsteller den Rechtsbehelf oder das Rechtsmittel zurück, ist diese Entscheidung der Rücknahme des Rentenanspruchs gleichzusetzen. Mithin endet die Mitgliedschaft mit dem Tage der Rücknahme des Rechtsbehelfs oder des Rechtsmittels.

§ 189 Absatz 1 Satz 2 SGB V schließt die Mitgliedschaft als Rentenantragsteller aus, wenn dieser nach anderen Vorschriften versicherungspflichtig ist (§ 5 Absatz 1 Nrn. 1 bis 10 SGB V, § 192 Absatz 1 SGB V, § 7 Absatz 3 Satz 1 SGB IV) oder für ihn nach § 6 Absatz 1 SGB V Versicherungsfreiheit besteht. Ebenfalls ausgeschlossen ist die Mitgliedschaft für Rentenantragsteller, die hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind (§ 5 Absatz 5 SGB V).

Zwar ist in § 189 SGB V die Vorschrift des § 6 Absatz 2 SGB V nicht erwähnt, jedoch sind nach Sinn und Zweck der Regelungen über die Versicherungsfreiheit Rentenantragsteller, die zu den in § 6 Absatz 2 SGB V genannten Personen gehören, ebenfalls versicherungsfrei. Entsprechendes gilt für die Anwendung von § 6 Absatz 3 oder 3a SGB V.

3.6 Befreiung von der Mitgliedschaft

Die in § 8 Absatz 1 Nr. 4 SGB V vorgesehene Befreiung von der KVdR gilt für Rentenantragsteller entsprechend (vgl. A III). Die Befreiung wirkt vom Beginn der Mitgliedschaft an.

4 Mitgliedschaft bei Wehr- oder Zivildienst

Nach § 193 Absatz 2 und 3 SGB V berührt die gesetzliche Dienstpflicht eine bestehende Mitgliedschaft nicht. Somit bleiben Rentenantragsteller und Rentner weiterhin Mitglied, wenn sie ihren Wehr- oder Zivildienst ableisten. Dies gilt auch für Personen, die Dienstleistungen oder Übungen nach den §§ 51a und 54 Absatz 5 oder § 58a des Soldatengesetzes verrichten (§ 193 Absatz 4 SGB V).

VII Meldungen

§ 201 SGB V

Meldepflichten bei Rentenantragstellung und Rentenbezug

- (1) Wer eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt, hat mit dem Antrag eine Meldung für die zuständige Krankenkasse einzureichen. Der Rentenversicherungsträger hat die Meldung unverzüglich an die zuständige Krankenkasse weiterzugeben.
- (2) Wählen versicherungspflichtige Rentner oder Hinterbliebene eine andere Krankenkasse, hat die gewählte Krankenkasse dies der bisherigen Krankenkasse und dem zuständigen Rentenversicherungsträger unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Nehmen versicherungspflichtige Rentner oder Hinterbliebene eine versicherungspflichtige Beschäftigung auf, für die eine andere als die bisherige Krankenkasse zuständig ist, hat die für das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis zuständige Krankenkasse dies der bisher zuständigen Krankenkasse und dem Rentenversicherungsträger mitzuteilen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis endet.
- (4) Der Rentenversicherungsträger hat der zuständigen Krankenkasse unverzüglich mitzuteilen
 1. Beginn und Höhe einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, den Monat, für den die Rente erstmalig laufend gezahlt wird,

2. den Tag der Rücknahme des Rentenanspruches,
3. bei Ablehnung des Rentenanspruches den Tag, an dem über den Rentenanspruch verbindlich entschieden worden ist,
4. Ende, Entzug, Wegfall und sonstige Nichtleistung der Rente sowie
5. Beginn und Ende der Beitragszahlung aus der Rente.

(5) Wird der Bezieher einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig, hat die Krankenkasse dies dem Rentenversicherungsträger unverzüglich mitzuteilen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Versicherungspflicht aus einem anderen Grund als den in Absatz 4 Nr. 4 genannten Gründen endet.

(6) Die Meldungen sind auf maschinell verwertbaren Datenträgern oder durch Datenübertragung zu erstatten. Die Spitzenverbände der Krankenkassen vereinbaren gemeinsam und einheitlich mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger das Nähere über das Verfahren im Benehmen mit dem Bundesversicherungsamt.

§ 202 SGB V

Meldepflichten bei Versorgungsbezügen

Die Zahlstelle hat bei der erstmaligen Bewilligung von Versorgungsbezügen sowie bei Mitteilung über die Beendigung der Mitgliedschaft eines Versorgungsempfängers die zuständige Krankenkasse des Versorgungsempfängers zu ermitteln und diesen Beginn, Höhe, Veränderungen und Ende der Versorgungsbezüge unverzüglich mitzuteilen. Bei den am 1. Januar 1989 vorhandenen Versorgungsempfängern hat die Ermittlung der Krankenkasse innerhalb von sechs Monaten zu erfolgen. Der Versorgungsempfänger hat der Zahlstelle seine Krankenkasse anzugeben und einen Kassenwechsel sowie die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung anzuzeigen. Die Krankenkasse hat der Zahlstelle der Versorgungsbezüge und dem Bezieher von Versorgungsbezügen unverzüglich die Beitragspflicht des Versorgungsempfängers, deren Umfang und den Beitragssatz aus Versorgungsbezügen mitzuteilen. Die Krankenkasse kann mit der Zahlstelle der Versorgungsbezüge Abweichendes vereinbaren.

§ 205 SGB V

Meldepflichten bestimmter Versicherungspflichtiger

Versicherungspflichtige, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Rente vergleichbare Einnahmen (Versorgungsbezüge) beziehen, haben ihrer Krankenkasse unverzüglich zu melden

1. Beginn und Höhe der Rente,
2. Beginn, Höhe, Veränderungen und die Zahlstelle der Versorgungsbezüge sowie
3. Beginn, Höhe und Veränderungen des Arbeitseinkommens.

§ 206 SGB V

Auskunfts- und Mitteilungspflichten der Versicherten

(1) Wer versichert ist oder als Versicherter in Betracht kommt, hat der Krankenkasse, soweit er nicht nach § 280 des Vierten Buches auskunftspflichtig ist,

1. auf Verlangen über alle für die Feststellung der Versicherungs- und Beitragspflicht und für die Durchführung der der Krankenkasse übertragenen Aufgaben erforderlichen Tatsachen unverzüglich Auskunft zu erteilen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Versicherungs- und Beitragspflicht erheblich sind und nicht durch Dritte gemeldet werden, unverzüglich mitzuteilen.

Er hat auf Verlangen die Unterlagen, aus denen die Tatsachen oder die Änderung der Verhältnisse hervorgehen, der Krankenkasse in deren Geschäftsräumen unverzüglich vorzulegen.

(2) Entstehen der Krankenkasse durch eine Verletzung der Pflichten nach Absatz 1 zusätzliche Aufwendungen, kann sie von dem Verpflichteten die Erstattung verlangen.

§ 50 SGB XI

Melde- und Auskunftspflichten bei Mitgliedern der sozialen Pflegeversicherung

(1) Alle nach § 20 versicherungspflichtigen Mitglieder haben sich selbst unverzüglich bei der für sie zuständigen Pflegekasse anzumelden. Dies gilt nicht, wenn ein Dritter bereits eine Meldung nach den §§ 28 a bis 28 c des Vierten Buches, §§ 199 bis 205 des Fünften Buches oder §§ 27 bis 29 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte zur gesetzlichen Krankenversicherung abgegeben hat; die Meldung zur gesetzlichen Krankenversicherung schließt die Meldung zur sozialen Pflegeversicherung ein. Bei freiwillig versicherten Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung gilt die Beitrittserklärung zur gesetzlichen Krankenversicherung als Meldung zur sozialen Pflegeversicherung.

(2) - (5) ...

(6) Für die Meldungen der Pflegekassen an die Rentenversicherungsträger gilt § 201 des Fünften Buches entsprechend.

1 Allgemeines

Die Meldepflichten bei Rentenantragstellung, Rentenbezug und Versorgungsbezügen regeln die §§ 201, 202 und 205 SGB V. Die Meldungen sollen eine reibungslose Abwicklung des Beitragsverfahrens zwischen allen Beteiligten gewährleisten. Für die Meldungen der Pflegekassen an die Rentenversicherungsträger gilt § 201 SGB V entsprechend.

Die allgemeine Auskunftspflicht des Versicherten gegenüber der Krankenkasse beinhaltet § 206 SGB V. Diese Vorschrift konkretisiert die allgemeine Mitwirkungspflicht nach § 60 SGB I. Dabei ist zu beachten, dass die Krankenkasse nur dann ein berechtigtes Interesse an der Erfüllung der Auskunfts- und Mitteilungspflichten des Versicherten haben kann, wenn ihr die erforderlichen Angaben nicht durch Dritte, z. B. den Rentenversicherungsträger oder die Zahlstelle von Versorgungsbezügen, gemeldet werden.

Für die landwirtschaftliche Krankenversicherung enthält § 29 KVLG 1989 dem § 201 SGB V entsprechende Regelungen; die Melde- und Auskunftspflicht des Versicherten regeln die §§ 30 bis 32 KVLG 1989.

Nach § 201 Absatz 6 SGB V sind die Meldungen zur KVdR auf maschinell verwertbaren Datenträgern oder mittels Datenübertragung abzugeben. Die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger haben am 8. Juli 1996 im Einvernehmen mit dem Bundesversicherungssamt auf der Grundlage des § 201 Absatz 6 Satz 2 SGB V eine Vereinbarung über ein maschinell unterstütztes Meldeverfahren geschlossen. Bestandteile dieser Vereinbarung sind:

- Die "Gemeinsame(n) Grundsätze zum maschinell unterstützten Meldeverfahren zur Krankenversicherung der Rentner und zur Pflegeversicherung", in denen die Tatbestände enthalten sind, die eine Meldung erfordern.
- Die "Beschreibung der Datensätze zur Durchführung des maschinellen Meldeverfahrens zur Krankenversicherung der Rentner und zur Pflegeversicherung", in der die Datensatzinhalte und die technische Form der Meldungen zwischen Kranken- und Rentenversicherung festgelegt wurden.
- Der "Aufbau der Datensätze zur Durchführung des maschinellen KVdR-Meldeverfahrens; hier: Meldungen zwischen den Krankenkassen" in der die Datensatzinhalte und die technische Form der Meldungen zwischen den Krankenkassen festgelegt wurden.

2 Meldepflichten bei Rentenantragstellung und -bezug

2.1 Meldungen der Versicherten

2.1.1 Rentenantragstellung

Nach § 201 Absatz 1 SGB V haben Rentenantragsteller zugleich mit dem Rentenantrag eine Meldung für die zuständige Krankenkasse einzureichen, welche der Rentenversicherungsträger oder die den Rentenantrag aufnehmende Stelle unverzüglich an die Krankenkasse weiterzugeben hat. Eine Meldung nach § 201 Absatz 1 SGB V ist grundsätzlich bei jeder Rentenantragstellung abzugeben.

Bei Renten wegen Todes ist für jeden einzelnen Rentenbewerber (z. B. für die Witwe und für jede Waise) ein eigener Meldevordruck zu verwenden.

Die Meldung zur gesetzlichen Krankenversicherung schließt die Meldung zur sozialen Pflegeversicherung ein.

2.1.2 Zuständigkeit für die Bearbeitung der Meldung nach § 201 Absatz 1 SGB V

Zuständig für die Bearbeitung der Meldung nach § 201 Absatz 1 SGB V ist grundsätzlich die Krankenkasse (AOK, Betriebs-, Innungs-, See-Krankenkasse, Bundesknappschaft, Ersatzkasse), bei der die Krankenversicherung bzw. Pflegeversicherung (Mitgliedschaft oder Familienversicherung) zur Zeit der Rentenantragstellung besteht. Liegt im Zeitpunkt der Rentenantragstellung keine Krankenversicherung vor, ist die Meldung der Krankenkasse zuzuleiten, bei der eine Versicherung zuletzt durchgeführt wurde. Bei Rentenantragstellern, die bisher nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren, für die aber Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 12 SGB V (z. B. Vertriebene, Spätaussiedler) in Betracht kommt, obliegt die Bearbeitung der KVdR-Meldung der gewählten Krankenkasse, es sei denn, die Bundesknappschaft ist kraft Gesetzes zuständige Krankenkasse (vgl. A V 3.2).

Bei anderen Rentenantragstellern, die nach den Angaben in dem KVdR-Meldevordruck zu keiner Zeit in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren, hat die antragaufnehmende Stelle zur Prüfung der KVdR-Voraussetzungen die Meldung nach § 201 Absatz 1 SGB V an eine nach § 173 SGB V wählbare Krankenkasse weiterzuleiten.

Ist für die Durchführung der Rentenantragstellermemberschaft nach § 189 SGB V eine andere Krankenkasse zuständig, als die, bei der bis zum Tage der Rentenantragstellung eine Versicherung bestand, hat die gewählte oder neu zuständige Krankenkasse die Meldung zur KVdR nach § 201 Absatz 1 SGB V zu bearbeiten (z. B. weil vor Beginn der Familienversicherung eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse bestand und die Bindungsfrist noch nicht abgelaufen ist, vgl. A V 4.4.1). Sie hat auch die Prüfung der Vorversicherungszeit vorzunehmen. Von der bisher zuständigen Krankenkasse sind vor Weiterleitung der Meldung die Versicherungszeiten im Meldevordruck mit den in ihrem Bestand vorhandenen Versicherungszeiten zu vergleichen. Abweichende Zeiten sind der neu zuständigen Krankenkasse mitzuteilen. Dies gilt auch, wenn die Bundesknappschaft kraft Gesetzes zuständig wird.

Für Personen, für die bei Rentenantragstellung die Versicherung von einer landwirtschaftlichen Krankenkasse durchgeführt wird oder in Betracht kommen kann, ist die Meldung der letzten zuständig gewesenen nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse zuzuleiten; ist eine nichtlandwirtschaftliche Krankenkasse zu keiner Zeit zuständig gewesen, ist die Meldung an die von dem Rentenantragsteller gewählte oder, sofern diese Wahl nicht ausgeübt worden ist, einer nach § 173 SGB V wählbaren Krankenkasse zuzuleiten (vgl. A V 2). Diese nichtlandwirtschaftliche Krankenkasse prüft die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht in der KVdR und gibt die Meldung an die landwirtschaftliche Krankenkasse weiter.

2.1.3 Rentenbezug

Die Meldepflichten des Versicherten während des Rentenbezugs regeln § 205 SGB V und § 31 KVLG 1989.

2.2 Meldungen der Krankenkasse

2.2.1 Wahl einer Krankenkasse

Wählt der Rentenantragsteller/Rentenbezieher eine andere Krankenkasse, so hat die gewählte Krankenkasse dies nach § 201 Absatz 2 SGB V der bisher zuständigen Krankenkasse und dem zuständigen Rentenversicherungsträger unverzüglich mitzuteilen.

Diese Meldung ist einerseits aus mitgliedschafts- und beitragsrechtlicher Sicht für die bisherige Krankenkasse von Bedeutung andererseits hinsichtlich des Beitragseinhalts aus der Rente für den Rentenversicherungsträger. Die unverzügliche Abgabe der Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V durch die neu zuständige Krankenkasse ist demnach zwingend erforderlich.

2.2.2 Beginn und Ende einer Vorrangversicherung bei in der KVdR versicherten Rentnern

Die KVdR wird durch die Versicherungspflicht aufgrund einer Beschäftigung verdrängt. Eine Meldung braucht nicht erstattet zu werden, wenn für die Durchführung des Versicherungsverhältnisses aufgrund der Beschäftigung dieselbe Krankenkasse zuständig ist, die auch die KVdR durchführt.

Für den Fall, dass für die Versicherung im Rahmen der Beschäftigung eine andere Krankenkasse zuständig ist als für die KVdR, schreibt § 201 Absatz 3 SGB V vor, dass die für die Beschäftigung zuständige Krankenkasse der bisherigen Krankenkasse und dem Rentenversicherungsträger den Beginn des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses mitzuteilen hat. Entsprechendes gilt bei Beendigung ei-

ner solchen Beschäftigung, sofern eine landwirtschaftliche Krankenkasse oder die Bundesknappschaft berührt sind.

2.2.3 Beginn und Ende einer Pflichtversicherung bei nicht in der KVdR versicherten Rentnern

Während sich die Meldepflicht nach § 201 Absatz 3 SGB V nur auf diejenigen Rentner erstreckt, die in der KVdR versichert sind und eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, gilt § 201 Absatz 5 SGB V für die nicht in der KVdR versicherten Rentner, die aufgrund anderer Vorschriften versicherungspflichtig werden. Es handelt sich also um Rentenbezieher, die nicht die Voraussetzungen für die Pflichtmitgliedschaft in der KVdR erfüllen oder bei denen Versicherungsfreiheit vorliegt. Sofern diese Rentner aufgrund einer anderen Vorschrift krankenversicherungspflichtig werden, hat der Rentenversicherungsträger Beiträge nach § 255 SGB V einzubehalten und abzuführen (vgl. auch § 226 Absatz 1 SGB V). Aus diesem Grunde verpflichtet § 201 Absatz 5 SGB V die Krankenkasse, dem Rentenversicherungsträger den Beginn einer solchen Versicherungspflicht unverzüglich zu melden. Entsprechendes gilt, wenn diese Versicherungspflicht endet.

2.2.4 Beginn und Ende von Ausschlussgründen für die KVdR

Nach § 5 Absatz 5 SGB V ist die KVdR für hauptberuflich selbständig Erwerbstätige ausgeschlossen. Das Gleiche gilt für Personen, die nach § 6 Absatz 3 SGB V nicht in der KVdR zu versichern sind, weil sie nach § 6 Absatz 1 SGB V oder nach anderen gesetzlichen Vorschriften krankenversicherungsfrei sind oder von der Versicherungspflicht befreit wurden. In diesen Fällen hat die Krankenkasse - obgleich nach dem Gesetz eine Verpflichtung hierzu nicht besteht - dem Rentenversicherungsträger den Beginn und das Ende eines solchen Ausschlussgrundes mitzuteilen, damit dieser den Beitragseinbehalt aus der Rente nach § 255 SGB V einstellt bzw. wieder aufnimmt. Diese Meldung ist unabhängig davon erforderlich, ob der Rentner für die Dauer des Ausschlussgrundes in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig oder bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen oder überhaupt nicht versichert ist.

Sofern eine landwirtschaftliche Krankenkasse oder die Bundesknappschaft berührt sind, ist nicht nur dem Rentenversicherungsträger, sondern auch diesen Krankenkassen die Beendigung des Ausschlussgrundes zu melden.

2.2.5 Besonderheiten in der Pflegeversicherung

Neben den Meldetatbeständen in der Krankenversicherung sind Meldungen für den Rentenversicherungsträger von Bedeutung, die die Belange der Pflegeversicherung betreffen. Dazu zählen Meldungen über Beginn und Ende der Versicherungspflicht, das Vorliegen von Beitragsfreiheit sowie über die Beihilfeberechtigung des Rentenempfängers (halber Beitragssatz). Darüber hinaus sind Meldungen erforderlich bei einem Wechsel von Versicherungspflicht nach § 20 Absatz 1 SGB XI in § 20 Absatz 3 SGB XI oder umgekehrt.

2.3 Meldungen des Rentenversicherungsträgers

2.3.1 Allgemeines

Die Meldepflichten des Rentenversicherungsträgers sind in § 201 Absatz 4 SGB V geregelt. Die Meldungen sind unabhängig davon zu erstatten, ob eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller besteht oder der Rentner nach anderen gesetzlichen Vorschriften krankenversicherungspflichtig oder freiwillig versichert ist. Sie sind unverzüglich vorzunehmen.

2.3.2 Beginn und Höhe der Rente sowie der laufenden Rentenzahlung

Nach § 201 Absatz 4 Nr. 1 SGB V hat der Rentenversicherungsträger der zuständigen Krankenkasse mitzuteilen, von welchem Zeitpunkt an und in welcher Höhe die Rente geleistet wird; darüber hinaus ist der Monat anzugeben, für den die Rente erstmalig laufend gezahlt wird.

2.3.3 Ablehnung oder Rücknahme des Rentenanspruchs

Die Mitgliedschaft als Rentenantragsteller endet mit dem Tag, an dem der Rentenanspruch zurückgenommen oder die Ablehnung des Anspruchs unanfechtbar wird (§ 189 Absatz 2 SGB V, vgl. A VI 3.5). Nach § 201 Absatz 4 Nr. 2 und 3 SGB V besteht daher für den Rentenversicherungsträger eine entsprechende Mitteilungspflicht. Zu melden ist der zuständigen Krankenkasse der Tag, an dem die Rücknahmemitteilung beim Rentenversicherungsträger eingegangen ist oder das Datum des Ablehnungsbescheides.

2.3.4 Beginn, Ende und Rücknahme eines Widerspruchs- / Sozialgerichtsverfahrens

Wird gegen einen ablehnenden Bescheid oder gegen einen Bewilligungsbescheid, mit dem eine befristete Rente bewilligt worden ist, ein Rechtsbehelf oder Rechtsmittel eingelegt, besteht die Rentenantragstellermitgliedschaft auch für die Dauer des Streitverfahrens (vgl. A VI 3.5). Der Rentenversicherungsträger hat daher der zuständigen Krankenkasse

- bei Beginn des Widerspruchsverfahrens das Eingangsdatum des Widerspruchs
- bei Zurückweisung das Datum des Widerspruchsbescheides
- bei Rücknahme des Rechtsbehelfs den Tag, an dem die Rücknahmeerklärung beim Rentenversicherungsträger eingegangen ist,

zu melden. Gleiches gilt für den Beginn und das Ende von entsprechenden Klage-, Berufungs- oder Revisionsverfahren und für die Rücknahme eines Rechtsmittels.

2.3.5 Ende, Entzug, Wegfall und sonstige Nichtleistung

Der Rentenversicherungsträger ist nach § 201 Absatz 4 Nr. 4 SGB V verpflichtet, der zuständigen Krankenkasse das Ende, den Entzug, den Wegfall oder eine sonstige Nichtleistung der Rente unverzüglich mitzuteilen, damit diese prüfen kann, ob die Mitgliedschaft in der KVdR nach § 190 Absatz 11 SGB V zu beenden ist.

2.3.6 Beginn und Ende der Beitragszahlung aus der Rente

§ 201 Absatz 4 Nr. 5 SGB V enthält eine Meldepflicht für Beginn und Ende der Beitragszahlung aus der Rente. Die Krankenkasse soll erkennen können, ob der Rentenversicherungsträger für krankenversicherungspflichtige Rentner auch tatsächlich Beiträge aus der Rente einbehält.

2.3.7 Abgabe des Rentenanspruchs an einen anderen Rentenversicherungsträger oder Rentenzahlung durch einen anderen Rentenversicherungsträger

Ändert sich die Zuständigkeit für die Bearbeitung des Rentenanspruchs, unterrichtet - obgleich nach dem Gesetz eine Verpflichtung hierzu nicht besteht - der bisher zuständige Rentenversicherungsträger die bisherige Krankenkasse hierüber unter Angabe des Abgabedatums.

Wird die Rentenzahlung an einen anderen Rentenversicherungsträger abgegeben, teilt der neu zuständige Rentenversicherungsträger dies der Krankenkasse unter Angabe des Beginns der laufenden Zahlung mit.

Wurde der Rentenanspruch oder die Rentenzahlung von einem Träger der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung an die Bundesknappschaft abgegeben, prüft die bisherige Kranken-

kasse, ob sich ein Krankenkassenwechsel ergibt und unterrichtet hierüber ggf. die knappschaftliche Krankenversicherung. Die knappschaftliche Krankenversicherung meldet dem Rentenversicherungsträger den Krankenkassenwechsel. Im umgekehrten Fall unterrichtet die knappschaftliche Krankenversicherung die neu zuständige Krankenkasse, die wiederum dem Rentenversicherungsträger den Krankenkassenwechsel meldet.

3 Meldepflichten bei Versorgungsbezügen

3.1 Allgemeines

Die Meldepflichten bei Versorgungsbezügen regelt § 202 SGB V. Nach Satz 3 dieser Vorschrift sind die Empfänger von Versorgungsbezügen verpflichtet, der Zahlstelle ihre Krankenkasse anzugeben und einen Krankenkassenwechsel sowie die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung anzuzeigen.

§ 202 SGB V gilt nach § 30 KVLG 1989 auch in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

3.2 Meldungen der Zahlstelle der Versorgungsbezüge

Um eine möglichst frühzeitige beitragsrechtliche Erfassung der Versorgungsbezüge zu erreichen, haben die Zahlstellen nach § 202 Satz 1 SGB V die zuständige Krankenkasse/Pflegekasse von sich aus zu ermitteln und ihr neben Veränderungen der Versorgungsbezüge auch deren Beginn, ihre Höhe sowie das Ende unverzüglich zu melden. Bei laufenden Beitragszahlungen aus Versorgungsbezügen sind nur Veränderungen zu melden. Als Veränderung im vorgenannten Sinne gilt jede Änderung des Zahlbetrags, auch soweit sich die Änderung auf einen in der Vergangenheit liegenden Zeitraum bezieht. Änderungsmeldungen sind auch dann zu erstatten, wenn sich der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge durch Gewährung einer Einmalzahlung erhöht. In diesen Fällen ist einmal für den Monat, in dem die Einmalzahlung gewährt wird, eine Meldung abzugeben; darüber hinaus muss für die anschließende Zeit wiederum der laufende Versorgungsbezug gemeldet werden.

Im Übrigen ist - soweit nichts Abweichendes vereinbart wird - die Änderungsmeldung unabhängig davon zu erstatten, ob die auf die Versorgungsbezüge entfallenden Beiträge von der Zahlstelle einbehalten oder unmittelbar von der Krankenkasse eingezogen werden.

Die in § 202 SGB V festgelegte Meldeverpflichtung gilt auch für freiwillig versicherte Mitglieder, weil im Gegensatz zur Regelung der Beitragszahlung (§ 256 SGB V) ausschließlich die Bewilligung des Versorgungsbezugs die Meldepflicht auslöst. Dies entspricht dem Normzweck der Vorschrift, der darin besteht, eine rechtzeitige, korrekte und vollständige Erfassung der Versorgungsbezüge zu sichern.

Die Zahlstellen haben die Meldungen unverzüglich abzugeben.

3.3 Meldungen der Krankenkasse

Die Krankenkasse ist nach § 202 Satz 4 SGB V verpflichtet, der Zahlstelle unverzüglich mitzuteilen:

- die Beitragspflicht des Versorgungsempfängers
- deren Umfang (maximal beitragspflichtiger Versorgungsbezug) und
- nach welchem Beitragssatz ein Versicherungspflichtiger Beiträge zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung aus seinen Versorgungsbezügen zu entrichten hat.

Darüber hinaus ist der Bezieher von Versorgungsbezügen unverzüglich über die Beitragspflicht, den Umfang der Beitragspflicht und die für die Versorgungsbezüge maßgebenden Beitragssätze zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu unterrichten.

Eine Mitteilung über das Ende der Beitragspflicht ist im Gesetz nicht vorgeschrieben. Um Überzahlungen zu vermeiden, empfiehlt es sich dennoch, der Zahlstelle auch das Ende der Beitragspflicht mitzuteilen.

3.4 Abweichende Vereinbarungen und Altenteiler-Meldeverfahren

Durch § 202 Satz 5 SGB V wird den Krankenkassen und den Zahlstellen ermöglicht, praxisgerechte Abweichungen zu vereinbaren, sofern eine korrekte Beitragsabführung gewährleistet ist. Einzelheiten enthält die "Verfahrensbeschreibung der Beitragsabführung zur Kranken- und Pflegeversicherung durch die Zahlstellen".

4 Meldepflichten bestimmter Versicherungspflichtiger

4.1 Allgemeines

Die Meldepflichten nach § 205 SGB V bestehen für Versicherungspflichtige, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder Versorgungsbezüge beziehen.

4.2 Beginn und Höhe der Rente

Nach § 205 Nr. 1 SGB V haben die Versicherungspflichtigen ihrer Krankenkasse den Beginn und die Höhe ihrer Rente zu melden. Diese Sachverhalte sind der Krankenkasse regelmäßig schon durch die Meldung des Rentenversicherungsträgers nach § 201 Absatz 4 Nr. 1 SGB V bekannt, so dass eine zusätzliche Mitteilung des Rentners bei Rentenbewilligung entbehrlich ist.

Eine Meldung des Rentners ist aber dann erforderlich, wenn er erst nach Rentenbewilligung (z. B. durch Aufnahme einer Beschäftigung) krankenversicherungspflichtig wird.

4.3 Beginn, Höhe, Veränderungen und die Zahlstelle der Versorgungsbezüge

Nach § 205 Nr. 2 SGB V haben Versicherungspflichtige ihrer Krankenkasse den Beginn, die Höhe, Veränderungen und die Zahlstelle von Versorgungsbezügen mitzuteilen. Sie haben hinsichtlich ihrer Versorgungsbezüge die gleichen Meldepflichten wie die Zahlstellen. Bedeutsam kann diese Meldepflicht dann sein, wenn die Zahlstelle ihrer Meldepflicht noch nicht nachkommen konnte, weil ihr die zuständige Krankenkasse nicht bekannt war, ferner, wenn der Empfänger der Versorgungsbezüge erst nach deren Zubilligung (z. B. durch Aufnahme einer Beschäftigung) krankenversicherungspflichtig wird.

4.4 Beginn, Höhe und Veränderungen des Arbeitseinkommens

Nach § 205 Nr. 3 SGB V haben Versicherungspflichtige ihrer Krankenkasse den Beginn, die Höhe sowie Veränderungen des Arbeitseinkommens mitzuteilen. Die Meldepflicht gilt für alle in der KVdR versicherten Rentner sowie für die nach anderen Vorschriften krankenversicherungspflichtigen Rentner, wobei nicht erforderlich ist, dass der Rentner ohne diese anderweitige Versicherung in der KVdR versicherungspflichtig wäre. Eine Meldung ist deshalb auch dann zu erstatten, wenn der Rentner die Voraussetzungen für die KVdR nicht erfüllt. Darüber hinaus gilt die Meldepflicht für diejenigen Versicherungspflichtigen, die zwar keine Rente, aber Versorgungsbezüge erhalten.

Die Meldepflicht nach § 205 Nr. 3 SGB V besteht nicht nur dann, wenn während des Bestehens von Versicherungspflicht erstmals Arbeitseinkommen bezogen wird; eine Meldung ist vielmehr auch dann erforderlich, wenn während des Bezugs von Arbeitseinkommen Versicherungspflicht eintritt.

VIII Beiträge der Rentenantragsteller

§ 225 SGB V

Beitragsfreiheit bestimmter Rentenantragsteller

Beitragsfrei ist ein Rentenantragsteller bis zum Beginn der Rente, wenn er

1. als hinterbliebener Ehegatte eines nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 oder 12 versicherungspflichtigen Rentners, der bereits Rente bezogen hat, Hinterbliebenenrente beantragt,
2. als Waise eines nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 12 versicherungspflichtigen Rentners, der bereits Rente bezogen hat, vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahres Waisenrente beantragt oder
3. ohne die Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 oder 12, nach § 10 dieses Buches oder nach § 7 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte versichert wäre.

Satz 1 gilt nicht, wenn der Rentenantragsteller Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge erhält. § 226 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 239 SGB V

Beitragsbemessung bei Rentenantragstellern

Bei Rentenantragstellern wird die Beitragsbemessung für die Zeit der Rentenantragstellung bis zum Beginn der Rente durch die Satzung geregelt. Dies gilt auch für Personen, bei denen die Rentenzahlung eingestellt wird, bis zum Ablauf des Monats, in dem die Entscheidung über Wegfall oder Entzug der Rente unanfechtbar geworden ist. § 240 gilt entsprechend.

§ 240 SGB V

Beitragspflichtige Einnahmen freiwilliger Mitglieder

- (1) Für freiwillige Mitglieder wird die Beitragsbemessung durch die Satzung geregelt. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds berücksichtigt.
- (2) Die Satzung der Krankenkasse muss mindestens die Einnahmen des freiwilligen Mitglieds berücksichtigen, die bei einem vergleichbaren versicherungspflichtig Beschäftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen sind. Die §§ 223 und 228 Absatz 2, § 229 Absatz 2 und die §§ 238 a und 243 Absatz 2 dieses Buches sowie § 23a des Vierten Buches gelten entsprechend.
- (3) Für freiwillige Mitglieder, die neben dem Arbeitsentgelt eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, ist der Zahlbetrag der Rente getrennt von den übrigen Einnahmen bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu berücksichtigen. Soweit dies insgesamt zu einer über der Bei-

tragsbemessungsgrenze liegenden Beitragsbelastung führen würde, ist statt des entsprechenden Beitrags aus der Rente nur der Zuschuss des Rentenversicherungsträgers einzuzahlen.

(3a) Für Versicherte, bei denen am 31. Dezember 1992 § 248 Absatz 2 anzuwenden war, gilt für die Beitragsbemessung aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen § 248. Satz 1 gilt auch für hinterbliebene Ehegatten der dort genannten Versicherten, wenn ihre Versicherung nach § 10 erlischt und sie der Versicherung beigetreten sind.

(4) Als beitragspflichtige Einnahmen gilt für den Kalendertag mindestens der neunzigste Teil der monatlichen Bezugsgröße. Für freiwillige Mitglieder, die hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind, gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag der dreißigste Teil der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (§ 223), bei Nachweis niedrigerer Einnahmen jedoch mindestens der vierzigste Teil der monatlichen Bezugsgröße. Veränderungen der Beitragsbemessung auf Grund eines vom Versicherten geführten Nachweises nach Satz 2 können nur zum ersten Tag des auf die Vorlage dieses Nachweises folgenden Monats wirksam werden. Für freiwillig versicherte Mitglieder, die Schüler einer Fachschule oder Berufsfachschule sind, gilt § 236 in Verbindung mit § 245 Absatz 1 entsprechend. Satz 1 gilt nicht für freiwillige Mitglieder, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte dieses Zeitraums Mitglied oder nach § 10 versichert waren; § 5 Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend.

(4a) - (5) ...

§ 250 SGB V

Tragung der Beiträge durch das Mitglied

(1) ...

(2) Freiwillige Mitglieder, in § 189 genannte Rentenantragsteller sowie Schwangere, deren Mitgliedschaft nach § 192 Absatz 2 erhalten bleibt, tragen den Beitrag allein.

§ 56 SGB XI

Beitragsfreiheit

(1) ...

(2) Beitragsfreiheit besteht vom Zeitpunkt der Rentenantragstellung bis zum Beginn der Rente einschließlich einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte für:

1. den hinterbliebenen Ehegatten eines Rentners, der bereits Rente bezogen hat, wenn Hinterbliebenenrente beantragt wird,
2. die Waise eines Rentners, der bereits Rente bezogen hat, vor Vollendung des 18. Lebensjahres; dies gilt auch für Waisen, deren verstorbener Elternteil eine Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte bezogen hat,
3. den hinterbliebenen Ehegatten eines Beziehers einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte, wenn die Ehe vor Vollendung des 65. Lebensjahres des Verstorbenen geschlossen wurde,

4. den hinterbliebenen Ehegatten eines Beziehers von Landabgaberechte.

Satz 1 gilt nicht, wenn der Rentenantragsteller eine eigene Rente, Arbeitsentgelt, Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge erhält.

(3) - (4) ...

§ 57 SGB XI

Beitragspflichtige Einnahmen

(1) - (3) ...

(4) Bei freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung und bei Mitgliedern der sozialen Pflegeversicherung, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, ist für die Beitragsbemessung § 240 des Fünften Buches entsprechend anzuwenden. Für die Beitragsbemessung der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Rentenantragsteller und freiwillig versicherten Rentner finden darüber hinaus die §§ 238a und 239 des Fünften Buches entsprechende Anwendung. ...

(5) ...

1 Allgemeines

Beitragspflichtige Rentenantragsteller, die nach § 189 SGB V als Mitglieder gelten, werden bei der Beitragsberechnung wie freiwillige Mitglieder ohne Rentenbezug behandelt (§ 239 Satz 3 SGB V). Gleiches gilt für Mitglieder in der KVdR, bei denen die Rentenzahlung eingestellt worden ist. Die Beitragsbemessung regelt die Satzung; dabei gilt § 240 SGB V (beitragspflichtige Einnahmen freiwilliger Mitglieder) entsprechend. Rentenantragsteller haben auch zur sozialen Pflegeversicherung Beiträge zu entrichten (vgl. § 57 Absatz 4 SGB XI); der Beitragssatz beträgt nach § 55 Absatz 1 Satz 1 SGB XI 1,7 v.H. der beitragspflichtigen Einnahmen (vgl. A IX 2.2.6).

§ 225 Satz 1 SGB V regelt die Beitragsfreiheit bestimmter Personen, die einen Rentenantrag gestellt haben. Beitragsfreiheit besteht nach § 225 Satz 2 SGB V jedoch nicht, soweit der Rentenantragsteller Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge erhält. Die Beitragsfreiheit gilt auch in der Pflegeversicherung, selbst für solche Rentenantragsteller, für die ohne die Rentenantragstellermemberschaft eine Familienversicherung nach § 25 SGB XI bestünde, obwohl das Elfte Buch Sozialgesetzbuch diese Regelung nicht vorsieht; darüber hinaus führen noch weitere Tatbestände zur Beitragsfreiheit (§ 56 Absatz 2 und 4 SGB XI - vgl. A IX 6).

Das Beitragsrecht für Rentenantragsteller nach dem SGB V ist seit dem 1. Januar 2001 bundeseinheitlich geregelt. Im Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 2000 waren für das Beitrittsgebiet besondere Rechengrößen zu beachten.

2 Beitragsbemessung bei Rentenantragstellern und gleichgestellten Rentnern

2.1 Personenkreis

Rentenantragsteller haben für die Dauer ihrer Mitgliedschaft Beiträge bis zum Beginn der Rente zu entrichten (§ 239 SGB V).

Die für Rentenantragsteller maßgebende Beitragsbemessung gilt entsprechend

- für die Zeit nach dem Wegfall oder Entzug der Rente bis zum Ende der Mitgliedschaft nach § 190 Absatz 11 Nr. 1 SGB V
- bei Feststellung einer Rente für zurückliegende Zeiträume für die Zeit nach Ablauf des Rentenanspruchs bis zum Ende der Mitgliedschaft nach § 190 Absatz 11 Nr. 2 SGB V.

2.2 Beitragsbemessung und Beitragssatz

Die Satzung der Krankenkasse bestimmt, welche Einnahmearten der Beitragsbemessung zugrunde gelegt werden und welcher Beitragssatz maßgebend ist. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Rentenantragstellers berücksichtigt. Beiträge sind für den Kalendertag mindestens vom 90. Teil der monatlichen Bezugsgröße, höchstens bis zur Beitragsbemessungsgrenze nach § 223 Absatz 3 SGB V zu erheben. Die Satzung der Krankenkasse kann für die Beitragsberechnung bei Rentenantragstellern Beitragsklassen vorsehen.

Für Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen sollte § 248 SGB V bei Rentenantragstellern dann angewandt werden, wenn mit einer Rentenzubilligung zu rechnen ist. In diesen Fällen wäre für die genannten Einnahmen die Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes anzusetzen (vgl. A IX 2.2.2).

Die Beiträge sind nach § 223 Absatz 1 SGB V für jeden Kalendertag der Mitgliedschaft zu zahlen. Soweit Beiträge für einen vollen Kalendermonat zu erheben sind, ist der Monat mit 30 Tagen anzusetzen (§ 223 Absatz 2 SGB V).

2.3 Tragung der Beiträge und Rückzahlung von Beiträgen

Beitragspflichtige Rentenantragsteller haben die Beiträge vom Tage der Rentenantragstellung bis zum Beginn der Rente allein zu tragen (§ 250 Absatz 2 SGB V). Der Rentenantragsteller bleibt auch dann Beitragsschuldner, wenn die Beiträge von Dritten übernommen werden (z. B. von Sozialhilfeträgern aufgrund des § 13 Absatz 1 BSHG).

Wird dem Rentenantrag entsprochen, sind ab Rentenbeginn Beiträge nach § 237 SGB V zu zahlen; die für diese Zeit vom Versicherten entrichteten Beiträge im Rahmen der Mitgliedschaft nach § 189 SGB V sind ihm von der Krankenkasse nach § 26 SGB IV zurückzuzahlen. Die Gewährung von Leistungen steht der Erstattung der zu Unrecht entrichteten Rentenantragstellerbeiträge nicht entgegen, da für denselben Zeitraum rechtswirksame Beiträge nach § 237 SGB V vorhanden sind.

3 Beitragsfreiheit

3.1 Personenkreis

3.1.1 Hinterbliebene Ehegatten und Waisen eines Rentners

Beitragsfreiheit nach § 225 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB V kommt in Betracht, wenn eine Witwenrente, Witwenrente oder Waisenrente beantragt wird.

Für frühere Ehegatten, die eine Geschiedenenrente beantragt haben, ist eine Beitragsfreistellung nicht vorgesehen. Eine Beitragsfreiheit scheidet ebenfalls aus, wenn nach dem Tode des geschiedenen Ehegatten eine sogenannte Unterhaltsrente (Geschiedenenrente nach § 243 SGB VI) beantragt wird.

Waisen sind nur dann beitragsfrei, wenn sie am Tage der Rentenantragstellung das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Als Waisen gelten grundsätzlich alle Kinder im Sinne des § 48 SGB VI. Steht allerdings nicht eindeutig fest, ob einem Stiefkind, Pflegekind, Enkel oder den Geschwistern des Verstorbenen Waisenrente zu gewähren ist, fordert die Krankenkasse Rentenantragstellerbeiträge; ggf. sind diese bei Rentenzubilligung von Beginn an zurückzuzahlen.

Eine Beitragsfreistellung für die vorgenannten Personenkreise kommt grundsätzlich nur dann in Betracht, wenn der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes bereits eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen hat und nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 oder 12 SGB V versichert war. Trat für den verstorbenen Rentenbezieher die KVdR nur deshalb nicht ein, weil er

- nach anderen gesetzlichen Vorschriften vorrangig pflichtversichert (§ 5 Absatz 8 SGB V)
- von der Pflichtversicherung in der KVdR ausgeschlossen (§ 5 Absatz 5 SGB V)
- versicherungsfrei (§ 6 Absatz 3 SGB V) oder
- von der Versicherungspflicht befreit (§ 8 Absatz 1 Nr. 4 SGB V)

war, besteht gleichwohl Beitragsfreiheit.

Wird nach dem Tode des Versicherten eine Rente wegen Alters oder verminderter Erwerbsfähigkeit rückwirkend zuerkannt, führt dies für den hinterbliebenen Ehegatten und die Waisen ebenfalls zur Beitragsfreiheit nach § 225 Satz 1 Nr. 1 oder 2 SGB V. Bereits gezahlte Rentenantragstellerbeiträge sind von Beginn an zurückzuzahlen.

3.1.2 Familienversicherte

Ferner sind nach § 225 Satz 1 Nr. 3 SGB V solche Rentenantragsteller von der Beitragspflicht freigestellt, für die ohne die KVdR eine Familienversicherung nach § 10 SGB V oder § 7 KVLG 1989 bestehen würde. Dies gilt unabhängig davon, bei welcher Krankenkasse die Familienversicherung durchzuführen wäre.

Beispiel:

Mitgliedschaft aufgrund versicherungspflichtiger Beschäftigung
bei Krankenkasse A

Rentantrag am	1.5.2002
Aufgabe der Beschäftigung am	31.5.2002
Ehegatte Mitglied der Krankenkasse B	
Potenzielle Familienversicherung für den Rentenantragsteller bei der Krankenkasse B ab	1.6.2002

Ergebnis:

Der Rentenantragsteller wird ab 1.6.2002 bei der Krankenkasse A beitragsfrei geführt.

Die potenzielle Familienversicherung braucht nicht zu Beginn und nicht für die gesamte Zeit des Rentenverfahrens zu bestehen. Entfällt die dem Grunde nach bestehende Familienversicherung während des Rentenverfahrens, endet auch die Beitragsfreiheit; umgekehrt kann die Beitragsfreiheit nach § 225 Satz 1 Nr. 3 SGB V auch erst im Laufe des Rentenverfahrens entstehen.

Soweit bei Waisen eine Beitragsfreiheit nach § 225 Satz 1 Nr. 2 SGB V nicht in Betracht kommt, weil der Verstorbene noch nicht Rentner war oder die Waise das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, ist zu prüfen, ob die Waise aufgrund der Nr. 3 der genannten Vorschrift beitragsfrei ist. Das ist der Fall, wenn ohne die Mitgliedschaft als Rentenantragsteller eine Versicherung nach § 10 SGB V bestünde (z. B. aufgrund der Mitgliedschaft der Witwe/des Witwers).

Beispiel:

Tod des versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmers (ohne Rentenbezug) am	20.10.2002
Witwenrentenantrag (die Witwe war bisher familienversichert) und Beginn der Rentenantragstellermitgliedschaft am	24.10.2002
Waisenrentenantrag (die Waise ist 12 Jahre alt und war bisher familienversichert) und Beginn der Rentenantragstellermitgliedschaft am	24.10.2002

Ergebnis:

Ohne den Waisenrentenantrag bestünde eine Familienversicherung aufgrund der Mitgliedschaft der Witwe nach § 189 Absatz 1 SGB V. Die Waise ist deshalb nach § 225 Satz 1 Nr. 3 SGB V beitragsfrei.

Ferner kann während der Rentenantragstellermitgliedschaft die Rechtsgrundlage für die Beitragsfreiheit wechseln. So bleiben zum Beispiel Witwen von in der KVdR pflichtversicherten Rentnern auch dann beitragsfrei, wenn zuvor eine Mitgliedschaft nach § 189 Absatz 1 SGB V aufgrund eigener Rentenantragstellung (Versichertenrente) mit Beitragsfreiheit als familienversicherter Angehöriger (§ 225 Satz 1 Nr. 3 SGB V) bestand und die Familienversicherung durch den Tod des Ehegatten erlischt. In solchen Fällen bleibt die Beitragsfreiheit gemäß § 225 Satz 1 Nr. 1 SGB V erhalten.

Beispiel:

Antrag auf Gewährung einer Rente aus eigener Versicherung der dem Grunde nach familienversicherten Ehefrau am	17.6.2002
Beginn der beitragsfreien Rentenantragstellermitgliedschaft am	17.6.2002
Tod des Ehemannes (Rentenbezieher) am	13.7.2002
Antrag auf Witwenrente am	14.7.2002

Ergebnis:

Die Rentenantragstellermitgliedschaft ist ab 17.6.2002 beitragsfrei durchzuführen nach § 225 Satz 1 Nr. 3 SGB V. Die potenzielle Familienversicherung und damit die Beitragsfreiheit endet mit dem Tode des Mitglieds am 13.7.2002. Ab 14.7.2002 besteht Beitragsfreiheit nach § 225 Satz 1 Nr. 1 SGB V.

Ehegatten, die beide einen Rentenantrag stellen und bei denen die sonstigen Voraussetzungen im Sinne von § 10 SGB V vorliegen, sind dem Grunde nach familienversichert. Da die Familienversicherung an ein Mitgliedschaftsverhältnis anknüpft, muss eine der beiden Rentenantragstellermitgliedschaften beitragspflichtig durchgeführt werden, und zwar diejenige, die zuerst zu begründen ist. Stellen Ehegatten zeitgleich einen Rentenantrag, ist eine der Rentenantragstellermitgliedschaften beitragsfrei zu lassen.

3.2 Ausschluss der Beitragsfreiheit

Nach § 225 Satz 2 SGB V besteht keine Beitragsfreiheit, wenn der Rentenantragsteller Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge erhält. Der Ausschluss der Beitragsfreiheit erstreckt sich jedoch nur auf die vorgenannten Einnahmen (analog § 224 Absatz 1 Satz 2 SGB V). Mithin sind ansonsten beitragsfreie Ren-

tenantragsteller insoweit beitragspflichtig, als sie Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge in Höhe von monatlich insgesamt mehr als einem Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV (§ 226 Absatz 2 SGB V) erzielen. § 240 Absatz 4 Satz 1 SGB V gilt in diesen Fällen nicht.

Beispiel:

Tod eines nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V versicherten Rentenbeziehers am	15.7.2002
Antrag auf Witwenrente am	17.7.2002

Aufgrund der Rentenantragstellung wird eine Mitgliedschaft nach § 189 SGB V begründet. Vor Zubilligung der Witwenrente erhält die Witwe eine Betriebsrente (Hinterbliebenenversorgung).

Ergebnis:

Die Witwe gehört zu dem Personenkreis, der nach § 225 Satz 1 Nr. 1 SGB V als Rentenantragsteller grundsätzlich beitragsfrei ist. Die Versorgungsbezüge (Betriebsrente) unterliegen jedoch nach § 225 Satz 2 SGB V der Beitragspflicht.

IX Beiträge der Rentner

§ 226 SGB V

Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtig Beschäftigter

- (1) Bei versicherungspflichtig Beschäftigten werden der Beitragsbemessung zugrunde gelegt
 1. das Arbeitsentgelt aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung,
 2. der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung,
 3. der Zahlbetrag der der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezüge),
 4. das Arbeitseinkommen, soweit es neben einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder Versorgungsbezügen erzielt wird.

Dem Arbeitsentgelt steht das Vorruhestandsgeld gleich. Bei Auszubildenden, die in einer außerbetrieblichen Einrichtung im Rahmen eines Berufsausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz ausgebildet werden, steht die Ausbildungsvergütung dem Arbeitsentgelt gleich.

- (2) Die nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 zu bemessenden Beiträge sind nur zu entrichten, wenn die monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 insgesamt ein Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches übersteigen.

- (3) ...

§ 228 SGB V

Rente als beitragspflichtige Einnahmen

- (1) Als Rente der gesetzlichen Rentenversicherung gelten Renten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung einschließlich der Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Höherversicherung.

(2) Bei der Beitragsbemessung sind auch Nachzahlungen einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen, soweit sie auf einen Zeitraum entfallen, in dem der Rentner Anspruch auf Leistungen nach diesem Buch hatte. Die Beiträge aus der Nachzahlung gelten als Beiträge für die Monate, für die die Rente nachgezahlt wird.

§ 229 SGB V

Versorgungsbezüge als beitragspflichtige Einnahmen

(1) Als der Rente vergleichbare Einnahmen (Versorgungsbezüge) gelten, soweit sie wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erzielt werden,

1. Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen; außer Betracht bleiben
 - a) lediglich übergangsweise gewährte Bezüge,
 - b) unfallbedingte Leistungen und Leistungen der Beschädigtenversorgung,
 - c) bei einer Unfallversorgung ein Betrag von 20 vom Hundert des Zahlbetrags und
 - d) bei einer erhöhten Unfallversicherung der Unterschiedsbetrag zum Zahlbetrag der Normalversorgung, mindestens 20 vom Hundert des Zahlbetrags der erhöhten Unfallversorgung,
2. Bezüge aus der Versorgung der Abgeordneten, Parlamentarischen Staatssekretäre und Minister,
3. Renten der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen, die für Angehörige bestimmter Berufe errichtet sind,
4. Renten und Landabgabereuten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte mit Ausnahme einer Übergangshilfe,
5. Renten der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und der hüttenknappschaftlichen Zusatzversorgung.

Satz 1 gilt auch, wenn Leistungen dieser Art aus dem Ausland oder von einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung bezogen werden. Tritt an die Stelle der Versorgungsbezüge eine nicht regelmäßig wiederkehrende Leistung, gilt ein Hundertzwanzigstel der Leistung als monatlicher Zahlbetrag der Versorgungsbezüge, längstens jedoch für einhundertzwanzig Monate.

(2) Für Nachzahlungen von Versorgungsbezügen gilt § 228 Absatz 2 entsprechend.

§ 230 SGB V

Rangfolge der Einnahmearten versicherungspflichtig Beschäftigter

Erreicht das Arbeitsentgelt nicht die Beitragsbemessungsgrenze, werden nacheinander der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge und das Arbeitseinkommen des Mitglieds bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt. Der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung wird getrennt von den übrigen Einnahmearten bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt.

§ 232 a SGB V

Beitragspflichtige Einnahmen der Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Kurzarbeitergeld oder Winterausfallgeld

(1) Als beitragspflichtige Einnahmen gelten

1. bei Personen, die Arbeitslosengeld oder Unterhaltsgeld nach dem III. Buch beziehen, 80 v. H. des der Leistung zugrunde liegenden, durch sieben geteilten wöchentlichen Arbeitsentgelts nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, soweit es ein Dreihundertsechzigstel der Jahresarbeitsentgeltgrenze nicht übersteigt; 80 v. H. des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts aus einem nicht geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses sind abzuziehen,
2. bei Personen, die Arbeitslosenhilfe nach dem III. Buch beziehen, 58 v. H. des der Leistung zugrunde liegenden, durch sieben geteilten wöchentlichen Arbeitsentgelts nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, vervielfältigt mit dem Wert, der sich ergibt, wenn die zu zahlende Arbeitslosenhilfe durch die ohne Berücksichtigung von Einkommen zu zahlende Arbeitslosenhilfe geteilt wird, höchstens jedoch die sich bei entsprechender Anwendung von Nummer 1 ergebenden Einnahmen.

Bei Personen, die Teilarbeitslosengeld oder Teilunterhaltsgeld nach dem SGB III beziehen, ist Satz 1 Nr. 1 zweiter Teilsatz nicht anzuwenden. Ab Beginn des 2. Monats bis zur 12. Woche einer Sperrzeit gelten die Leistungen als bezogen.

(2) – (3) ...

(4) § 226 gilt entsprechend.

§ 236 SGB V

Beitragspflichtige Einnahmen der Studenten und Praktikanten

(1) Für die nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 und 10 Versicherungspflichtigen gilt als beitragspflichtige Einnahmen ein Dreißigstel des Betrages, der als monatlicher Bedarf nach § 13 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes für Studenten festgesetzt ist, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Änderungen des Bedarfsbetrages sind vom Beginn des auf die Änderung folgenden Semesters an zu berücksichtigen.

(2) § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 und Absatz 2 sowie die §§ 228 bis 231 gelten entsprechend. Die nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 zu bemessenden Beiträge sind nur zu entrichten, soweit sie die nach Absatz 1 zu bemessenden Beiträge übersteigen.

§ 237 SGB V

Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtiger Rentner

Bei versicherungspflichtigen Rentnern werden der Beitragsbemessung zugrunde gelegt

1. der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung,
2. der Zahlbetrag der der Rente vergleichbaren Einnahmen und
3. das Arbeitseinkommen.

§ 226 Absatz 2 und die §§ 228, 229 und 231 gelten entsprechend.

§ 238 SGB V

Rangfolge der Einnahmearten versicherungspflichtiger Rentner

Erreicht der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung nicht die Beitragsbemessungsgrenze, werden nacheinander der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge und das Arbeitseinkommen des Mitglieds bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt.

§ 238a SGB V

Rangfolge der Einnahmearten freiwillig versicherter Rentner

Bei freiwillig versicherten Rentnern werden der Beitragsbemessung nacheinander der Zahlbetrag der Rente, der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge, das Arbeitseinkommen und die sonstigen Einnahmen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds bestimmen (§ 240 Absatz 1), bis zur Beitragsbemessungsgrenze zugrunde gelegt.

§ 244 SGB V

Ermäßigter Beitrag für Wehrdienstleistende und Zivildienstleistende

(1) Bei Einberufung zu einem Wehrdienst von länger als drei Tagen wird der Beitrag für

1. Wehrdienstleistende nach § 193 Absatz 1 auf ein Drittel,
2. Wehrdienstleistende nach § 193 Absatz 2 auf ein Zehntel

des Beitrags ermäßigt, der vor der Einberufung zuletzt zu entrichten war. Dies gilt nicht für aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen zu bemessende Beiträge.

(2) Das Bundesministerium für Gesundheit kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für die Beitragszahlung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 eine pauschale Beitragsberechnung vorschreiben und die Zahlungsweise regeln.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Zivildienstleistende entsprechend. Bei einer Rechtsverordnung nach Absatz 2 tritt an die Stelle des Bundesministeriums der Verteidigung das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

§ 247 SGB V

Beitragssatz aus der Rente

(1) Bei Versicherungspflichtigen gilt für die Bemessung der Beiträge aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung der allgemeine Beitragssatz ihrer Krankenkasse. Der am 1. Januar geltende Beitragssatz gilt jeweils vom 1. Juli des laufenden Kalenderjahres bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres.

(2) Für das Verfahren zur Übermittlung der nach Absatz 1 maßgeblichen Beitragssätze gilt § 201 Absatz 6 entsprechend.

(3) ...

§ 248 SGB V

Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen

Bei Versicherungspflichtigen gilt für die Bemessung der Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen die Hälfte des jeweils am 1. Juli geltenden allgemeinen Beitragssatzes ihrer Krankenkasse für das folgende Kalenderjahr.

§ 249 a SGB V

Tragung der Beiträge bei Versicherungspflichtigen mit Rentenbezug

Versicherungspflichtige, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, und die Träger der Rentenversicherung tragen die nach der Rente zu bemessenden Beiträge jeweils zur Hälfte.

§ 250 SGB V

Tragung der Beiträge durch das Mitglied

(1) Versicherungspflichtige tragen die Beiträge allein

1. aus den Versorgungsbezügen,
2. aus dem Arbeitseinkommen,
3. aus den beitragspflichtigen Einnahmen nach § 236 Absatz 1.

(2) ...

§ 106 SGB VI

Zuschuss zur Krankenversicherung

(1) Rentenbezieher, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Krankenversicherungsunternehmen, das der deutschen Aufsicht unterliegt, versichert sind, erhalten zu ihrer Rente einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung. Dies gilt nicht, wenn sie gleichzeitig in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind.

(2) Der monatliche Zuschuss wird in Höhe des halben Betrages geleistet, der sich aus der Anwendung des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes der Krankenkassen auf den Zahlbetrag der Rente ergibt. Maßgebend ist der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz der Krankenkassen, den das Bundesministerium für Gesundheit jeweils zum 1. Januar eines Jahres einheitlich für das Bundesgebiet feststellt. Der Beitragssatz ist auf eine Stelle nach dem Komma zu runden. Er gilt vom 1. Juli des jeweiligen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres. Der monatliche Zuschuss wird auf die Hälfte der tatsächlichen Aufwendungen für die Krankenversicherung begrenzt. Beziehen Rentner mehrere Renten, wird ein begrenzter Zuschuss von den Rentenversicherungsträgern anteilig nach dem Verhältnis der Höhen der Renten geleistet. Er kann auch in einer Summe zu einer dieser Renten geleistet werden.

§ 106 a SGB VI

Zuschuss zur Pflegeversicherung

(1) Rentenbezieher, die in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichert oder nach den Vorschriften des Elften Buches verpflichtet sind, bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen einen Versicherungsvertrag zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit abzuschließen und aufrechtzuerhalten, erhalten zu ihrer Rente einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Pflegeversicherung. Satz 1 gilt auch für Rentenbezieher, die das Beitrittsrecht nach § 26a des Elften Buches ausgeübt haben.⁶

(2) Der monatliche Zuschuss wird in Höhe des Beitrags geleistet, den der Träger der Rentenversicherung als Pflegeversicherungsbeitrag für Rentenbezieher zu tragen hat, die in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert sind. Beziehen Rentner mehrere Renten, wird ein begrenzter Zuschuss von den Rentenversicherungsträgern anteilig nach dem Verhältnis der Höhen der Renten geleistet. Er kann auch in einer Summe zu einer dieser Renten geleistet werden.

§ 55 SGB XI

Beitragssatz, Beitragsbemessungsgrenze

(1) Der Beitragssatz beträgt in der Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 30. Juni 1996 bundeseinheitlich 1 vom Hundert, in der Zeit ab 1. Juli 1996 bundeseinheitlich 1,7 vom Hundert der beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder; er wird durch Gesetz festgesetzt. Für Personen, bei denen § 28 Absatz 2 Anwendung findet, beträgt der Beitragssatz die Hälfte des Beitragssatzes nach Satz 1.

(2) Die Beitragsbemessungsgrenze beträgt 75 vom Hundert der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

⁶ In der Fassung des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz (HZvNG)

§ 56 SGB XI

Beitragsfreiheit

(1) - (3) ...

(4) Beitragsfrei sind auf Antrag Mitglieder, die sich auf nicht absehbare Dauer in stationärer Pflege befinden und bereits Leistungen nach § 35 Absatz 6 des Bundesversorgungsgesetzes, nach § 44 des Siebten Buches, nach § 34 des Beamtenversorgungsgesetzes oder nach den Gesetzen erhalten, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen, wenn sie keine Familienangehörigen haben, für die eine Versicherung nach § 25 besteht.

§ 57 SGB XI

Beitragspflichtige Einnahmen

(1) Bei Mitgliedern der Pflegekasse, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, gelten für die Beitragsbemessung die §§ 226 und 228 bis 238 und § 244 des Fünften Buches sowie §§ 23 a und 23 b Absatz 2 bis 4 des Vierten Buches mit der Maßgabe, dass bei Personen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, als beitragspflichtige Einnahme die gezahlte Arbeitslosenhilfe gilt.

(2) - (5) ...

§ 59 SGB XI

Beitragstragung bei anderen Mitgliedern

(1) Für die nach § 20 Absatz 1 [Satz 2] Nr. 2 bis 11 versicherten Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, gelten für die Tragung der Beiträge die §§ 249 a, 250 Absatz 1 und § 251 des Fünften Buches sowie § 48 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte entsprechend. Bei Beziehern einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte, die nach § 20 Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 versichert sind, und bei Beziehern von Produktionsaufgaberente oder Ausgleichsgeld, die nach § 14 Absatz 4 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit versichert sind, werden die Beiträge aus diesen Leistungen von den Beziehern der Leistung und der Alterskasse je zur Hälfte getragen; der von der Alterskasse getragene Beitragsanteil gilt als Leistungsaufwendung.

(2) - (4) ...

1. Beitragspflichtige Einnahmen

1.1 Allgemeines

Der Beitragspflicht in der KVdR unterliegen nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 und § 237 SGB V

- die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung
- die der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezüge)
- das Arbeitseinkommen.

Bei nach § 20 Absatz 1 SGB XI in der sozialen Pflegeversicherung versicherungspflichtigen Rentnern sind für die Berechnung der Beiträge die beitragspflichtigen Einnahmen wie in der Krankenversicherung maßgebend (§ 57 Absatz 1 SGB XI).

1.2 Rente

1.2.1 Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, andere Renten

Als Renten der gesetzlichen Rentenversicherung kommen nach § 228 Absatz 1 SGB V die Renten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie die Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung in Betracht (vgl. A I 3.1). Zu den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch Rentenleistungen aus der Höherversicherung.

Die Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden für die Beitragsbemessung nicht herangezogen. Das Gleiche gilt für die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und für die Renten, die in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes gewährt werden, sowie für die Renten und laufenden Geldleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Reparationsschädengesetz, dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Entschädigungsrentengesetz. Unberücksichtigt bleiben ferner Rentenleistungen aus ausländischen Rentensystemen, Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 bzw. vor 1927 im Beitrittsgebiet sowie Renten nach dem ALG (vgl. aber A IX 1.3.5).

Nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und § 237 Satz 1 Nr. 1 SGB V unterliegen Renten mit ihrem Zahlbetrag der Beitragspflicht. Unter Zahlbetrag der Rente ist der - unter Anwendung aller Versagens- oder Nichtleistungsvorschriften - zur Auszahlung gelangende Betrag ohne die Kinderzuschüsse nach § 270 SGB VI zu verstehen. Anders als bei der versicherungsrechtlichen Anspruchsprüfung nach § 10 SGB V (vgl. A IV) ist der Beitragsbemessung pflichtversicherter Rentner auch der auf Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten entfallende Teil des Rentenzahlbetrages zugrunde zu legen. Eine Beschränkung der Beitragspflicht auf den Ertragsanteil ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Rententeilbeträge, die an Dritte gezahlt werden, mindern den Zahlbetrag der Rente nicht. Mithin sind abgetrennte Rentenbeträge infolge einer Aufrechnung, Verrechnung, Abtretung oder Pfändung bei der Beitragsbemessung zu berücksichtigen. Das Gleiche gilt, wenn die Rente oder Teile hiervon aufgrund eines Erstattungsanspruchs nach den §§ 102 ff. SGB X nicht an den Rentner, sondern an erstattungsberechtigte Leistungsträger ausgezahlt werden.

Der zu einer Rente im Beitrittsgebiet bis längstens zum 31. Dezember 1996 gezahlte Sozialzuschlag unterlag nicht der Beitragspflicht. Auffüllbeträge nach § 315a SGB VI, Rentenzuschläge nach § 319a SGB VI sowie die Übergangszuschläge nach § 319 b SGB VI gehören dagegen zum beitragspflichtigen Zahlbetrag der Rente.

1.2.2 Rentennachzahlungen

Von der Beitragspflicht werden nach § 228 Absatz 2 SGB V grundsätzlich auch Rentennachzahlungen erfasst. Allerdings kommt eine Beitragspflicht nur für die Zeit in Betracht, für die der Rentner Anspruch auf Leistungen der Krankenversicherung hatte. Dabei genügt es, dass ein Anspruch auf die Leistungen dem Grunde nach vorhanden war; nicht erforderlich ist, dass die Leistungen tatsächlich in Anspruch genommen wurden. Von der Nachzahlung sind demnach Beiträge für Zeiten zu entrichten, in denen

- eine Mitgliedschaft aufgrund von Versicherungspflicht (§ 5 Absatz 1 Nr. 1 bis 12 SGB V)
- eine Familienversicherung (§ 10 SGB V, § 7 KVLG 1989)

- ein Anspruch auf Leistungen nach § 19 SGB V

bestand.

Die Beitragspflicht aufgrund einer Familienversicherung bzw. aufgrund eines Anspruchs auf Leistungen nach § 19 SGB V beschränkt sich allerdings auf die Fälle, in denen auch der laufende Rentenbezug Beitragspflicht auslöst. Sofern sich eine laufende Zahlung nicht ergibt, weil z. B. die Rente von vornherein befristet ist, unterliegt die Rentennachzahlung für Zeiten einer Familienversicherung bzw. eines nachgehenden Anspruchs auch dann der Beitragspflicht, wenn am letzten Tag des Nachzahlungszeitraums Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung bestanden hat.

Für Zeiten des Bestehens einer freiwilligen Versicherung innerhalb des Nachzahlungszeitraums kommt eine Erhebung von Beiträgen durch den Rentenversicherungsträger nach § 228 Absatz 2 SGB V nicht in Betracht.

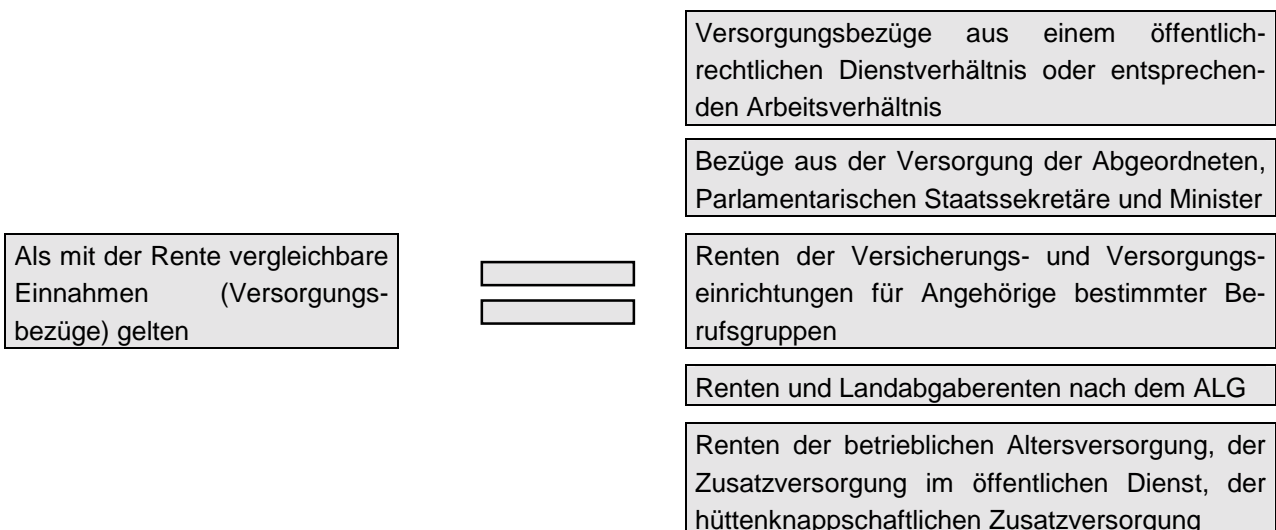
Die von der Nachzahlung zu entrichtenden Beiträge gelten als Beiträge für die Monate, für die die Rente nachgezahlt wird. Dies bedeutet, dass die Nachzahlungsbeträge auf die Monate verteilt werden müssen, für die sie bestimmt sind. Dabei sind für die Beitragsberechnung grundsätzlich die Beitragsbemessungsgrenze und der Beitragssatz der jeweils in Betracht kommenden Monate zugrunde zu legen. Die aus der Nachzahlung einbehaltenen Beiträge stehen der Krankenkasse zu, von der die Familienversicherung durchgeführt worden ist bzw. bei der der nachgehende Anspruch im jeweiligen Zeitraum tatsächlich bestanden hat.

Bei der Beitragsberechnung zur sozialen Pflegeversicherung sind Nachzahlungen von Renten zu berücksichtigen, soweit sie auf einen Zeitraum fallen, in dem der Rentner Anspruch auf Leistungen der Krankenversicherung hatte (§ 57 Absatz 1 SGB XI i.V.m. §§ 237 Satz 2, 228 Absatz 2 SGB V).

1.3 Versorgungsbezüge

1.3.1 Allgemeines

Für die der Rente vergleichbaren Einnahmen wird im Gesetz der Begriff "Versorgungsbezüge" verwendet. § 229 Absatz 1 SGB V enthält eine abschließende Aufzählung der bei der Festsetzung der beitragspflichtigen Einnahmen zu berücksichtigenden Versorgungsbezüge. Allerdings werden diese Versorgungsbezüge nur insoweit für die Beitragsbemessung herangezogen, als sie wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erzielt werden. Der Grad der Erwerbsminderung sowie das Alter des Versorgungsempfängers spielen dabei keine Rolle.



Als Versorgungsbezüge im vorgenannten Sinne kommen nur laufende Geldleistungen in Betracht. Versorgungsbezüge, die in Form einer einmaligen Kapitalleistung (Kapitalversicherung) gewährt werden, bleiben mithin unberücksichtigt. Etwas anderes gilt jedoch hinsichtlich der Abfindungen für Versorgungsbezüge (vgl. A IX 1.3.8). Nicht zu den Versorgungsbezügen im Sinne des § 229 Absatz 1 SGB V gehören ferner Nutzungsrechte und Sachleistungen bzw. Deputate; dies gilt selbst dann, wenn diese Sachbezüge in Geldwert abgegolten werden.

Die Versorgungsbezüge werden - ebenso wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung - mit ihrem Zahlbetrag bei der Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen berücksichtigt. Unter Zahlbetrag ist dabei der unter Anwendung aller Versagens-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften zur Auszahlung gelangende Betrag zu verstehen. Die auf die Versorgungsbezüge entfallende Steuer darf ebenso wenig abgezogen werden wie eventuelle Abzweigungsbeträge infolge einer Aufrechnung, Verrechnung, Abtretung oder Pfändung bzw. Abzweigungsbeträge nach § 94 Absatz 5 ALG (geteilte Auszahlung der Rente). Unterhaltzahlungen an den geschiedenen Ehegatten mindern ebenfalls nicht den Zahlbetrag der Versorgungsbezüge. Gleiches gilt im Falle eines schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs nach §§ 1587f ff. BGB (vgl. BSG vom 28. Januar 1999 - B 12 KR 19/98 R - und - B 12 KR 24/98 R -). Dagegen reduzieren Abzweigungsbeträge nach § 1587b BGB (z. B. Kürzungsbeträge nach § 57 des Beamtenversorgungsgesetzes) im Rahmen des Versorgungsausgleichs den Zahlbetrag der Versorgungsbezüge.

Im Gegensatz zu Renten der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben Kinderzuschüsse oder Erhöhungsbeträge für Kinder bei Versorgungsbezügen nicht außer Betracht (vgl. Urteil des BSG vom 25. Oktober 1988 - 12 RK 10/87 -, USK 88146).

Zu den Versorgungsbezügen gehören auch Einmalzahlungen (z. B. Weihnachtsgelder) sowie sonstige laufend gewährte Zulagen, und zwar unabhängig von ihrer Bezeichnung (vgl. Urteil des BSG vom 18. März 1993 - 8 RKn 2/92 -, USK 9309).

Versorgungsbezüge mit Entschädigungscharakter sind nicht vergleichbar mit Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und unterliegen deshalb nicht der Beitragspflicht.

Von der Beitragspflicht werden grundsätzlich auch Nachzahlungen von Versorgungsbezügen erfasst (§ 229 Absatz 2 SGB V). Die Erläuterungen unter A IX 1.2.2 gelten entsprechend.

1.3.2 Pensionen

An erster Stelle werden in § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V die Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis genannt. Es handelt sich dabei um

- die Versorgungsleistungen der Beamten und Richter nach dem Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG)
- die Versorgungsleistungen nach dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes (GG) fallenden Personen; Artikel 131 GG ist durch § 1 des Dienstrechtlichen Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes (DKfAG) vom 20. September 1994 (BGBl. I S. 2452) gestrichen worden, gilt aber gemäß § 2 DKfAG für die bis zum In-Kraft-Treten des DKfAG nach Artikel 131 GG entstandenen Ansprüche fort. Insoweit sind die §§ 69 und 69 a BeamtVG maßgebend
- die Versorgungsleistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG).

Des weiteren nennt § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V die Versorgungsbezüge, die auf einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen

beruhen, wie sie z. B. den dienstordnungsmäßig Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bereich der Sozialversicherung zustehen.

Als Versorgungsbezüge im vorgenannten Sinne kommen u. a. Ruhegehalt, Witwengeld, Witwergeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträge für entlassene Beamte sowie für deren Hinterbliebene in Betracht.

Zu den Versorgungsbezügen gehört auch die jährliche Sonderzuwendung; sie ist in dem Monat bei der Beitragsberechnung zu berücksichtigen, in dem sie gezahlt wird. Der Familienzuschlag (bis 30. Juni 1997: kindbezogener Teil des Ortszuschlags), den ein Ruhestandsbeamter erhält, gehört ebenfalls zu den Versorgungsbezügen im Sinne des § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V (Urteil des BSG vom 17. Dezember 1996 - 12 RK 5/96 -, USK 9681).

Versorgungsbezüge, die nur übergangsweise geleistet werden, sind in die Beitragsberechnung nicht einzubeziehen. Mithin bleiben z. B. Übergangsgelder, Übergangsbeihilfen und Übergangsgebühren für entlassene Beamte und Soldaten unberücksichtigt.

Ebenso wie die übergangsweise gezahlten Bezüge sind auch die unfallbedingten Leistungen und die Leistungen der Beschädigtenversorgung unberücksichtigt zu lassen.

Bei einer Unfallversorgung bleiben außer Betracht

- mindestens ein Betrag von 20 v. H. des Zahlbetrags
- bei einer erhöhten Unfallversorgung der Unterschiedsbetrag zum Zahlbetrag der Normalvergütung, mindestens aber 20 v. H. der erhöhten Unfallversorgung; die insoweit erforderliche Vergleichsberechnung obliegt den Zahlstellen der Versorgungsbezüge.

1.3.3 Versorgung der Abgeordneten, Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre

§ 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V nennt als zweite Gruppe der Versorgungsbezüge die Bezüge der Abgeordneten, Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre. Hierunter fallen die den ehemaligen Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie der Länderparlamente gewährte Altersentschädigung (einschließlich der Gesundheitsschäden bedingten Erhöhungen) sowie die Leistungen an Hinterbliebene von Abgeordneten, die bei einer Zugehörigkeit zum Bundestag oder Landtag von bestimmter Dauer gewährt werden. Ferner gehören zu den Versorgungsbezügen das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung nach dem Bundesministergesetz, das nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre für diese entsprechend anzuwenden ist. Das Gleiche gilt für die Leistungen nach den entsprechenden Gesetzen der Länder. Übergangsweise gezahlte Leistungen bleiben - obwohl das nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist - bei der Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen außer Betracht. Das den Abgeordneten, Ministern und Parlamentarischen Staatssekretären nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt geleistete Übergangsgeld wird also nicht zur Beitragsbemessung herangezogen.

1.3.4 Berufsständische Versorgungsleistungen

Als Versorgungsbezüge werden nach § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 SGB V die Renten der Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen für bestimmte Berufsgruppen erfasst. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Leistungen öffentlich-rechtlicher Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen der kammerfähigen freien Berufe (z. B. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Notare, Ingenieure, Architekten, Steuerberater), der Zusatzversorgung der Bezirksschornsteinfegermeister und der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft.

1.3.5 Renten nach dem ALG

Als Versorgungsbezüge gelten nach § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V ferner Renten und Landabgaberente nach dem Gesetz über die Alterssicherung für Landwirte. Die Produktionsaufgaberente (Grundbeitrag) nach dem FELEG gilt ebenfalls als Versorgungsbezug wie auch das Ausgleichsgeld im Sinne des § 14 Absatz 4 FELEG (vgl. B IV). Die Übergangshilfe (§ 106 Absatz 6 ALG) sowie das Überbrückungsgeld (§ 38 ALG) an Witwen und Witwer von landwirtschaftlichen Unternehmern bleiben dagegen bei der Beitragsbemessung außer Betracht.

1.3.6 Renten der betrieblichen Altersversorgung

§ 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V nennt schließlich als Versorgungsbezüge die Renten der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrenten). Hierunter fallen die Leistungen der Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgung, die unmittelbar oder mittelbar aus Anlass eines früheren Arbeitsverhältnisses zufließen. Voraussetzung ist aber auch hier, dass es sich um laufende Geldleistungen handelt. Kapital- und Sachleistungen werden für die Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen also nicht herangezogen (vgl. aber A IX 1.3.8).

Den Leistungen der betrieblichen Altersversorgung sind die Leistungen aus Zusatzversicherungen im öffentlichen Dienst oder nach entsprechenden Regelungen sowie die hüttenknappschaftliche Zusatzversorgung gleichgestellt.

Für die Zuordnung der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu den Versorgungsbezügen ist unerheblich, wer die Leistungen im Ergebnis finanziert hat. Dies bedeutet, dass die Leistungen selbst dann zu den Versorgungsbezügen im Sinne des § 226 Absatz 1 SGB V gehören, wenn und soweit sie auf Beiträgen des Arbeitnehmers beruhen. Das gilt auch insoweit, als es sich um Leistungen aufgrund einer Höher- oder Weiterversicherung in einer Pensionskasse handelt oder es um Leistungen aus einer Direktversicherung geht, die durch Entgeltumwandlung finanziert worden ist.

Zu den bei der Beitragsbemessung zu berücksichtigenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gehören insbesondere die Altersrenten einschließlich der Kinderzuschüsse sowie die Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Das Gleiche gilt für Weihnachtsgelder oder sonstige Einmalzahlungen und Zuschläge neben den eigentlichen Versorgungsbezügen, und zwar unabhängig davon, ob deren Zahlung in bestimmter Höhe in der Versorgungsregelung festgelegt ist oder ob die Zuwendungen ohne ausdrückliche Zusage vorbehaltlos in regelmäßiger Wiederkehr und in gleicher Höhe gezahlt worden sind. Der Beitragspflicht unterliegen ferner Übergangsgelder, Überbrückungsgelder, Ausgleichszahlungen, Gnadenbezüge u. ä., die im Anschluss an das Arbeitsverhältnis und anstelle der Betriebsrente gewährt werden; diese Leistungen werden allerdings nur bis zur Höhe der später einsetzenden Betriebsrente zur Beitragsleistung herangezogen. Für einen Übergangszeitraum an Hinterbliebenenebene gezahlte erhöhte Versorgungsbezüge (z. B. für das Sterbevierteljahr) unterliegen dagegen in voller Höhe der Beitragspflicht. Dies gilt auch für das in einer Übergangszeit an die Hinterbliebenen von Arbeitnehmern im Todesfall in bisheriger oder gekürzter Höhe weitergezahlte Arbeitsentgelt.

Laufende Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung gehören ebenfalls zu den beitragspflichtigen Versorgungsbezügen, da sie an die Stelle der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung treten und demzufolge auch mit dieser vergleichbar sind. Kapitalleistungen aus befreienden Lebensversicherungen sind dagegen nicht beitragspflichtig.

Bei der Beitragsermittlung sind Leistungen zur Abgeltung gesetzlicher Ansprüche aus einem Arbeits- oder Dienstverhältnis (z. B. Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB) zu berücksichtigen. Hierzu hat das BSG mit Urteil vom 10. März 1994 - 12 RK 30/91 - (USK 9412) entschieden, dass die an einen ehemaligen selbständigen Handelsvertreter aus Anlass des früheren Dienstverhältnisses gezahlte Altersversorgung als

Rente der betrieblichen Altersversorgung im Sinne des § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 5 SGB V der Beitragspflicht zur KVdR auch insoweit unterliegt, als damit Ausgleichsansprüche nach § 89b HGB abgegolten werden.

Keine Versorgungsbezüge im Sinne des § 229 Absatz 1 SGB V sind die Leistungen, die in der Regel nicht durch den Eintritt des Versorgungsfalles ausgelöst werden und nicht der Versorgung des Begünstigten oder seiner Hinterbliebenen zu dienen bestimmt sind. Dazu zählen u. a. Übergangsgelder, Überbrückungsgelder, Ausgleichszahlungen, Gnadenbezüge, soweit sie die an sich sonst einsetzende Betriebsrente übersteigen und nicht bereits als Arbeitsentgelt beitragspflichtig sind, ferner einmalig gezahlte Leistungen wie Treueprämien, Jubiläumsgaben, Tantiemehzahlungen sowie Zuschüsse zu Krankheitskosten, Kuren, Operationskosten und bei Todesfällen (Sterbegelder). Gleiches gilt für Übergangszahlungen, die neben den Versorgungsbezügen geleistet werden. Keine Versorgungsbezüge sind darüber hinaus Übergangszahlungen, die lediglich den betriebsbedingten Verlust der Arbeitsplätze ausgleichen sollen und nicht anstelle eines Versorgungsbezuges gezahlt werden.

Leistungen zur Abgeltung vertraglicher Ansprüche außerhalb eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses (z. B. Kaufpreisrenten) bleiben ebenfalls außer Betracht.

Nicht zu den Versorgungsbezügen im vorgenannten Sinne gehören ferner Leistungen aus betrieblichen Sozialplänen.

1.3.7 Versorgungsbezüge aus dem Ausland

Nach § 229 Absatz 1 Satz 2 SGB V werden auch Versorgungsbezüge aus dem Ausland oder von zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen als beitragspflichtige Einnahmen herangezogen. Dies gilt allerdings nur insoweit, als die Versorgungsbezüge den in § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 SGB V genannten Leistungen entsprechen. Hierzu zählen auch Versorgungsleistungen (Pensionen) der Europäischen Gemeinschaft an ihre früheren Beamten. Dagegen sind gesetzliche Rentenleistungen aus ausländischen Rentensystemen nicht als Versorgungsbezüge im vorgenannten Sinne anzusehen.

1.3.8 Kapitalabfindungen

Für die Beitragsbemessung werden nach § 229 Absatz 1 Satz 3 SGB V ebenfalls Kapitalabfindungen für Versorgungsbezüge herangezogen. Dabei gilt ein Hundertzwanzigstel der Abfindung als monatlicher Zahlbetrag, d. h. der Betrag der Kapitalabfindung wird auf zehn Jahre umgelegt. Die Frist von zehn Jahren beginnt mit dem Ersten des auf die Auszahlung der Kapitalabfindung folgenden Kalendermonats. Werden Versorgungsbezüge für einen Zeitraum von weniger als zehn Jahren abgefunden und anschließend laufend gezahlt, dann kann die Abfindung nur auf den entsprechenden kürzeren Zeitraum verteilt werden. Die Beitragsentrichtung unterbleibt jedoch, wenn der monatliche Betrag ein Zwanzigstel der Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV nicht übersteigt (§ 226 Absatz 2 SGB V).

Versorgungsregelungen sehen mitunter vor, dass zwischen einer Rentenzahlung und einer einmaligen Kapitalleistung gewählt werden kann (Optionsrecht). Werden laufende Versorgungsbezüge, auf deren Zahlung ein konkreter Anspruch besteht und die tatsächlich gezahlt werden, in eine Kapitalabfindung umgewandelt, unterliegen sie der Beitragspflicht. Eine Kapitalabfindung tritt nur dann im Sinne des § 229 Absatz 1 Satz 3 SGB V an die Stelle der Versorgungsbezüge, wenn dadurch eine bereits geschuldete Rente ersetzt wird. Geschuldet wird eine Rentenzahlung, wenn der Versicherungsfall (Erwerbsminderung, Rentenalter) eingetreten ist.

Anderenfalls unterliegen Kapitalleistungen nicht der Beitragspflicht. Dies gilt auch dann, wenn sie in einen anderen Vertrag eingezahlt werden und daraus eine Rente erzielt wird. Für die Abgrenzung einer nicht beitragspflichtigen Kapitalleistung von einer beitragspflichtigen Kapitalleistung (Umwandlung laufend ge-

zahlter Versorgungsbezüge in eine Kapitalabfindung), kann nicht darauf abgestellt werden, ob nach dem ursprünglichen Inhalt des Versicherungsvertrags eine Rentenleistung vereinbart worden war. Ist Gegenstand einer Versicherung von vornherein wahlweise entweder eine Rentenleistung oder eine Kapitalleistung, so wird mit der Wahl der Kapitalleistung der Versicherungsvertrag umgestaltet und nunmehr für den Zeitpunkt des Versicherungsfalles allein noch die Kapitalleistung geschuldet (Urteile des BSG vom 30. März 1995 - 12 RK 10/94 -, USK 95144, und vom 26. März 1996 - 12 RK 21/95 -, USK 9659).

1.4 Arbeitseinkommen

Arbeitseinkommen ist nach § 15 SGB IV der nach den allgemeinen Gewinnermittlungsvorschriften des Einkommenssteuerrechts ermittelte Gewinn aus einer selbständigen Tätigkeit; Einkommen ist als Arbeitseinkommen zu werten, wenn es als solches nach dem Einkommensteuerrecht zu bewerten ist.

Das Arbeitseinkommen entspricht dem steuerrechtlichen Gewinn; dieser ist aus dem Steuerbescheid des selbständig tätigen Rentners erkennbar. Welches Einkommen als Arbeitseinkommen zu werten ist, beurteilt sich nach dem Einkommensteuerrecht. Hiernach zählen zum Arbeitseinkommen

- Einkünfte aus selbständiger Arbeit
- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb.

Bei Landwirten, deren Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft nach § 13a EStG ermittelt wird, ist als Arbeitseinkommen der sich aus § 32 Absatz 6 ALG ergebende Wert anzusetzen.

Im Hinblick auf § 5 Absatz 5 SGB V kann es sich bei dem Arbeitseinkommen im Sinne der §§ 226 und 227 SGB V allerdings - abgesehen von Übergangsfällen - grundsätzlich nur um ein Arbeitseinkommen aus einer nicht hauptberuflich ausgeübten selbständigen Erwerbstätigkeit handeln.

Für die Anrechnung des Arbeitseinkommens als beitragspflichtige Einnahme ist es nicht erforderlich, dass es sich um regelmäßig wiederkehrendes Arbeitseinkommen handelt. Auch ein in größeren Zeitabständen als monatlich erzielt Arbeitseinkommen muss entsprechend berücksichtigt werden.

Die Gewinnermittlungsvorschriften des Einkommenssteuerrechts stellen grundsätzlich auf das Kalenderjahr ab, so dass die Höhe des Gewinns frühestens nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres ermittelt werden kann. Da die beitragspflichtigen Einnahmen nicht erst nachträglich festgestellt werden dürfen, ist der Gewinn aus einer selbständigen Tätigkeit im allgemeinen auf der Grundlage steuerlicher Unterlagen festzusetzen. Nach dem Urteil des BSG vom 27. November 1984 - 12 RK 70/82 - (USK 84246) führt die darauf aufbauende Beitragsberechnung zu einem Beitrag, der bis zu einer neuen, nur für die Zukunft wirkenden Beitragsermittlung aufgrund späterer Unterlagen rechtmäßig ist; eine Korrektur des Beitrags für die Vergangenheit ist grundsätzlich nicht möglich.

Sofern Versicherte erstmalig eine selbständige Tätigkeit aufnehmen und entsprechende Einkommensnachweise noch nicht vorliegen, kann das vom Versicherten durch gewissenhafte Schätzung vorgegebene Einkommen für die Beitragsbemessung herangezogen werden.

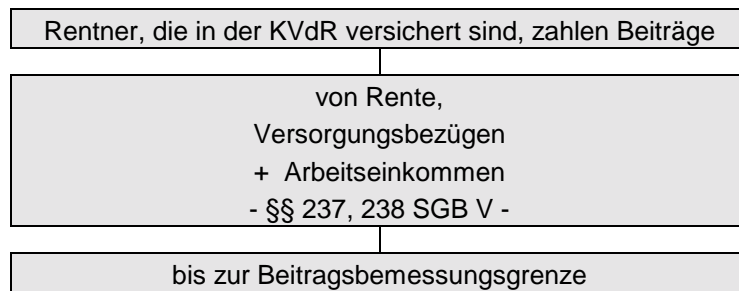
Im Falle der Gewerbeabmeldung sind Beiträge aus dem Arbeitseinkommen bis zum Ablauf des Monats der Gewerbeabmeldung zu fordern.

2 Berechnung der Beiträge

2.1 Rangfolge der Einnahmearten

2.1.1 Versicherungspflichtige in der KVdR

Bei den in der KVdR versicherungspflichtigen Rentnern werden für die Ermittlung des Beitrags Rente, Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen bis zum Höchstbetrag nach § 223 Absatz 3 SGB V (Beitragsbemessungsgrenze) berücksichtigt, und zwar in der vorstehend genannten Reihenfolge. Dies bedeutet, dass die Versorgungsbezüge bzw. das Arbeitseinkommen nur insoweit für die Beitragsbestimmung herangezogen werden können, als die Beitragsbemessungsgrenze durch die im Rang vorgehende Einkunftsart noch nicht ausgeschöpft ist.



Beispiel 1:

Ein Rentner hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Rente	2.000 €
Versorgungsbezüge	1.000 €
Arbeitseinkommen	<u>500 €</u>
	3.500 €

Für die Beitragsberechnung sind heranzuziehen:

Rente	2.000 €
Versorgungsbezüge	1.000 €
Arbeitseinkommen	<u>375 €</u>
	3.375 €

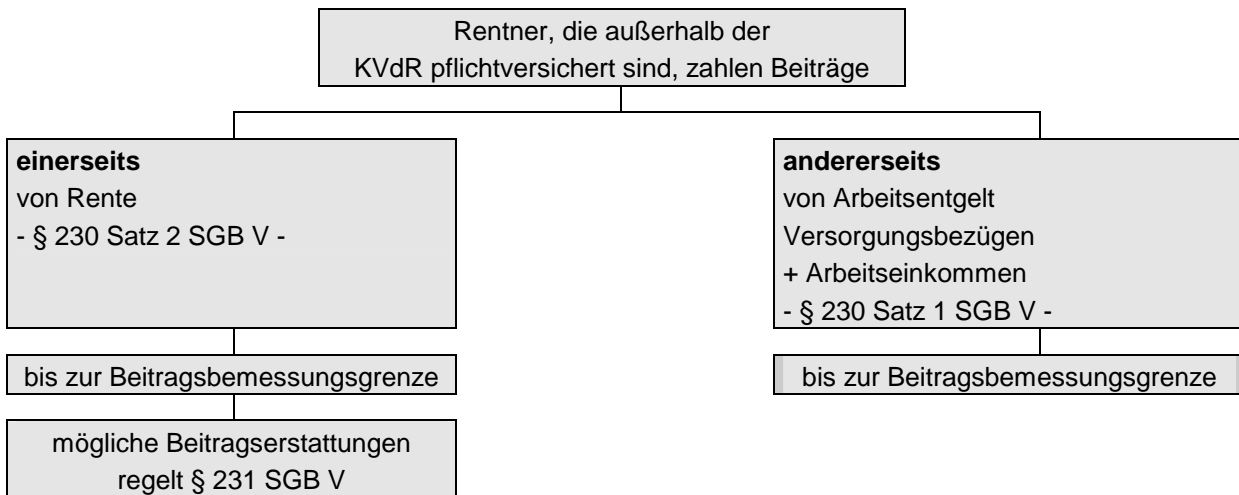
Das restliche Arbeitseinkommen in Höhe von 125 € bleibt wegen Überschreitens der Beitragsbemessungsgrenze (2002 = 3.375 €) unberücksichtigt.

2.1.2 Versicherungspflichtige außerhalb der KVdR

Bei Personen, die aufgrund einer Beschäftigung versicherungspflichtig sind, zählt neben dem Arbeitsentgelt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung auch

- der Zahlbetrag der Rente
- der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge
- das Arbeitseinkommen

zu den beitragspflichtigen Einnahmen (§ 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 SGB V).



Dem Arbeitsentgelt steht nach § 226 Absatz 1 Satz 2 SGB V das Vorruhestandsgeld gleich. Arbeitsentgelt aus versicherungsfreier Beschäftigung wird bei Versicherungspflichtigen für die Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen nicht herangezogen.

§ 226 Absatz 1 SGB V regelt nur die Beitragsbemessung bei versicherungspflichtig Beschäftigten. Dass Renten, Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen für die Beitragsbemessung bei den anderweitig Versicherungspflichtigen in gleicher Weise zu berücksichtigen sind, ergibt sich aus den für den jeweiligen Personenkreis bestimmten Vorschriften (vgl. insbesondere die §§ 232 bis 236 SGB V). Unter die Regelung des § 226 Absatz 1 SGB V fallen mithin

- Arbeiter, Angestellte oder Auszubildende
- Leistungsbezieher nach dem SGB III
- Künstler und Publizisten
- Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe
- Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung
- behinderte Menschen
- Studenten, Praktikanten ohne Arbeitsentgelt, zur Berufsausbildung Beschäftigte ohne Arbeitsentgelt, Auszubildende des Zweiten Bildungswegs (vgl. aber A IX 2.2.4).

Ferner werden von § 226 Absatz 1 SGB V die Versicherungspflichtigen erfasst, deren Mitgliedschaft nach § 192 oder § 193 SGB V erhalten bleibt.

Für die Beitragspflicht der Rente ist es nicht erforderlich, dass der Rentner zu den in § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V genannten Personen gehört, also die dort genannte Vorversicherungszeit erfüllt und damit ohne die Vorrangversicherung in der KVdR versichert wäre. Von § 226 Absatz 1 SGB V werden vielmehr auch solche Rentner erfasst, die die geforderte Vorversicherungszeit nicht nachweisen können.

Darüber hinaus gilt § 226 Absatz 1 SGB V auch dann, wenn keine Rente, sondern nur Versorgungsbezüge gewährt werden. Die Einbeziehung von Arbeitseinkommen in die Beitragsbemessung ist dagegen an einen Renten- oder Versorgungsbezug geknüpft.

Bei Personen, deren Leistungen nach dem SGB III aus einem Arbeitsentgelt oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze berechnet werden, gelten als Bemessungsgrundlage für die zu zahlenden Beiträge maximal 80 v.H. der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (Urteil des BSG vom 29. September 1997 - 8 RKn 4/97 -, USK 9750). Beiträge aus Versorgungsbezügen sind für die Betroffenen aus der Differenz zwischen dieser Bemessungsgrundlage und der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze zu erheben.

§ 230 SGB V legt die Rangfolge der Einnahmearten fest. Hiernach werden bei der Beitragsbemessung Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen insoweit herangezogen, als sie zusammen mit dem Arbeitsentgelt aus dem die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigungsverhältnis die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigen. Der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung wird separat bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt; mögliche Beitragserstattungen regelt § 231 SGB V (vgl. A XI).

Beispiel 1:

Ein Rentner hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	1.800 €
Rente	1.200 €

Für die Beitragsbemessung sind Arbeitsentgelt und Rente jeweils in voller Höhe heranzuziehen, weil beide für sich allein die Beitragsbemessungsgrenze (2002 = 3.375 €) nicht überschreiten.

Beispiel 2:

Ein Versicherungspflichtiger hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	3.000 €
Betriebsrente	400 €
Arbeitseinkommen	100 €

Für die Beitragsberechnung sind heranzuziehen

Arbeitsentgelt	3.000 €
Betriebsrente	375 €

Die restliche Betriebsrente in Höhe von 25 € sowie das Arbeitseinkommen bleiben wegen Überschreitens der Beitragsbemessungsgrenze (2002 = 3.375 €) unberücksichtigt.

Beispiel 3:

Ein Rentner hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	3.500 €
Pension	500 €
Rente	800 €

Die Pension bleibt für die Beitragsbemessung außer Ansatz, da bereits das Arbeitsentgelt die Beitragsbemessungsgrenze (2002 = 3.375 €) erreicht. Die Rente ist in voller Höhe heranzuziehen.

Beispiel 4:

Ein Rentner hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	1.700 €
Arbeitseinkommen	150 €
Rente	1.000 €

Für die Beitragsbemessung sind Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen in voller Höhe heranzuziehen, da die Beitragsbemessungsgrenze (2002 = 3.375 €) nicht überschritten wird. Daneben ist die Rente ebenfalls in voller Höhe zu berücksichtigen.

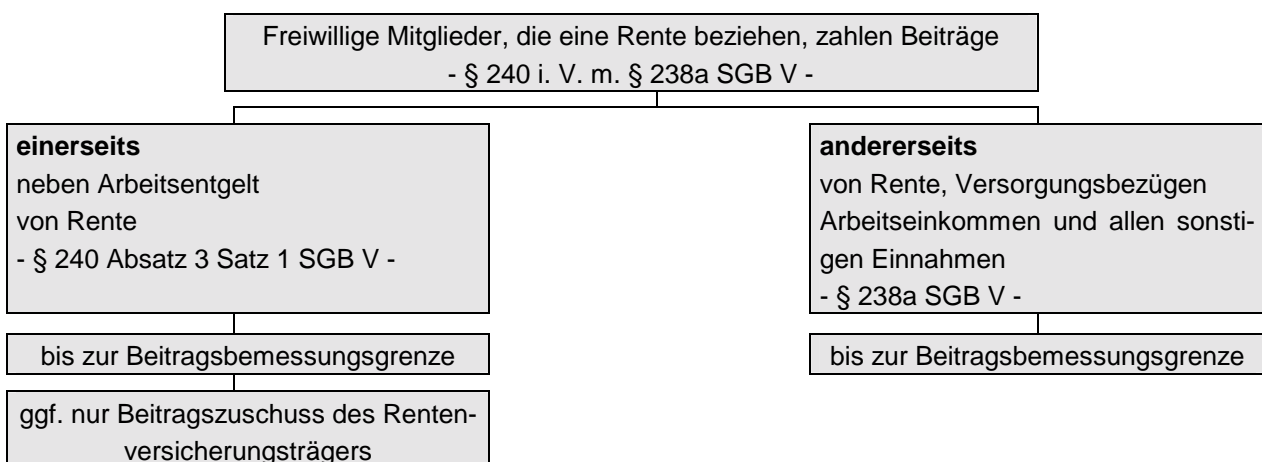
§ 230 SGB V findet auch bei den übrigen von § 226 Absatz 1 SGB V erfassten Personen (vgl. A IX 2.1.2) Anwendung.

In den Fällen in denen die Mitgliedschaft aufgrund des Anspruchs auf Krankengeld bzw. Mutterschaftsgeld oder der Zahlung von Übergangsgeld, Verletztengeld oder Versorgungskrankengeld im Rahmen des § 192 SGB V erhalten bleibt, ist zur Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen das Bemessungsentgelt für die Geldleistung zugrunde zu legen. Damit wird erreicht, dass Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen oder Teile hiervon, die bislang wegen Überschreitens der kalendertäglichen Beitragsbemessungsgrenze beitragsrechtlich unberücksichtigt blieben, bei Zahlung einer der vorgenannten Geldleistungen weiterhin außer Ansatz bleiben. Beim Bezug von Erziehungsgeld ist insoweit vom letzten Arbeitsentgelt oder Bemessungsentgelt auszugehen.

Obwohl ein Antrag auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der alleinige Bezug einer solchen Rente keine Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung begründen können (vgl. A V 3), haben gleichwohl in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung aufgrund eines anderen Tatbestandes pflichtversicherte Personen Beiträge aus einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung an die landwirtschaftliche Krankenkasse zu zahlen, bei der die Mitgliedschaft besteht. Dies gilt sowohl für die Krankenversicherung als auch für die Pflegeversicherung. Die Berechnung der Beiträge richtet sich nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) mit verschiedenen Sonderregelungen.

2.1.3 Freiwillig versicherte Rentner

Nach § 238 a SGB V sind bei Rentnern in der freiwilligen Versicherung nacheinander der Zahlbetrag der Rente, der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge, das Arbeitseinkommen aus einer selbständigen Tätigkeit und die sonstigen Einnahmen zugrunde zu legen.



Gemäß § 240 Absatz 4 Satz 1 SGB V sind die Beiträge nach dem neunzigsten Teil der monatlichen Bezugsgröße zu berechnen, wenn die Einnahmen des freiwillig versicherten Rentners diesen Betrag unterschreiten. Dieses Mindesteinkommen ist nach § 240 Absatz 4 Satz 5 SGB V für die Beitragsbemessung nicht heranzuziehen, wenn der freiwillig versicherte Rentner die unter A I 3.3 beschriebene Vorversicherungszeit erfüllt.

Obwohl in § 238a SGB V nicht festgelegt, ist bei freiwillig Versicherten, die Arbeitsentgelt aus einer versicherungsfreien Beschäftigung (z. B. nach § 6 Absatz 1 Nr. 1 SGB V) und gleichzeitig Rente erhalten, entsprechend § 240 Absatz 3 SGB V zunächst das Arbeitsentgelt und danach alle weiteren Einkünfte - in der nach § 238a SGB V vorgesehenen Reihenfolge - für die Beitragsbemessung in der freiwilligen Versicherung heranzuziehen. Dabei wird der Zahlbetrag der Rente nach § 240 Absatz 3 Satz 1 SGB V getrennt von den übrigen Einnahmen bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt. Soweit dies insgesamt zu einer über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Beitragsbelastung führen würde, ist statt des entsprechenden Beitrags aus der Rente nur der Zuschuss des Rentenversicherungsträgers als weiterer Beitrag an die Krankenkasse zu zahlen.

Bei freiwillig Versicherten, die hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind und gleichzeitig Rente beziehen, richtet sich die Beitragsbemessung nach § 240 Absatz 4 Sätze 2 und 3 SGB V.

2.2 Beitragssätze

2.2.1 Beitragssatz aus der Rente

Für die Beiträge aus der Rente ist der allgemeine Beitragssatz der Krankenkasse zugrunde zu legen, bei der der Rentner versichert ist (§ 247 Absatz 1 i.V.m. Absatz 3 SGB V). Der am 1. Januar maßgebende individuelle Beitragssatz gilt jeweils vom 1. Juli des laufenden Kalenderjahres bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres. Dieser Beitragssatz ist zur Berechnung von Beiträgen aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung für alle Rentner maßgebend, unabhängig davon, ob sie in der KVdR oder nach anderen gesetzlichen Vorschriften pflichtversichert sind.

Da die normierte Festlegung eines besonderen Beitragssatzes für das Beitrittsgebiet (§ 313 Absatz 2 SGB V) seit 1. Januar 2001 entfallen ist, ist vom 1. Juli 2001 an (§ 247 Absatz 1 SGB V) der am Stichtag 1. Januar 2001 bundeseinheitlich geltende Beitragssatz der jeweiligen Krankenkasse maßgebend.

Für Bezieher einer Rente, die bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse pflichtversichert sind, ist der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz aller Krankenkassen, den das Bundesministerium für Gesundheit jeweils zum 1. Januar eines Jahres feststellt, zu berücksichtigen.

Nach § 247 Absatz 2 i. V. m. § 201 Absatz 6 SGB V sind die Meldungen zur Übermittlung der individuellen Beitragssätze auf maschinell verwertbaren Datenträgern oder durch Datenübertragung zu erstatten. Das Datenübertragungsverfahren ist zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger im Benehmen mit dem Bundesversicherungsamt in der Vereinbarung vom 8. Juli 1996 gemeinsam festgelegt worden. Nach § 4 Absatz 1 dieser Vereinbarung in der ab 30. Juni 1997 geltenden Fassung verwenden die Rentenversicherungsträger zur Berechnung der Beiträge aus Renten die Beitragssätze der Datei "Beitragssätze der Krankenversicherungsträger" des VDR.

2.2.2 Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen

Der Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen ist in § 248 SGB V geregelt. Er beträgt die Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes (§ 241 SGB V) der zuständigen Krankenkasse.

Der jeweils am 1. Juli geltende Beitragssatz ist für das folgende Kalenderjahr maßgebend. Nach dem 1. Juli eines Jahres eintretende Beitragssatzänderungen bleiben für das folgende Kalenderjahr unberücksichtigt.

Für bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse pflichtversicherte Bezieher eines Versorgungsbezuges - dazu gehören auch Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte - findet nach § 39 Absatz 2 KVLG 1989 die Hälfte des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes der Krankenkassen, der zum 1. Januar jeden Jahres vom Bundesministerium für Gesundheit festgestellt wird, für das folgende Kalenderjahr Anwendung.

2.2.3 Beitrag für Wehr- und Zivildienstleistende

Bei versicherungspflichtig Beschäftigten, die Wehrdienst von länger als drei Tagen oder Zivildienst leisten und denen Arbeitsentgelt weiterzugewähren ist (§ 193 Absatz 1 und 3 SGB V), wird der vom Bund zu tragende Beitrag auf ein Drittel des Beitrags ermäßigt, der vor der Einberufung zuletzt zu entrichten war (§ 244 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V). Bei den übrigen Versicherungspflichtigen sowie bei freiwillig Versicherten, die Wehrdienst von länger als drei Tagen oder Zivildienst leisten, ermäßigt sich der Beitrag auf ein Zehntel des Beitrags, der zuletzt vor der Einberufung maßgebend war (§ 244 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V). Der Bund zahlt den Trägern der Kranken- und Pflegeversicherung die Beiträge im Rahmen der KV-/PV-Pauschalbeitragsverordnung vom 3. März 1998 (BGBl. I S. 392).

Durch § 244 Absatz 1 Satz 2 SGB V wird klargestellt, dass sich hinsichtlich der auf die Rente, die Versorgungsbezüge und das Arbeitseinkommen entfallenden Beiträge, die vom Versicherten zu tragen sind, für die Dauer des Wehrdienstes oder Zivildienstes keine Veränderung ergibt. Eine Ermäßigung dieser Beiträge kommt nicht in Betracht. Die Beitragshöhe richtet sich insoweit nach den §§ 247 und 248 SGB V. Gleiches gilt bei Personen, die Dienstleistungen oder Übungen nach den §§ 51a, 54 Absatz 5 und 58a des Soldatengesetzes verrichten.

2.2.4 Studenten, Praktikanten ohne Arbeitsentgelt, zur Berufsausbildung Beschäftigte ohne Arbeitsentgelt und Auszubildende des Zweiten Bildungswegs

Bei nicht in der KVdR, sondern nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 und 10 SGB V versicherten Personen sind die nach § 226 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 SGB V (Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen) zu bemessenden Beiträge nur insoweit zu entrichten, als diese die Beiträge für die Pflichtversicherung als Student, Praktikant ohne Arbeitsentgelt, zur Berufsausbildung Beschäftigter ohne Arbeitsentgelt oder Auszubildender des Zweiten Bildungswegs übersteigen (vgl. § 236 Absatz 2 Satz 2 SGB V). Die Beitragsuntergrenze (vgl. A IX 5) ist bei diesen Personen ohne Bedeutung. Ergibt die Anwendung des § 226 Absatz 2 Satz 2 SGB V im Bereich der Pflegeversicherung einen den Studentenbeitrag übersteigenden Betrag, sind lediglich dann Beiträge zur Pflegeversicherung zu zahlen, wenn auch Krankenversicherungsbeiträge anfallen.

Neben dem Studentenbeitrag sind auch aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung Beiträge zu zahlen. Diese sind zunächst uneingeschränkt als beitragspflichtige Einnahmen für die Bemessung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu berücksichtigen (§ 236 Absatz 2 Satz 1 i.V.m. § 228 SGB V). In entsprechender Anwendung des BSG-Urteils vom 19. Dezember 1995 - 12 RK 74/94 - (USK 95153) ist dem Mitglied jedoch auf Antrag sein Eigenanteil an den Beiträgen aus der Rente von der Krankenkasse zu erstatten, soweit dieser (zusammen mit eventuell aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen zu bemessenden Beiträgen) den Studentenbeitrag nicht übersteigt. Die Beitragsanteile des Rentenversicherungsträgers verbleiben dagegen bei der Krankenkasse.

2.2.5 Freiwillig versicherte Rentner

Auch die Beiträge für freiwillig versicherte Rentner sind nach einem Beitragssatz zu erheben, der in Hundertstel der beitragspflichtigen Einnahmen in der Satzung der jeweiligen Krankenkasse festgelegt ist. Bei freiwillig versicherten Rentnern gilt der ermäßigte Beitragssatz nach § 243 Absatz 1 SGB V.

Nach § 240 Absatz 3a SGB V findet § 248 SGB V (vgl. A IX 2.2.2) auch für freiwillig versicherte Rentner Anwendung, die am 31. Dezember 1992 unter die Regelung des § 248 Absatz 2 SGB V a. F. fielen. Dies gilt auch für hinterbliebene Ehegatten der vorgenannten Personen, wenn ihre Familienversicherung durch den Tod des Mitglieds endet und sie der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beitreten.

Freiwillig krankenversicherte Rentner erhalten zu ihrer Rente einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung (§ 106 Absatz 1 SGB VI); dies gilt nicht bei einer Beitragsleistung nach § 240 Absatz 4a SGB V. Da der Zuschuss eine Zusatzleistung der gesetzlichen Rentenversicherung ist, wird er nur auf Antrag des Rentenberechtigten gezahlt. Der monatliche Zuschuss wird in Höhe des halben Betrages geleistet, der sich aus der Anwendung des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes aller Krankenkassen ergibt (§ 106 Absatz 2 SGB VI). Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz aller Krankenkassen wird vom Bundesministerium für Gesundheit jeweils zum 1. Januar eines Jahres (ab 1. Januar 2001 bundeseinheitlich) festgestellt; er gilt vom 1. Juli des jeweiligen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des Folgejahres. Der monatliche Zuschuss ist auf die Hälfte der tatsächlichen Aufwendungen für die Krankenversicherung zu begrenzen (BSG-Urteil vom 16. Mai 2001 - B 8 KN 2/00 R - , USK 2001-24).

Nach § 106 a SGB VI erhalten freiwillig krankenversicherte Rentner zu ihrer Rente auch einen Beitragszuschuss für die Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung. Der monatliche Zuschuss wird in Höhe des Beitrags geleistet, den der Träger der Rentenversicherung als Pflegeversicherungsbeitrag für einen in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherten Rentner zu tragen hat. Eine Begrenzung des Zuschusses auf die Hälfte der tatsächlichen Aufwendungen ist für die Pflegeversicherung nicht vorgesehen.

Freiwillig krankenversicherten Rentenbeziehern, die unter die Regelung des § 55 Absatz 1 Satz 2 SGB XI fallen, steht der Beitragszuschuss nur in halber Höhe zu.

2.2.6 Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung

Der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung beträgt nach § 55 Absatz 1 Satz 1 SGB XI seit 1. Juli 1996 1,7 v. H. der beitragspflichtigen Einnahmen.

Als Folge der Halbierung ihrer Leistungsansprüche (§ 28 Absatz 2 SGB XI) gilt bei Personen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen bei Krankheit und Pflege einen eigenen Anspruch auf Beihilfe oder Heilfürsorge haben, die Hälfte des normalen Beitragssatzes (§ 55 Absatz 1 Satz 2 SGB XI). Ein abgeleiteter Beihilfe- bzw. Heilfürsorgeanspruch reicht für die Beitragssatzvergünstigung dagegen nicht aus (Urteil des BSG vom 6. November 1997 - 12 RP 1/97 - USK 9741).

3 Berechnung des Beitrags aus der Rente

Für die Berechnung des Beitrags aus der Rente ist der Ausgangsbetrag der Rente mit dem jeweils geltenden Beitragssatz (Vomhundertsatz) zu multiplizieren. Das Ergebnis ist auf 2 Dezimalstellen auszurechnen, wobei die 2. Stelle um 1 zu erhöhen ist, wenn sich in der dritten Stelle eine der Zahlen 5 bis 9 ergibt.

Die Hälfte des so errechneten Beitrags ergibt den Anteil des Rentenversicherungsträgers am Beitrag aus der Rente. Dieser Anteil ist ebenfalls auf 2 Dezimalstellen auszurechnen und ebenso wie der Beitrag selbst zu runden.

Die Differenz zwischen dem Beitrag und dem Anteil des Rentenversicherungsträgers ergibt den Anteil des Rentners am Beitrag aus der Rente.

4 Tragung der Beiträge

Versicherungspflichtige Rentner und die Rentenversicherungsträger haben die aus der Rente zu zahlenden Beiträge jeweils zur Hälfte zu tragen (§ 249 a SGB V). Dagegen sind die Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen nach § 250 Absatz 1 Nr. 1 und 2 SGB V allein vom Versicherten zu entrichten.

Die Beitragslastverteilung in der sozialen Pflegeversicherung richtet sich nach den Vorschriften der gesetzlichen Krankenversicherung. Abweichend hiervon werden die Beiträge bei Beziehern einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte und dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit von den Beziehern der Leistung und der Alterskasse je zur Hälfte getragen (§ 59 Absatz 1 Satz 2 SGB XI).

5 Beitragsuntergrenze

Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen sind nach § 226 Absatz 2 SGB V nur zu entrichten, wenn die monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen insgesamt ein Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV übersteigen. Die Beitragsentrichtung entfällt jedoch nicht, wenn die Beitragsuntergrenze lediglich durch die Gewährung einer Einmalzahlung (auch Nachzahlung) überschritten wird. Erhält ein Versicherter mehrere Versorgungsbezüge oder mehrere Arbeitseinkommen oder Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen, dann sind diese für die Beurteilung der Frage, ob die Grenze von einem Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße überschritten wird, zusammenzurechnen.

Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen sind auch dann zu entrichten, wenn an sich der Mindestbetrag von einem Zwanzigstel überschritten wird, die Differenz bis zur Beitragsbemessungsgrenze aber tatsächlich nicht höher ist als die Beitragsuntergrenze.

Sofern der Mindestbetrag erst unter Berücksichtigung einer Nachzahlung überschritten wird, sind von den Versorgungsbezügen Beiträge im Rahmen der Verjährung nachzuerheben.

Werden die Versorgungsbezüge nicht monatlich, sondern in größeren Zeitabständen ausgezahlt, sind die Versorgungsbezüge entsprechend aufzuteilen. Ergibt sich hierbei ein monatlicher Betrag von nicht mehr als einem Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße, so entfällt die Beitragsentrichtung. Sie entfällt aber nicht, wenn der Versorgungsbezug oder das Arbeitseinkommen an sich den Mindestbetrag überschreitet, die Differenz zwischen Arbeitsentgelt und Beitragsbemessungsgrenze aber tatsächlich nicht höher ist als ein Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße.

6 Beitragsfreiheit in der sozialen Pflegeversicherung

Rentner sind nach § 56 Absatz 4 SGB XI auf Antrag beitragsfrei in der sozialen Pflegeversicherung, wenn sie sich auf nicht absehbare Dauer in stationärer Pflege befinden und bestimmte Entschädigungsleistungen wegen Pflegebedürftigkeit erhalten.

Beitragsfreiheit nach § 56 Absatz 4 SGB XI kommt jedoch nicht zustande, wenn und solange der Rentner Familienangehörige hat, für die eine Versicherung nach § 25 SGB XI besteht.

Über die Beitragsfreiheit ist der Rentenversicherungsträger und ggf. die Zahlstelle von Versorgungsbezügen zu informieren (vgl. A VII 2.2.5).

X Einzug der Beiträge

§ 252 SGB V

Beitragszahlung

Soweit gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die Beiträge von demjenigen zu zahlen, der sie zu tragen hat. ...

§ 255 SGB V

Beitragszahlung aus der Rente

(1) Beiträge, die Versicherungspflichtige aus ihrer Rente zu tragen haben, sind von den Trägern der Rentenversicherung bei der Zahlung der Renten einzubehalten und zusammen mit den von den Trägern der Rentenversicherung zu tragenden Beiträgen an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte für die Krankenkassen mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Krankenkassen zu zahlen.

(2) Ist bei der Zahlung der Rente die Einbehaltung von Beiträgen nach Absatz 1 unterblieben, sind die rückständigen Beiträge durch den Träger der Rentenversicherung aus der weiterhin zu zahlenden Rente einzubehalten; § 51 Absatz 2 des Ersten Buches gilt entsprechend. Wird die Rente nicht mehr gezahlt, obliegt der Einzug von rückständigen Beiträgen der zuständigen Krankenkasse. Der Träger der Rentenversicherung haftet mit dem von ihm zu tragenden Anteil an den Aufwendungen für die Krankenversicherung.

(3) Die Beiträge nach den Absätzen 1 und 2 stehen den Krankenkassen der Bezieher dieser beitragspflichtigen Renten zu. Die Krankenkassen verrechnen die Beitragsforderungen nach Satz 1 mit ihren Verpflichtungen im Risikostrukturausgleich (§ 266) und mit den für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte eingezogenen Beiträgen. Die Rentenversicherungsträger haben den Krankenkassen die einbehaltenen Beiträge nachzuweisen. Das Nähere über das Verfahren der Aufteilung der Beiträge vereinbaren die Spitzenverbände der betroffenen Krankenkassen und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Benehmen mit dem Bundesversicherungsamt.

(3a) Die Beiträge nach den Absätzen 1 und 2 werden am Ersten des Monats fällig, für den die Rente gezahlt wird. Sie sind an die Krankenkasse zu zahlen, sobald sie von diesen nach Absatz 3 Satz 2 verrechnet werden können. Soweit Beiträge nicht verrechnet werden können, sind sie am fünften Arbeitstag nach Zugang der Anforderung der Krankenkasse zu zahlen; frühester Zugang einer Anforderung ist der Erste des Monats, für den die Rente gezahlt wird.⁷

(4) ...

⁷ Sätze 2 und 3 in der Fassung des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz (HZvNG)

§ 256 SGB V

Beitragszahlung aus Versorgungsbezügen

- (1) Für Versicherungspflichtige, die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, haben die Zahlstellen der Versorgungsbezüge die Beiträge aus Versorgungsbezügen einzubehalten und an die zuständige Krankenkasse zu zahlen. Die zu zahlenden Beiträge werden fällig mit der Auszahlung der Versorgungsbezüge, von denen sie einzubehalten sind. Die Zahlstellen haben der Krankenkasse die einbehaltenen Beiträge nachzuweisen. Bezieht das Mitglied Versorgungsbezüge von mehreren Zahlstellen und übersteigen die Versorgungsbezüge zusammen mit dem Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze, verteilt die Krankenkasse auf Antrag des Mitglieds oder einer der Zahlstellen die Beiträge.
- (2) § 255 Absatz 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Krankenkasse zieht die Beiträge aus nachgezahlten Versorgungsbezügen ein. Dies gilt nicht für Beiträge aus Nachzahlungen aufgrund von Anpassungen der Versorgungsbezüge an die wirtschaftliche Entwicklung. Die Erstattung von Beiträgen obliegt der zuständigen Krankenkasse. Die Krankenkassen können mit den Zahlstellen der Versorgungsbezüge Abweichendes vereinbaren.
- (3) Die Krankenkasse überwacht die Beitragszahlung. Sind für die Überwachung der Beitragszahlung durch eine Zahlstelle mehrere Krankenkassen zuständig, haben sie zu vereinbaren, dass eine dieser Krankenkassen die Überwachung für die beteiligten Krankenkassen übernimmt. § 98 Absatz 1 Satz 2 des Zehnten Buches gilt entsprechend.
- (4) Zahlstellen, die regelmäßig an weniger als dreißig beitragspflichtige Mitglieder Versorgungsbezüge auszahlen, können bei der zuständigen Krankenkasse beantragen, dass das Mitglied die Beiträge selbst zahlt.

§ 60 SGB XI

Beitragszahlung

- (1) Soweit gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die Beiträge von demjenigen zu zahlen, der sie zu tragen hat. Die § 252 Satz 2, §§ 253 bis 256 des Fünften Buches und § 50 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte gelten entsprechend. Die aus einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte und einer laufenden Geldleistung nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zu entrichtenden Beiträge werden von der Alterskasse gezahlt; § 28 g Satz 1 des Vierten Buches gilt entsprechend.
- (2) - (3) ...

§ 50 KVLG 1989

Beitragszahlung aus der Rente und aus Versorgungsbezügen

- (1) Beiträge, die Versicherungspflichtige aus ihrer Rente zu tragen haben, sind von den Trägern der Rentenversicherung bei der Zahlung der Rente einzubehalten und an die zuständige landwirtschaftliche Krankenkasse zu zahlen. § 255 Absatz 2 SGB V gilt. Die Beiträge nach Satz 1 werden am Ersten des Monats fällig, für den die Rente gezahlt wird.

(2) Beiträge, die Versicherungspflichtige aus Versorgungsbezügen zu zahlen haben, sind von den Zahlstellen der Versorgungsbezüge einzubehalten und an die zuständige landwirtschaftliche Krankenkasse zu zahlen. § 256 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 2 bis 4 SGB V gilt.

1 Beitragszahlung aus der Rente

1.1 Allgemeines

Die Rentenversicherungsträger sind nach § 255 Absatz 1 SGB V verpflichtet, die Beiträge von den Renten und Rentennachzahlungen derjenigen Rentner, die nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V oder nach anderen gesetzlichen Vorschriften versicherungspflichtig sind, einzubehalten und an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte für den Risikostrukturausgleich (§§ 266 ff. SGB V) abzuführen; für die Verteilung der Beiträge gilt § 255 Absatz 3 SGB V. Die Rentenversicherungsträger haben daher die Beitragspflicht des Versicherten zu prüfen. Um eine Prüfung vornehmen zu können, haben die Krankenkassen die Rentenversicherungsträger über sämtliche krankenversicherungsrechtliche Tatbestände zu informieren (§ 201 Absatz 1, 3 und 5 SGB V). Den Rentenversicherungsträgern obliegt ferner die Beitragsberechnung unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze.

Der vom Rentenversicherungsträger zu tragende Beitragsanteil ist an die zuständige Krankenkasse zu zahlen (§§ 252, 255 Absatz 1 SGB V). Diese hat den Anspruch auf den Beitragsanteil. Der Rentner kann insoweit nicht zu Lasten der Krankenkasse auf den Beitragsanteil des Rentenversicherungsträgers verzichten (Urteil des BSG vom 17. Dezember 1996 - 12 RK 23/96 -, USK 9641).

Sofern Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner an eine unzuständige Krankenkasse gezahlt wurden, ist der Beitragseinbehalt zugunsten der zuständigen Krankenkasse unter Berücksichtigung des maßgebenden Beitragssatzes und unter Beachtung der anzuwendenden Verjährungsvorschriften (§§ 25 und 27 Absatz 2 Satz 1 SGB IV) zu korrigieren. § 27 Absatz 2 Satz 2 SGB IV findet insoweit keine Anwendung. Gleiches gilt für Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung.

Hinsichtlich der Beitragszahlung zur sozialen Pflegeversicherung aus der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung gilt § 255 SGB V entsprechend (§ 60 Absatz 1 Satz 2 SGB XI). Von den Renten der freiwillig krankenversicherten Rentnern, die in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert sind, ist jedoch kein Beitrag einzubehalten, da sie ihre Beiträge grundsätzlich allein zu tragen haben (§ 59 Absatz 4 Satz 1 SGB XI) und ihren Beitrag selbst an die Pflegekasse entrichten.

Zu der Beitragszahlung aus der Rente aus der Alterssicherung der Landwirte, der Produktionsaufgaberente und dem Ausgleichsgeld wird auf die Ausführungen unter A X 2.6 hingewiesen.

1.2 Nachträglicher Einbehalt

§ 255 Absatz 2 SGB V regelt den Fall, dass rückwirkend die Krankenversicherungspflicht eines Rentners zur gesetzlichen Krankenversicherung festgestellt wird und deshalb die Einbehaltung der Beiträge durch den Rentenversicherungsträger unterblieben ist. In diesem Fall bleibt der Rentenversicherungsträger grundsätzlich verpflichtet, die rückständigen Beiträge von der Rente einzubehalten. Hierbei ist die Aufrechnungsvorschrift des § 51 Absatz 2 SGB I zu beachten; d.h., es muss gewährleistet sein, dass der Rentenberechtigte durch die Aufrechnung der Beitragsforderung in Höhe der rückständigen Eigenanteile nicht hilfebedürftig im Sinne der Vorschriften des BSHG über die Hilfe zum Lebensunterhalt wird. Ist hiernach eine Aufrechnung nicht möglich, unterrichtet der Rentenversicherungsträger die Krankenkasse entsprechend.

Für Beitragsansprüche nach § 255 Absatz 2 SGB V gilt die Verjährungsfrist nach § 25 Absatz 1 Satz 1 SGB IV (Urteil des BSG vom 15. Juni 2000 – B 12 RJ 5/99 R -). Nach dieser Entscheidung kann bei Bei-

tragsnachforderungen aufgrund eines unterlassenen Beitragseinbehalts durch den Rentenversicherungsträger im Allgemeinen nicht von der 30-jährigen Verjährungsfrist ausgegangen werden.

Wird die Rente nicht mehr gezahlt, geht die Verpflichtung zum Beitragseinzug auf die Krankenkasse über. In jedem Fall haftet der Rentenversicherungsträger im Rahmen der oben aufgeführten Verjährung in Höhe der von ihm nach § 249a SGB V für die Vergangenheit zu tragenden Anteile an den Krankenversicherungsbeiträgen.

2 Beitragszahlung aus Versorgungsbezügen

2.1 Allgemeines

Für Rentner, die nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V oder nach anderen gesetzlichen Vorschriften krankenversicherungspflichtig sind, haben alle Zahlstellen von Versorgungsbezügen die Beiträge zu ermitteln, von den Versorgungsbezügen einzubehalten und an die zuständige Krankenkasse abzuführen (§ 256 Absatz 1 SGB V). Für freiwillig versicherte Rentner oder Versorgungsempfänger, die keine Rente beziehen, ist ein Beitragsabzug durch die Zahlstelle im Gesetz nicht vorgesehen.

Bei versicherungspflichtigen Rentnern haben die Zahlstellen von Versorgungsbezügen auch die Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung einzubehalten und an die zuständige Krankenkasse zu zahlen.

2.2 Zahlstellen mit weniger als 30 beitragspflichtigen Versorgungsempfängern

Zahlstellen mit regelmäßig weniger als 30 beitragspflichtigen Versorgungsempfängern können gemäß § 256 Absatz 4 SGB V bei jeder betroffenen Krankenkasse beantragen, dass sie nicht zur Beitragseinbehaltung und -abführung verpflichtet werden. Für die Beurteilung, ob die Zahlstelle weniger als 30 beitragspflichtige Versorgungsempfänger hat, ist die Gesamtzahl der beitragspflichtigen Versorgungsempfänger der Zahlstelle maßgebend, und zwar unabhängig von deren Krankenkassenzugehörigkeit. Da die Anzahl der beitragspflichtigen Versorgungsempfänger im Laufe eines Jahres schwanken kann, sollte hierbei auf die Verhältnisse am 1. Januar eines Jahres abgestellt werden. Für die Ermittlung der Anzahl der beitragspflichtigen Versorgungsempfänger sind auch solche versicherungspflichtigen Versorgungsempfänger zu berücksichtigen, für die die Zahlstelle keine Beiträge einzubehalten hat. Versicherungspflichtige, die keine Rente, wohl aber Versorgungsbezüge erhalten, sind demnach mitzuzählen, zumal den Zahlstellen für diese Versorgungsempfänger die Meldepflicht nach § 202 SGB V obliegt. Freiwillig Versicherte bleiben dagegen unberücksichtigt.

2.3 Nachträglicher Einbehalt

Ist bei der Zahlung der Versorgungsbezüge die Einbehaltung von Beiträgen - gleich aus welchem Grund - unterblieben, sind die rückständigen Beiträge durch die Zahlstelle aus den weiterhin zu zahlenden Versorgungsbezügen einzubehalten (§ 256 Absatz 2 Satz 1 i. V. m. § 255 Absatz 2 Satz 1 SGB V). Hierbei gilt die Aufrechnungsvorschrift des § 51 Absatz 2 SGB I entsprechend, d.h. es muss gewährleistet sein, dass der Rentenberechtigte durch den nachträglichen Beitragseinbehalt nicht hilfebedürftig im Sinne der Vorschriften des BSHG über die Hilfe zum Lebensunterhalt wird. Ist hiernach ein Beitragseinbehalt nicht möglich, unterrichtet die Zahlstelle der Versorgungsbezüge die Krankenkasse entsprechend.

Lediglich in den Fällen, in denen Versorgungsbezüge nicht mehr laufend gezahlt werden, geht die Verpflichtung zum Beitragseinzug auf die Krankenkasse über (§ 256 Absatz 2 Satz 1 i.V.m. § 255 Absatz 2 Satz 2 SGB V); ein Verschulden der Zahlstelle von Versorgungsbezügen am unterbliebenen Beitragseinbehalt führt nicht zur Freistellung des Versicherten von der Beitragsentrichtung.

Den Zahlstellen obliegt auch die Einbehaltung von Beiträgen aus Nachzahlungen aufgrund von Anpassungen der Versorgungsbezüge an die wirtschaftliche Entwicklung (§ 256 Absatz 2 Satz 3 SGB V).

2.4 Beitragszahlung durch den Versicherten

In den Fällen, in denen der Beitragsabzug nicht der Zahlstelle obliegt, hat die Krankenkasse die Beiträge unmittelbar vom Versicherungspflichtigen einzuziehen. Das ist der Fall, wenn

- es sich um eine Zahlstelle mit weniger als 30 beitragspflichtigen Versorgungsempfängern handelt und dem Antrag nach § 256 Absatz 4 SGB V entsprochen worden ist
- der Beitragseinzug durch die Zahlstelle unterblieben ist und Versorgungsbezüge nicht mehr gezahlt werden (vgl. A X 2.3)
- Beiträge von Versicherungspflichtigen zu erheben sind, die keine Rente beziehen; dies gilt nicht, soweit der Versicherte Versorgungsbezüge im Sinne von § 229 Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 SGB V bezieht (vgl. A X 2.6)
- Beiträge aus Nachzahlungen zu erheben sind (§ 256 Absatz 2 Satz 2 SGB V); dies gilt allerdings nicht für Beiträge aus Nachzahlungen aufgrund von Anpassungen der Versorgungsbezüge an die wirtschaftliche Entwicklung
- Beiträge aus Abfindungen (§ 229 Absatz 1 Satz 3 SGB V) zu erheben sind.

2.5 Mehrere Versorgungsbezüge

Erhält der Versicherte Versorgungsbezüge von mehreren Zahlstellen und übersteigen die Versorgungsbezüge zusammen mit dem Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze, bleibt es der Krankenkasse unbenommen, welche Zahlstelle sie vorrangig mit dem Beitragseinbehalt beauftragt. Nicht zulässig ist es, eine der beteiligten Zahlstellen mit der Beitragseinbehaltung für einen höheren Betrag als den von ihr gezahlten Versorgungsbezug zu beauftragen.

Beantragt der Versicherte oder eine der Zahlstellen eine Beitragsverteilung, hat die Krankenkasse die Beiträge nach folgender Formel aufzuteilen:

$$\frac{\text{Der Beitragsberechnung unterliegende}}{\text{Gesamtbetrag der Versorgungsbezüge}} = \frac{\text{Versorgungsbezüge unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze}}{\text{Versorgungsbezug der einzelnen Zahlstelle}}$$

Beispiel :

Ein Rentner hat im Kalenderjahr 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Rente	1.800 €
Versorgungsbezug A	1.000 €
Versorgungsbezug B	700 €
Beitragsbemessungsgrenze (2002)	3.375 €

Von den Versorgungsbezügen (insgesamt 1.700 €) dürfen unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze nur 1.575 € zur Beitragsberechnung herangezogen werden. Es steht der Krankenkasse zunächst frei, ob sie beispielsweise für die Einbehaltung der Beiträge aus 1000 € die Zahlstelle A und aus 575 € die Zahlstelle B oder aus 875 € die Zahlstelle A und aus 700 € die Zahlstelle B beauftragt. Nicht zulässig ist es jedoch, ausschließlich die Zahlstelle A oder die Zahlstelle B mit der Beitragsabführung aus 1.700 € zu beauftragen.

Bei einem Antrag auf Beitragsverteilung ist diese wie folgt vorzunehmen:

$$\text{Zahlstelle A } \frac{1.575 \text{ €} \times 1.000 \text{ €}}{1.700 \text{ €}} = 926.47 \text{ €}$$

$$\text{Zahlstelle B } \frac{1.575 \text{ €} \times 700 \text{ €}}{1.700 \text{ €}} = 648.53 \text{ €}$$

insgesamt = 1.575 €

2.6 Beitragszahlung aus Rente aus der Alterssicherung der Landwirte, Produktionsaufgaberente und Ausgleichsgeld

Die von einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte oder von einer Produktionsaufgaberente nach dem FELEG oder einem nach § 14 Absatz 4 FELEG beitragspflichtigen Ausgleichsgeld zu entrichtenden Pflegeversicherungsbeiträge werden - abweichend vom Recht der Krankenversicherung - je zur Hälfte vom Versicherten und der landwirtschaftlichen Alterskasse getragen. Die Beitragsanteile der landwirtschaftlichen Alterskassen trägt der Bund. Dementsprechend bestimmt § 60 Absatz 1 Satz 3 SGB XI, dass die landwirtschaftliche Alterskasse die Beiträge aus diesen Bezügen an die Pflegekasse abzuführen hat.

Die landwirtschaftlichen Alterskassen führen die Beiträge zur Pflegeversicherung nach den Grundsätzen des bisherigen Alterskassenverfahrens ab. Auch die Beiträge für Pflichtversicherte außerhalb der KVdR, die keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, werden im Rahmen des Zahlstellenverfahrens durch die landwirtschaftlichen Alterskassen einbehalten und abgeführt. Dies gilt einheitlich auch für die Krankenversicherungsbeiträge, die dieser Personenkreis aus der ALG-Rente, aus der Produktionsaufgaberente nach dem FELEG oder aus einem Ausgleichsgeld nach § 14 Absatz 4 FELEG zu zahlen hat.

Freiwillig krankenversicherte Bezieher einer ALG-Rente, einer Produktionsaufgaberente nach dem FELEG oder von Ausgleichsgeld nach § 14 Absatz 4 FELEG tragen und zahlen die Pflegeversicherungsbeiträge allein (§ 59 Absatz 4 i.V.m. § 60 Absatz 1 Satz 1 SGB XI). Sie erhalten jedoch - unter den Voraussetzungen der §§ 35 a und 35 b ALG - zu ihrer Rente einen Zuschuss zu den Aufwendungen zur Pflegeversicherung.

Bei Bezug von mehreren Versorgungsbezügen gilt § 256 Absatz 1 Satz 4 SGB V entsprechend.

2.7 Fälligkeit der Beiträge

Die von der Zahlstelle einbehaltenen Beiträge werden mit der Auszahlung der Versorgungsbezüge fällig (§ 256 Absatz 1 Satz 2 SGB V).

Für die nicht von der Zahlstelle einzubehaltenden und abzuführenden Beiträge gilt § 23 SGB IV. Danach bestimmt die Satzung der Krankenkasse den Zahltag. Als spätesten Zahltag kann die Satzung den Fünfzehnten des Monats vorsehen, der auf den Monat folgt, für den die Beiträge zu entrichten sind. Dadurch, dass bei den Selbstzahlern die Fälligkeit von der Auszahlung der Versorgungsbezüge losgelöst ist, kann

es vorkommen, dass der Versicherte die Beiträge vorstrecken muss. In Fällen der Erstbewilligung von Versorgungsbezügen sind die Beiträge aus den nachgezahlten Versorgungsbezügen erst mit dem nächstfolgenden Fälligkeitstag nach der Auszahlung fällig. Für die Erhebung von Säumniszuschlägen gilt § 24 SGB IV.

2.8 Beitragsüberwachung

Nach § 256 Absatz 3 SGB V ist die Entrichtung der Beiträge aus Versorgungsbezügen durch die zuständige Krankenkasse zu überwachen. Die Überwachung erstreckt sich auf die Feststellung der Höhe der Versorgungsbezüge und der hierauf entfallenden Beiträge sowie auf deren ordnungsgemäße Einbehaltung und Abführung. Zu diesem Zweck erklärt § 256 Absatz 3 SGB V die Vorschrift des § 98 Absatz 1 Satz 2 SGB X (gemeint ist aber offenbar § 98 Absatz 1 Satz 3 SGB X) für entsprechend anwendbar. Dies bedeutet, dass die Zahlstellen verpflichtet sind, der Krankenkasse die Geschäftsbücher und Listen oder andere Unterlagen, aus denen die für die Beitragserhebung relevanten Daten hervorgehen, vorzulegen. Sofern bei einem Arbeitgeber die Geschäftsräume zugleich die private Wohnung sind, kommt eine Vorlage der entsprechenden Unterlagen nur in den Geschäftsräumen der Krankenkasse in Betracht.

Hat eine Zahlstelle an mehrere Krankenkassen Beiträge zu entrichten, so haben die betroffenen Krankenkassen zu vereinbaren, dass eine dieser Krankenkassen die Beitragsüberwachung für die beteiligten Krankenkassen übernimmt (§ 256 Absatz 3 Satz 1 SGB V). Die gemeinsame Verlautbarung der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Überwachung des Melde- und Beitragsverfahrens für Empfänger von Versorgungsbezügen (Zahlstellen-Beitragsüberwachungsverfahren) in der jeweils aktuell geltenden Fassung ist zu beachten.

3 Arbeitseinkommen

Die Beiträge aus Arbeitseinkommen hat der Versicherte selbst einzuzahlen. Hierzu erhält er von seiner Krankenkasse einen Beitragsbescheid. Für die Fälligkeit der Beiträge gilt § 23 SGB IV. Danach bestimmt die Satzung den Fälligkeitstag. Beiträge, die aus dem Arbeitseinkommen zu bemessen sind, werden spätestens am Fünfzehnten des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem die Tätigkeit, mit der das Arbeitseinkommen erzielt wird, ausgeübt worden ist oder als ausgeübt gilt. Für die Erhebung von Säumniszuschlägen gilt § 24 SGB IV.

XI Beitragserstattungen

§ 231 SGB V

Erstattung von Beiträgen

(1) Beiträge aus Versorgungsbezügen oder Arbeitseinkommen werden dem Mitglied durch die Krankenkasse auf Antrag erstattet, soweit sie auf Beiträge entfallen, um die die Versorgungsbezüge und das Arbeitseinkommen zusammen mit dem Arbeitsentgelt einschließlich des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts die anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze überschritten haben.

(2) Die zuständige Krankenkasse erstattet dem Mitglied auf Antrag die von ihm selbst getragenen Anteile an den Beiträgen aus der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, soweit sie auf Beiträge entfallen, um die die Rente zusammen mit den übrigen der Beitragsbemessung zugrunde gelegten Einnahmen des Mitglieds die Beitragsbemessungsgrenze überschritten hat. Die Satzung der Krankenkasse kann Näheres über die Durchführung der Erstattung bestimmen.

§ 57 SGB XI

Beitragspflichtige Einnahmen

(1) Bei Mitgliedern der Pflegekasse, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, gelten für die Beitragsbemessung die §§ 226 und 228 bis 238 und § 244 SGB V sowie die §§ 23a und 23b Absatz 2 bis 4 SGB IV.

(2) - (5) ...

1 Erstattung von Beiträgen aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen

1.1 Allgemeines

In den Fällen, in denen neben Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen noch Arbeitsentgelt bezogen wird, ist vorrangig das Arbeitsentgelt zur Beitragsberechnung heranzuziehen (§ 226 Absatz 1 SGB V). Dies gilt auch in Bezug auf einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im Sinne des § 23a SGB IV. Die Zugrundelegung der anteiligen Jahresarbeitsentgeltgrenze für die Berechnung der Beiträge aus einmalig gezahltem Arbeitsentgelt kann dazu führen, dass sich der Rahmen, bis zu dem Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen der Beitragspflicht unterliegen, nachträglich verringert oder dass die Beitragspflicht aus den Versorgungsbezügen bzw. dem Arbeitseinkommen ganz entfällt.

Für Fälle dieser Art sieht § 231 Absatz 1 SGB V vor, dass dem Mitglied die Beiträge aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen auf Antrag zu erstatten sind, soweit sie von einem die anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze übersteigenden Betrag berechnet worden sind.

1.2 Erstattungsfähiger Beitrag

Bei der Anwendung des § 231 Absatz 1 SGB V können nur Beiträge von kongruenten Zeiträumen verglichen werden, d. h., die Vergleichsberechnung beschränkt sich auf solche Zeiten, für die einerseits Beiträge aus laufendem Arbeitsentgelt entrichtet und demzufolge die anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze angesetzt und andererseits Beiträge aus Versorgungsbezügen oder Arbeitseinkommen erhoben worden sind. Soweit Beiträge aus Versorgungsbezügen oder Arbeitseinkommen für nach § 224 Absatz 1 Satz 1 SGB V beitragsfreie Zeiten gezahlt worden sind, scheidet eine Beitragserstattung nach § 231 Absatz 1 SGB V aus.

Beispiel:

Ein Versicherungspflichtiger hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	2.700 €
Urlaubsgeld im Juni	1.000 €
Versorgungsbezüge	1.000 €
Laufendes Arbeitsentgelt bis Juni (6 x 2.700 €)	16.200 €
Urlaubsgeld	1.000 €
Versorgungsbezüge bis Juni (6 x 1.000 €)	<u>6.000 €</u>
	23.200 €

abzüglich anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze bis Juni	<u>20.250 €</u> (mtl. 3.375 €)
	2.950 €

Dem Mitglied können Beiträge aus Versorgungsbezügen aus einem Betrag von 2.950 € erstattet werden.

Sofern sich durch die Erstattung der Beiträge aus Versorgungsbezügen oder Arbeitseinkommen nachträglich ein beitragspflichtiger Versorgungsbezug bzw. ein beitragspflichtiges Arbeitseinkommen von nicht mehr als insgesamt einem Zwanzigstel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV ergibt, entfällt die Beitragspflicht aus den Versorgungsbezügen oder dem Arbeitseinkommen nicht (§ 226 Absatz 2 SGB V).

2 Erstattung von Beiträgen aus der Rente

2.1 Allgemeines

Für Rentenbezieher, die nicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V, sondern nach anderen gesetzlichen Vorschriften der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung unterliegen, werden einmal die Rente separat und zum anderen die beitragspflichtigen Einnahmen aufgrund des Versicherungsverhältnisses zuzüglich der Versorgungsbezüge und eines eventuell vorhandenen Arbeitseinkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt (vgl. A IX 2.1.2).

Diese Regelung (Ansetzung einer "doppelten" Beitragsbemessungsgrenze) kann zur Folge haben, dass insgesamt Beiträge aus einem Betrag oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze entrichtet werden. Um die Mitglieder nicht mit Beiträgen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze zu belasten, räumt § 231 Absatz 2 SGB V die Möglichkeit einer Beitragserstattung ein.

Hinsichtlich einer Beitragserstattung für nach § 5 Absatz 1 Nr. 9 oder 10 SGB V Versicherte vgl. A IX 2.2.4.

2.2 Erstattungsfähiger Beitrag

Nach § 231 Absatz 2 SGB V werden dem Mitglied auf Antrag die aus der Rente entrichteten Beiträge erstattet, soweit sie auf Beträge entfallen, um die die Rente zusammen mit den übrigen der Beitragsbemessung zugrunde gelegten Einnahmen die Beitragsbemessungsgrenze überschritten hat.

Darüber hinaus kommt eine Beitragserstattung auch insoweit in Betracht, als Beiträge aus der Rente von einem Betrag oberhalb der anteiligen Jahresarbeitsentgeltgrenze im Sinne des § 23a SGB IV erhoben worden sind. In diesen Fällen muss zunächst der Gesamtbetrag der Rentenleistungen für den Zeitraum (SV-Tage), der für die Ermittlung der anteiligen Jahresarbeitsentgeltgrenze maßgebend war, festgestellt werden. Soweit dieser Gesamtbetrag zusammen mit dem beitragspflichtigen Arbeitsentgelt (einschließlich des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts) die anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze überschreitet, ist der darauf entfallende Beitrag zu erstatten.

Für Beiträge aus der Rente, die auf beitragsfreie Zeiten nach § 224 Absatz 1 Satz 1 SGB V entfallen, kommt eine Erstattung nicht in Betracht.

Die Erstattung ist auf die von dem versicherungspflichtigen Rentner selbst getragenen Anteile an den Beiträgen aus der Rente beschränkt. Hinsichtlich des vom Rentenversicherungsträger zu zahlenden anteiligen Beitrags ist eine Erstattung nicht vorgesehen.

Beispiel 1:

Eine Rentnerin hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	2.500 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im November	2.200 €
Witwenrente	1.000 €

a) Monatliche "Überzahlung"

Arbeitsentgelt	2.500 €
Witwenrente	<u>+ 1.000 €</u>
insgesamt	3.500 €
abzüglich monatliche Beitragsbemessungsgrenze	<u>- 3.375 €</u>
Differenz	125 €

Die auf 125 € entfallenden (vom Mitglied monatlich getragenen) Beiträge aus der Rente können erstattet werden.

b) "Überzahlung" aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts

Laufendes Arbeitsentgelt bis November (2.500 € x 11)	27.500 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt	<u>+ 2.200 €</u>
	29.700 €
Witwenrente bis November (1000 € x 11)	<u>+ 11.000 €</u>
insgesamt	40.700 €
abzüglich anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze	
bis November	<u>- 37.125 €</u> (mtl. 3.375 €)
Differenz	3.575 €

Bis einschließlich November können die auf 3.575 € entfallenden (vom Mitglied monatlich getragenen) Beiträge aus der Rente erstattet werden, ggf. abzüglich der bereits monatlich vorgenommenen Erstattungen.

Beispiel 2:

Ein Rentner hat im Jahr 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	2.400 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im November	800 €
Witwerrente	1.000 €

a) monatliche „Überzahlung“

Arbeitsentgelt	2.400 €
Witwerrente	<u>+ 1.000 €</u>
insgesamt	3.400 €
abzüglich monatliche Beitragsbemessungsgrenze	<u>- 3.375 €</u>
Differenz	25 €

Die auf 25 € entfallenden (vom Mitglied monatlich getragenen) Beiträge aus der Rente können erstattet werden.

b) „Überzahlung“ im Monat November aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts

Arbeitsentgelt im November	2.400 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im November	<u>+ 800 €</u>
	3.200 €
Witwerrente im November	<u>+ 1.000 €</u>
insgesamt	4.200 €
abzüglich monatliche Beitragsbemessungsgrenze	<u>- 3.375 €</u>
Differenz	825 €

Im Monat November können die auf 825 € entfallenden (vom Mitglied getragenen) Beiträge aus der Rente erstattet werden.

2.3 Beitragserstattung bei Beginn oder Ende des Arbeitsentgelts oder der Rente im laufenden Kalenderjahr

Auch in den Fällen, in denen Rente und Arbeitsentgelt im Laufe des Kalenderjahres beginnen oder enden, ist zunächst die "laufende Überzahlung" durch Abgleich der für den Entgeltabrechnungszeitraum maßgeblichen Beitragsbemessungsgrenze mit dem laufenden Arbeitsentgelt und der auf diesen Zeitraum entfallenden Rente zu ermitteln. Alsdann muss die "Überzahlung aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts" durch Abgleich der für das einmalig gezahlte Arbeitsentgelt zu bildenden anteiligen Jahresarbeitsentgeltgrenze mit dem beitragspflichtigen Arbeitsentgelt (einschließlich des beitragspflichtigen Teils der in diesem Zeitraum bezogenen "beitragspflichtigen" Rente) festgestellt werden.

Beispiel 1:

Eine Rentnerin hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Arbeitsentgelt	3.000 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im November	2.800 €
Witwenrente ab 1.7.2002 monatlich	600 €

a) monatliche "Überzahlung"

Arbeitsentgelt	3.000 €
Witwenrente	<u>+ 600 €</u>
insgesamt	3.600 €
monatliche Beitragsbemessungsgrenze	<u>- 3.375 €</u>
Differenz	225 €

Die auf 225 € entfallenden (vom Mitglied monatlich getragenen) Beiträge aus der Rente sind auf Antrag zu erstatten (für Juli bis Dezember).

b) "Überzahlung" aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts

Laufendes Arbeitsentgelt bis November (3.000 € x 11)	33.000 €
Einmalig gezahltes beitragspflichtiges Arbeitsentgelt	<u>+ 2.800 €</u>
insgesamt	35.800 €
"Beitragspflichtiger" Teil der Rente Juli bis November (375 € x 5)	<u>+ 1.875 €</u>
insgesamt	37.675 €
Anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze bis November (3.375 € x 11)	<u>- 37.125 €</u>
Differenz	550 €

Neben der aufgrund des laufenden Arbeitsentgelts aus der Rente vorzunehmenden Erstattung (Juli bis November 5 x 225 € = 1.125 €) können aufgrund des einmalig gezahlten beitragspflichtigen Arbeitsentgelts die aus 550 € vom Mitglied aus der Rente getragenen Beiträge (insgesamt also aus 1.675 €) erstattet werden.

Beispiel 2:

Ein Rentner hat im Jahre 2002 monatlich folgende Einkünfte:

Lfd. Arbeitsentgelt	1.1. - 31.1.2002	(30 SV-Tage)	3.000 €
Lfd. Arbeitsentgelt	1.2. - 28.2.2002	(30 SV-Tage)	3.100 €
Lfd. Arbeitsentgelt	1.3. - 5.3.2002	(5 SV-Tage)	500 €
Beitragsfreiheit	6.3. - 7.4.2002		--
Lfd. Arbeitsentgelt	8.4. - 30.4.2002	(23 SV-Tage)	2.400 €
Lfd. Arbeitsentgelt	1.5. - 31.5.2002	(30 SV-Tage)	3.000 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im Mai 2002			700 €
insgesamt		(118 SV-Tage)	12.700 €

Monatliche Rente 750 €

a) Monatliche "Überzahlung"

	Januar	Februar	März (5 SV-Tage)	April (23 SV-Tage)	Mai
Arbeitsentgelt	3.000,00 €	3.100,00 €	500,00 €	2.400,00 €	3.000,00 €
Rente	750,00 €	750,00 €	125,00 €	575,00 €	750,00 €
insgesamt	3.750,00 €	3.850,00 €	625,00 €	2.975,00 €	3.750,00 €
BBG	3.375,00 €	3.375,00 €	562,50 €	2587,50 €	3.375,00 €
Differenz	375,00 €	475,00 €	62,50 €	387,50 €	375,00 €
insgesamt:	<u>1.675,00 €</u>				
danach noch "beitragspflichtiger" Teil der Rente	375,00 €	275,00 €	62,50 €	187,50 €	375,00 €
insgesamt:	<u>1.275,00 €</u>				

Die auf 1.675 € entfallenden vom Mitglied getragenen Beiträge aus der Rente für die Monate Januar bis Mai 2002 können erstattet werden.

b) "Überzahlung" aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts

Laufendes Arbeitsentgelt bis Mai	12.000 €
Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt	+ 700 €
insgesamt	<u>12.700 €</u>
"Beitragspflichtiger" Teil der Rente	
1.1. - 5.3. und 8.4. - 31.5.	+ <u>1.275 €</u>
insgesamt	13.975 €
Anteilige Jahresarbeitsentgeltgrenze (118 SV-Tage)	- <u>13.275 €</u>
Differenz	700 €

Neben der aufgrund des laufenden Arbeitsentgelts aus der Rente vorzunehmenden Erstattung (Januar bis Mai = insgesamt 1.675 €) können aufgrund des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts die aus 700 € vom Mitglied aus der Rente getragenen Beiträge (insgesamt aus 2.375 €) erstattet werden.

2.4 Ermittlung des Erstattungsbetrages der Pflegeversicherungsbeiträge bei Bezug von Krankengeld

Krankengeldbezieher unterliegen in der sozialen Pflegeversicherung nach § 57 Absatz 2 SGB XI im Gegensatz zur Krankenversicherung der Beitragspflicht. Als beitragspflichtige Einnahmen gelten 80 v.H. des Arbeitsentgelts, das der Bemessung des Krankengeldes zugrunde liegt. Die Pflegeversicherungsbeiträge werden je zur Hälfte vom Leistungsbezieher und der Krankenkasse getragen, soweit sie auf das Krankengeld entfallen, im Übrigen von der Krankenkasse allein (§ 59 Absatz 2 SGB XI).

Bei einer Beitragserstattung aus der Rente in der Pflegeversicherung nach § 57 Absatz 1 SGB XI i.V.m. § 231 SGB V ist die Beitragszahlung aus dem Krankengeld in Form der Bemessungsgrundlage für die Beiträge aus dem Krankengeld zur Pflegeversicherung nach § 57 Absatz 2 SGB XI zu berücksichtigen. Dies führt im Ergebnis zu unterschiedlichen Ausgangswerten für eine Erstattung von Beiträgen nach § 57 Absatz 1 SGB XI in der Pflegeversicherung und bei einer Beitragserstattung nach § 231 SGB V in der Krankenversicherung andererseits. Insoweit sind zwei Berechnungsverfahren erforderlich.

2.5 Satzungsbestimmung

§ 231 Absatz 2 Satz 3 SGB V überlässt es der Krankenkasse, durch die Satzung Näheres über die Durchführung der Beitragserstattung zu bestimmen. Durch eine solche Satzungsbestimmung können z. B. Regelungen über Art und Weise sowie Zeitpunkt der Erstattung getroffen werden.

3 Antrag

Eine Beitragserstattung nach § 231 SGB V wird nicht von Amts wegen vorgenommen. Hierzu ist vielmehr ein Antrag des Rentners erforderlich. Dieser Antrag ist an keine Form gebunden und bei der zuständigen Krankenkasse zu stellen.

4 Zuständige Krankenkasse

Zuständig ist die Krankenkasse, bei der der Versicherte während der Zeit, für die eine Erstattung verlangt wird, versichert war. Hat der Rentenbezieher in dieser Zeit verschiedenen Krankenkassen angehört, dann muss der Antrag an die jeweiligen Krankenkassen gerichtet werden. Sofern der Erstattungsantrag bei einer unzuständigen Krankenkasse gestellt wird, hat sie den Antrag an die zuständige Krankenkasse weiterzuleiten.

5 Verjährung

Der Antrag auf Erstattung von Beiträgen nach § 231 SGB V ist an keine Frist gebunden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang aber die Vorschrift des § 27 Absatz 2 SGB IV, wonach der Erstattungsanspruch in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres verjährt, in dem die Beiträge entrichtet worden sind.

B Abgrenzung der Kassenzuständigkeit zwischen allgemeiner/knappschaftlicher und landwirtschaftlicher Krankenversicherung

I. Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung

§ 2 KVLG 1989

Pflichtversicherte

- (1) In der Krankenversicherung der Landwirte sind versicherungspflichtig
1. Unternehmer der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Wein- und Gartenbaus sowie der Teichwirtschaft und der Fischzucht (landwirtschaftliche Unternehmer), deren Unternehmen, unabhängig vom jeweiligen Unternehmer, auf Bodenbewirtschaftung beruht und die Mindestgröße erreicht; § 1 Absatz 5 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte gilt,
 2. Personen, die als landwirtschaftliche Unternehmer tätig sind, ohne dass ihr Unternehmen die Mindestgröße im Sinne der Nummer 1 erreicht, wenn
 - a) ihr landwirtschaftliches Unternehmen die nach § 1 Absatz 5 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte festgesetzte Mindestgröße um nicht mehr als die Hälfte unterschreitet und
 - b) das Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen, das sie neben dem Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen haben, sowie das in § 5 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannte Vorruhestandsgeld im Kalenderjahr die Hälfte der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch nicht übersteigt,
 3. mitarbeitende Familienangehörige eines landwirtschaftlichen Unternehmers, wenn sie das fünfzehnte Lebensjahr vollendet haben oder wenn sie als Auszubildende in dem landwirtschaftlichen Unternehmen beschäftigt sind,
 4. Personen, die die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte erfüllen und diese Rente beantragt haben,
 5. Personen, die das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben und während der letzten fünfzehn Jahre vor Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres mindestens sechzig Kalendermonate als landwirtschaftliche Unternehmer nach Nummer 1 oder 2 oder als mitarbeitende Familienangehörige nach Nummer 3 versichert waren, sowie die überlebenden Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner (Lebenspartner) dieser Personen.
- (2) Als landwirtschaftliche Unternehmer nach Absatz 1 Nr. 1 gelten Unternehmer der Binnenfischerei, der Imkerei und der Wanderschäferei, deren Unternehmen unabhängig vom jeweiligen Unternehmer die Mindestgröße erreicht; für die Bestimmung der Mindestgröße gilt § 1 Absatz 5 Satz 2 bis 4 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte. Soweit sich die folgenden Vorschriften auf landwirtschaftliche Unternehmen beziehen, gelten sie entsprechend für die im Satz 1 genannten Unternehmen.
- (3) Unternehmer ist, wer seine berufliche Tätigkeit selbständig ausübt. Beschränkt haftende Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft oder Mitglieder einer juristischen Person gelten als Unternehmer, wenn sie hauptberuflich im Unternehmen tätig und wegen dieser Tätigkeit nicht kraft Gesetzes in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind. Betreiben Ehegatten gemein-

sam ein landwirtschaftliches Unternehmen, gilt derjenige Ehegatte als Unternehmer, der das Unternehmen überwiegend leitet. Ist nicht festzustellen, wer das Unternehmen überwiegend leitet, bestimmt die Krankenkasse, welcher Ehegatte als Unternehmer gilt.

(4) Mitarbeitende Familienangehörige sind Verwandte bis zum dritten Grad und Verschwägerter bis zum zweiten Grad sowie Pflegekinder (Personen, mit denen der Unternehmer, sein Ehegatte oder sein Lebenspartner durch ein familienähnliches, auf längere Dauer angelegtes Band verbunden ist, sofern er sie in seinen Haushalt aufgenommen hat) eines landwirtschaftlichen Unternehmers im Sinne des Absatzes 3, seines Ehegatten oder seines Lebenspartners, die in seinem landwirtschaftlichen Unternehmen hauptberuflich beschäftigt sind. Sind beide Ehegatten oder Lebenspartner Mitarbeitende Familienangehörige, ist nur derjenige versicherungspflichtig, der überwiegend in dem landwirtschaftlichen Unternehmen beschäftigt ist; Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend. Als Mitarbeitender Familienangehöriger gilt auch der Ehegatte oder Lebenspartner des landwirtschaftlichen Unternehmers, der aufgrund einer Beschäftigung in dem landwirtschaftlichen Unternehmen des anderen Ehegatten oder Lebenspartners die in § 5 Absatz 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Voraussetzungen erfüllt.

(4a) Nach Absatz 1 ist nicht versicherungspflichtig, wer außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist.

(5) Voraussetzung der Versicherung für die in Absatz 1 Nr. 3 genannten Personen ist, dass sie nicht nach Absatz 1 Nr. 1 oder 2 versicherungspflichtig sind, für die in Absatz 1 Nr. 4 genannten Personen, dass sie nicht nach Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 3 versicherungspflichtig sind, und für die in Absatz 1 Nr. 5 genannten Personen, dass sie nicht nach Absatz 1 Nr. 1, 2, 3 oder 4 versicherungspflichtig sind.

(6) Der Bezug des in § 5 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Vorruhestandsgeldes steht einer hauptberuflichen Beschäftigung als Mitarbeitender Familienangehöriger gleich, wenn der Familienangehörige unmittelbar vor Bezug des Vorruhestandsgeldes nach Absatz 1 Nr. 3 versicherungspflichtig war. Als in Absatz 1 Nr. 3 bezeichnete landwirtschaftliche Unternehmer gelten auch die zur Zahlung von Vorruhestandsgeld Verpflichteten.

(7) Wer versicherungspflichtig wird und bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert ist, kann den Versicherungsvertrag mit Wirkung vom Eintritt der Versicherungspflicht kündigen. Dies gilt auch, wenn eine Versicherung nach § 7 eintritt.

(8) Kommt eine Versicherung nach den §§ 2, 6 oder 7 nach Kündigung des Versicherungsvertrages nicht zustande oder endet eine Versicherung nach den §§ 2 oder 7 vor Erfüllung der Vorversicherungszeit nach § 6, ist das private Krankenversicherungsunternehmen zum erneuten Abschluss eines Versicherungsvertrages verpflichtet, wenn der vorherige Vertrag für mindestens fünf Jahre vor seiner Kündigung ununterbrochen bestanden hat. Der Abschluss erfolgt ohne Risikoprüfung zu gleichen Tarifbedingungen, die zum Zeitpunkt der Kündigung bestanden haben; die bis zum Ausscheiden erworbenen Altersrückstellungen sind dem Vertrag zuzuschreiben. Wird eine gesetzliche Krankenversicherung nach Satz 1 nicht begründet, tritt der neue Versicherungsvertrag am Tag nach der Beendigung des vorhergehenden Versicherungsvertrages in Kraft. Endet die gesetzliche Krankenversicherung nach Satz 1 vor Erfüllung der Vorversicherungszeit, tritt der neue Versicherungsvertrag am Tag nach Beendigung der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft. Die Verpflichtung nach Satz 1 endet drei Monate nach der Beendigung des Versicherungsvertrages, wenn eine Versicherung nach den §§ 2, 6 oder 7 nicht begründet wurde. Bei Beendigung der Versicherung nach den §§ 2 oder 7 vor Erfüllung der Vorversicherungszeiten nach § 6 endet die Verpflichtung nach Satz 1 längstens zwölf Monate nach der Beendigung des privaten Versicherungsvertrages.

Sonderrecht für das Beitrittsgebiet

Die vorstehenden Rechtsvorschriften gelten nach Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet G Abschnitt III Nr. 1 des Einigungsvertrages im Beitrittsgebiet mit folgenden Maßgaben:

- a) ...
- b) In § 2 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b) wird jede Vorruehstandsgeldzahlung berücksichtigt.
- c) In § 2 Absatz 1 Nr. 5 tritt an Stelle der Frist von 60 Monaten eine Frist von zwölf Monaten.
- d) ...

§ 3 a KVLG 1989

Versicherungsfreiheit

Versicherungsfrei ist, wer

1. die Voraussetzungen des § 6 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 4 bis 8 oder § 6 Absatz 3a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfüllt; § 6 Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch gilt, oder
2. Mitglied des Deutschen Bundestages oder eines Landtages oder Versorgungsempfänger nach den Abgeordnetengesetzen des Bundes oder der Länder ist.

§ 63 KVLG 1989

Überleitungsvorschrift

(1) Personen, deren Versicherungspflicht aufgrund dieses Gesetzes vom 1. Januar 1995 an entfällt, können der Versicherung beitreten. Der Beitritt ist der Krankenkasse bis spätestens zum 31. März 1995 schriftlich anzuzeigen; die Mitgliedschaft beginnt am 1. Januar 1995. Die Sätze 1 und 2 gelten für Personen, die die Voraussetzungen des § 6 Absatz 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen, mit der Maßgabe, dass § 257 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie § 12 Satz 2 anzuwenden sind.

(2) Wer am 31. Dezember 1994 nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 versicherungspflichtig ist oder nach § 23 Absatz 1 als Mitglied gilt und nach § 2 Absatz 4 a oder § 3 a ab 1. Januar 1995 versicherungsfrei ist, bleibt für die Dauer des Bezuges einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte oder bis zu dem Tag, an dem der Antrag zurückgezogen oder die Ablehnung des Antrags unanfechtbar wird, versicherungspflichtig. Wer nach Satz 1 versicherungspflichtig ist, kann die Befreiung von der Versicherungspflicht bis zum 31. März 1995 beantragen. Die Befreiung wirkt vom 1. April 1995 an und kann nicht widerrufen werden.

1 Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte

1.1 Grundsatz

Zum Personenkreis der Versicherungspflichtigen nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 gehören - vorbehaltlich § 2 Absatz 4 a KVLG 1989 (Ziffer 1.2) und § 3 a KVLG 1989 (Ziffer 1.3) - alle Bezieher einer Altersrente (§ 11 ALG), einer vorzeitigen Altersrente (§ 12 ALG), einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung (§ 13 ALG), einer Witwen- oder Witwerrente (§ 14 ALG), einer Waisenrente (§ 15 ALG), einer Rente wegen Todes bei Verschollenheit (§ 16 ALG) oder einer Landabgeberente (§ 121 ALG). Dies gilt für Personen in den alten und in den neuen Bundesländern.

Für den Eintritt der Versicherungspflicht ist es nicht erforderlich, dass die Leistung tatsächlich ausgezahlt wird; es genügt, dass der Leistungsanspruch dem Grunde nach besteht. Die Krankenversicherung der Altenteiler wird demnach auch bei Ruhen der Leistung durchgeführt, nicht dagegen bei Verzicht auf die Leistung.

Eine Weiterbewirtschaftung von Grundstücksflächen im Rahmen der geltenden Vorschriften (§ 21 Absatz 7 ALG) ist unschädlich.

Wegen der Mitgliedschaft von Antragstellern auf die vorbezeichneten Renten wird auf § 23 KVLG 1989 verwiesen (vgl. III).

1.2 Ausschluss der Versicherungspflicht

Als Altenteiler ist nach § 2 Absatz 4a KVLG 1989 nicht krankenversicherungspflichtig, wer außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist.

Nach § 3 der Grundsätze des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen zur Feststellung der Hauptberuflichkeit von selbständigen Erwerbstätigkeiten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft - Hauptberuflichkeits-Grundsätze-Selbständige - (HGS) vom 5. Oktober 1994 ist eine außerhalb der Land- und Forstwirtschaft ausgeübte selbständige Erwerbstätigkeit dann hauptberuflich, wenn daraus die überwiegenden Einnahmen erzielt werden. Merkmale für eine hauptberuflich ausgeübte selbständige Tätigkeit können die Anzeige bzw. Genehmigung eines Gewerbes (§§ 14 ff. GewO), die Beschäftigung von mehr als nur geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern im Betrieb oder der zeitliche Umfang der selbständigen Tätigkeit sein. Mehrere selbständige Tätigkeiten außerhalb der Land- und Forstwirtschaft sind zusammenzurechnen.

1.3 Versicherungsfreiheit

Nach § 3 a KVLG 1989 sind u.a. Altenteiler versicherungsfrei, wenn sie

- die Voraussetzungen des § 6 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 4 bis 8 oder Absatz 3a SGB V erfüllen

oder

- Mitglied des Deutschen Bundestages oder eines Landtages oder Versorgungsempfänger nach den Abgeordnetengesetzen des Bundes oder der Länder sind.

1.4 Übergangsregelung

Personen, die am 31. Dezember 1994 der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 als Bezieher einer laufenden Geldleistung nach dem GAL unterlagen und ab 1. Januar 1995 wegen § 2 Absatz 4 a KVLG 1989 aus der Versicherungspflicht auszuschließen oder wegen § 3 a KVLG 1989 versicherungsfrei waren, bleiben für die Dauer des Bezugs einer Rente nach dem ALG versicherungspflichtig.

2 Sonstige Personen über 65 Jahre

2.1 Grundsätzliches

Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, unterliegen dann der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung, wenn sie während der letzten 15 Jahre vor Vollendung des 65. Lebensjahres mindestens 60 Kalendermonate als landwirtschaftliche Unternehmer (§ 2 Absatz 1 Nr. 1 oder 2 KVLG/KVLG 1989) oder als mitarbeitende Familienangehörige (§ 2 Absatz 1 Nr. 3 KVLG/KVLG 1989) versichert waren.

Hinsichtlich der Ermittlung der Vorversicherungszeit sind Zeiten zusammenzurechnen, in denen die Betroffenen als landwirtschaftliche Unternehmer oder als mitarbeitende Familienangehörige versichert waren. Hat die Person, die das 65. Lebensjahr vollendet hat, die Vorversicherungszeit durch eigene Versicherungszeiten nicht erfüllt, sind Zeiten, die der verstorbene Ehegatte oder Lebenspartner innerhalb der Rahmenfrist zurückgelegt hat, als Vorversicherungszeit anzurechnen; dabei dürfen eigene Versicherungszeiten und Versicherungszeiten des Verstorbenen nur insoweit zusammengerechnet werden, als sie sich nicht überschneiden.

Versicherungspflichtig ist auch der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner einer Person, die zum Zeitpunkt des Todes die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 erfüllte. Nicht erforderlich ist, dass der Verstorbene selbst nach dieser Vorschrift versichert war. Der hinterbliebene Ehegatte oder Lebenspartner selbst braucht keine besonderen Voraussetzungen zu erfüllen; insbesondere ist es nicht erforderlich, dass dieser das 65. Lebensjahr bereits vollendet hat.

2.2 Abweichung für das Beitrittsgebiet

Die Vorschrift des § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 wurde für das Beitrittsgebiet modifiziert. Demzufolge erfüllen Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und während der letzten 15 Jahre vor Vollendung des 65. Lebensjahres mindestens zwölf Monate als landwirtschaftliche Unternehmer nach § 2 Absatz 1 Nr. 1 oder 2 KVLG 1989 oder als mitarbeitende Familienangehörige nach § 2 Absatz 1 Nr. 3 KVLG 1989 versichert waren, die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht als Altenteiler nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989.

Für den überlebenden Ehegatten oder Lebenspartner gilt I 2.1 letzter Absatz entsprechend.

2.3 Ausschluss der Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit

Die Vorschriften über den Ausschluss der Versicherungspflicht (§ 2 Absatz 4 a KVLG 1989, vgl. I 1.2) und über die Versicherungsfreiheit (§ 3 a KVLG 1989, vgl. I 1.3) gelten für die Altenteiler nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 ebenfalls, und zwar sowohl im bisherigen Bundesgebiet als auch im Beitrittsgebiet.

II Verhältnis der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung zur Versicherungspflicht nach anderen Gesetzen

§ 3 KVLG 1989

Verhältnis der Versicherungspflicht nach diesem Gesetz zur Versicherungspflicht nach anderen Gesetzen

- (1) Nach diesem Gesetz ist nicht versichert, wer
 1. nach anderen gesetzlichen Vorschriften versicherungspflichtig ist,
 2. nach § 192 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch Mitglied bei einer anderen Krankenkasse ist.
- (2) Vorrang der Versicherungspflicht nach diesem Gesetz besteht für
 1. die in § 5 Absatz 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Beschäftigten, wenn sie diese Beschäftigung für die Dauer von voraussichtlich höchstens 26 Wochen aufnehmen und als versicherungspflichtige Unternehmer versichert sind,
 - 1a. die in § 5 Absatz 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Beschäftigten, wenn sie nach § 2 Absatz 1 Nr. 3 versicherungspflichtig sind,
 2. die in § 5 Absatz 1 Nr. 11 und 12 und § 189 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sowie in Artikel 2 § 1 des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1069) genannten Rentner und Rentenantragsteller, wenn sie nach § 2 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 3 versicherungspflichtig sind oder wenn sie nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 versicherungspflichtig sind und in den letzten fünf Jahren vor Stellung des Antrags auf Gewährung der in § 2 Absatz 1 Nr. 4 bezeichneten Renten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung neun Zehntel dieser Zeit versichert waren; hat in diesem Zeitraum auch eine Versicherung bei einer anderen Krankenkasse bestanden, ist die landwirtschaftliche Krankenkasse nur dann zuständig, wenn sie in den letzten zehn Jahren vor Stellung des Antrags auf Gewährung der in § 2 Absatz 1 Nr. 4 bezeichneten Renten mindestens die Hälfte der Zeit die Mitgliedschaft oder die Versicherung nach § 7 durchgeführt hat,
 3. die in § 5 Absatz 1 Nr. 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Personen, die wegen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht nach dem Bundesversorgungsgesetz berechnetes Übergangsgeld beziehen, wenn sie nach § 2 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 3 versicherungspflichtig sind,
 4. die in § 5 Absatz 1 Nr. 7 und 8 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten behinderten Menschen, wenn sie nach § 2 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 3 versicherungspflichtig sind,
 5. die in § 5 Absatz 1 Nr. 9 und 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genannten Studenten, Praktikanten und die zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigten, wenn sie nach § 2 Absatz 1 versicherungspflichtig sind.

(3) Von der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 und 5 ist befreit, wer

1. nach § 8 Absatz 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze,
2. nach § 8 Absatz 1 Nr. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch als Rentner oder Rentenantragsteller,
3. nach Artikel 3 § 1 Absatz 4 des Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 912) oder
4. nach Artikel 3 § 3 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1259)

von der Versicherungspflicht befreit ist.

Sonderrecht für das Beitrittsgebiet

Die vorstehenden Rechtsvorschriften gelten nach Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet G Abschnitt III Nr. 1 des Einigungsvertrages im Beitrittsgebiet mit folgender Maßgabe:

Der Vorrang der Versicherungspflicht nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 besteht auch für die nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 versicherten Personen, wenn sie in den letzten fünf Jahren, frühestens berechnet vom 1. Januar 1991 an, zu neun Zehnteln in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versichert waren.

1 Vorrang der allgemeinen/knappschaftlichen Krankenversicherung

Der Gesetzgeber hat für die Fälle, in denen nebeneinander Versicherungspflicht sowohl nach dem KVLG 1989 als auch nach anderen gesetzlichen Vorschriften besteht, die Kassenzuständigkeit zur Vermeidung von Doppelmitgliedschaften in verschiedenen Versicherungssystemen durch § 3 KVLG 1989 geregelt. Die Abgrenzung der Mitgliedschaft für Antragsteller auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte werden in § 189 SGB V und in § 23 KVLG 1989 gesondert und abschließend geregelt.

In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung wird nach § 3 Absatz 1 KVLG 1989 nicht versichert, wer

- nach anderen gesetzlichen Vorschriften versicherungspflichtig
- nach § 192 SGB V Mitglied einer anderen Krankenkasse ist.

Als andere gesetzliche Vorschriften kommen insbesondere in Betracht

- § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V
- § 5 Absatz 1 Nr. 2 SGB V
- § 5 Absatz 1 Nrn. 6 bis 12 SGB V, vorbehaltlich § 3 Absatz 2 KVLG 1989
- § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V i.V.m. § 3 Absatz 2 Nr. 2 Halbsatz 2 KVLG 1989
- § 5 Absatz 1 Nr. 4 SGB V i.V.m. §§ 1 und 2 KSVG, soweit nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 oder 5 KVLG 1989 Versicherungspflicht besteht.

Eine solche Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften verdrängt auch die Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989.

Wird während einer Mitgliedschaft auf Grund der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 ein Rentenanspruch gestellt, wird wegen § 189 Absatz 1 Satz 2 SGB V keine Rentenanspruchstellermitgliedschaft begründet. Bei einer Zubilligung der Rente für einen zurückliegenden Zeitraum führt die landwirtschaftliche Krankenkasse - abweichend vom vorstehenden Grundsatz - die Mitgliedschaft bis zum Ablauf des Monats durch, in dem der Rentenbescheid bekannt gegeben worden ist; die LKK erhält die Beiträge aus der Rente bis zum Ende der bei ihr geführten Mitgliedschaft.

Abweichung für das Beitrittsgebiet

Soweit eine KVdR und eine Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 zusammentreffen, sind für das Beitrittsgebiet - abweichend von der für das bisherige Bundesgebiet geltenden Rechtslage - die Ausführungen unter II 2.3 zu beachten.

2 Vorrang der landwirtschaftlichen Krankenversicherung im Hinblick auf Antragsteller und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung einerseits und Antragsteller und Bezieher einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte andererseits

2.1 Grundsatz "Aktiv vor Passiv"

Entsprechend dem die Krankenversicherung beherrschenden Grundsatz, dass die Mitgliedschaft bei aktiver Berufstätigkeit Vorrang hat vor der Mitgliedschaft aus dem Rentenbezug, wird die KVdR durch die Versicherungspflicht als landwirtschaftlicher Unternehmer (§ 2 Absatz 1 Nr. 1 oder 2 KVLG 1989) oder als mitarbeitender Familienangehöriger (§ 2 Absatz 1 Nr. 3 i. V. m. § 2 Absatz 4 Satz 1 KVLG 1989) verdrängt; die Mitgliedschaft ist in diesem Falle in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung durchzuführen (§ 3 Absatz 2 Nr. 2 Fallgruppe 1 KVLG 1989).

Stellt ein landwirtschaftlicher Unternehmer oder mitarbeitender Familienangehöriger (§ 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 KVLG 1989) einen Antrag auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, wird eine Mitgliedschaft nach § 189 SGB V nicht begründet, solange die Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung besteht (§ 189 Absatz 1 Satz 2 SGB V).

2.2 Zusammentreffen von KVdR und Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989/§ 23 KVLG 1989

2.2.1 Rahmenfrist, Vorversicherungszeit

Werden die Voraussetzungen sowohl für die KVdR (§ 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V) als auch für die Altenteilerversicherung (§ 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989) erfüllt, wird bei der Abgrenzung der Kassenzuständigkeit darauf abgestellt, bei welcher Krankenkasse in den letzten Jahren eine Versicherung bestand. Diese Regelung gilt entsprechend beim Zusammentreffen der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nach § 189 SGB V und § 23 KVLG 1989 (§ 23 Absatz 4 KVLG 1989).

Der Beginn der Fünf-Jahres-Rahmenfrist (1825 Tage) und die erweiterte Zehn-Jahres-Rahmenfrist nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 KVLG 1989 richten sich nach dem Antrag auf die Rente aus der Alterssicherung der Landwirte. Bei Kindern, die innerhalb der maßgeblichen Rahmenfrist geboren sind, verkürzt sich diese; sie umfasst in diesen Fällen die Zeit vom Tag vor der Antragstellung auf die Rente aus der Alterssicherung der Landwirte bis zum Tag der Geburt.

Die Bildung der Fünf-Jahres-Rahmenfrist ist immer dann ausreichend, wenn darin keine Versicherung (Mitgliedschaft oder Familienversicherung nach § 10 SGB V) bei einer Krankenkasse außerhalb der land-

wirtschaftlichen Krankenversicherung bestand; dabei ist eine Versicherungslücke bis zu 183 Tagen (1/10 von 1825 Tagen) für die Zugehörigkeit zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung unschädlich.

Dagegen ist immer dann von der Zehn-Jahres-Rahmenfrist auszugehen, wenn innerhalb der Fünf-Jahres-Rahmenfrist eine Versicherung (Mitgliedschaft oder Versicherung nach § 10 SGB V) bei einer anderen Krankenkasse außerhalb der landwirtschaftlichen Krankenversicherung bestand, unabhängig von der Dauer dieser Versicherung.

Anrechnungsfähige Versicherungszeiten sind Zeiten einer Mitgliedschaft einschließlich evtl. Mitgliedschaft als Antragsteller und einer Familienversicherung. Bestand innerhalb der Fünf-Jahres-Rahmenfrist eine Versicherung bei einer Krankenkasse außerhalb der landwirtschaftlichen Krankenversicherung, ist die Krankenversicherung als Altenteiler dann durchzuführen, wenn mindestens die Hälfte der Zeit innerhalb der Zehn-Jahres-Rahmenfrist mit Versicherungszeiten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung belegt ist. Entsprechendes gilt für Waisen bei verkürzter Rahmenfrist.

2.2.2 Verfahren nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 Fallgruppe 2 KVLG 1989

2.2.2.1 Rentenantragstellung bei bestehender KVdR oder Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989

Wird während einer bestehenden Mitgliedschaft nach § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V oder nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 ein Antrag auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder ein Antrag auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte gestellt und die beantragte Rente zugebilligt, führt, sofern dadurch eine andere Krankenkasse zuständig ist, die bisherige Krankenkasse die Mitgliedschaft noch bis zum Ablauf des Kalendermonats durch, in dem der Bescheid zugestellt worden ist.

2.2.2.2 Zusammentreffen von Mitgliedschaften nach § 189 SGB V und § 23 KVLG 1989

Trifft eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V mit einer Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 23 KVLG 1989 zusammen, so wird die Krankenversicherung vom Beginn des Zusammentreffens dieser Mitgliedschaften an von der nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 Fallgruppe 2 KVLG 1989 zuständigen Krankenkasse durchgeführt. Werden beide Renten zugebilligt, ändert sich die Kassenzuständigkeit nicht.

Wird einer der beiden Rentenanträge vom Rentenantragsteller zurückgenommen oder eine der beantragten Renten abgelehnt und dadurch eine andere Krankenkasse zuständig, so führt die bisher zuständige Krankenkasse die Mitgliedschaft bis zu dem Tag durch, an dem der Rentenantrag zurückgenommen oder die Ablehnung des Rentenantrags unanfechtbar wird.

Ist der Rentenantragsteller Mitglied einer landwirtschaftlichen Krankenkasse und wird zuerst die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zugebilligt, wird er ab Rentenbeginn beitragsrechtlich wie ein in der allgemeinen Krankenversicherung versicherungspflichtiger Rentner behandelt. Ist der Rentenantragsteller Mitglied einer nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse und wird ihm zuerst die Rente aus der Alterssicherung der Landwirte zugebilligt, wird er ab Beginn dieser Rente beitragsrechtlich wie ein versicherungspflichtiger Altenteiler behandelt.

2.2.3 Hinzutritt einer weiteren Rente

Die einmal nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 Fallgruppe 2 KVLG 1989 getroffene Entscheidung über die Kassenzuständigkeit bleibt auch dann maßgebend, wenn später eine weitere Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder eine weitere Rente aus der Alterssicherung der Landwirte beantragt bzw. zugebilligt wird.

2.2.4 Wirkung einer freiwilligen Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V

Das Optionsrecht nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V setzt das Bestehen von Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V voraus. Infolgedessen besteht durch die freiwillige Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V die Wirkung von § 23 Absatz 4 oder § 3 KVLG 1989 fort (entsprechend § 5 Absatz 8 Satz 2 SGB V, aber auch BSG, Urteile vom 22. März 1984 - USK 8409 und vom 29. Oktober 1985 - USK 8596). Treffen also eine freiwillige Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V und eine Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 zusammen, ist die Zuständigkeit zwischen allgemeiner Krankenversicherung und landwirtschaftlicher Krankenversicherung nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 Halbsatz 2 KVLG 1989 zu beurteilen.

Entsprechendes gilt für Familienangehörige des nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V freiwillig Versicherten.

Stellt eine nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V versicherte Person einen Antrag auf Rente aus der Alterssicherung der Landwirte, gelten die Verfahrensregelungen zum Zusammentreffen der KVdR und Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989/§ 23 KVLG 1989; die Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V steht insoweit der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V gleich.

2.3 Zusammentreffen von KVdR und Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 im Beitrittsgebiet

2.3.1 Gesetzliche Abgrenzung der Kassenzuständigkeit

Personen, die zeitgleich die Voraussetzungen für die KVdR (§ 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V) und die Voraussetzungen der Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 erfüllen, sind dann in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versichert, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Vollendung des 65. Lebensjahres - beim überlebenden Ehegatten vor dem Todestag des Ehegatten - zu neun Zehnteln in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versichert waren.

2.3.2 Verfahrensregelungen

Wird während einer bestehenden Mitgliedschaft nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 ein Antrag auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gestellt und die beantragte Rente zugewilligt, führt, sofern dadurch eine andere Krankenkasse zuständig wird, die LKK die Mitgliedschaft noch bis zum Ablauf des Kalendermonats durch, in dem der Rentenbescheid zugestellt worden ist.

Beginnt die Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 während einer Rentenantragsteller-Mitgliedschaft nach § 189 SGB V, wird die Krankenversicherung - unter Beachtung des § 22 Absatz 1 Nr. 2 KVLG 1989 - vom Beginn der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 von der LKK durchgeführt, wenn die Vorversicherungszeit für den Vorrang der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 KVLG 1989 erfüllt ist; der Rentenantragsteller wird ab Erfüllung der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft aufgrund der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nr. 5 KVLG 1989 beitragsrechtlich wie ein Altenteiler behandelt. Andernfalls führt die andere Krankenkasse die Mitgliedschaft weiterhin durch. Wird die Rente zugewilligt, ändert sich die Kassenzuständigkeit nicht. Sofern der Rentenantrag zurückgenommen oder der Rentenanspruch abgelehnt wird, führt die andere Krankenkasse die Rentenantragsteller-Mitgliedschaft bis zu dem Tag durch, an dem der Antrag zurückgenommen oder die Ablehnung des Rentenanspruchs unanfechtbar wird.

2.3.3 Hinzutritt einer weiteren KVdR-Rente

Die einmal nach § 3 Absatz 2 Nr. 2 KVLG 1989 getroffene Entscheidung über die Kassenzuständigkeit bleibt auch dann maßgebend, wenn später eine weitere KVdR-Rente beantragt oder zugebilligt wird.

2.3.4 Wirkung einer freiwilligen Versicherung nach § 9 Absatz 1 Nr. 6 SGB V

Die Ausführungen unter Ziffer 2.2.4 gelten entsprechend.

2.4 Ausschluss der landwirtschaftlichen Krankenversicherung

2.4.1 Auswirkung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der allgemeinen/knappschaftlichen Krankenversicherung

Personen, die die Voraussetzungen für die Altenteilerversicherung nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 oder 5 KVLG 1989 erfüllen, sind nach § 3 Absatz 3 KVLG 1989 von dieser Versicherungspflicht befreit, wenn sie

- von der Krankenversicherungspflicht als Arbeiter oder Angestellter wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze (§ 8 Absatz 1 Nr. 1 SGB V)
- von der Krankenversicherungspflicht als Rentner oder von der Versicherung als Rentenantragsteller (§ 8 Absatz 1 Nr. 4 SGB V)
- von der Krankenversicherungspflicht als Angestellter wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze (Artikel 3 § 1 Absatz 4 des Gesetzes zur Änderung des MuSchG und der RVO)

oder

- von der Krankenversicherungspflicht als Rentner (Artikel 3 § 3 Finanzänderungsgesetz 1967; BGBl. I S. 1259)

befreit sind.

2.4.2 Auswirkung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung

Die Befreiung von der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nach den §§ 4 oder 59 KVLG 1989 erstreckt sich - vorbehaltlich des Ausnahmetatbestandes des § 59 Absatz 1 Satz 2 KVLG 1989 - auf alle später eintretenden Versicherungsgründe des § 2 KVLG 1989; ebenso wird eine Mitgliedschaft als Antragsteller nach § 23 Absatz 3 KVLG 1989 ausgeschlossen. Die Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 5 KVLG 1989 wirkt, solange die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Darüber hinaus greift eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung aufgrund § 6 Absatz 3 SGB V auch auf die allgemeine Krankenversicherung durch.

III Mitgliedschaft von Antragstellern auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte

§ 23 KVLG 1989

Mitgliedschaft von Antragstellern

(1) Als Mitglieder gelten Personen, die eine der in § 2 Absatz 1 Nr. 4 genannten Renten nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte beantragt haben, ohne die Voraussetzungen für den Bezug dieser Rente zu erfüllen. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Beantragung einer Rente nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Sie endet mit dem Tode oder mit dem Tag, an dem der Antrag zurückgenommen oder die Ablehnung des Antrags unanfechtbar wird. Satz 1 gilt nicht, wenn die Person nach anderen Vorschriften versicherungspflichtig ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Personen können erklären, dass die Mitgliedschaft nach § 22 Absatz 1 Nr. 4 erst mit Ablauf des Monats beginnt, in dem der die beantragte Rente gewährende Bescheid zugestellt wird; die Erklärung bewirkt, dass die Mitgliedschaft nach Absatz 1 nicht eintritt. Die Erklärung ist innerhalb eines Monats nach Stellung des Rentenanspruchs bei der zuständigen Krankenkasse abzugeben. Satz 1 gilt nicht für die in § 44 Absatz 2 genannten Versicherten.

(3) Eine Mitgliedschaft nach Absatz 1 wird nicht für Personen begründet, die versicherungsfrei nach § 2 Absatz 4 a, § 3 a oder von der Versicherungspflicht nach den §§ 4, 5 oder 59 Absatz 1 befreit sind; § 3 Absatz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Mitgliedschaft nach Absatz 1 hat Vorrang vor einer Mitgliedschaft nach § 189 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, wenn für die Person die Voraussetzungen des § 3 Absatz 2 Nr. 2 für eine vorrangige Versicherungspflicht nach diesem Gesetz vorliegen.

1 Personenkreis

1.1 Grundsatz

Personen, die

- die Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente, einer vorzeitigen Altersrente, einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, einer Witwen- oder Witwerrente, einer Waisenrente, einer Rente wegen Todes bei Verschollenheit oder einer Landabgaberente erfüllen und diese Rente beantragt haben, werden nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989
- eine der vorbezeichneten Renten aus der Alterssicherung der Landwirte beantragt haben, ohne die Voraussetzungen für den Bezug dieser Renten zu erfüllen, werden nach § 23 KVLG 1989

versichert. Da die Frage, ob die Voraussetzungen für den Rentenbezug gegeben sind, erst nach Abschluss des Antragsverfahrens beantwortet wird, ist der Krankenversicherungsschutz in der Zeit zwischen Antragstellung und Entscheidung der landwirtschaftlichen Alterskasse - vorbehaltlich § 23 Absatz 2 bis 4 KVLG 1989 - aufgrund einer Versicherung nach § 23 KVLG 1989 sicherzustellen (analog Urteil des BSG vom 22. Juni 1973 - 3 RK 106/71 -, USK 73112).

2 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft nach § 23 KVLG 1989 beginnt mit dem Tag des Antrags auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte und endet mit dem Tode oder mit dem Tag, an dem der Antrag zurückgenommen oder die Ablehnung des Antrags unanfechtbar wird; die Abweichungen unter Ziffer 3 bis 5 sind zu beachten.

3 Hinausschieben der Mitgliedschaft

Den Rentenantragstellern auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte wird die Möglichkeit eingeräumt, durch eine Erklärung den Beginn der Mitgliedschaft hinauszuschieben (§ 23 Absatz 2 KVLG 1989). Die Erklärung ist für Rentenantragsteller, die nach § 44 Absatz 2 KVLG 1989 beitragsfrei sind, ausgeschlossen.

4 Ausschluss der Versicherung als Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte

4.1 Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften

Die Mitgliedschaft als Rentenantragsteller ist ausgeschlossen, wenn und solange diese Person nach anderen gesetzlichen Vorschriften versicherungspflichtig ist (§ 23 Absatz 1 Satz 4 KVLG 1989). Als Versicherungspflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften kommen sowohl solche nach dem KVLG 1989 als auch solche nach dem SGB V in Betracht. Übt z. B. ein Rentenantragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte eine Beschäftigung aus (§ 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V) oder ist er nach § 5 Absatz 1 Nr. 2 SGB V versicherungspflichtig, wird keine Mitgliedschaft nach § 23 KVLG 1989 begründet.

4.2 Hauptberufliche selbständige außerland- oder außerforstwirtschaftliche Tätigkeit

Eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte wird nicht begründet, wenn der Rentenantragsteller außerhalb der Land- und Forstwirtschaft hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist (§ 2 Absatz 4 a KVLG 1989). Die Ausführungen unter I 1.2 gelten.

4.3 Krankenversicherungsfreiheit

Nach § 23 Absatz 3 KVLG 1989 findet § 3 a KVLG 1989 für Rentenantragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte ebenfalls Anwendung. Demzufolge sind Rentenantragsteller versicherungsfrei, wenn sie

- die Voraussetzungen des § 6 Absatz 1 Nr. 1, 2 oder 4 bis 8 oder Absatz 3a SGB V erfüllen

oder

- Mitglied des Deutschen Bundestages oder eines Landtages oder Versorgungsempfänger nach den Abgeordnetengesetzen des Bundes oder der Länder sind.

4.4 Von der Krankenversicherungspflicht befreite Personen

Eine Mitgliedschaft nach § 23 KVLG 1989 wird nicht ausgelöst für Personen, die aufgrund der §§ 4, 5, 59 Absatz 1 KVLG 1989 oder Artikel 56 Absatz 5 GRG von der Versicherungspflicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung befreit sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Wirkung der Befreiung nach § 5 KVLG 1989 befristet und tatbestandsbezogen ist. Aufgrund der Verweisung auf § 59 Absatz 1 KVLG

1989 wird verdeutlicht, dass auch die bis zum 31. Dezember 1988 ausgesprochenen Befreiungen nach §§ 4 und 94 KVLG in den jeweiligen Fassungen bis 31. Dezember 1988 eine Mitgliedschaft nach § 23 KVLG 1989 ausschließen. Außerdem schließt die Befreiung in der allgemeinen/knappschaftlichen Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften, die in § 3 Absatz 3 KVLG 1989 genannt sind, eine Mitgliedschaft nach § 23 KVLG 1989 aus.

4.5 Zusammentreffen einer Mitgliedschaft als Rentenantragsteller und als Rentenantragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte

Treffen eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V und eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 23 KVLG 1989 zusammen, richtet sich die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen allgemeiner/knappschaftlicher Krankenversicherung einerseits und der landwirtschaftlichen Krankenversicherung andererseits nach der in § 3 Absatz 2 Nr. 2 KVLG 1989 geregelten Versicherungszugehörigkeit, insoweit wird auf die Erläuterungen unter B II 2.2 Bezug genommen.

5 Meldeverfahren

Hinsichtlich der Feststellung der für die Durchführung der Krankenversicherung zuständigen Krankenkasse bei Beantragung oder Bezug einer Rente aus der Alterssicherung der Landwirte und des weiteren Verfahrens zwischen den Beteiligten finden die gemeinsamen Empfehlungen zum Altenteiler-Meldeverfahren nach § 29 Absatz 1, 4, 5 und 6 KVLG 1989 vom 15. Mai 2001 Anwendung.

IV Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit

§ 14 FELEG

(1) bis (3) ...

(4) Landwirte, die eine Produktionsaufgaberente erhalten sowie mitarbeitende Familienangehörige, die Ausgleichsgeld erhalten, sind während des Bezuges dieser Leistungen nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte und § 20 Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch versichert, wenn sie unmittelbar vor dem Leistungsbezug in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versichert waren und weder versicherungspflichtig beschäftigt sind noch Krankengeld beziehen. Der Bezug des Grundbetrages der Produktionsaufgaberente sowie des Ausgleichsgeldes gilt als Bezug einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. § 29 Absatz 4 und die §§ 30 und 31 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte gelten entsprechend. Soweit Bezieher einer Produktionsaufgaberente nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind, sind die §§ 35 a und 35 b des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte entsprechend anzuwenden.

(5) ...

1 Personenkreis

Personen, die Produktionsaufgaberente oder Ausgleichsgeld beziehen, werden nach § 14 Absatz 4 FELEG unter bestimmten Voraussetzungen als Altenteiler in der LKV versichert. Diese Rechtsvorschrift geht vom nahtlosen Übergang des Versicherungsverhältnisses als landwirtschaftlicher Unternehmer oder mitarbeitender Familienangehöriger in ein solches als Altenteiler (§§ 2 Absatz 1 Nr. 4, 23 KVLG 1989) aus. Entsprechend der Feststellung des BSG mit Urteil vom 22. Juni 1973 (USK 73112) finden §§ 23, 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 und die darauf aufbauenden Vorschriften im Rahmen des § 14 Absatz 4 FELEG ent-

sprechend Anwendung. Infolgedessen ist eine Altenteiler-Mitgliedschaft auch gegeben, wenn die Produktionsaufgaberente oder das Ausgleichsgeld vollständig ruht.

Voraussetzung für die Versicherung als Altenteiler aufgrund § 14 Absatz 4 FELEG ist, dass die Personen unmittelbar vor dem Leistungsbezug in der LKV versichert waren und weder versicherungspflichtig beschäftigt sind noch Krankengeld beziehen. Im Hinblick auf die Produktionsaufgaberente ist das Erfordernis der Versicherung in der LKV unmittelbar vor dem Leistungsbezug erfüllt, wenn zuletzt während der Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Unternehmens ein Versicherungsverhältnis in der LKV bestand. Aufgrund des Antrags auf Ausgleichsgeld nach dem FELEG oder Bezugs dieser Leistung tritt die Altenteilerversicherung in der LKV ein, wenn zum Zeitpunkt der Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen eine Mitgliedschaft aufgrund der Beschäftigung als mitarbeitender Familienangehöriger bestanden hat.

2 Anwendung der Vorschriften für Altenteiler

Für die Personen, die Produktionsaufgaberente oder Ausgleichsgeld nach dem FELEG beziehen, finden aufgrund § 14 Absatz 4 FELEG die Vorschriften für die Altenteiler nach §§ 23, 2 Absatz 1 Nr. 4 KVLG 1989 entsprechend Anwendung.

Anmerkung: In der allgemeinen Krankenversicherung sind Ausgleichsgeldbezieher nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V pflichtversichert. Die Versicherungspflicht tritt allerdings nur dann ein, wenn unmittelbar vor dem Beginn des Ausgleichsgeldes eine Mitgliedschaft in der allgemeinen Krankenversicherung bestanden hat und weder Krankengeld bezogen noch eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird (§ 15 Absatz 3 FELEG). Entsprechendes gilt für die Pflegeversicherung (§ 15 Absatz 4 FELEG). Auf die Gemeinsamen Grundsätze der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA, des GLA und der BA zum Ausgleichsgeld nach dem FELEG vom 14. September 1999 wird Bezug genommen.

C Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft für Rentner und Rentenantragsteller

I. Krankenkassenzuständigkeit für Rentner und Rentenantragsteller

1 Allgemeines

In der allgemeinen KVdR bestimmen § 173 und § 174 SGB V bei welcher Krankenkasse Rentner und Rentenantragsteller sich versichern können. Für die Zuständigkeit der Bundesknappschaft trifft § 177 Absatz 2 SGB V eine eigene Regelung. Hiernach gehören Rentenantragsteller und Rentner der Bundesknappschaft an, wenn sie

- zuletzt bei der Bundesknappschaft versichert waren (1. Alternative)

oder

- die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist (2. Alternative).

Rentner und Rentenantragsteller, bei denen die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist, können nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 und § 174 Absatz 1 SGB V eine andere Krankenkasse für die Durchführung der KVdR wählen.

2 Rentenantragstellung bei einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger

Entsprechend § 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V kann die Bundesknappschaft u.a. zuständige KVdR-Kasse sein, wenn bei einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger ein Rentenantrag gestellt wird und zuletzt bei ihr eine Versicherung besteht. Als letzte Versicherung kommt hierbei eine Pflichtversicherung, eine freiwillige Versicherung und auch eine Familienversicherung in Betracht.

Wegen der Zuständigkeitsregelung des § 140 SGB VI für die Feststellung und Zahlung von Renten hat § 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V immer dann Bedeutung, wenn es sich bei den Rentenantragstellern oder -beziehern um bisher knappschaftlich familienversicherte Angehörige oder um freiwillige Mitglieder der knappschaftlichen Krankenversicherung handelt, die keinen Beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung entrichtet haben.

Beispiel:

Pflichtversicherung bei Krankenkasse A aufgrund einer Beschäftigung bis	31.5.1982
Familienhilfeanspruch/Familienversicherung bei der Bundesknappschaft vom	1.6.1982 bis 2.5.2002
Rentantragstellung bei der BfA am	3.5.2002

Ergebnis:

Da bis zum 2.5.2002 eine Familienversicherung bei der Bundesknappschaft besteht, ist ihre Zuständigkeit als "letzte" Krankenkasse auch für die Durchführung der KVdR gegeben (§ 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V).

Darüber hinaus kann sich im Einzelfall die Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft nach § 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V auch dann ergeben, wenn es sich bei dem Rentenantragsteller bzw. -bezieher um ein Pflichtmitglied der knappschaftlichen Krankenversicherung handelt.

Beispiel:

Beschäftigung im Bergbau und Pflichtversicherung in der knappschaftlichen Krankenversicherung ab	1.1.1970
Witwenrentenantrag bei der LVA am	8.3.2002
Ende der Beschäftigung im Bergbau am	31.3.2002

Ergebnis:

Die Bundesknappschaft ist "letzte" Krankenkasse im Sinne des § 177 Absatz 2 SGB V. Soweit alle KVdR-Voraussetzungen erfüllt sind, führt sie - nach Beendigung der Bergbaubeschäftigung - sowohl die Rentenantragstellermemberschaft (§ 189 Absatz 1 SGB V) als auch die Rentnermemberschaft (§ 186 Absatz 9 SGB V) durch.

3 Rentenanspruchstellung bei der Bundesknappschaft

Wer bei der Bundesknappschaft einen Rentenanspruch stellt und zum Rentenbezug berechtigt ist, wird - sofern er die Voraussetzungen des § 5 Absatz 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V erfüllt und die Bundesknappschaft für die Feststellung und Zahlung der Rente zuständig ist - in der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner versichert; d.h. die Bundesknappschaft ist zuständig für die Durchführung der Memberschaft nach § 186 Absatz 9 SGB V. Gleiches gilt für die Rentnantragstellermemberschaft nach § 189 Absatz 1 SGB V.

Die Zuständigkeit der Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente ergibt sich aus § 126 SGB VI und § 140 SGB VI. Hiernach ist ab 1. Januar 2002 die Rente von der Bundesknappschaft festzustellen, wenn ein Beitrag aufgrund einer Beschäftigung zur knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt worden ist.

Beispiel:

Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei der Bundesknappschaft vom	1.7.1961 bis 30.6.1964
Pflichtversicherung bei Krankenkasse B aufgrund einer Beschäftigung vom	1.7.1964 bis 30.4.2002
Rentnantragstellung bei der Bundesknappschaft am	2.5.2002

Ergebnis:

Für die Durchführung der KVdR ist die Bundesknappschaft zuständige Krankenkasse, da die Rente durch die knappschaftliche Rentenversicherung festzustellen ist (§ 177 Absatz 2 - 2. Alternative - SGB V).

4 Krankenkassenzuständigkeit nach Beendigung einer Vorrangversicherung

Rentner, die eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen und bei der von ihnen gewählten Krankenkasse versichert sind, bleiben bei Wiedereinsetzen der KVdR infolge Beendigung der Beschäftigung bei dieser Krankenkasse versichert, sofern § 177 Absatz 2 SGB V dem nicht entgegensteht oder kein Wahlrecht zu einer anderen Krankenkasse ausgeübt wird.

Beispiel 1:

Bezug einer Rente von der BfA und Mitgliedschaft
bei Krankenkasse C bis 31.3.2002
Aufnahme einer knappschaftlich versicherungspflichtigen
Beschäftigung und Vorrangversicherung bei der Bundes-
knappschaft vom 1.4.2002 bis 31.7.2002

Ergebnis:

Nach dem Wiedereinsetzen der KVdR am 1.8.2002 ist grundsätzlich kraft Gesetzes die Zuständigkeit der Bundesknappschaft als "letzte" Krankenkasse gegeben (§ 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V). Es besteht allerdings die Möglichkeit, die Krankenkasse C als KVdR-Kasse zu wählen.

Beispiel 2:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V
aufgrund eines knappschaftlichen Rentenbezuges
bei der Bundesknappschaft bis 31.5.2003
- In den letzten zehn Jahren vor Rentenanspruchstellung
bestand eine Mitgliedschaft in der knappschaftlichen
Krankenversicherung -
Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung
und wirksame Wahl der Krankenkasse A vom 1.6.2003 bis 31.8.2003

Ergebnis:

Nach dem Wiedereinsetzen der KVdR am 1.9.2003 ist die Bundesknappschaft erneut zuständige Krankenkasse, da sie auch die Rente festgestellt hat (§ 177 Absatz 2 - 2. Alternative - SGB V). Ein Wahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V besteht nicht.

Beispiel 3:

Bezug einer Rente von der LVA seit 1.8.1994
Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V bei
der Bundesknappschaft aufgrund Ehegattenwahlrecht vom 1.4.2002 bis 1.5.2003
Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung
und Versicherung bei der Krankenkasse B vom 2.5.2003 bis 31.8.2003

Ergebnis:

Am 1.9.2003 ist die Bundesknappschaft weder "letzte" Krankenkasse nach Beendigung der Vorrangversicherung noch ist die Rente durch die knappschaftliche Rentenversicherung festgestellt worden. Ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft kann sich erst nach Ablauf der achtzehnmonatigen Bindungsfrist (gerechnet vom 2.5.2003) und ordnungsgemäßer Kündigung vollziehen, wenn die Bundesknappschaft als Krankenkasse erneut für die Mitgliedschaft gewählt würde.

5 Krankenkassenzuständigkeit bei Doppelrentenantragstellern bzw. -beziehern

5.1 Doppelrentenantragsteller

Wird ein Rentenantrag bei der Bundesknappschaft und ein weiterer Rentenantrag bei einem anderen Rentenversicherungsträger gestellt, ist die Rentenantragstellermitgliedschaft (§ 189 Absatz 1 SGB V) aufgrund des knappschaftlichen Rentenantrags vorrangig (§ 177 Absatz 2 SGB V). Ein Krankenkassenwechsel von der knappschaftlichen Krankenversicherung zur allgemeinen Krankenversicherung und umgekehrt vollzieht sich stets zum Ersten eines Monats, wobei Ausnahmen möglich sind (vgl. Beispiel 3).

Die Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft kommt nicht zustande, wenn innerhalb von zwei Wochen nach der knappschaftlichen Rentenantragstellung bzw. nach Beendigung einer evtl. Vorrangversicherung eine Wahlerklärung abgegeben worden ist.

Beispiel 1:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse A bis	31.3.2003
Versichertenrentenantrag bei der Bundesknappschaft am	1.4.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der LVA am	9.5.2003

Ergebnis:

Aufgrund des Versichertenrentenantrags ist ab 1.4.2003 eine Rentenantragstellermitgliedschaft (§ 189 Absatz 1 und 2 SGB V) bei der Bundesknappschaft durchzuführen (§ 177 Absatz 2 SGB V). Sie bleibt auch nach Rentenbescheiderteilung KVdR-Krankenkasse, es sei denn, dass innerhalb von 14 Tagen nach der knappschaftlichen Rentenantragstellung vom Krankenkassenwahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V Gebrauch gemacht wird. Durch den Antrag auf Rente wegen Todes ergibt sich keine Änderung in der Krankenkassenzuständigkeit.

Beispiel 2:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse B bis	31.7.2003
Versichertenrentenantrag bei der LVA am	3.7.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft am	3.7.2003

Ergebnis:

Ab 1.8.2003 ist die Bundesknappschaft nach § 177 Absatz 2 SGB V kraft Gesetzes zuständig für die Durchführung der Rentenantragstellermitgliedschaft. Die Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft kann nach § 174 Absatz 1 SGB V innerhalb von 14 Tagen nach Beginn der Rentenantragstellermitgliedschaft kraft Wahl geändert werden.

Beispiel 3:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse C bis	31.3.2003
Versichertenrentenantrag bei der LVA am	3.4.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft am	16.6.2003
- Eine Wahlerklärung wird nicht abgegeben. -	

Ergebnis:

Vom 3.4.2003 an wird eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V von der Krankenkasse C durchgeführt (entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V). Durch die Stellung des Antrages auf Rente wegen Todes am 16.6.2003 erfolgt ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft.

Beispiel 4:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse A bis	30.4.2003
Versichertenrentenantrag bei der LVA am	2.5.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft und gleichzeitig Ausübung des Krankenkassenwahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A am	20.6.2003
- Die Voraussetzungen hierfür liegen vor -	

Ergebnis:

Vom 2.5.2003 an wird eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller nach § 189 SGB V von der Krankenkasse A durchgeführt. Durch die Ausübung des Krankenkassenwahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V ist für die Durchführung der Rentenantragstellermitgliedschaft weiterhin die Krankenkasse A zuständig; die Bindungswirkung von 18 Monaten wird nicht neu in Gang gesetzt. Ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft ab 20.6.2003 findet nicht statt.

Beispiel 5:

Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse B bis	31.3.2003
Versichertenrentenantrag bei der Bundesknappschaft am	3.4.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der LVA am	17.4.2003
Zustellung des Ablehnungsbescheides über die Versichertenrente am	20.6.2003
- Widerspruch wird nicht eingelegt -	
Zustellung des Bescheides über die Rente wegen Todes am	15.7.2003
- Rentenbeginn 1.5.2003 -	

Ergebnis:

In der Zeit vom 3.4.2003 bis 31.7.2003 ist die Rentenantragstellermitgliedschaft von der Bundesknappschaft durchzuführen. Ab 1.8.2003 ist die Krankenkasse B zuständige KVdR-Kasse (entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V). Die Rentenantragstellermitgliedschaft bei der Bundesknappschaft ist ab 1.5.2003 durch eine Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V zu ersetzen.

5.2 Doppelrentenbezieher

Welche Krankenkasse bei Doppelrentenbeziehern (Knappschaftsrentner und Bezieher einer Rente aus der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung) die KVdR durchführt, richtet sich nach § 177 Absatz 2 SGB V. Danach ist kraft Gesetzes grundsätzlich die Bundesknappschaft zuständig.

Sofern der bei einer anderen Krankenkasse als Rentner versicherte Bezieher einer Rente der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung einen weiteren Rentenantrag bei der Bundesknappschaft stellt, wird die Bundesknappschaft frühestens mit Ablauf des Monats zuständig, in dem über den

knappschaftlichen Rentenantrag verbindlich entschieden worden ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit, im Rahmen des § 174 Absatz 1 SGB V eine andere Krankenkasse zu wählen.

Beispiel:

Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V bei Krankenkasse A aufgrund einer Rente von der BfA ab	1.10.1996
Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft am	15.4.2003
Zustellung des Bescheides über die Rente wegen Todes am	14.6.2003
- Rentenbeginn 1.5.2003 -	

Ergebnis:

Die Krankenkasse A führt bis zum 31.7.2003 die Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V durch. Ab 1.8.2003 ist die Bundesknappschaft gemäß § 177 Absatz 2 SGB V zuständig, falls vom Krankenkassenwahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V kein Gebrauch gemacht wird.

6 Änderung der Zuständigkeit des Rentenversicherungsträgers vor oder nach Feststellung der Rente

6.1 Änderung vor Feststellung der Rente

Wird der Rentenantrag von einem Träger der Arbeiterrentenversicherung oder der Angestelltenrentenversicherung an die Bundesknappschaft abgegeben, so wird die Bundesknappschaft mit Ablauf des auf die Abgabe des Rentenantrags folgenden Kalendermonats für die Durchführung der Mitgliedschaft als Rentenantragsteller zuständig. Hierbei ist das Abgabedatum des bisherigen Rentenversicherungsträgers maßgebend.

Im umgekehrten Fall wird die Rentenantragstellermitgliedschaft entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V von der "letzten" Krankenkasse vor Rentenantragstellung durchgeführt. Für die Durchführung der KVdR kann nach den §§ 173, 174 SGB V auch eine andere Krankenkasse gewählt werden.

Beispiel 1:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse A bis	28.2.2003
Rentantragstellung bei der BfA am	21.2.2003
Abgabe des Rentenantrags an die Bundesknappschaft am	6.3.2003

Ergebnis:

In der Zeit vom 1.3.2003 bis 30.4.2003 führt die Krankenkasse A die Rentenantragstellermitgliedschaft durch. Ab 1.5.2003 wird die Bundesknappschaft zuständige KVdR-Kasse nach § 177 Absatz 2 SGB V.

Beispiel 2:

Familienversicherung bei Krankenkasse B seit Jahren

Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft am	5.5.2003
Abgabe des Rentenantrags an die BfA am	4.7.2003

Ergebnis:

Die Bundesknappschaft führt ab 5.5.2003 die Rentenantragstellermitgliedschaft nach § 177 Absatz 2 - 2. Alternative - SGB V durch. Ein Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse B vollzieht sich ab 1.9.2003 aufgrund der Abgabe des Rentenanspruchs an die BfA (entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V), sofern keine andere Krankenkasse nach den §§ 173, 174 SGB V gewählt wird.

Beispiel 3:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse C bis	9.5.2003
Rentantragstellung bei der LVA am	13.5.2003
Antrag auf Rente wegen Todes bei der BfA am	13.6.2003
Abgabe des Rentenanspruchs auf Rente wegen Todes an die Bundesknappschaft am	24.7.2003

Ergebnis:

In der Zeit vom 13.5.2003 bis 31.8.2003 führt die Krankenkasse C die Rentenantragstellermitgliedschaft durch. Ab 1.9.2003 wird die Bundesknappschaft zuständige KVdR-Kasse nach § 177 Absatz 2 SGB V.

Vertriebene und Spätaussiedler, bei denen zu keiner Zeit eine Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bestanden hat, müssen gleichzeitig mit der Rentenantragstellung eine Krankenkasse für die Durchführung der Rentenantragstellermitgliedschaft wählen. Dies gilt nicht, sofern die Bundesknappschaft - auch bei einer späteren Abgabe des Rentenanspruches an die knappschaftliche Rentenversicherung - nach § 177 Absatz 2 SGB V kraft Gesetzes zuständige Krankenkasse ist. Eine Abwahl der Bundesknappschaft ist unter Beachtung des § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V möglich.

Beispiel:

Zuzug aus Polen am	17.7.2003
Rentantragstellung beim Versicherungsamt auf Gewährung einer Altersrente von der LVA und gleichzeitig Wahl der Krankenkasse B	18.7.2003
Abgabe des Rentenanspruchs an die Bundesknappschaft am	21.8.2003

Ergebnis:

Die Rentenantragstellermitgliedschaft wird bis zum 30.9.2003 von der Krankenkasse B durchgeführt. Ab 1.10.2003 ist die Bundesknappschaft nach § 177 Absatz 2 SGB V kraft Gesetzes zuständige KVdR-Kasse.

6.2 Änderung nach Feststellung der Rente

Übernimmt die Bundesknappschaft die Zahlung einer von einem Träger der Arbeiterrentenversicherung oder der Angestelltenrentenversicherung festgestellten Rente, so wird die Bundesknappschaft mit Ablauf des auf die Übernahme der Rentenzahlung folgenden Kalendermonats für die Durchführung der KVdR zuständig.

Entsprechendes gilt, wenn die laufende Rentenzahlung an einen Träger der Arbeiterrentenversicherung oder der Angestelltenrentenversicherung übergeht. Die Bundesknappschaft verweist den Rentner entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V an die "letzte" Krankenkasse vor Rentenantragstellung.

Beispiel 1:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse A bis	28.2.2003
Rentantragstellung bei der BfA am	21.2.2003
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides - Rentenbeginn 1.3.2003 - am	24.5.2003
Übernahme der laufenden Rentenzahlung durch die Bundesknappschaft zum	1.8.2003

Ergebnis:

Die Bundesknappschaft wird für die Durchführung der KVdR ab 1.10.2003 zuständig (§ 177 Absatz 2 SGB V), also mit Ablauf des auf die Übernahme der Rentenzahlung folgenden Kalendermonats.

Beispiel 2:

Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 SGB V bei Krankenkasse B bis	28.2.2003
Rentantragstellung bei der Bundesknappschaft am	21.2.2003
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides - Rentenbeginn 1.3.2003 - am	24.5.2003
Übernahme der laufenden Rentenzahlung durch die BfA zum	1.8.2003

Ergebnis:

Ab 1.3.2003 besteht bei der Bundesknappschaft eine Mitgliedschaft als Rentenantragsteller, die nach Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides rückwirkend vom gleichen Zeitpunkt an in eine Pflichtversicherung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V umzuwandeln ist. Sofern ein Wahlrecht nach den §§ 173, 174 SGB V nicht ausgeübt wird, verweist die Bundesknappschaft den Rentner entsprechend § 175 Absatz 3 Satz 2 SGB V ab 1.10.2003 an die Krankenkasse B.

II Krankenkassenwahlrechte für Rentner

1 Wahlmöglichkeit für Rentner, deren Rente von der Bundesknappschaft festgestellt wird

1.1 Allgemeines

Die Krankenkassenzuständigkeit der Bundesknappschaft nach § 177 Absatz 2 - 2. Alternative - SGB V kann in bestimmten Fällen kraft Wahl abgeändert werden. Sofern die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist, richten sich die Krankenkassenwahlrechte nach § 174 Absatz 1 sowie § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V.

Die Wahlrechte bestehen sowohl für Rentenantragsteller als auch für versicherungspflichtige Rentner.

1.2 Wahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V

Voraussetzung für die Wahlmöglichkeit ist, dass in den letzten zehn Jahren vor der letzten Rentenantragstellung - im Beitragsgebiet frühestens vom 1. Januar 1991 an - zu keinem Zeitpunkt eine Mitgliedschaft (Pflichtmitgliedschaft oder freiwillige Mitgliedschaft) in der knappschaftlichen Krankenversicherung bestanden hat. Zeiten der Familienversicherung bzw. - bis 31. Dezember 1988 - eines Familienhilfeanspruchs bei der Bundesknappschaft stehen somit dem Wahlrecht nicht entgegen. Für Hinterbliebene kommt ein Wahlrecht ebenfalls dann in Betracht, wenn sie selbst in den letzten zehn Jahren vor Rentenantragstellung nicht

Mitglied der knappschaftlichen Krankenversicherung gewesen sind. Die Berechnung der Zehn-Jahres-Frist richtet sich nach § 26 SGB X i.V.m. §§ 187 Absatz 1, 188 Absatz 2 1. Halbsatz BGB.

Den nach § 174 Absatz 1 SGB V berechtigten Rentnern steht die Wahl unter den in § 173 SGB V genannten Krankenkassen frei.

Beispiel:

Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei der Bundesknappschaft vom	1.4.1967 bis 31.5.1986
Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei Krankenkasse A vom	1.6.1986 bis 31.3.2002
Rentantragstellung bei der Bundesknappschaft am	25.3.2002

Ergebnis:

Ausgehend von dem Tag der Rentenantragstellung läuft der Zehn-Jahres-Zeitraum vom 25.3.1992 bis 24.3.2002. Innerhalb dieses Zeitraums hat zu keinem Zeitpunkt eine Mitgliedschaft in der knappschaftlichen Krankenversicherung bestanden, so dass für die Durchführung der Rentenantragstellermemberschaft sowie der KVdR die Krankenkasse A gewählt werden kann (§ 174 Absatz 1 i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 oder 5 SGB V).

Das Krankenkassenwahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V findet auch bei Rentnern im Beitrittsgebiet Anwendung, die bereits am 31. Dezember 1990 eine bergbauliche Rente bezogen haben und für die ab 1. Januar 1991 eine Mitgliedschaft in der knappschaftlichen KVdR begründet worden ist (§ 312 Absatz 6 SGB V a. F.).

In diesen Fällen ist der Zehn-Jahres-Zeitraum ausgehend von der tatsächlichen Rentenantragstellung zu bilden. Nach der Fiktion des § 309 Absatz 5 SGB V, der eine Gleichstellung von Versicherungszeiten im Beitrittsgebiet bis zum 31. Dezember 1990 vorsieht, werden die im Bergbau der ehemaligen DDR zurückgelegten Zeiten knappschaftlichen Mitgliedschaftszeiten gleichgestellt.

Beispiel:

Beschäftigung in einem bergbaulichen Betrieb der ehemaligen DDR bis	31.3.1989
Beantragung einer bergbaulichen Rente am	1.4.1989
Bewilligung der Rente am	15.6.1989
- Rentenbeginn 1.4.1989 -	
KVdR-Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft ab	1.1.1991
Kündigung der Mitgliedschaft und Ausübung des Wahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A am	12.9.2002

Ergebnis:

Ausgehend von dem Tag der Rentenantragstellung am 1.4.1989 läuft der Zehn-Jahres-Zeitraum vom 1.4.1979 bis 31.3.1989. Da innerhalb dieses Zeitraumes eine Versicherung bestanden hat, die durch § 309 Absatz 5 SGB V einer knappschaftlichen Pflichtversicherung gleichgestellt wird, ist ein Krankenkassenwechsel nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A nicht möglich.

1.3 Wahl der Krankenkasse, bei der der Ehegatte versichert ist (§ 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V)

Nach § 177 Absatz 2 zweiter Halbsatz SGB V i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V können Rentner der Bundesknappschaft die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse beantragen, bei der der Ehegatte versichert ist.

Auf die Ausführungen unter A V 3.2 wird hingewiesen.

Beispiel:

Der Ehemann ist aufgrund des Bezuges einer Altersrente KVdR-Mitglied bei der Bundesknappschaft seit	1.5.1996
Die Ehefrau bezieht eine Altersrente von der LVA Westfalen und ist Mitglied bei der Krankenkasse A als Rentner seit	1.6.1999
Kündigung der Mitgliedschaft und Ausübung des Ehegattenwahlrechts nach § 177 Absatz 2 zweiter Halbsatz i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V zur Krankenkasse A am	10.7.2003

Ergebnis:

Nach § 177 Absatz 2 i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V kann die Krankenkasse A als zuständige KVdR-Kasse gewählt werden. Der Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels richtet sich nach § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V (vgl. Punkt II 4), hier der 1.10.2003.

2 Wahlmöglichkeit für Rentner, deren Rente von einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger festgestellt wird

Rentner, deren Rente von einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger festgestellt wird und bei denen die Bundesknappschaft entsprechend § 177 Absatz 2 - 1. Alternative - SGB V als "letzte" Krankenkasse für die KVdR-Mitgliedschaft zuständig ist, haben nach § 173 SGB V und § 174 SGB V die Möglichkeit, eine andere Krankenkasse zu wählen.

Andererseits kann die Bundesknappschaft von Beziehern einer Rente der Arbeiterrentenversicherung oder der Angestelltenrentenversicherung gewählt werden (§ 173 Absatz 2 Satz 1 Nrn. 5 und 6, Absatz 4 SGB V).

Beispiel:

Bezug einer Altersrente von der BfA und Mitgliedschaft bei Krankenkasse C als Rentner seit	1.2.1999
Der Ehemann ist aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung Mitglied der Bundesknappschaft seit	1.4.1993
Kündigung der bisherigen Mitgliedschaft bei der Krankenkasse C und Ausübung des Ehegattenwahlrechts nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V zur Bundesknappschaft am	6.6.2003

Ergebnis:

Nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V wird die Bundesknappschaft für die Durchführung der KVdR zuständig. Der Zeitpunkt des Krankenkassenwechsels richtet sich nach § 175 Absatz 4 SGB V (vgl. Punkt II 4), hier der 1.9.2003.

3 Wahlmöglichkeit für Rentner der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung, die eine weitere knappschaftliche Rente beantragen

Bei Rentnern, die bereits eine Rente von einem nichtknappschaftlichen Rentenversicherungsträger beziehen und einen weiteren Rentenantrag bei der Bundesknappschaft stellen, besteht - sofern die Bundesknappschaft für die Feststellung der Rente zuständig ist - im Rahmen von § 174 Absatz 1 SGB V sowie § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V die Möglichkeit, eine andere Krankenkasse zu wählen.

4 Zeitpunkt der Wahl und des Krankenkassenwechsels

4.1 Allgemeines

Rentenantragsteller bzw. Rentner können grundsätzlich das Wahlrecht binnen zwei Wochen nach Beginn der Mitgliedschaft (§§ 186 Absatz 9, 189 SGB V) ausüben. Dies ist jedoch nur bei erstmaligem Beginn bzw. Wiedereintritt einer Rentenantragstellermitgliedschaft oder KVdR-Mitgliedschaft möglich.

Während einer bestehenden KVdR-Mitgliedschaft ist eine Kündigung mit Ausnahme bei Beitragssatzerhöhungen lediglich unter Beachtung des § 175 Absatz 4 Sätze 1 und 2 SGB V zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt, wenn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist die achtzehnmonatige Bindungsfrist erfüllt ist. Bei Rentenantragstellern/Rentnern der Bundesknappschaft findet die Bindungsfrist nach § 175 Absatz 4 Satz 1 SGB V keine Anwendung, sofern die Mitgliedschaft kraft Gesetzes (§ 177 Absatz 2 SGB V) entstanden ist.

Auf die Ausführungen unter A V 4.4.1 wird ergänzend hingewiesen.

Beispiel 1:

Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei der Bundesknappschaft bis	30.4.1985
Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei Krankenkasse A vom	1.5.1985 bis 30.4.2002
Rentnantragstellung bei der Bundesknappschaft und gleichzeitige Ausübung des Wahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A am	20.3.2002
Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides am	8.7.2002
- Rentenbeginn 1.5.2002 -	

Ergebnis:

Ab 1.5.2002 führt die Krankenkasse A die Rentnantragstellermitgliedschaft nach § 189 SGB V durch, die vom gleichen Zeitpunkt an in eine KVdR-Mitgliedschaft umzuwandeln ist. Ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft tritt nicht ein. Die Wahlerklärung wurde innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Rentnantragstellermitgliedschaft (hier bereits mit Rentnantragstellung am 20.3.2002) abgegeben.

Beispiel 2:

Pflichtversicherung aufgrund einer Beschäftigung bei Krankenkasse B vom	1.4.1980 bis 30.6.2002
Rentantragstellung bei der Bundesknappschaft am	24.1.2002
Beginn der Regelaltersrente am	1.7.2002
- Bescheidzustellung am 9.5.2002 -	
Antrag auf Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse B am	8.7.2002

Ergebnis:

Die Krankenkasse B führt ab 1.7. (Beginn der Versicherungspflicht) die KVdR durch. Die Bundesknappschaft wird nicht zuständig, da die Wahlerklärung innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der KVdR-Mitgliedschaft abgegeben wurde.

Beispiel 3:

KVdR-Mitglied seit Jahren bei der Bundesknappschaft kraft Gesetzes	
Kündigung der Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft am	16.5.2003
Wahl der Krankenkasse C nach § 174 Absatz 1 i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 SGB V am	22.5.2003
- Die Voraussetzungen hierfür liegen vor -	
Eingang der Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V bei der Bundesknappschaft am	30.5.2003

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse C vollzieht sich zum 1.8.2003.

Die Voraussetzungen sind wie folgt erfüllt

- Fristgerechte Kündigung der Mitgliedschaft
- Wahl der Krankenkasse bis zum Ende der Kündigungsfrist (31.7.2003)
- Meldung nach § 201 Absatz 2 SGB V liegt vor

Beispiel 4:

Familienhilfe/-versicherung bei Krankenkasse D seit	1.7.1985
Antrag auf Rente wegen Alters bei der Bundesknappschaft am	10.5.2002
Bewilligung der Rente wegen Alters am	19.7.2002
- Rentenbeginn 1.9.2002 -	
Antrag auf Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse D am	25.9.2002

Ergebnis:

Ab 10.5.2002 wird von der Bundesknappschaft kraft Gesetzes eine Rentenantragstellermemberschaft und ab 1.9.2002 die KVdR durchgeführt, da nicht innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Rentenantragstellermemberschaft die Krankenkasse D für die Durchführung der KVdR gewählt wurde. Im Hinblick auf den Antrag auf Krankenkassenwechsel vom 25.9.2002 vollzieht sich ein Krankenkassenwechsel zur Krankenkasse D unter Beachtung des § 175 Absatz 4 Satz 2 SGB V zum 1.12.2002.

Beispiel 5:

KVdR-Mitglied der Krankenkasse A aufgrund eines knappschaftlichen Rentenbezuges seit Jahren

Wahl der Bundesknappschaft und Kündigung der Mitgliedschaft bei Krankenkasse A am	14.10.2002
Beginn der KVdR-Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft am	1.1.2003
Kündigung der Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft zum nächstmöglichen Termin am	18.6.2003

Ergebnis:

Ein Krankenkassenwechsel zum 1.9.2003 ist nicht möglich. Rentenantragsteller/Rentner, die kraft Wahl Mitglied der Bundesknappschaft sind, können nur unter Beachtung von § 175 Absatz 4 SGB V eine andere Krankenkasse für die Durchführung ihrer KVdR-Mitgliedschaft wählen. Da zum Zeitpunkt der Kündigung der Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft die achtzehnmonatige Bindungsfrist noch nicht erfüllt ist, kann sich ein Krankenkassenwechsel frühestens zum 1.7.2004 vollziehen.

4.2 Rentner der Arbeiterrentenversicherung/Angestelltenrentenversicherung, die eine weitere knappschaftliche Rente beantragen

Wird ein Rentenantrag bei der Bundesknappschaft gestellt und besteht bereits eine KVdR bei einer anderen Krankenkasse aufgrund des Bezuges einer Rente der Arbeiter- oder Angestelltenrentenversicherung, tritt ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft frühestens mit Ablauf des Monats ein, in dem über den knappschaftlichen Rentenantrag verbindlich entschieden worden ist.

Ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft findet nicht statt, sofern innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf des Monats, in dem über den knappschaftlichen Rentenantrag verbindlich entschieden worden ist, vom Wahlrecht nach § 174 Absatz 1 SGB V Gebrauch gemacht wird (§ 175 Absatz 3 Satz 1 SGB V).

Beispiel:

Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V bei Krankenkasse A aufgrund einer Rente von der LVA ab	1.8.1990
Antrag auf Rente wegen Todes bei der Bundesknappschaft am	25.3.2002
Zustellung des Bescheides über die Rente wegen Todes am	20.6.2002
- Rentenbeginn 01.04.2002 -	
Ausübung des Krankenkassenwahlrechts nach § 174 Absatz 1 i.V.m. § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 SGB V am	12.8.2002
- Die Voraussetzungen hierfür liegen vor -	

Ergebnis:

Die Krankenkasse A führt die KVdR-Mitgliedschaft grundsätzlich bis zum 31.7.2002 durch. Nach § 177 Absatz 2 SGB V wäre ab 1.8.2002 die Zuständigkeit der Bundesknappschaft gegeben. Da die Wahlerklärung innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft abgegeben wurde, findet ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft nicht statt. Die Krankenkasse A führt auch über den 31.7.2002 hinaus die KVdR-Mitgliedschaft durch.

4.3 Ehegattenwahlrecht

Rentner können auf Antrag Mitglied der Krankenkasse werden, bei der der Ehegatte versichert ist. Auch hier ist das Wahlrecht spätestens zwei Wochen nach erstmaligem Beginn der Rentenantragstellermitgliedschaft bzw. KVdR-Mitgliedschaft auszuüben. Dies gilt auch bei Wiedereinsetzen der KVdR. Ansonsten ist die Kündigung zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt.

Beispiel 1:

Der Ehemann ist pflichtversichert aufgrund einer Beschäftigung bei der Krankenkasse A vom	1.2.1990 bis 31.5.2002
Rentantragstellung bei der Bundesknappschaft am	13.3.2002
Zustellung des Rentenbescheides am	10.6.2002
- Rentenbeginn 1.6.2002 -	
Kündigung bei Krankenkasse A und Wahlerklärung nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V gegenüber Krankenkasse B am	13.6.2002
Die Ehefrau ist pflichtversichert aufgrund eines Rentenbezuges von der BfA bei der Krankenkasse B seit	1.8.1994

Ergebnis:

Ab 1.6.2002 ist die Krankenkasse B für die Durchführung der KVdR zuständig, da die Wahlerklärung innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Rentenantragstellermitgliedschaft bzw. KVdR-Mitgliedschaft abgegeben worden ist.

Beispiel 2:

Die Ehefrau ist aufgrund des Bezuges einer Altersrente von der BfA KVdR-Mitglied bei der Krankenkasse C seit	1.5.1997
Der Ehemann bezieht eine Rente aus der knappschaftlichen Rentenversicherung und ist Mitglied bei der Bundesknappschaft als Rentner seit	1.10.1999
Ausübung des Ehegattenwahlrechts nach § 173 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 SGB V zur Bundesknappschaft und Kündigung der Mitgliedschaft bei Krankenkasse C am	12.9.2002

Ergebnis:

Der Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft vollzieht sich zum 1.12.2002. Die Mitgliedschaft ist wirksam gekündigt.

5 Wirkung der Wahlerklärung

Das einmal ausgeübte Wahlrecht wird bei Beantragung einer weiteren knappschaftlichen Rentenleistung aus verwaltungsvereinfachenden Gründen nicht durch die Zuständigkeitsregelung des § 177 Absatz 2 SGB V beseitigt, sofern bereits aufgrund des vorherigen Rentenbezuges durchlaufend eine KVdR-Mitgliedschaft bestanden hat. Sollte der Rentner sich mit Rentenantragstellung jedoch für eine Mitgliedschaft bei der Bundesknappschaft entscheiden, vollzieht sich ein Krankenkassenwechsel zur Bundesknappschaft mit Ablauf des Monats, in dem der Rentenbescheid bindend geworden ist. § 175 Absatz 4 SGB V findet keine Anwendung.

Beispiel 1:

Antrag auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bei der Bundesknappschaft und gleichzeitig Ausübung des Krankenkassenwahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A am	21.2.1996
- Voraussetzungen hierfür lagen vor - Durchführung der KVdR-Mitgliedschaft durch die Krankenkasse A seit	21.2.1996
Antrag auf Gewährung der Altersrente bei der Bundesknappschaft am	13.5.2002

Ergebnis:

Der Versicherte hat bereits bei der Beantragung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit das Wahlrecht gemäß § 174 Absatz 1 SGB V ausgeübt. Aufgrund der Beantragung einer Rente wegen Alters aus der knappschaftlichen Rentenversicherung wird das einmal ausgeübte Wahlrecht nicht berührt, so dass sich eine Zuständigkeit der Bundesknappschaft nicht ergibt und die KVdR weiterhin von der Krankenkasse A durchgeführt wird.

Beispiel 2:

Antrag auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bei der Bundesknappschaft und gleichzeitig Ausübung des Krankenkassenwahlrechts nach § 174 Absatz 1 SGB V zur Krankenkasse A am	21.2.1996
- Voraussetzungen hierfür lagen vor - Durchführung der KVdR-Mitgliedschaft durch die Krankenkasse A seit	21.2.1996
Antrag auf Gewährung der Altersrente bei der Bundesknappschaft und Wahl der Bundesknappschaft am	13.5.2002
Der Rentenbescheid der Bundesknappschaft ist bindend ab	26.8.2002

Ergebnis:

Der Versicherte hat bereits bei der Beantragung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit das Wahlrecht gemäß § 174 Absatz 1 SGB V ausgeübt. Aufgrund der Beantragung einer Rente wegen Alters aus der knappschaftlichen Rentenversicherung wird das einmal ausgeübte Wahlrecht dem Grunde nach nicht berührt, so dass sich eine Zuständigkeit der Bundesknappschaft nicht ergibt und die KVdR weiterhin von der Krankenkasse A durchgeführt wird. Mit Ausübung des Wahlrechts zur Bundesknappschaft wird die KVdR jedoch ab dem 1.9.2002 von dieser durchgeführt.

Das aufgrund der Rentenantragstellung oder des Rentenbezuges zunächst ausgeübte Wahlrecht wird dann nicht wirksam, wenn aufgrund einer Vorrangversicherung oder eines Ausschlussstatbestandes durchgehend eine Mitgliedschaft bei der bisherigen Krankenkasse bestand oder während dessen ein Krankenkassenwechsel kraft Wahl – unter Einhaltung des § 175 Absatz 4 Sätze 1 und 2 SGB V - eingetreten ist.

Anhang

Tabelle zur Ermittlung der Neun-Zehntel-Belegung nach § 5 Absatz 1 Nr. 11 SGB V

Jahre		Monate		Tage	
Vers.-zeit	9/10	Vers.-zeit	9/10	Vers.-zeit	9/10
1 J	0 J 10 M 29 T	1 M	0 M 27 T	1 T	1 T
2 J	1 J 9 M 22 T	2 M	1 M 24 T	2 T	2 T
3 J	2 J 8 M 16 T	3 M	2 M 21 T	3 T	3 T
4 J	3 J 7 M 9 T	4 M	3 M 18 T	4 T	4 T
5 J	4 J 6 M 3 T	5 M	4 M 15 T	5 T	5 T
6 J	5 J 4 M 26 T	6 M	5 M 12 T	6 T	6 T
7 J	6 J 3 M 20 T	7 M	6 M 9 T	7 T	7 T
8 J	7 J 2 M 13 T	8 M	7 M 6 T	8 T	8 T
9 J	8 J 1 M 7 T	9 M	8 M 3 T	9 T	9 T
10 J	9 J 0 M 0 T	10 M	9 M 0 T	10 T	9 T
11 J	9 J 10 M 29 T	11 M	9 M 27 T	11 T	10 T
12 J	10 J 9 M 22 T	12 M	10 M 24 T	12 T	11 T
13 J	11 J 8 M 16 T			13 T	12 T
14 J	12 J 7 M 9 T			14 T	13 T
15 J	13 J 6 M 3 T			15 T	14 T
16 J	14 J 4 M 26 T			16 T	15 T
17 J	15 J 3 M 20 T			17 T	16 T
18 J	16 J 2 M 13 T			18 T	17 T
19 J	17 J 1 M 7 T			19 T	18 T
20 J	18 J 0 M 0 T			20 T	18 T
21 J	18 J 10 M 29 T			21 T	19 T
22 J	19 J 9 M 22 T			22 T	20 T
23 J	20 J 8 M 16 T			23 T	21 T
24 J	21 J 7 M 9 T			24 T	22 T
25 J	22 J 6 M 3 T			25 T	23 T
				26 T	24 T
				27 T	25 T
				28 T	26 T
				29 T	27 T
				30 T	27 T

(J = Jahre / M = Monate / T = Tage)